

Crim.

68

dc

Erzm. 68 de

Damianitsch

<36637559320015

<36637559320015

Bayer. Staatsbibliothek

Studien
über das
Militär-Strafrecht

in seinem
materiellen und formellen Theile

mit Hinblick auf die neueren Militär-Strafgesetze und vorzugsweiser
Berücksichtigung

des
österr. Militär-Strafgesetzbuches vom Jahre 1855.

Von

Martin Damianitsch

k. k. Oberstlieutenant-Auditor und Professor an der militär-administrativen Lehranstalt in Wien;
Ritter des kaiserlich-russischen St. Stanislaus-Ordens zweiter Classe mit der Krone.

Justitia regnorum fundamentum.

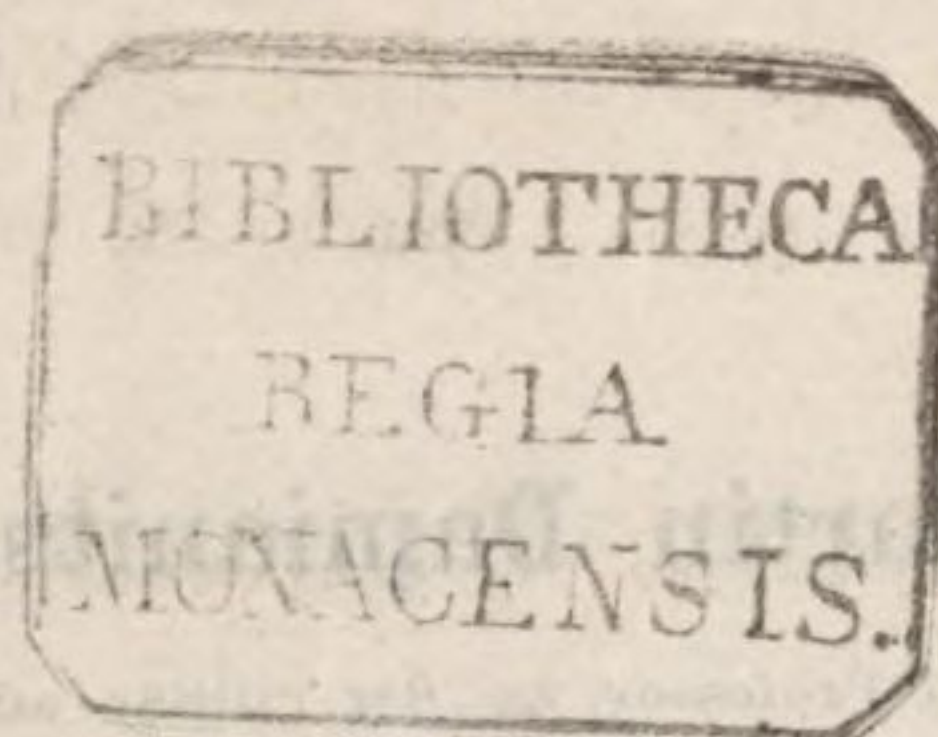
Wahlspruch Kaisers Franz I.

WIEN, 1862.

Wilhelm Braumüller

k. k. Hofbuchhändler.

33 - 1/2



Vorrede.

Das Studium fremder Gesetze, deren Vergleichung sowol unter einander als mit dem einheimischen Rechte hat nicht nur in wissenschaftlicher Beziehung ein grosses Interesse, sondern ist auch für die positive Gesetzgebung selbst von wesentlichem Vortheile, wenn man deren Verbesserung anstrebt und nicht in einer gewissen Konsequenz alles Fremde, eben und nur weil es fremd ist, streng von der einheimischen Gesetzgebung auszuschliessen Willens ist.

Diese Gründe haben mich zu jener Arbeit bestimmt, welche ich hier meinen Berufsgenossen und allen Jenen, welchen die Militär-Strafgesetzgebung nicht gleichgiltig ist, übergebe, wobei ich nur den Wunsch ausspreche, dass mein Büchlein nicht nur eine gütige Aufnahme finden, sondern auch zur öffentlichen Besprechung von Gegenständen dieses legislativen Zweiges anregen und dadurch einigen Nutzen bringen möge.

Jede Kritik meiner Arbeit von Seite horizontfähiger Männer wird mir nur willkommen sein, denn ich strebe nur nach Wahrheit und will nur das Beste.

Den Gegnern von derlei Besprechungen glaube ich bemerken zu sollen, dass mir die Schwierigkeit der Verfassung von Gesetzen nicht unbekannt sei, dass es aber nie ein Gesetzbuch geben werde, welches keiner Verbesserung fähig ist, denn der Mensch ist und bleibt irrigen Ansichten unterworfen. Eben daher mache ich auch auf Infallibilität keinen Anspruch, im Gegentheile, ich komme gerade in Folge meiner Thätigkeit auf

dem Felde, das ich mir zu meinem Wirken geschaffen, immer mehr zur Einsicht, wie weit ich noch entfernt bin von jenem Ziele, nach dem ich im Interesse der Wissenschaft und vielleicht auch zum Nutzen der vaterländischen Armee seit Jahren strebe.

Hätte man bestehende Gesetze und Einrichtungen nie besprochen, auf deren Mängel nie aufmerksam gemacht, wie weit würden wir noch zurück sein, und die hochherzige Maria Theresia würde nicht durch die Aufhebung der Folter, deren Fortbestand auch damals gegen Sonnenfels von den an das Herkömmliche gewohnten, ich will nicht sagen: für die Handhabung wahrer Gerechtigkeit kaum begeisterten Richtern vertheidigt wurde, den Dank ihrer verständigen Unterthanen und die Anerkennung des Auslandes reichlich geerntet haben. Nicht Jener ist ein Freund unseres Vaterlandes, der alles Einheimische lobt, den wahren Patrioten nenne ich Jenen, durch dessen Thätigkeit das Bestreben sich kund gibt, dass wir solche Gesetze und Einrichtungen erhalten, welche dem sachkundigen Fremden das aufrichtige Lob über Oesterreich abdringen.

Möchten ferner in Oesterreich solche Männer Geltung haben, dann, aber auch nur dann, kann man denken an das: A. E. I. O. U.

Wien, den 21. September 1861.

Inhalt.

	Seite.
Einleitung	1

I. Das materielle Strafrecht.

Erster Abschnitt.

Allgemeines.

§. 1. Subjektiver Umfang des M. Strafgesetzbuches	2
§. 2. Objektiver Umfang	11
§. 3. Zusammenstellung der Hauptgrundsätze dieses Abschnittes	14

Zweiter Abschnitt.

Deserzion.

§. 4. Begriff und Strafe	15
§. 5. Verjährung der Deserzion	26
§. 6. Deserzionskomplot	28
§. 7. Resumé dieses Abschnittes	30

Dritter Abschnitt.

Selbstbeschädigung.

§. 8. Begriff und Strafe	31
§. 9. Simulazion	36
§. 10. Resumé dieses Abschnittes	38

Vierter Abschnitt.

Subordinazionsverletzung.

§. 11. Allgemeine Bemerkung	39
§. 12. Begriff und Strafbarkeit im Allgemeinen	40
§. 13. Arten der Subordinazionsverletzung	44

	Seite.
§. 14. Bestrafung der Subordinationsverletzung durch Thätlichkeit . . .	47
§. 15. Fortsetzung	50
§. 16. Positive Gesetze hierüber	52
§. 17. Subordinationsverletzung durch Ungehorsam	57
§. 18. Positive Gesetze hierüber	59
§. 19. Vergleichende Bemerkungen	62
§. 20. Untersuchung der Fragen: ob der Untergebene jeden Befehl des Vorgesetzten zu befolgen habe und wer den Vollzug verantworte . .	66
§. 21. Kurze Zusammenstellung der Grundsätze über die Subordinationsverletzung	76

Fünfter Abschnitt.

Meuterei — Aufstand — Aufruhr — Beleidigung und Widersetzung gegen Militär-Wachen.

§. 22. Uebersichtliche Darstellung dieses Abschnittes	78
§. 23. Positive Gesetze	81
§. 24. Vergleichung der positiven Gesetze	87
§. 25. Aehnlichkeit dieser militärischen mit den im §. 19 bezeichneten gemeinen Delikten	89
§. 26. Begriffsentwicklung der militärisch strafbaren Delikte dieses Abschnittes	89
§. 27. Fortsetzung	91
§. 28. Strafe	95
§. 29. Straflosigkeit	99
§. 30. Verhalten des Vorgesetzten	101
§. 31. Anzeige strafbarer Handlungen	102
§. 32. Delikte gegen M. Wachen	103
§. 33. Fortsetzung	105
§. 34. Rechte der Wachen und der M. Vorgesetzten zum Gebrauche der Waffen	108
§. 35. Kurze Zusammenstellung des in diesem Abschnitte behandelten Stoffes	110

II. Das formelle Strafrecht.

§. 36. Behandlung des Stoffes	113
---	-----

Erster Abschnitt.

Positive Gesetze hierüber.

§. 37. Preussen	114
§. 38. Schleswig-Holstein	117
§. 39. Baiern	120
§. 40. Frankreich	125
§. 41. Sardinien	129
§. 42. Vergleichende Bemerkungen	133
§. 43. Allgemeine Bemerkungen	137

Zweiter Abschnitt.

Grundzüge einer M. Strafprozessordnung.

	Seite.
§. 44. Einleitendes in die Grundzüge einer M. St. P. O.	139
§. 45. Anordnung der Voruntersuchung	145
§. 46. Voruntersuchung	147
§. 47. Verfahren nach geschlossener Voruntersuchung — Anklagebeschluss	153
§. 48. Hauptverhandlung	159
§. 49. Verfahren nach der Verkündigung des Urtheils — Nichtigkeits- beschwerde	169
§. 50. Kassationshof (Oberkriegsgericht)	172

III. Anhang.

Einige Anträge für den Fall der Revision und neuen Ausgabe des österr. M. St. G. B.

§. 51. Allgemeines	175
§. 52. Körperliche Züchtigung (§. 30 M. St. G. B.)	178
§. 53. Kassazion und Entlassung (§§. 32 u. 33)	179
§. 54. Folgen der Todesstrafe durch Erschiessen (§. 46)	180
§. 55. Einfluss des Versuches und des Lebensalters auf die Verhängung der Todesstrafe (§§. 121 u. 122)	182
§. 56. Einfluss der Milderungsgründe nach §. 125	183
§. 57. Subordinazionsverletzung (§§. 145—158)	185
§. 58. Meuterei (§§. 159—171)	186
§. 59. Widersetzlichkeit gegen die Wache (§§. 171—182)	187
§. 60. Deserzion (§§. 183—215), Deserzionskomplot (§§. 216—229)	189
§. 61. Pflichtverletzung im Wachdienste (§§. 230—242)	191
§. 62. Störung der Zucht und Ordnung (§§. 261—270)	191
§. 63. Hintansetzung der Dienstesvorschriften (§§. 271—292)	193
§. 64. Verwirkung des Anspruches auf die Achtung Anderer (§§. 299—303) und Zweikampf (§§. 437—447)	194

Abkürzungen.

- A. O. K. Armee-Oberkommando.
- A. V. B. Armee-Verordnungsblatt.
- D. O. (V., R.) Dienstesordnung (Vorschrift, Reglement).
- Jur. P. Jurisdiktions-Patent.
- M. Militär.
- Z. Zivil.
- St. G. B. Strafgesetzbuch.
- St. P. O. Strafprozessordnung.
- G. S. Gesetzsammlung.
- R. G. B. Reichsgesetzblatt.
- R. G. Revisionsgericht.

Berichtigung.

Seite 99, 2. Zeile von oben, lies statt derselben: d e n s e l b e n .

Einleitung.

Die Militär-Strafgesetzgebung, im vorigen Jahrhunderte bloß auf die Verfassung von s. g. Kriegsartikeln und einzelne, gelegentlich erlassene, unter sich nicht immer vereinbare Normen beschränkt, hat in diesem Jahrhunderte sich ebenfalls Bahn gebrochen. In den meisten Staaten bestehen gegenwärtig vollständige Militär-Strafgesetzbücher, und was mit Freude begrüßt werden muss, es sind an die Stelle schärferer Strafbestimmungen gelindere getreten, strengere Strafarten haben milderen Platz gemacht ¹⁾.

Während das Zivil-Strafrecht seit Jahrhunderten Gegenstand wissenschaftlicher Besprechung geworden ist, und namentlich in neuerer Zeit die Entwicklung dieser Wissenschaft fruchtbringend fortschreitet, finden wir kein Werk, welches sich zur Aufgabe gestellt hätte, das M. Strafrecht im Allgemeinen wissenschaftlich zu besprechen, und selbst einzelne Abhandlungen, sei es in selbständigen Broschüren, sei es in Zeitschriften, gehören zu den Seltenheiten.

Wenn ich es hier unternehme, das M. Strafrecht ²⁾, und zwar sowol den materiellen Theil, als auch den Strafprozess in einzelnen Punkten zu behandeln, und meine Ansicht hierüber

¹⁾ Zu den neueren und neuesten M. Str. G. B. gehören die von Hannover J. 1841, Preussen J. 1845, Schleswig-Holstein J. 1850, Oesterreich J. 1855, Sachsen J. 1855, Toskana J. 1856, Frankreich J. 1857 und Sardinien J. 1859, wirksam vom J. 1860.

²⁾ Im engeren Sinne mit Ausschluss des Disziplinarstrafrechtes.

auszusprechen, so geschieht das lediglich zu dem Zwecke, um die Grundlage zu einem weiteren Baue zu bilden und manche Frage in Anregung zu bringen, deren Lösung nicht nur wünschenswerth, sondern auch nothwendig erscheint, um die Strafbestimmungen klar und deutlich zu machen, das Ebenmass zwischen Verbrechen und deren Bestrafung herbeizuführen, den Strafprozess so einzurichten, damit daraus jedes nicht nothwendig damit verbundene Ungemach entfernt, und solche Institutionen einzuführen, welche geeignet sind, das Strafverfahren so schnell als möglich zu beenden und Rechtssicherheit zu gewährleisten ³⁾.

Meine Arbeit zerfällt in zwei Theile: I. den materiellen, II. den formellen Theil des M. Strafrechtes.

Ich beginne mit dem materiellen Theile und werde nach Voraussendung einiger allgemeinen Bemerkungen einzelne M. Verbrechen und Vergehen besprechen.

I. Das materielle Strafrecht.

Erster Abschnitt.

Allgemeines.

§. 1. Subjektiver Umfang des Militär-Strafgesetzbuches.

Jedes M. Strafgesetzbuch enthält sowohl militärische Verbrechen und Vergehen, als auch gemeine (bürgerliche) Verbrechen und Vergehen; erstere kann nur der Soldat, letztere jeder Staatsbürger begehen. Subjekte des M. St. G. B. sind nicht nur Soldaten, sondern auch die in Strafsachen der M. Gerichtsbarkeit unterstehenden M. Beamten und selbst Zivilpersonen in jenen Fällen, wo die Untersuchung und Bestrafung bestimmter im M. St. G. B. bezeichneten Verbrechen den M. Gerichten gleichsam als Kausalgerichten zugewiesen sind.

³⁾ Will man, was, wenn der deutsche Bund fortbesteht, mit der Zeit geschehen muss, zwischen den einzelnen deutschen Staaten eine Gleichheit der Gesetzgebung, wie wir sie schon in Wechselgeschäften haben und in Handelsgegenständen erwarten, so ist die Anregung zur Besprechung solcher Fragen auch von diesem Gesichtspunkte aus nur wünschenswerth.

Dahin gehören Spionerie, unbefugte Werbung und (in den meisten Staaten) die Verleitung der Soldaten zu M. Verbrechen (vgl. österr. M. St. G. B. Kundm. Pat. Art. IV., sächs. §. 1, hannov. §. 3, grossh. hess. Art. 3, sard. Art. §. 21 u. s. w.). In Oesterreich sind diese drei Verbrechen als jene wider die Kriegsmacht des Staates bezeichnet ⁴⁾.

In M. Verbrechen (und Vergehen) sind nur Personen des Soldatenstandes Subjekte des M. St. G. B.

Dieser spezielle Grundsatz findet sich ausdrücklich nur im österr. M. St. G. B. (Art. III des Kundm. Pat.) ausgesprochen (vgl. §. 297). Hiernach unterliegen in M. Verbrechen jene Personen den Bestimmungen des M. St. G. B., welche durch den abgelegten M. Diensteid die besonderen Pflichten des Soldatenstandes übernommen haben ⁵⁾.

Nach dieser Anordnung wird die Ablegung des M. Eides als Bedingung der Zurechenbarkeit eines M. Verbrechens als solchen aufgestellt, wogegen in anderen Staaten die Anwendung des M. St. G. lediglich von dessen Kundmachung abhängig gemacht wird ⁶⁾.

Das letztere scheint mir auch das richtigere zu sein, denn 1. gilt als Grundsatz für allgemeine wie für besondere Strafgesetze, dass gegen deren Anwendung nichts im Wege stehe, wenn sie gehörig kund gemacht sind. Dass der Soldat seine Pflichten genau erfüllen zu wollen beschwört, ist ein Akt, den man gewiss für zweckmässig halten muss, allein er soll ihm nur ein erhöhter moralischer Beweggrund zur pünkt-

⁴⁾ Der Ausdruck: „Subjekt des M. St. G. B.“ ist nicht gleichbedeutend mit den „überhaupt der M. Gerichtsbarkeit unterstehenden Personen.“ So gehören Zivilpersonen, welche ihres Berufes wegen bei einer auf den Kriegsfuss gesetzten Armee sich aufhalten, zur M. Gerichtsbarkeit, allein es ist nicht notwendig, dass Personen, welche aus einem oder dem anderen Grunde der M. Gerichtsbarkeit unterworfen sind, auch nach den M. Strafgesetzen durchaus behandelt werden. Eine ausdrückliche Bestimmung hierüber ist in jedem Gesetze wünschenswerth.

⁵⁾ Das öst. M. St. G. B. rechnet hieher auch die auf eigene Satzungen beeideten M. Handwerker. Diese werden aber in vielen Fällen gelinder behandelt als die Soldaten. In den folgenden Betrachtungen ist nur auf die Soldaten Rücksicht genommen.

⁶⁾ Nach §. 62 des sächs. M. St. G. B. ist, wie ich glaube, ganz konsequent, die nicht erfolgte Ablegung des Soldateneides bei M. Verbrechen auch nicht einmal ein Milderungsgrund.

lichsten Beachtung der auch ohne Beeidigung von ihm zu erfüllenden Obliegenheiten sein.

2. Ist es, wenn mehrere Assentirte zugleich beeidet werden, immer möglich, dass Einer oder der Andere wohl die äusseren Zeichen der Eidesleistung zu erkennen gibt, den Eid selbst aber nicht ablegt. Wird man wol und kann man die Ausflucht gelten lassen, er habe den Eid nicht abgelegt? Gewiss nicht, und eben so wird man die Imputazion eines M. Verbrechens dann nicht ausschliessen, wenn der Assentirte sich weigern sollte, den Eid abzulegen. Man wird sich hier, wie es auch in Oesterreich vorgeschrieben ist (Vdg. v. 10. Juli 1832, H. 570 M. G. S. Nr. 65), mit der Vorlesung der Kriegsgesetze (Kundmachung derselben) begnügen müssen⁷⁾.

In Bezug auf das österr. M. St. G. B. kann zur Begründung meiner Ansicht insbesondere auch noch der Umstand angeführt werden, dass nicht einrollirte M. Grenzer in dem Falle, wo sie nach der Vdg. des A. O. K. v. 9. Jänner 1860, Abth. 16, Nr. 81, A. V. Bl. 1. St., Nr. 10 zur M. Dienstleistung in der M. Grenze verwendet werden, nach dem M. St. G. B. auch bei M. Verbrechen (jedoch gelinder als Soldaten) zu behandeln sind, obgleich sie auf die Kriegsartikel gar nicht beeidet werden (Vdg. des A. O. K. v. 3. April 1857, Abth. 4, Nr. 359).

Mit dem oben ausgesprochenen Grundsatz ist der Zeitpunkt bestimmt, mit welchem die Wirksamkeit des M. St. G. B. für das einzelne Individuum zu beginnen hat. Würde dieser Zeitpunkt nicht mit der Eidesleistung, sondern mit der Einreihung in die Armee und der damit in Verbindung zu setzenden Kundmachung der Kriegsgesetze (Kriegsartikel) beginnen, so wäre eine für alle Fälle ausreichende Regel festgesetzt, und jene, wenn gleich nicht sehr erhebliche, in der vor-

⁷⁾ Wie jener zu bestrafen sei, der nach seiner Einreihung in die Armee, aber vor der Beeidigung eine sonst als M. Verbrechen zu bestrafende Handlung verübt, finden wir im österr. St. G. B. grundsätzlich nicht beantwortet, nur bei der Deserzion wird erklärt (§. 214), dass die Entweichung, wenn sie auch die Merkmale der Deserzion hätte, nicht als solche, sondern nur als das Vergehen der eigenmächtigen Entfernung zu behandeln sei. Das würtemb. M. St. G. B. lässt in diesem Falle die Nichtbeeidigung als einen Milderungsgrund gelten, jedoch nur durch eine dreimonatliche Dienstzeit (Art. 73).

hergehenden Anmerkung angedeutete Inkonsequenz beseitigt ⁸⁾. Vgl. Art. 305 des sard. M. St. G. B.

Mit diesem Grundsatz ist aber die Frage: wer ist Subjekt des M. St. G. B. in Hinsicht auf M. Verbrechen noch nicht erschöpfend beantwortet, es ist zu diesem Zwecke auch nothwendig, den Zeitpunkt festzustellen, mit welchem der Soldat aufhört, demselben ferner unterworfen zu sein. Dieser Grundsatz dürfte dahin zu lauten haben:

Mit der gänzlichen Entlassung aus dem M. Dienstverbande hört der Soldat auf Subjekt des M. St. G. B. zu sein.

Dieser Grundsatz, dessen Richtigkeit im Allgemeinen nicht bezweifelt werden dürfte, gibt aber noch Anlass zu folgenden Fragen:

a) Hat mit dem Tage der Entlassung jede Anwendbarkeit des M. St. G. B. unbedingt wegzufallen, oder gilt das nur für die Zukunft, so dass hinsichtlich der während der Dienstleistung begangenen und erst nach dem Austritte entdeckten M. Verbrechen dennoch die M. St. G. anzuwenden sind?

b) Kann dem Manne, welcher die gesetzliche (vertragsmässige) Zeit ausgedient hat, aber nicht entlassen wird, ein von ihm nach vollendeter Dienstzeit begangenes M. Verbrechen als solches imputirt werden?

c) Können pensionirte oder

d) mit Beibehaltung des M. Karakters ausgetretene Offiziere noch ein M. Verbrechen verüben?

e) Sollen auch die in Invalidenhäusern versorgten Soldaten nach dem M. St. G. B. behandelt werden?

⁸⁾ Die beurlaubten Soldaten sind im M. Verbande, sind also Subjekte des M. St. G. B. im Allgemeinen. Eine präzise Bestimmung in Bezug auf welche Verbrechen und unter welchen Bedingungen sie den Strafgesetzen unterliegen, erscheint immer höchst wünschenswerth (Vgl. §. 3 des hanov.; §. 4 des schlesw. holst.; Art. 304 des sard. M. St. G. B.; §. 4 der preuss. M. St. P. O.) In Oesterreich finden wir eine spezielle Bestimmung nur hinsichtlich der im Finanzwachdienste stehenden Urlauber v. Jahre 1855 R. G. B. Nr. 37, A. V. B. Nr. 9 in meinen Zusätzen zum M. St. G. B. Z. 4. Aus der früheren Zeit, wo die bis zur Einberufung Beurlaubten unter der Zivilgerichtsbarkeit standen, gehört hieher die a. h. Entschl. v. 3. März 1837, §§. 3 und 4, wornach sie in Fällen der Deserzion und Selbstbeschädigung den M. Gerichten zur Bestrafung nach den M. Gesetzen einzuliefern waren.

ad a) So wie Personen, welche vor dem Eintritte in den M. Stand ein gemeines Verbrechen begangen haben, nach den Zivilgesetzen zu bestrafen sind, so muss konsequent auf die in der M. Dienstleistung verübten M. Verbrechen das M. St. G. B. angewendet werden. Dieser Grundsatz ist im Allgemeinen auch überall durchgeführt, und nur in der Art finden wir Ausnahmen, dass die Zivilgerichte nach der für sie, M. Gerichte nach der ihnen kundgemachten Strafprozessordnung verfahren⁹⁾.

ad b) In Bezug auf diese Frage halte ich den Grundsatz für den richtigen: Ein Mann, der seine Dienstzeit vollstreckt hat, und nach den Gesetzen zu entlassen gewesen wäre, aber aus irgend einem Grunde (z. B. aus Versehen) nicht entlassen wurde, kann das M. Verbrechen der Deserzion und Selbstbeschädigung nicht mehr begehen, in jeder anderen Beziehung bleibt er aber dem M. St. G. B. noch fortan unterworfen.

Dieser Grundsatz scheint mir aus der Natur des Verhältnisses, in welchem der Mann steht, hervorzugehen, denn wer seine Dienstpflicht gänzlich erfüllt hat und gesetzlich zu entlassen war, von dem kann man nicht sagen, dass er sich der (rechtlich nicht mehr vorhandenen) Dienstpflicht entzieht.

Ausdrücklich ist dieser Grundsatz in keinem der mir bekannten M. St. G. B. ausgesprochen, nur im österr. §. 211 erwähnt, dass der Mann, der nach den bestehenden Vorschriften

⁹⁾ Nicht gleich sind hier die Gesetze hinsichtlich des Gerichtsstandes. In einigen G. B. sind die vor der Assentirung begangenen Verbrechen unbedingt, in anderen bedingt den Zivilgerichten zugewiesen, und eben so findet sich eine Verschiedenheit hinsichtlich der während der Dienstleistung begangenen und erst nach dem Austritte aus dem M. Verbande entdeckten Verbrechen. In Preussen (M. St. P. O. §. 17), Schleswig-Holstein (St. P. O. §. 8) sind im letzten Falle die Zivilgerichte competent, in Oesterreich sind nur Dienstesverbrechen den M. Gerichten vorbehalten (Jur. P. v. 22. Dec. 1851), in Hannover (M. St. G. B. §. 6), Toskana (ebd. Art. 12) und Sardinien (Art. 302) gehören auch die nach dem Austritte entdeckten M. Verbrechen vor die M. Gerichte. Letzteres hat wohl die meisten Gründe für sich, weil bei den Zivilgerichten im Allgemeinen nicht jene genaue Kenntniss der M. Gesetze und M. Vorschriften vorausgesetzt werden kann, die zur richtigen Beurtheilung von militärisch strafbaren Handlungen in den meisten Fällen nothwendig sein wird. — Militärisch qualificirte gemeine Verbrechen, z. B. Diebstahl am Kameraden, wären aber der Kompetenz der Zivilgerichte zuzuweisen.

zu entlassen war, besonderer Umstände ¹⁰⁾ wegen jedoch im Dienste noch zurückbehalten worden ist, wegen Deserzion nicht, sondern nur wegen Ungehorsam bestraft werden könne.

Der oben für diese Bestimmung angeführte Grund dürfte ohne Zweifel auch auf das Verbrechen der Selbstbeschädigung Anwendung finden, und daher im gesetzten Falle deren Zurechnung ebenfalls entfallen. Auf andere, nicht auf die Dienstzeit sich beziehenden Verbrechen ist dieser Grund nicht anwendbar.

Wenn ausländische Gesetze keine ähnliche Verfügung enthalten, so möchte ich glauben, dass man eine solche nicht für nöthig hielt, falls man nicht etwa zur entgegengesetzten Ansicht sich neigt, wie das tosk. im Art. 155 ausdrücklich verfügt, dass auch der ausgediente Kapitulant der Deserzion sich schuldig machen kann, wenn er den Dienst verlässt, ehe er den Abschied erhält. Aus dieser Hinsicht halte ich daher eine bestimmte Anordnung hierüber nicht nur für zweckmässig, sondern wegen der in einem Gesetze zur Beseitigung jeder Willkühr und Erzielung der Rechtssicherheit erforderlichen Klarheit auch für nothwendig. (S. Art. 305 des sard. M. St. G.)

ad c) und *d)*. Die hier erwähnten Offiziere sind wohl aus dem Dienste ausgetreten, sie gehören aber noch dem Stande der Offiziere an. Aus diesem Gesichtspunkte möchte ich den Grundsatz aufstellen:

Pensionirte, so wie mit Karakter quittirte Offiziere bleiben in allen Bestimmungen, welche den Offiziersstand betreffen, dem M. St. G. B. unterworfen.

Die bezeichneten Offiziere stehen nicht mehr im M. Dienste, aber sie bleiben im M. Stande. Nun beziehen sich die M. Verbrechen und Vergehen theils auf den Dienst, theils auf den Stand, es liegt daher in der Natur der Sache, dass erstere für sie wegfallen, die letzteren aber innerhalb bestimmter Grenzen noch fortwährend für sie zu gelten haben.

Werden pens. Offiziere zeitweise zu M. Diensten verwendet, so versteht sich wohl von selbst, dass die in dieser Zeit ver-

¹⁰⁾ Welche diese Umstände sind, ist aus dem Gesetze über die Einreihung und Entlassung aus der Armee zu entnehmen. S. für Oesterreich die hierher gehörigen Stellen aus dem Gesetze vom 29. Sept. 1858 in meinen Zusätzen zum M. St. G. B. S. 34 — 36.

übten militärisch strafbaren Handlungen nach dem M. St. G. B. zu beurtheilen sind.

Obigen Grundsatz hat das hannov. M. St. G. B. vor Augen, welches im §. 6 verfügt, dass pens. Offiziere in Ansehung der ihnen noch obliegenden Dienstesverpflichtungen, diese und die mit Beibehaltung der M. Ehrenvorzüge ausgetretenen bei Verstößen wider die Gesetze der Ehre und des konventionellen Anstandes noch ferner dem M. St. G. B. unterworfen bleiben. Aehnliches finden wir im §. 16 der preuss. M. St. P. O., wo es heisst, dass der M. Gerichtsstand durch die Verabschiedung eines Offiziers ohne Pension aufhört, dass jedoch Jene, welchen die M. Uniform zu tragen gestattet ist, bei den nach der Vdg. vom 20. Juli 1843 zu bestrafenden Herausforderungen und Duellen den M. Gerichtsstand beibehalten.

Das österr. M. St. G. B. enthält keine auf diesen Grundsatz hinweisende allgemeine Bestimmung und nur im §. 209 die Anordnung, dass pens. Offiziere das Verbrechen der Deserzion nicht begehen können ¹¹⁾).

ad e). Die in den Invalidenhäusern aufgenommenen invaliden Soldaten haben ihrer M. Pflicht Genüge geleistet, sie sind aus dem Kriegsdienste entlassen. Wenn sie auch wirklich im Invalidenhouse zu Wach- oder anderen M. Diensten verwendet werden, so ist ihr Verhältniss dennoch ein ganz anderes geworden, ihre strafbaren Handlungen sollen daher nach anderen

¹¹⁾ Diese Disposition ist streng genommen überflüssig, sie ergibt sich mit nothwendiger Folge aus dem Begriffe der Deserzion, sie erscheint übrigens wenigstens in der Beziehung bedenklich, dass sie leicht zur Folgerung führen könnte, dass pens. Offiziere andere und alle jene M. Verbrechen begehen können, welche nicht unbedingt einen Dienenden voraussetzen. Jedenfalls ist auch im österr. St. G. B. die Frage, in wieferne pens. oder mit Charakter quittirte Offiziere Subjekte des M. St. G. B. seien, eine schwebende. Man wird vielleicht kein Bedenken tragen, in den Verbrechen der §§. 302 und 303 (gegen die milit. Ehre) sie als Subjekte des St. G. B. zu erklären, aber um den gesetzlichen Grund dieser Erklärung verlegen sein, welche Verlegenheit sich steigert, wenn man noch in anderen Fällen die Bestimmungen über M. Verbrechen auf sie anwenden will. Mit dem Austritte aus der Militär-Dienstleistung hört die Verpflichtung an die Kriegsgesetze auf. Wollte man diesen Satz bei dem pens. Offizier negiren oder nur mit einer Beschränkung zugeben, so ist er jedenfalls unbeschränkt richtig, hinsichtlich des mit Charakter quittirten, und daher zur Beseitigung aller Zweifel eine bestimmte Norm gewiss erforderlich.

als den für dienende Soldaten erflossenen strengen M. Strafgesetzen beurtheilt werden.

Da die Aufnahme in das Invalidenhaus für sie eine Wohlthat und das Bleiben daselbst keine Pflicht ist, so folgt schon aus diesem Umstande, dass sie das Verbrechen der Deserzion nicht begehen können. Dies ist sowohl im österr. (§. 209) als preuss. M. St. G. B. (§. 112 und 164) ausgesprochen ¹²⁾ und gilt ohne Zweifel auch vom Verbrechen der Selbstbeschädigung, wenn der Fall je vorkommen sollte. In Bezug auf die Bestrafung anderer M. Verbrechen ist aber in keinem mir bekannten M. St. G. B. etwas angeordnet. Nach meiner Ansicht erscheint ein bestimmter Grundsatz in dieser Richtung nothwendig, welcher nicht blos im Allgemeinen zu lauten und das Verhältniss des Invaliden als Milderungsumstand hinzustellen, sondern mit Rücksicht auf die einzelnen Verbrechen die dem Invaliden im gesetzten Falle zu treffende (wohl meistens gelindere) Strafe auszusprechen hätte, wenn man es nicht vorzieht, in einem besonderen Reglement für die in Invalidenhäusern Versorgten die angemessenen Strafbestimmungen bei Verletzung der ihnen obliegenden Pflichten aufzunehmen ¹³⁾.

Sind ausländische Offiziere Subjekte des M. St. G. B.?

Insofern ausländische Offiziere in dem Staate, wo sie sich befinden, in gar keinem Verhältnisse zur Armee des Staates

¹²⁾ Der §. 74 des schlesw.-holst. St. G. B. lautet: Zu besonderen Dienstleistungen kommandirte Invaliden, die aus der Invalidenanstalt entweichen, sind als Deserteure zu behandeln und mit der für die Friedenszeit bestimmten Strafe zu belegen. S. auch Art. 148 des sard. M. St. G. B.

¹³⁾ Ob und in welchen Staaten derlei Reglements bestehen, konnte ich nicht erfahren. In Oesterreich wurde vom A. O. K. unterm 26. Juli 1855, S. III., Abth. 12, Nr. 1959, nachträglich zum M. St. G. B. erklärt, dass der Richter auf die bei Invaliden aus dem vorgerückten Alter, sonstigen Gebrechlichkeiten oder weniger strengem Dienstverbande sich ergebenden Milderungsumstände bei der Aburtheilung und Ausmessung der Strafe innerhalb der vom Gesetze gesteckten Grenzen den nöthigen Bedacht zu nehmen habe. Im Prinzipie ist also das von mir oben Gesagte anerkannt, nur glaube ich mich für eine weitere und bestimmtere Ausdehnung dieses Grundsatzes in der Art aussprechen zu sollen, wie es bei den auf Satzungen verpflichteten Personen im Gesetzbuche oder hinsichtlich der nicht einrollirten Grenzer für den Fall ihrer Verwendung zur M. Dienstleistung in der Grenze in einem besonderen S. 4 erwähnten Gesetze geschehen ist.

stehen, in dem sie sich aufhalten, z. B. des Vergnügens wegen in demselben reisen, können sie wohl auch den Bestimmungen des M. St. G. über M. Verbrechen nicht unterliegen.

Wenn ausländische Offiziere (nach ihrer Entlassung aus der M. Dienstpflicht in ihrem Vaterlande) förmlich in österr. Kriegsdienste treten, so werden sie hiedurch österr. Offiziere, und es kann kein Zweifel sein, dass sie dem österr. M. St. G. B. unterworfen seien.

Obige Frage bezieht sich daher nur auf jene Fälle, wo ausländische Offiziere in ein engeres Verhältniss zur Armee des Landes, wo sie sich aufhalten, treten, z. B. als Freiwillige einen Feldzug mitmachen, oder im Frieden ihrer Ausbildung wegen in dieser Armee förmlich Dienste leisten.

Das österreich. M. St. G. B. erwähnt nirgends der ausländischen Offiziere, und man kann sie in dem zuletzt erwähnten Falle um so weniger als Subjekte desselben ansehen, als sie nach dem Jur. P. v. 22. Dez. 1851 unbedingt den Zivilgerichten zugewiesen sind.

Die preuss. M. St. P. O. bestimmt im §. 18, Z. 2, dass in Kriegszeiten die zu den kriegführenden Truppen des preuss. Heeres zugelassenen fremden Offiziere und deren Gefolge der M. Gerichtsbarkeit unterstehen. (Aehnliches enthält der §. 12 der schlesw.-holst. M. St. P. O.) und im §. 8 Einl. des M. St. G. B. heisst es: Gegen jene, welche ausnahmsweise in Kriegsdiensten den M. Gerichtsstand haben, kommen, wenn sie zum Soldatenstande gehören, dieselben strafrechtlichen Bestimmungen, wie gegen preuss. Soldaten in Anwendung.

Die Anordnung der preuss. M. Gesetze dürfte nach meinem Ermessen den Verhältnissen ganz entsprechen ¹⁴⁾.

Der im Frieden z. B. bei der österreichischen Armee zugetheilte fremde Offizier steht in keinem Dienstverbande, er kann jeden Augenblick sich entfernen und auch entfernt werden, und wenn er eine im G. B. als M. Verbrechen bezeichnete Handlung verübt, so wird auch bei Verbrechen, die mit seiner Stellung in der Armee im Zusammenhange stehen, und an deren Bestrafung der österr. Regierung gelegen ist, welche

¹⁴⁾ Das grossh. hess. St. G. B. erklärt Art. 3: Auf fremde M. Personen findet das M. St. G. B. dann Anwendung, wenn sie M. Verbrechen in Beziehung auf das inländische Militär begehen.

also zu den gröberen gehören, dieselbe gewiss auch nach dem Ziv. St. G. B. als eine gemein strafbare erscheinen, und bei jenen Verbrechen, die in höherer Beziehung gefährlich sind, wie z. B. Spionage, unterliegt er ohnehin dem M. St. G. B.

Anders ist es aber im Kriege. Die Armee bildet, sie möge im In- oder Auslande sein, einen für sich geschlossenen Körper, gleichsam ein Territorium, sie hat eigene Strafgesetze, denen Jeder, welcher ihr angehört, wenigstens in allen jenen Beziehungen unterliegen soll, in denen er zu ihr steht.

Es spricht daher schon die Natur der Sache dafür, den z. B. in der österreich. Armee, obgleich als Volontär dienenden fremden Offizier in vorkommenden Fällen nach dem M. St. G. über M. Verbrechen zu behandeln, wenn man einzelne in diesem Verhältnisse auch dem fremden Offiziere obliegenden Pflichten vor Augen hat. Wahr ist es, dass er ein Freiwilliger ist, allein er hat durch seinen Eintritt in die Dienstleistung bei der Armee stillschweigend erklärt, dass er die damit verbundenen Pflichten übernehmen wolle, er hat sie durch seinen Eintritt übernommen, oder soll man es seinem Ermessen überlassen, ob er einem gegebenen Befehle folgen wolle oder nicht ¹⁵⁾?

§. 2. Objektiver Umfang des M. St. G. B.

Gegenstand des M. St. G. B. sind streng genommen nur M. Verbrechen und Vergehen. Da aber manche Verbrechen und Vergehen, die an sich nur gemeine wären, mit dem M. Dienste oder den Verhältnissen des Soldaten in einer engen Beziehung stehen, so werden auch solche in das M. St. G. B. aufgenommen. Dahin gehört z. B. boshafte Beschädigung von Monturstücken u. dgl. Einige M. St. G. B. rechnen — und nach meiner Ansicht ganz richtig — hieher auch die Plünderung und die Duelle der Offiziere. Am Schlusse findet man dann meistens noch besondere Strafgesetze für die bei der M. Administration angestellten Personen, welche die Uebertretungen ihrer Dienstpflichten betreffen.

¹⁵⁾ Vergl. auch §. 104 des österreich. M. St. G. B., §. 18 der preuss. M. St. P. O. und §. 7 des hannov. M. St. G. B.

Den weitesten Umfang hat das österreich. M. St. G. B., da es auch alle gemeine Verbrechen und Vergehen enthält ¹⁶⁾. Auch in das sard. M. St. G. B. sind mehr als nöthig Bestimmungen aus den allgemeinen Strafgesetzen aufgenommen.

Der Gegenstand der M. Verbrechen ist der M. Dienst, die M. Vorgesetzten, M. Wachen und der M. Stand.

Es ergeben sich hieraus die Fragen, was ist M. Dienst? u. s. w. Die Beantwortung dieser Fragen kann (wenn nicht das Dienstreglement einen klaren und befriedigenden Aufschluss gibt) entweder in den allgemeinen Theil des St. G. B. aufgenommen werden, oder bei den einzelnen Verbrechen geschehen. Ersteres dürfte den Vorzug verdienen, und findet sich im sächsischen (§§. 75 — 80) und hannoverschen (§§. 51 — 56) M. St. G. B.

Ich übergehe hier diese Fragen und werde dieselben am zukömmlichen Orte, insbesondere jene über Dienst und Vorgesetzte bei der Subordinationsverletzung behandeln; hier sei nur noch die Frage berührt, ob auch die in fremden Staaten dienenden Offiziere einer höheren Charge als M. Vorgesetzte anzusehen seien?

Das preuss. St. G. B. lautet hierüber im §. 7: Die von preussischen M. Personen gegen M. Personen verbündeter Staaten im gemeinschaftlichen Dienstverhältnisse begangenen Verbrechen sind, insofern nicht für solche Fälle besondere Bestimmungen erlassen werden, ebenso zu bestrafen, als wenn sie gegen preussische M. Personen verübt worden wären. Fleck bemerkt in seinem Kommentar über das preuss. M. St. G. B. (Berlin 1852) zu diesem Paragraphe, dass hiebei die Beobachtung des Reziprozitäts-Verhältnisses des verbündeten Staates, welchem die betreffenden M. Personen angehören, als selbstverständlich vorausgesetzt werde, so dass, wenn in einem spe-

¹⁶⁾ Man wird dies kaum billigen können. Die Abweichungen vom Zivilstrafgesetzbuche sind bezüglich der daselbst behandelten gemeinen Verbrechen und Vergehen im österr. M. St. G. B. so unbedeutend, dass sich ein triftiger Grund der Aufnahme derselben im vollen Umfange gar nicht denken lässt. Die einzige Abweichung bezüglich der Strafe beim Raube, wornach derselbe unter gewissen Voraussetzungen in der M. Grenze mit dem Tode bestraft wird (§§. 487 und 488), während Zivilpersonen bei diesem Verbrechen nie der Todesstrafe unterliegen — von Standrechtsfällen wird abgesehen — lässt sich nach meinem Dafürhalten gar nicht rechtfertigen.

ziellen Falle dies irgendwie zweifelhaft sein sollte, vor der gerichtlichen Entscheidung der Sache dieser Punkt genau festgestellt werden muss.

Eine ähnliche Disposition enthält auch der §. 7 des sächs. M. St. G. B. Das schlesw.-holst. verordnet im §. 6: Die von schlesw.-holst. M. Personen gegen M. Personen der deutschen Reichsarmee oder verbündeter Staaten in gemeinschaftlichen Dienstverhältnissen begangenen Verbrechen sind, insoferne nicht für solche Fälle besondere Bestimmungen erlassen werden, ebenso zu bestrafen, als wenn sie gegen schlesw.-holst. M. Personen verübt worden wären.

Das österreich. M. St. G. B., so wie manche andere enthalten hierüber nichts.

Es kann nicht geläugnet werden, dass eine Anordnung in dieser Richtung im G. B. zwar nicht unumgänglich nothwendig ist, da in vorkommenden Fällen immer eine spezielle Verfügung erlassen werden kann, das muss aber zugegeben werden, dass, weil sie in anderen M. St. G. B. schon vorkommt, es sehr wünschenswerth sei, dass sie in keinem der zum deutschen Bunde gehörigen Staaten fehle, und wenn nicht im St. G. B., doch wenigstens in den Dienstesvorschriften aufgenommen werde.

Für den wichtigsten Fall, nämlich der Verbindung einer fremden Armee im Kriege, dürfte wol kein Bedenken obwalten, jenem auch ausländischen Offizier, unter dessen Kommando eine kleinere oder grössere Abtheilung österreich. Soldaten gestellt ist, wenigstens im Geiste unserer Dienstvorschriften über Subordinazion (D. R., 1. Th., §. 2),¹⁷⁾ als deren Vorgesetzten anzusehen, und strafbare Handlungen in Bezug auf ihn, ebenso wie in Bezug auf den österreich. Offizier, zu bestrafen, selbst wenn in dieser Beziehung nicht ein besonderer Befehl des kompetenten Kommandanten erflossen ist.

Dasselbe mag auch in manchen Fällen selbst bei Kommandirungen in Friedenszeiten für zweifellos behauptet werden, dagegen kann man nicht vermeiden, dass nicht dennoch und namentlich im österreich. St. G. B. deswegen Zweifel auftauchen, weil hier im Sinne des M. St. G. B. nur jener der Vor-

¹⁷⁾ Dass Schildwachen vor Offizieren fremder Mächte zu präsentiren haben, bestimmt ausdrücklich das österreich. D. R. v. J. 1861, II. Th., §. 17.

gesetzte eines Soldaten sein kann, der ebenfalls auf die für die österreich. Armee verbindlichen Kr. Art. beeidet ist.

Schliesslich muss noch bemerkt werden, dass es selbst eine Anforderung an den M. Stand sei, dass die Glieder desselben, wiewol verschiedenen Staaten angehörig, insbesondere dann der Niedere dem Höheren die üblichen äusseren Ehrenbezeugungen erweise, wenn sie in gemeinschaftlichen Dienstesverhältnissen (oder auch sonst nur in derselben Garnison) sich befinden.

§. 3. Zusammenstellung der Hauptgrundsätze dieses Abschnittes.

Subjekte des M. St. G. B. in Bezug auf Militär-Verbrechen und Vergehen sind Soldaten.

Das M. St. G. B. findet auf sie Anwendung von dem Zeitpunkte, als sie in die Armee eingereiht worden sind; die nicht geschehene Ablegung des M. Eides schliesst die Zurechnung eines M. Verbrechens als solchen nicht aus.

Die Anwendung des M. St. G. B. auf Soldaten erlischt mit dem Zeitpunkte, wo sie aus dem Stande der Armee entlassen werden.

Ueber die während der Dienstzeit begangenen M. Verbrechen und Vergehen, welche erst nach der Entlassung entdeckt werden, kommt den M. Gerichten die Untersuchung und Aburtheilung zu.

Ein Mann, der seine Dienstzeit vollstreckt hat und zu entlassen ist, kann sich von diesem Zeitpunkte an der Deserzion und des M. Verbrechens der Selbstbeschädigung nicht mehr schuldig machen.

Offiziere ausser Dienst mit oder ohne Pension unterliegen den Bestimmungen des M. St. G. B. nur insoferne, als sie M. Standespflichten verletzen. Das Gesetz hat hierüber sich auszusprechen.

Zweiter Abschnitt.

Deserzion.

§. 4. Begriff und Strafe.

Die Deserzion besteht darin, dass ein Soldat von seinem Dienstorte sich entfernt, oder von demselben zur Zeit, wo er einrücken soll (z. B. vom Urlaube), wegbleibt, in der Absicht, dem Militärdienste sich zu entziehen.

Im Wesentlichen ist der Begriff der Deserzion in den meisten Gesetzbüchern gleich, nur einige enthalten den nach meiner Ansicht schon aus dem Begriffe hervorgehenden, daher nicht wesentlichen Beisatz vor „entziehen“: für immer.

Auch in der Beziehung gleichen sich die Gesetzbücher, dass sie Umstände anführen, aus denen (im Läugnungsfall) auf das Vorhandensein der Deserzionsabsicht geschlossen werden kann. Die Aufzählung von derlei Umständen ist aber selbst insofern nicht nothwendig, als nach Verlauf einer bestimmten Zeit diese Absicht präsumirt werden soll¹⁸⁾, sondern nur dann, wenn der Ablauf einer bestimmten Zeit zum Dasein der Deserzion, zum Begriffe derselben gehört, wie dies in Frankreich der Fall ist (Art. 231, 233, 235)¹⁹⁾.

¹⁸⁾ Unter welcher Voraussetzung bei einer objektiv als strafbar erscheinenden That der (böse) Vorsatz als erwiesen anzunehmen oder zu vermuthen sei, hat nicht der materielle Theil des St. G. B. zu normiren, sondern die Strafprozessordnung, aber auch in letzterer ist eine solche Verfügung nicht aufzunehmen, wenn eine Jury richtet, daher positive Beweisregeln entfallen, weshalb das hollst. M. St. G. B. mit Recht auch bei der Deserzion keine Umstände anführt, aus welchen auf die Absicht der meineidigen Entweichung geschlossen werden kann. — Das österr. M. St. G. B. behandelt diesen Gegenstand mit einer grossen und leicht beirrenden Weitläufigkeit (Vgl. die §§. 185, 186, 188, 189 u. 195 lit. c).

¹⁹⁾ Der Art. 231 lautet: Der Deserzion im Inlande wird für schuldig erachtet: 1) Jeder sich ohne Erlaubniss von seinem Truppentheile oder Detachement entfernende Unteroffizier, Korporal oder Soldat, sobald sechs Tage nach demjenigen seiner festgestellten Abwesenheit verstrichen sind. War jedoch der Soldat noch nicht sechs Monate im Dienst, so kann er erst nach Ablauf eines Monats seit seiner Abwesenheit als Deserteur betrachtet werden. 2) Jeder Unteroffizier und Soldat, welcher allein von einem Truppenkorps zu einem andern marschirt, oder dessen Urlaub oder Erlaubnisszeit abgelaufen ist, falls er sich nicht innerhalb fünfzehn Tagen seit dem Tage der zu seiner Rückkehr oder zu seinem Eintreffen beim Truppentheil bestimmt ist, einfindet.

Wenn ein Mann von seinem Truppenkörper entweicht und bei einem andern Dienste nimmt, so wird dies nach den ausdrücklichen Bestimmungen des österreichischen (§. 207) und hannoverschen (§. 120) Gesetzbuches ebenfalls als Deserzion angesehen (in anderen, z. B. preussischen, ergibt sich das Nämliche aus dem Begriffe), jedoch wird nach letzterem der Entwichene, wenn er sogleich sich wieder anwerben lässt, wie ein freiwillig Rückkehrender angesehen, und daher nach Umständen selbst nur mit 14tägigem Gefängnisse bestraft (§. 135). Die Strafrechtspolitik scheint noch zu fordern, einen solchen Mann gar nicht als *Deserteur* anzusehen, der schon bei seiner Entweichung (erweislich) die Absicht hatte, bei einem andern Truppenkörper Dienste zu nehmen, sondern ihn nur wegen des Vergehens der eigenmächtigen Entfernung, und zwar aus dem Grunde dieserwegen zu bestrafen, da es dem Willen des Mannes nicht überlassen werden kann, die Truppe, in welcher er dienen will, sich zu wählen.

Die Strafen der Deserzion zerfallen in Haupt- und Nebenstrafen (Folgen der Deserzion).

Die Hauptstrafen sind der Tod oder eine Freiheitsstrafe.

In Friedenszeiten ist nur in wenigen Strafgesetzbüchern die Todesstrafe ausgesprochen. Strafen sollen überhaupt den Verbrechen angemessen sein, und in objektiver Beziehung die nachtheiligen Folgen, die ein Verbrechen nach sich zieht,

Der Art. 233 enthält auch bei der Deserzion der Offiziere denselben Zeitraum von 6 und 15 Tagen. Der Art. 235 erklärt der Deserzion in das Ausland schuldig jeden Militär, welcher ohne Erlaubniss die Grenzen des französischen Gebietes überschreitet, oder ausserhalb Frankreichs seinen Truppenkörper verlässt, wenn seit seiner konstatirten Abwesenheit drei Tage verstrichen sind. Die Bestimmung des Art. 231 in Betreff der jungen Soldaten halte ich für besonders nachahmungswürdig. — Nach dem toskan. M. St. G. B. (Art. 166 — 169) entfällt die Strafe der Deserzion, wenn der das erste Mal und nicht zum Feinde Entwichene bei der einfachen Deserzion binnen 10, bei der qualifizirten binnen 5 Tagen freiwillig zurückkehrt und die mitgenommenen ärarischen Gegenstände zurückbringt oder den Ersatz leistet. — Die Strafrechtspolitik wird gewiss diese Bestimmung gut heissen. Auch das sardinische M. St. G. B. enthält ähnliche Verfügungen (Art. 128, 129, 137, 139, 143 und 149); nur die Entweichung von der Truppe vor dem Feinde (*dalle file in presenza del nemico*) wird sogleich (*immediatamente*) als Deserzion angesehen (Art. 127). Kommt der Entwichene vor Verlauf der im Gesetze angegebenen Zeit zurück, so wird er im Disziplinarwege bestraft (Art. 149).

den Ausschlag geben. Die Deserzion kann in Friedenszeiten weder vom allgemeinen noch speziell militärischen Standpunkte aufgefasst einen bedeutenden Nachtheil herbeiführen, so lange sie vereinzelt dasteht, und nur in dem Falle würde die Anwendung der Todesstrafe sich rechtfertigen lassen, wenn sie zu den im Staate militärisch sich organisirenden Rebellen und unter solchen Umständen erfolgt, unter denen die Deserzion im Kriege mit dem Tode verpönt ist ²⁰⁾.

Ein Nebengrund gegen die Todesstrafe in Friedenszeiten ist wol auch der, dass sie kaum je vollzogen wird. — Man soll nie eine gesetzliche Verfügung erlassen, von der man schon vorhinein überzeugt ist, dass sie vielleicht nie zur Anwendung kommen werde.

Eine hier zu behandelnde Frage ist die: Können nicht solche Umstände entweder bei der Deserzion oder später eintreten, welche die Anwendung der Todesstrafe im Frieden rechtfertigen?

Ich glaube diese Frage unbedingt verneinen zu sollen.

Bei der Entweichung lassen sich solche Erschwerungsgründe gar nicht denken, welche der Anwendung der Todesstrafe im Frieden das Wort führen, und begeht der Mann nebstbei noch eine andere strafbare Handlung, z. B. er entweicht vom Posten, so tritt eine Konkurrenz ein, und die Freiheitsstrafe wird im Einklange mit den gesetzlichen Bestimmungen über die Konkurrenz ausgemessen werden müssen, nicht aber wegen der Deserzion bis zur Todesstrafe zu steigern sein ²¹⁾.

Umstände, welche der Deserzion nachfolgen, bestehen streng genommen nicht mit und durch, sondern neben

²⁰⁾ Der Deserzion zu den bewaffneten Rebellen erwähnt ausdrücklich nur das toskan. M. St. G. B. (in tempo di difesa pubblica — Art. 159 und 176, s. auch Art. 7), das franz. jener zur Zeit eines Belagerungszustandes (en tat de siège — Art. 232 u. s. f.). Da sonst im franz. M. St. G. B. (s. Art. 211—213, 218, 219 u. s. w.) die bewaffneten Rebellen den äusseren Feinden gleichgestellt sind, so sind — nach der Ansicht des Kommentators Fouger (S. 762) auch bei der Deserzion unter „ennemis“ die rebelles armées begriffen. Vergleiche übrigens §. 5 sächs., §. 7 schlesw.-holst., §. 9 preuss. G. B., wornach die für den Krieg geltende Strenge auch bei ausserordentlichen Vorfällen im Frieden nach vorausgegangener Bekanntmachung anzuwenden ist.

²¹⁾ Unterliegt die konkurrirende Handlung der Todesstrafe, so wird sie wegen dieser und nicht wegen der Deserzion verhängt.

derselben, sie sind nur uneigentlich Erschwerungsumstände derselben, und blos in dem Sinne als solche aufzufassen, dass die Deserzion so lange fort dauert, bis der Mann eingebracht wird. Aber auch in diesem Falle müssen derlei Umstände im Subjekte ihren Grund haben. Daher sollte nach meiner Ansicht der zufällige Umstand, ob eine Zivil- oder Militärperson den Deserteur einbringt, unentscheidend sein auf die Strafbestimmung ²²). Vgl. Anm. 19.

Einen Einfluss auf die Strafe hat nach einigen Strafgesetzbüchern der Umstand, wenn der Deserteur Jenem, der ihn anhalten will, sich widersetzt, jedoch mit dem Unterschiede, dass derselbe nur als Verschärfungsgrund gilt, insoferne die Widergesetzlichkeit nicht in ein schwereres Verbrechen übergeht, als die Deserzion ist, für welch' letzteren Fall dann eine Konkurrenz eintritt (§. 99 s ä c h s.), oder dass, wenn die Widergesetzlichkeit in eine schwere Verwundung ausartet, selbst die Todesstrafe verhängt ist (§. 192 österr.).

Meine Ansicht hierüber ist diese: Die Deserzion ist weder unter den Militär- noch unter den gemeinen Verbrechen das schwerste, es gibt viele Verbrecher, an deren Entdeckung und Einbringung dem Staate weit mehr gelegen ist. Nun ist aber hinsichtlich keines einzigen Verbrechens eine ähnliche Disposition in Betreff der Widersetzung gegen den Anhalter bestimmt, daher sie auch bei der Deserzion nicht aufzunehmen wäre.

Die thätige Widersetzung von Seite eines Verbrechers gegen Jenen, der ihn anhalten will, kann im Allgemeinen als ein Verschärfungsgrund nicht angenommen werden, artet sie

²²) Ich habe bereits in meinem Handbuche der österr. M. Strafgesetze Wien 1849, dann in Haim er l's Vierteljahrsschrift II. B., S. 14, Wien 1858 und in der M. Zeitung 1861, Nr. 2 gegen die in den früheren Gesetzen und auch im M. St. G. B. v. J. 1855, §. 195, lit. b enthaltene Bestimmung, wornach die Todesstrafe von dieser Art der Einbringung abhängig gemacht wird, mich ausgesprochen. Nachdem diese singuläre Verfügung im J. 1859 für die Kriegszeit, wurde sie endlich mit a. h. Entschl. v. 23. April 1861 auch für die Zeit des Friedens, somit ganz ausser Wirksamkeit gesetzt, — Ob nun auch bei der Komplotstiftung die Unterscheidung zu entfallen habe, ob dieselbe von Soldaten oder anderen Personen entdeckt werde, ist zwar in dieser a. h. Entschl. nicht ausgesprochen, dürfte aber als im Principe derselben liegend anzunehmen sein.

aber in eine andere strafbare Handlung aus, so tritt eine Konkurrenz ein.

Will man die Strafverschärfung oder Steigerung der Strafe bis zur Lebensstrafe als zum Schutze des Ergreifers angeordnet ansehen, so liegt wieder kein Grund vor, davon nur bei der Deserzion zu sprechen. Bloss aus militärischen Rücksichten liesse sich eine Verfügung ähnlicher Art, aber auch nur dann vertheidigen, wenn der Deserteur dem zu seiner Aufgreifung kommandirten Soldaten sich thätig widersetzt, weil der Verfolger des Deserteurs hier im Dienste handelt, und den Deserteur anhalten muss; allein selbst in diesem Falle entsteht noch immer die Frage, warum soll diese Strenge nur bei der Deserzion und nicht auch bei anderen weit schwereren Verbrechen eintreten?²³⁾

In Kriegzeiten ist eine schärfere Strafe nothwendig, insbesondere dann, wenn

a) die Deserzion vor dem Feinde (in der Nähe, Angesichts des Feindes) erfolgt²⁴⁾;

b) wenn der Deserteur zum Feinde übergeht.

Die Todesstrafe wird im Falle b) unbedingt in allen mir bekannten M. St. G. B. verhängt, und nur das gr. hessische erfordert hiezu noch die Dienstesannahme bei dem Feinde oder einen sonstigen speziellen Verrath (Art. 106), und das österr. wenigstens die Absicht der Dienstesannahme (§. 191), wogegen im Falle a) unbedingt die Todesstrafe nur im sächs. (§. 98, Z. 1), tosk. (Art. 176, c) und sard. (Art. 127) angeordnet ist und das franz. sie ganz ausschliesst; das gr. hess. (Art. 100), preuss. (§. 100), schlesw.-holst. (§. 67) bestraft nur die Deserzion vom Posten (ersteres gegen, letztere vor dem Feinde) mit dem Tode. Nach dem hannov. unterliegt der Todesstrafe der Deserteur, welcher in der Nähe des Feindes oder

²³⁾ Das tosk. G. B. rechnet zu den die Strafbarkeit der Deserzion erhöhenden Umständen den bei der Ausführung derselben angewendeten Widerstand (Art. 159 e), was allerdings ein die Deserzion erschwerender Umstand ist, weil er selbe begleitet, mit ihr zur Existenz gelangt.

²⁴⁾ Das hannov. G. B. bestimmt im §. 54, wann eine Truppe in der Nähe, und im §. 55, wann sie Angesichts des Feindes sich befindet; die erstere Bestimmung enthält auch das sächs. G. B. §. 78. Man kann solche Bestimmungen nur gut heissen, weil sie die richtige Anwendung des Gesetzes mehr sichern, indem sie die Grenze des aufgestellten Begriffes fixiren.

ausserhalb der äussersten Posten, und zwar auf der Seite gegen den Feind betroffen wird (§. 128 b ²⁵), und nach dem österr., wenn er in der Nähe des Feindes von der Schildwache oder von was immer für einem Dienstposten, dessen Verlassung grossen Nachtheil bringen konnte, entwichen ist (§. 194, Z. 1).

Da das Verlassen eines Postens oder einer Schildwache ein eigenes für sich bestehendes Verbrechen ist, und bei Deserzion mit Verlassen des Postens eigentlich eine Konkurrenz von strafbaren Handlungen eintritt, so sieht man, dass die Deserzion an sich genommen, in dem preuss., holst., hess. und österr. Strafgesetzen ebenfalls nicht mit dem Tode bestraft wird, und nach dem hannov. das österr. das strengste ist, welches beim Verlassen auch eines anderen als eines Wachpostens die Todesstrafe androht, jedoch dieselbe an die Bedingung knüpft, dass hieraus ein grosser Nachtheil entstehen konnte. Diese Bestimmung dürfte wohl auch für die entsprechendste gehalten werden ²⁶).

Ohne Rücksicht auf den Umstand, ob aus der Deserzion ein Schade entstehen konnte oder nicht, dürfte den Kommandanten einer vor dem Feinde stehenden Abtheilung im Falle der Deserzion die Todesstrafe zu treffen haben (sächs. M. St. G. B., §. 98, Z. 3).

Offiziere müssen in Deserzionsfällen wohl strenger als die Mannschaft behandelt werden; mir scheint aber das österr. St. G. (§. 194), welches die Todesstrafe schon dann verhängt, wenn der Offizier von einer Truppenabtheilung entweicht, welche unter den für die Kriegszeit bestimmten strengeren Gesetzen

²⁵) Während das hannov. St. G. B. die Deserzion vor dem Feinde nur mit einer Kettenstrafe bis zu 15 Jahren belegt, bestraft es, nach meiner Ansicht mit vollem Rechte, die in ihren Folgen viel gefährlichere Deserzion aus einer belagerten Festung, ohne weitere Unterscheidung, mit dem Tode (§§. 127 und 128 lit. a). Das letztere bestimmt auch das preuss. u. holst. St. G. B. (§. 67 und §. 100).

²⁶) Da das franz. St. G. die Entfernung vom Posten Angesichts des Feindes und bewaffneter Rebellen mit dem Tode bestraft (Art. 213), so stimmt es mit dem preuss. und mehreren anderen überein, und dürfte, da es auf das Verlassen des Postens vor dem Feinde auch ohne Deserzion die Todesstrafe verhängt, vor jenen Gesetzbüchern nicht nur deswegen den Vorzug haben, weil es die Konkurrenz mehr hervorhebt, sondern mehr noch deshalb, weil nach demselben die Deserzion bei Entfernung vom Posten vor den Rebellen ebenfalls der Todesstrafe unterliegt.

steht, zu scharf, und es dürfte hinreichen, die Todesstrafe für den Fall festzusetzen, wenn die Deserzion vor dem Feinde stattfindet. Andere Strafgesetze enthalten hinsichtlich der Offiziere in diesem Punkte keine spezielle Bestimmung.

Eine verschiedenartige Behandlung in den M. St. G. findet die Deserzion zum Feinde verbunden mit dem Eintritte in feindliche Kriegsdienste²⁷⁾.

Das hess. St. G. B. sagt im Art. 106: Uebergang zum Feinde ist ein aus Verrath und Deserzion zusammengesetztes Verbrechen, es wird, wenn es mit Dienstannahme oder sonstiger spezieller Verrätherei verbunden ist, mit dem Tode bestraft. Hiemit stimmen im Wesentlichen auch die preuss. Strafgesetze überein: Jener Soldat, der beim Feinde Dienste nimmt und die Waffen gegen Preussen oder dessen Bundesgenossen trägt, wird als Landesverräther mit dem Tode bestraft (vgl. §§. 87 und 100 Mil. und §. 68 Ziv. St. G. B. vom Jahre 1851). Andere St. G. B. erwähnen dieses Unterschiedes entweder gar nicht, oder sprechen die Todesstrafe für den Deserteur zum Feinde mit dem Beisatze aus, er mag bei dem Feinde Kriegsdienste genommen haben oder nicht. Nach dem sard. und franz. M. St. G. B. trifft jeden Soldaten, der gegen Frankreich kämpft, als Verräther die Todesstrafe (Art. 71 und 204). Das österr. St. G. bestraft den Ausreisser, der beim Feinde Kriegsdienst genommen hat (oder in dieser Absicht desertirt, jedoch vor dem Uebertritte zum Feinde angehalten wird) mit dem Tode durch den Strang (§. 191), während bei der Deserzion sonst das Erschiessen eintritt.

Die hier besprochene Deserzion besteht aus zwei Handlungen, nämlich Entweichung zu dem Feinde und Eintritt in dessen Kriegsdienste; es dürfte daher richtiger sein, eine Konkurrenz, und zwar um so mehr anzunehmen, als die letztere Handlung offenbar die schärfer zu bestrafende ist. Durch die Deserzion wird unserer Armee ein Mann entzogen, durch den Eintritt zum Feinde haben wir nebstbei noch einen Mann gegen uns, was um so gefährlicher wird, je Mehrere übertreten, oder

²⁷⁾ Hinsichtlich der Kriegsgefangenen, welche in feindliche Dienste treten, enthält nur das hannov. St. G. §. 128 eine Anordnung. Hienach tritt, gleich wie bei der Deserzion zum Feinde, die Todesstrafe ein, wenn nicht ein unvermeidlicher Zwang dargethan werden kann.

wenn sogar höhere Offiziere dieses Verbrechens sich schuldig machen. Es dürfte daher jedenfalls die Ansicht die begründetere sein, welche in dem Eintritte in feindliche Kriegsdienste als einem Verrathe das Hauptverbrechen, und die Deserzion als das konkurrirende ansieht, mithin auch die Strafe des ersteren fordert ²⁸⁾.

Der Deserteur kann entweder ohne oder mit Montur, Pferde u. s. w. entweichen, wodurch die Frage veranlasst wird, ob im letzteren Falle eine Konkurrenz eintrete, oder das Mitnehmen dieser Gegenstände nur ein die Deserzion erschwerender Umstand sei?

Auch in dieser Hinsicht finden wir eine Verschiedenheit in den Gesetzen. Es liegt in der Natur der Sache, dass

1. der Soldat nicht ohne Bekleidung entweichen kann, daher dürfte die Mitnahme von solchen Sachen, welche er zur Bekleidung benöthigt, ihm nicht besonders zu imputiren sein ²⁹⁾, dass aber

2. die Mitnahme von anderen, wenn auch zum Dienste oder sonstigen Gebrauche übergebenen Sachen eine selbstständige strafbare Handlung bilde und

3. er in beiden Fällen ersatzpflichtig bleibe, wenn er die mitgenommenen Sachen gar nicht, beschädigt oder ganz unbrauchbar zurückbringt.

In ersterer Beziehung findet sich eine Uebereinstimmung zwischen dem preuss. und schlesw.-holst. St. G. (§. 106 und §. 71, Z. 2), wogegen in anderen Gesetzbüchern auch schon die Mitnahme der Montur eine Strafverschärfung zur Folge hat.

In dem zweiten Falle wird ein Verschärfungsgrund angenommen (vergl. hess. Art. 99, hannov. §. 131, preuss. §. 106, Z. 3, parm. §. 57, Z. 2). Das tosk. Art. 166 verbindet in diesem Falle mit der Strafe der Deserzion jene des Diebstahls, das moden. (§. 340) nimmt eine Konkurrenz mit Veruntreuung an, und das sächs. (§. 99) verschärft die Strafe der Deserzion, wenn der Deserteur von den ihm zur Dienstleistung anvertrauten Gegenständen (in eine nähere Unterschei-

²⁸⁾ Am richtigsten dürfte es sein, den Eintritt des Deserteurs in feindliche Kriegsdienste als Landesverrath zu behandeln.

²⁹⁾ Konsequent kann auch die Abnützung keine Strafe (zum Unterschiede von der Ersatzpflicht, Z. 3) nach sich ziehen.

dung wird nicht eingegangen) etwas mit sich genommen hat, insofern nicht die hiedurch verübte Unterschlagung als das schwerere Verbrechen zu betrachten ist. Diese St. G. erkennen also im Prinzipie eine Konkurrenz an, was auch vom holst. gesagt werden muss, da es im §. 71 weiter lautet: „Sind jedoch die Montirungsstücke in diebischer Absicht mitgenommen worden, so kommen die Grundsätze über das Zusammentreffen von Verbrechen in Anwendung.“ Aus dem, dass andere St. G. diese Bestimmung nicht ausdrücklich enthalten, dürfte auf das Gegentheil nicht geschlossen werden können, und insbesondere behauptet dies Fleck (a. a. O. S. 124) in Bezug auf das preuss. St. G. gegen die mitunter aufgestellte Behauptung, dass hier eine Konkurrenz nicht vorhanden sei, für den Fall, wenn der Mann die mitgenommene Montur verkauft, vertauscht, verbirgt, da dieses im §. 154 des preussischen (so wie anderer) G. B. als eine besondere strafbare Handlung erklärt wird.

Dieselbe Behauptung glaube ich wohl auch in Bezug auf das österr. M. St. G. B. als die einzig richtige bezeichnen zu können, weil es das Verkaufen, Verspielen der vom Staate zum Dienstgebrauche erhaltenen Montur u. s. w. als eine eigene dienstwidrige Handlung hinstellt, und wenn der Werth der Montur u. s. w. fünf Gulden übersteigt, dieselbe sogar als Verbrechen bestraft (§§. 286, lit. f und 288). Wir haben aus der Zeit, welche der Wirksamkeit des gegenwärtigen M. St. G. B. vorherging, einzelne Entscheidungen des Hofkriegsraths, welche erklären, dass das Verkaufen der Montur u. s. w. von Seite des Deserteurs keine besonders strafbare That bilde, an welche im Allgemeinen die Praxis sich noch hält, weil die Bestimmungen des neuen M. St. G. B. in Hinsicht der Deserzion, des Ersatzes der mitgenommenen Montur, Veräussern derselben im Wesentlichen mit den alten Gesetzen gleich sind. Allein einzelne Entscheidungen haben nie die Kraft des Gesetzes, und es dürften die angeführten um so mehr ausser Anwendung zu setzen sein, als ihre praktische Durchführung mit Inkonsequenzen verbunden ist. Ein Mann, der ohne zu desertiren, seine Montur im Werthe über fünf Gulden, sein Gewehr u. s. w. verkauft, begeht das Verbrechen der Hintansetzung der Dienstesvorschrift; derjenige nun, der mit diesen Gegen-

ständen desertirt und sie dann verkauft, soll sich dieses Verbrechens nicht schuldig machen!

Auch in der dritten Beziehung dürfte man einig sein, wenn auch dieser Grundsatz in keinem positiven Gesetze ausser jenem für Hessen (§. 96) ausgesprochen ist, weil er in den allgemeinen Grundsätzen über die Pflicht zum Schadenersatze seine Stütze findet.

Das österr. M. St. G. B. verordnet im §. 208 d, dass der Deserteur für die mitgenommene Montur, Rüstung, Armatur und für das entführte Dienstpferd aus seinem Vermögen nach einem besonders bekannt gemachten Pauschaltarife den Ersatz zu leisten habe, was man wohl nicht billigen kann. Den Grundsätzen der Gerechtigkeit entspricht es, wenn der Mann, so wie es auch bei der eigenmächtigen Entfernung vorgeschrieben ist, nur das ersetzt, was er mitgenommen hat und entweder gar nicht oder im abgenützten Zustande zurückbringt. Das dermalige Gesetz über die Pauschalentschädigung ergibt manche Ungereimtheiten, die wir hier nicht weiter ausführen wollen.

Von den ehemaligen Nebenstrafen der Deserzion sind jene der Vermögenskonfiskazion und des Verlustes der Kapitulation entweder schon aufgehoben, oder es ist deren Aufhebung zu erwarten. Statt der ersteren ist in einigen Staaten eine sogenannte Geldbusse³⁰⁾, statt der letzteren eine zeitliche Verlängerung der ursprünglichen Dienstzeit eingeführt worden.

Eine Geldbusse (richtiger Ersatzpflicht) lässt sich nach meiner Ansicht nur dann und insoferne rechtfertigen, als der Staat durch die Deserzion einen materiellen Schaden leidet. Ein solcher existirt, wenn der Mann die mitgenommene Montur nicht zurückbringt, wenn dem Einbringer eine im Gesetze ausgesprochene Belohnung (Taglia)³¹⁾ gezalt werden muss, und in jenen Staaten, wo die Stellvertretung zulässig ist, wenn statt des Deserteurs ein Stellvertreter in die Armee eingereiht wurde.

In Oesterreich besteht gegenwärtig die Stellvertretungstaxe in 1200 fl., und es dürfte gerade nach dem österr. M. St.

³⁰⁾ Diese ist in Preussen 50—1000 Thaler, in Baden 1200 fl., in Hessen im Frieden 150—3000 fl., im Kriege 300—6000 fl.

³¹⁾ Die Frage, ob es zweckmässig sei, für die Einbringung der Deserteur oder anderer Verbrecher überhaupt, und insbesondere der Gendarmerie, welche zur Aufrechthaltung der Sicherheit bestimmt ist, eine Taglia zu bezahlen, will ich hier nur andeuten.

G. B. die Bestimmung des §. 296, wornach der zu jedem Kriegsdienste untauglich gewordene Selbstbeschädiger, wenn er Vermögen besitzt, zur Stellung eines geeigneten Ersatzmannes anzuhalten ist, analog auch auf den Deserteur auszudehnen sein, unabhängig von dem ihm sonst aufzulegenden Ersatze für die enttragene Montur u. s. w.

Der dienstuntauglich gewordene Selbstbeschädiger kann jedoch gar nicht mehr dienen, der Deserteur kann wieder zurückkehren, und dann muss er, wenn diensttauglich, seine Kapitulation vollenden. Dieser Unterschied führt zu einer verschiedenen Behandlung beider Verbrecher und wurde wahrscheinlich bei Verfassung des sächsischen St. G. B. §. 101 berücksichtigt, welches verordnet: — „Aus dem Vermögen des Deserteurs ist die gesetzlich bestimmte Einstandssumme für einen Stellvertreter, so weit das Vermögen hinreicht, einzuziehen und dem Stellvertretungsfonde zuzuweisen. Wird der Deserteur wieder erlangt und in den aktiven Dienst eingereiht, so wird ihm von da an die aus seinem Vermögen in den Stellvertretungsfond geflossene Summe mit 3 Prozent verzinset und bei seiner dereinstigen Verabschiedung unverkürzt zurückbezahlt.“

Ich bin, wenn man überhaupt für eine derlei Strafe sich ausspricht, im Allgemeinen mit dieser Verfügung einverstanden³²⁾, nur glaube ich, dass ein fernerer Unterschied noch in Hinsicht der Zeit zu machen wäre, welche der Deserteur schon gedient und noch zu dienen hat, und nach diesem Unterschiede der vom Deserteur hereinzubringende Betrag festzustellen, daher z. B. die Hälfte des vorgeschriebenen Einstandskapitals dann zu entrichten wäre, wenn der Mann die Hälfte seiner Dienstzeit schon zurückgelegt hätte³³⁾. Entweicht ein Stellvertreter, so ist er jedenfalls des Stellvertretungskapitals im Verhältnisse zur Zeit verlustig, die er noch zu dienen hatte.

³²⁾ In Preussen wird der Deserteur zitirt, und wenn er binnen der Ediktalfrist nicht zurückkehrt, im Kontumazurtheile auf den Erlag der Geldbusse erkannt (§. 108 M. St. G. B. und §. 249 M. St. P. O.). Die spätere Rückkehr ändert hieran nichts.

³³⁾ Aus dem oben Gesagten ergibt sich die Behandlung des wiederholt Desertirten von selbst. Ueber die Ersatzpflicht der Mitschuldigen s. Anm. 44.

Was die Verlängerung der Dienstzeit³⁴⁾ des Mannes anbelangt, so glaube ich aus folgenden Gründen dagegen mich aussprechen zu sollen:

1. Ist dies eine Strafe, welche mit Zwang nicht durchgeführt werden kann, denn es lässt sich nicht verhindern, dass der zur Verlängerung der Dienstzeit verurtheilte Mann wieder entweicht. Das Aushalten im Dienste hängt somit mehr oder weniger von seinem Willen ab und gerade an dem wird die Strafe vollzogen, der sich bessert und bleibt und Nachsicht verdient, während der unverbesserliche durch weiteres Entweichen sich ihr zu entziehen sucht und oft auch entzieht.

2. Wird auf diese Art, besonders wenn die Verlängerung mehrere Jahre dauert, selbst ein Missverhältniss zwischen den Strafen herbeigeführt und meistens die erste Deserzion, womit diese Verlängerung verknüpft ist, verhältnissmässig zu hart bestraft erscheinen.

3. Hat die Armee durch das Zurückhalten solcher Leute in moralischer Beziehung keinen Nutzen, sondern nur einen Nachtheil, und sucht man sich derselben allenfalls durch Beurlaubung zu entledigen, so ist das vom Standpunkte der Disziplin wohl gut zu heissen, vom Standpunkte der Gesetzgebung aber zu tadeln, weil dadurch die Vorgesetzten selbst den Vollzug der Strafe vereiteln und leicht den braven Soldaten dahin führen können, durch ein ähnliches schlechtes Betragen seine Entfernung zu bewirken.

Andere Nebenstrafen beziehen sich auf die Erwerbs- und Dispositionsfähigkeit des Deserteurs (vergl. §. 208 a) und b) des österr., §. 101 sächs. St. G. B. u. m. a.).

§. 5. Verjährung der Desertion.

Indem ich andere minder wesentliche Fragen in Bezug auf die Deserzion übergehe und nur noch die Bestimmung des tosk. und sard. Gesetzes Art. 189 und 218, wornach bei der

³⁴⁾ Dass der Mann die Zeit der Abwesenheit nachzudienen hat, versteht sich von selbst. — Wird der Deserteur zum Erlage des Einstandskapitals verhalten, so entfällt die Verlängerung der Dienstzeit, da sich beides selbst für den Fall nicht rechtfertigen liesse, wenn der Mann, wie in Sachsen, das Kapital nach erhaltenem Abschiede zurückerhält.

Vorschubleistung der Deserzion gewisse Verwandte des Deserteurs straflos bleiben, als nachahmungswürdig bezeichne, glaube ich blos noch die Frage über die Verjährbarkeit der Deserzion in Erwägung ziehen zu sollen, indem nach vielen Strafgesetzen dieses Verbrechen keiner Verjährung unterliegt.

Die Gründe, welche für die Nichtverjährung angeführt werden, sind meines Wissens:

1. Weil der Deserteur vom Augenblicke seiner Entweichung bis zur Rückkehr das Verbrechen fortsetzt und

2. weil bei der ununterbrochenen Fortsetzung dieses Verbrechens bis zur Ergreifung oder freiwilligen Rückkehr des Deserteurs der Anfangspunkt der Verjährungsfrist sich nicht feststellen lasse (Fleck a. a. O. zum §. 73). Streng genommen laufen diese beiden Gründe auf einen hinaus: der Deserteur begeht fortwährend die Deserzion, weil er nicht zurückkehrt, es bleibt immer dasselbe Verhältniss bis zur Rückkehr.

Dagegen lässt sich aber bemerken, dass dieses Verhältniss doch wesentlich verschieden ist von anderen ähnlichen, wie z. B. dem des Verbrechens der zweifachen Ehe, wo auch, so lange diese besteht (durch die Aufhebung der früheren oder späteren Ehe die zweifache Ehe nicht aufgehört hat), eine Verjährung wegen des fortdauernden Verhältnisses nicht beginnen kann.

Der Verlauf der Zeit kann an sich kein Verbrechen ungeschehen machen, und von diesem Gesichtspunkte aus gibt es überhaupt gar keine Verjährung. Dieselben Gründe aber, welche für die Verjährung der Verbrechen im Allgemeinen sprechen, finden gewiss auch auf die Deserzion Anwendung.

Warum soll der Verlauf der Zeit, welcher bei anderen und noch schwereren Verbrechen, insbesondere bei dem in seinem Grunde und seinen Folgen verwandten Militärverbrechen der Selbstbeschädigung versöhnend zwischen dem Verbrecher und der Strafgewalt tritt, und das Erlöschen der Strafe herbeiführt, bei der Deserzion diese Wirkung nicht haben? Vom praktischen Standpunkte muss überdies noch bemerkt werden, dass es immer sonderbar erscheint, wenn ein Mann nach Verlauf von 20 oder mehreren Jahren wegen der begangenen Deserzion in Untersuchung gezogen und deswegen bestraft wird, während wegen eines anderen bedeutend schärfer zu behandelnden Verbrechens die Strafe in Folge der Verjährung entfällt.

Im Prinzipie ist die Zulässigkeit der Verjährung der Deserzion ausgesprochen im hannov. §. 11, franz. Art. 184, sächs. §. 73 Mil. Art. 109 Z. St. G. B.³⁵⁾ und sard. M. St. G. B. Art. 67.

§. 6. Deserzionskomplott.

Die meisten St. G. B. behandeln bei der Deserzion noch die Deserzion im Komplote. Aber auch darin findet sich eine Verschiedenheit. Während das preuss. und schlesw.-holst. G. B. ein Komplott schon annimmt, wenn zwei Personen sich verabreden (§. 101 und §. 68), fordert das franz. (Art. 240) ganz richtig zu diesem Begriffe mehr als zwei Personen. Ebenso das sächs. §. 49, tosk. Art. 161, hannov. §. 130, österr. §. 216, sard. Art. 144 u. s. w.

Dass die Deserzion im Komplote ein Erschwerungsumstand sei, liegt in der Natur der Sache, und ebenso, dass der Anstifter des Komplots schärfer als der Deserteur bestraft werde.

Das franz. G. B. bestraft die Deserzion im Komplote Angesichts des Feindes mit dem Tode, während die einfache Deserzion in diesem Falle der Todesstrafe nicht unterliegt. Auch trifft nach demselben den Anstifter des Komplots selbst in Friedenszeiten die Todesstrafe, wenn seine Thätigkeit eine Deserzion in das Ausland bezweckt (Art. 239 und 241). In Sardinien unterliegt der Stifter des Komplotes nur in Kriegszeiten der Todesstrafe (Art. 144). Das österr. G. B. hält sich bei der (in einem besonderen Hauptstücke behandelten) Komplotstiftung im Allgemeinen an die Strafbestimmungen der Deserzion, nur sind sie bei jener schärfer. In Friedenszeiten unterliegt der Komplotstifter erst dann der Todesstrafe, wenn er schon früher zweimal wegen Deserzion oder Komplotstiftung bestraft worden ist. In Kriegszeiten ist der Offizier als Komplotstifter immer mit dem Tode zu bestrafen, andere Soldaten nur beim Eintritte der im Gesetze bezeichneten Umstände

³⁵⁾ Dasselbe war auch der Fall nach dem früheren sächs. M. St. G. B. (von Bose: Handbuch des Militärrechts für die sächsischen Truppen. Mügeln 1846, S. 544). In Sachsen ist die Verjährung mit 15 Jahren vom Zeitpunkte der Deserzion vollendet, in Hannover beginnt sie mit dem Ablaufe der gesetzlichen oder durch Vertrag bestimmten Dienstzeit, in Frankreich vom Tage, wo der Deserteur das 47., in Sardinien, wenn er das 50. Jahr erreicht. Ich neige mich zu der Bestimmung im hannov. M. St. G. B.

(§. 219 und 220). Vergl. hess. Art. 101, hannov. §. 130, tosk. Art. 176, §. 3 c, preuss. §. 102, sächs. §. 98, Z. 5, und s. Anm. 20. — Dem Komplotstifter wird im preuss. M. St. G. B. §. 102 wol ganz richtig der Rädelsführer einer in Gesellschaft begangenen Deserzion gleichgestellt. Das sard. M. St. G. B. enthält für dieses und andere in Gemeinschaft begangene M. Verbrechen den Grundsatz, dass die Strafe des Urhebers immer den höchsten dem Grade und Range nach treffe, und wenn weder Offiziere noch Unteroffiziere am Verbrechen sich betheiligten, jenen Gemeinen, der mit dem Kommando bekleidet ist (Art. 40). Vgl. auch unten im §. 23 d. W. preuss. St. G. §§. 69 und 140, toskan. Art. 123, franz. Art. 217 und österr. §. 165.

Nachahmungswürdig ist der §. 229 des österr. St. G., wornach dem Komplotstifter, sowie dem Mitschuldigen dann Straflosigkeit zugesichert wird, wenn er das Komplot und die Mitschuldigen zu einer Zeit angibt, wo es noch geheim war und die Ausführung verhindert werden konnte. Aehnliches findet sich im §. 130 des hannov. und §. 103 des sächs. St. G. hinsichtlich der Theilnehmer, den Anstifter trifft nur eine mildere Strafe.

Meine Ansicht ist, dass auch der Anstifter wenigstens dann straflos zu lassen (und nicht blos milder zu behandeln) wäre, wenn er die von ihm zu Stande gebrachte sträfliche Verbindung aus Reue wieder aufzulösen, also die Verleiteten von der Ausführung der Deserzion abzuhalten bemüht gewesen ist und erst, wenn dieses erfolglos bleibt, die freiwillige Anzeige macht und hiedurch bewirkt, dass die Folge seiner strafbaren That noch verhindert werden konnte.

Für den Anstifter und die Komplotanten dürfte die Straflosigkeit auch dann noch auszusprechen sein, wenn Alle das Verbrechen aufgeben zu wollen, aus Reue ausdrücklich erklärt haben, ehe noch die Behörden (Vorgesetzten) hievon Kenntniss erhielten. Dass dieser freiwillige Rücktritt im Falle einer Untersuchung von den Beschuldigten erwiesen werden müsse, versteht sich von selbst.

Die Straflosigkeit des Anstifters auch dann auszusprechen, wenn er, ohne früher den Angestifteten seinen Rücktritt erklärt und sie zum Abstehen vom verbrecherischen Vorhaben aufgefordert zu haben, wird man vielleicht aus polizeilichen, nicht

aber aus strafrechtlichen Gründen rechtfertigen können, denn dann ist auch jener Anstifter straflos zu lassen, welcher Andere, schon in der Absicht, sie zur Strafe zu bringen, zu einem Verbrechen beredet und vor der Ausführung die Behörde davon verständigt.

§. 7. Résumé aus dem Gesagten über die Deserzion.

Die Deserzion besteht in dem Entfernen oder Entfernt-halten von der Truppe in der Absicht, sich dem M. Dienste zu entziehen.

Die Entweichung der Rekruten im Inlande ist nur dann als Deserzion anzusehen, wenn der Mann bei der Truppe schon einige, im Gesetze bestimmt zu bezeichnende Zeit gedient hat, und die Entweichung nicht mit einem Verbrechen oder ehrlosen Vergehen im Zusammenhange steht.

Die Todesstrafe tritt nur in Kriegszeiten ein, und zwar:

1. wenn der Deserteur zum Feinde übergegangen ist und später eingebracht, oder wenn er auch nur in der Richtung gegen den Feind angehalten oder sonst die Absicht zum Feinde überzugehen, erwiesen wird;
2. bei der Deserzion aus einer belagerten Festung;
3. bei der Deserzion vor dem Feinde in Gesellschaft von drei oder mehreren Personen, und
4. wenn der Kommandant einer kleineren oder grösseren Truppenabtheilung vor dem Feinde, derselbe mag ein Offizier oder Unteroffizier sein, wo immerhin entwichen ist.

Der Deserzion zum Feinde ist jene zu bewaffneten Rebellen gleichgestellt.

Der Stifter eines Deserziionskomplotes sowie der Rädelsführer der Komplotanten von einer vor dem Feinde stehenden Truppe unterliegen der Todesstrafe.

Jede Verlängerung der Dienstzeit, sowie jede Vermögensstrafe ist bei der Deserzion auszuschliessen. Sollte letztere doch eingeführt werden, so ist die für die ganze gesetzliche Dienstzeit ausgeworfene Summe mit Rücksicht auf die Zeit zu bemessen, welche der Deserteur noch zu dienen hat und nicht mehr dient.

Der Verleiter zur Deserzion haftet solidarisch für jeden vom Deserteur dem Staate zu leistenden Schaden.

Ein desertirter Stellvertreter verliert jedenfalls, er mag zurückkommen oder nicht, jenen Antheil des für ihn erlegten Kapitals, welcher auf die übrige Dienstzeit entfallen wäre.

Jene, welche in das Komplot sich eingelassen, sind straflos, wenn sie dasselbe zu einer Zeit, wo es noch geheim war, und die Ausführung verhindert werden konnte, anzeigen.

Dieselbe Begünstigung genießt der Anstifter, wenn er Jene, die er zur Deserzion beredet, davon abzuhalten aus Reue sich bemüht hat, und erst dann, als dieses ohne Erfolg war, freiwillig die Anzeige macht und hiedurch bewirkt, dass die Folge seiner strafbaren That noch verhindert werden konnte.

Die Anstifter und die Komplotanten werden straflos, wenn Alle das Verbrechen aufgeben zu wollen, aus Reue ausdrücklich erklärt haben, ehe noch die Behörden (Vorgesetzte) hievon Kenntniss erhielten.

Die Deserzion unterliegt der Verjährung. Die Verjährung beginnt mit dem Zeitpunkte, wo der Deserteur seine Dienstzeit vollendet haben würde, und zu entlassen gewesen wäre.

Dritter Abschnitt.

Selbstbeschädigung³⁶⁾.

§. 8. Begriff und Strafe.

Ein der Deserzion verwandtes Verbrechen ist die Selbstverstümmelung oder wie sie richtiger im österr. und sächs. Gesetzbuche bezeichnet wird, Selbstbeschädigung, indem dieses Verbrechen nicht blos jener begeht, der seinen Körper verstümmelt, sondern auch jener, der an sich ein Gebrechen, eine Krankheit hervorbringt, welche die Untauglichkeit zum M. Dienste zur Folge hat (S. Art. 160 des sard. M. St. G. B., welches dieses Verbrechen in einem Artikel behandelt, und Art. 196 des tos k. Gesetzbuches eingereiht unter dem Titel: über die Feigheit³⁷⁾).

³⁶⁾ Eine recht gute Abhandlung über die Selbstverstümmelung der Militärpflichtigen, sowie der Soldaten finden wir von Brauer im „Gerichtssaal“, Jahrg. 1857, II. B., S. 139.

³⁷⁾ Einige Gesetzbücher lauten: Durch Verstümmelung oder auf eine andere Weise — oder durch künstlich hervorgebrachte Gebrechen — oder

Durch die Selbstbeschädigung wird, wie durch die Deserzión die Pflicht der Treue verletzt, daher erstere am richtigsten unmittelbar nach der letzteren im M. G. B. ihren Platz einzunehmen hat.

Zum Thatbestande der Selbstbeschädigung gehört 1. eine Handlung, welche geeignet ist, eine Körperbeschädigung herbeizuführen, ohne welche die Kriegsdiensttauglichkeit vorhanden gewesen wäre, und 2. der Vorsatz, diese Beschädigung hervorzubringen.

In ersterer Beziehung kann daher von diesem Verbrechen keine Rede sein, wenn bereits ein solches Uebel vorhanden ist, welches zum Kriegsdienste untauglich macht, weil man in diesem Falle nicht mehr sagen kann, dass die Verletzung die Untauglichkeit herbeigeführt hat. Die Richtigkeit dieser Behauptung wird nach den Grundsätzen der Strafrechtswissenschaft nicht bezweifelt werden, sie ergibt sich aus dem Begriffe dieses Verbrechens, wie er in den M. St. G. B. aufgestellt ist, und findet vom wissenschaftlichen Standpunkte einen Beleg auch im Wortlaute des §. 257 des badischen Ziv. St. G. B. vom Jahre 1845, welches in dieser Richtung dort auch beim Militär Geltung hat. Gleichgiltig ist es, ob der Soldat sich selbst die Beschädigung beibringt oder durch einen Andern beibringen lässt, wenn auch das letztere (wie im preuss. oder badischen Ziv. St. G.) nicht ausdrücklich ausgesprochen ist.

Auch die zweite Behauptung hinsichtlich der Beschaffenheit des Vorsatzes dürfte auf keinen Widerspruch stossen. Diese findet zwar ebenfalls nur in einigen M. St. G. B. (hannov. §. 142, hess. §. 109, würtemb. Art. 112) und Ziv. St. G. B. (bad. §. 257, preuss. §. 113, waimar. Art. 139 u. a.) ihre (positive) Rechtfertigung, allein ihre Richtigkeit muss auch in anderen Staaten zugegeben werden, und ergibt sich namentlich in Oesterreich aus der Disposition des §. 1 über den (bösen)

durch Verunstaltung. Den letzteren im preussischen M. St. G. B. noch vorkommenden Ausdruck hat das Ziv. St. G. B. vom Jahre 1851 nicht aufgenommen. Die Verstümmelung bringt mit sich auch die Verunstaltung, nicht aber umgekehrt; jedes äussere sichtbare körperliche Gebrechen ist auch eine Verunstaltung und umgekehrt; das Wort Gebrechen kann man aber nicht blos auf das Aeussere des Körpers, sondern auch auf das Innere beziehen, und ist dann gleichbedeutend mit Krankheit. S. §. 105 M. und Art. 131 Z. St. G. B. für Sachsen.

Vorsatz. Wenn daher in Oesterreich oder in anderen Staaten in den Begriff über die Selbstbeschädigung die Absicht aufgenommen ist: „um dadurch die Entlassung zu bewirken, oder „um dadurch zum Dienste sich untauglich zu machen“, so muss diese Bestimmung als den gewöhnlichen Fall vor Augen habend betrachtet werden, denn es ist ohne Zweifel das Verbrechen auch dann vorhanden, wenn ein Soldat sich eine Beschädigung zufügt, um sich irgend einem bestimmten, wenn gleich nicht streng militärischen Dienste zu entziehen, sobald diese Verletzung die Untauglichkeit zum M. Dienste zur Folge hat³⁸⁾.

Treffend scheint mir die Bestimmung des Art. 160 im sard. St. G. B. zu sein, wornach nie der Offizier, sondern nur der Unteroffizier, Korporal oder Soldat dieses Verbrechens sich schuldig machen kann.

Bei der Aehnlichkeit zwischen der Selbstbeschädigung und der Deserzion sollte man vermuthen, dass die Strafen der ersteren jenen der letzteren ebenfalls wesentlich ähnlich seien; das ist aber keineswegs der Fall³⁹⁾.

In Gemässheit der Natur dieses Verbrechens richtet sich dessen Strafbarkeit nach dem Umstande:

1. ob der Thäter noch im Dienste beibehalten werden kann oder nicht, dann

2. ob es im Kriege oder Frieden verübt worden ist.

Die zweite Unterscheidung ist nicht blos, wie bei den meisten M. Verbrechen wegen des grösseren Nachtheiles im

³⁸⁾ Vergl. meinen Kom. über das österr. M. St. G. B. zum §. 293. Eine dem sächs. St. G. B. eigenthümliche (kaum nachahmungswerthe) Bestimmung muss noch erwähnt werden, wornach die Strafe des Selbstbeschädigers auch Jenen trifft, der in der Absicht, sich dadurch der M. Dienstpflicht zu entziehen, ein Verbrechen begeht, welches die Unwürdigkeit zum M. Stande nach sich zieht (§. 105, M. Art. 131 Ziv. St. G. B.).

³⁹⁾ Das österr. St. G. bestimmt im Hauptstücke von der Deserzion, wie jener, der nach seiner Assentirung, jedoch vor abgelegtem Diensteide, oder der nach vollendeter Kapitulation und hiedurch erworbenem Anspruche auf Entlassung entweicht, zu behandeln ist, bei der Selbstbeschädigung aber wird diese Frage ganz übergangen. Man könnte daher den Ersteren nur so bestrafen, wie einen Militärpflichtigen, der vor der Assentirung sich beschädigt (§§. 677 und 678 M., 409 und 410 Ziv. St. G. B.), den Letzteren aber im Disziplinarwege, da diese Handlung nirgends im Gesetze als ein Vergehen erklärt wird, als eine Disziplinarübertretung jedoch deswegen anzusehen ist, weil der Mann, so lange er nicht entlassen, eigenmächtig dem Dienste sich nicht entziehen darf.

Kriege, sondern hier auch noch insbesondere wegen der Aehnlichkeit dieses Verbrechens mit der Deserzion zu machen; deshalb sollte im Kriege noch der Umstand beachtet werden, ob das Verbrechen in Gegenwart des Feindes verübt wurde oder nicht. Das tosk. St. G. erwähnt, wie bei der Deserzion auch hier ausdrücklich des Zustandes, wo der Soldat den Rebellen gegenüber steht (Art. 195) und bestraft den Selbstbeschädiger zu dieser, so wie zur Kriegszeit mit dem Tode, wenn er sich zum Kriegsdienste ganz unfähig gemacht hat. Diese Strafe erscheint mir aber jedenfalls deswegen zu hart, weil der nachtheilige Einfluss dieses Verbrechens auf die Integrität der Armee kein so grosser ist, als bei der Deserzion, indem es wegen des dadurch am eigenen Körper hervorgebrachten Uebels nicht so leicht Nachahmer findet, und vielleicht der Fall nie vorgekommen ist, dass man von einer einreissenden Selbstverstümmelung hat reden können; anderseits aber dürfte die im preuss. und schlesw.-holst. St. G. ausgesprochene, höchstens dreijährige Freiheitsstrafe wenigstens für die Kriegszeit offenbar zu gering sein. Im Allgemeinen könnte man den Grundsatz festhalten, dass die Strafe der Selbstbeschädigung mit gänzlicher Unfähigkeit zu Kriegsdiensten analog der Deserzion festzustellen sei, doch ist, wenn man das Individuum in seiner dienstlichen Stellung vor Augen hat, unter sonst gleichen Umständen die vollbrachte Selbstbeschädigung deswegen strenger zu bestrafen, weil durch letztere der Mann jedenfalls für immer dem Dienste entzogen wird⁴⁰⁾.

Ist der Mann durch die Selbstbeschädigung wohl unfähig geworden, in der Waffe, zu welcher er gehört, fortzudienen,

⁴⁰⁾ Hiedurch entfällt zum Theile die Bemerkung Brauer's a. a. O., S. 145, gegen das österr. M. St. G. B., dass die Selbstbeschädigung mit 5 bis 10 Jahren schweren Kerker, wogegen die Deserzion mit 6 Monaten bis 1 Jahr Kerker bestraft wird. Aber auch hinsichtlich der Selbstbeschädigung eines Soldaten und eines Militärpflichtigen, dann der Mitschuldigen ist im österr. St. G. B. kein richtiges Ebenmass. In Bezug auf den Staat, dessen Rechte durch die Selbstbeschädigung verletzt werden, und jenem, der statt des Selbstbeschädigers in die Armee eingereiht wird, ist in beiden Fällen kein so grosser Unterschied, als dass hiedurch eine so grosse Verschiedenheit der Strafe gerechtfertigt werden könnte. Unter den deutschen Ziv. St. G. B. ist das badische das strengste, denn nach §. 257 kann der Selbstverstümmeler mit Arbeitshaus bis zu 2 Jahren bestraft werden.

nicht aber auch untauglich, in einer anderen Waffengattung Dienste zu leisten, so tritt eine mildere Strafe ein⁴¹⁾.

Das österr. M. St. G. B. enthält im §. 296 noch die Bestimmung, dass bei gänzlicher Untauglichkeit der Selbstbeschädiger, wenn er Vermögen besitzt, zur Stellung eines geeigneten Ersatzmannes, d. i. zum Erlage der Stellvertretungstaxe anzuhalten sei. Im Prinzipie stimmt damit der §. 105 des sächs. St. G. B. überein, wornach ein solcher Selbstverstümmeler zur verhältnissmässigen Erlegung des Einstandskapitals anzuhalten ist⁴²⁾.

Der Unterschied dieser in den genannten Gesetzbüchern ausgesprochenen und im Prinzipie ganz richtigen Verfügungen liegt darin, dass in Oesterreich der Selbstbeschädiger jedenfalls das ganze Einstandsgeld, in Sachsen dagegen nur jenen Theil zu erlegen hat, der auf die ihm noch obliegende Dienstzeit entfällt. Letzteres dürfte den Vorzug verdienen⁴³⁾, da es hier eigentlich nur um eine Entschädigung sich handelt, wobei die Zeit, welche der Mann noch zu dienen hat, doch berücksichtigt werden sollte.

Die meisten St. G. B. enthalten auch noch eine Verordnung über die Behandlung der Mitschuldigen an diesem Verbrechen.

⁴¹⁾ Ich habe in der Abhandlung über die Deserzion (S. 16) die Meinung ausgesprochen, dass ein Mann, der von seiner Truppe (z. B. Kavallerie) entweicht, und bei einer anderen Truppe (z. B. Infanterie) sich assentiren lässt, und diese Absicht schon bei der Entweichung hatte, nicht als Deserteur anzusehen, somit auch bedeutend milder zu behandeln wäre, als ein Deserteur. Sprechen dieselben Gründe nicht auch für den oben bezeichneten Selbstbeschädiger? Diese Frage muss verneint werden, denn zwischen beiden Fällen ist ein bedeutender Unterschied. Der Selbstbeschädiger hat die Absicht für immer jedem M. Dienste sich zu entziehen, es ist nur ein Zufall, dass er im gegebenen Falle seine Absicht nicht erreicht, der erwähnte Ausreisser aber will noch dienen, nur nicht bei jener Truppe, in welcher er eingereiht worden ist.

⁴²⁾ Ein ähnliches Gesetz lässt sich auch in Betreff Jener rechtfertigen, welche, um der Einreihung in die Kriegsdienste zu entgehen, sich beschädigen, wie wir es im hannov. Ziv. St. G. B. Art. 133 u. m. a. finden.

⁴³⁾ Hiemit stünde in Oesterreich auch die Bestimmung des Stellvertretungsgesetzes vom Jahre 1856, §. 20 im Einklange, wornach der Mann, der als Stellvertreter eingetreten ist, im Falle der durch Selbstverstümmelung sich zugezogenen Kriegsdienstuntauglichkeit das Stellvertretungskapital nur unbeschadet jener Quote verliert, welche mit Rücksicht auf die vor Schöpfung des Urtheils vollstreckte Dienstzeit entfällt. Nach Art. 196, §. 3 des t o s k. St. G. verliert der Supplent die ganze für ihn deponirte Summe.

Das sächs. M. St. G. B. verfügt §. 105:

„Wer einen Andern mit dessen Einwilligung in der Absicht, ihn zum M. Dienste unbrauchbar zu machen, verstümmelt, oder in eine Krankheit versetzt, ist mit gleicher Strafe zu belegen und ausserdem noch auf Dienstentsetzung zu erkennen, wenn er dabei zugleich eine Berufspflicht verletzt hat.“

Das preuss. (§. 114) und schlesw.-holst. (§. 75) enthalten eine ähnliche Anordnung. Das österr. (§. 297) geht weiter, da nach ihm Jener, der dem Selbstbeschädiger mit Rath und That behilflich ist (nebst der Bestrafung mit schwerem Kerker von 1 bis 5 Jahren) bei erzielter gänzlicher Dienstuntauglichkeit entweder in eigener Person dienen muss, oder wenn dies nicht thunlich ist, die Supplententaxe zu erlegen hat, wenn der Selbstbeschädiger selbst diese Verbindlichkeit zu erfüllen nicht im Stande ist.

Von dem Standpunkte der Strafrechtswissenschaft und insbesondere der Grundsätze über die Schadenersatzpflicht, muss diese Bestimmung dem Prinzipie nach im Allgemeinen als ganz entsprechend bezeichnet werden, nur dürfte in Konsequenz mit dem oben bei der Strafe des Selbstbeschädigers Gesagten auch hier die Zeit, welche derselbe noch zu dienen hatte, zu berücksichtigen sein ⁴⁴⁾).

§. 9. Simulazion.

Eine an die Selbstbeschädigung sich reihende, jedoch minder strafbare Handlung, begeht Jener, der durch wahrheitswi-

⁴⁴⁾ Derselbe Grundsatz wäre wohl auch auf den Mitschuldigen an der Selbstbeschädigung eines Militärpflichtigen und um so mehr auf jeden Mitschuldigen, er mag dem Zivil- oder Militärstande angehören, anzuwenden, wenn er einem Soldaten dabei hilfreiche Hand leistet, und so die Dienstuntauglichkeit herbeigeführt wird. Aus gleichen Gründen liesse sich eine ähnliche Verfügung auch hinsichtlich Jener rechtfertigen, welche einen Soldaten zur Deserzion verleiteten, für den Fall nämlich, als der Deserteur die Entschädigung zu leisten hat, insoweit selbe aus seinem Vermögen nicht erzielt werden kann. Die weitere Ausführung dieses Punktes übergehe ich und bemerke nur, dass im österr. M. und Ziv. St. G. B. (§§. 319 und 221) eine Entschädigungspflicht im Betrage von 100 fl. Jenem obliegt, der einem Deserteur durch Anweisung des Weges, Verkleidung u. s. w., also nach vollbrachter Deserzion hilfreiche Hand bietet; der Ausspruch einer Entschädigungspflicht mithin um so mehr hinsichtlich desjenigen (viel gefährlicheren) Individuums sich rechtfertigen lasse, der einen Soldaten zur Deserzion verleitet oder zur Ausführung der That Hilfe leistet.

drige Vorschützung einer Krankheit seiner Kriegspflicht sich zu entziehen sucht. Es ist dies eine ganz eigentlich auf Täuschung berechnete Handlung, daher sie im preuss. (§. 115) und schlesw.-holst. (§. 77) St. G. B. vollkommen richtig Simulazion heisst. Hiezu wird auch noch die Anwendung ähnlicher trügerischer Mittel gerechnet. Das sächs. St. G. (§. 107) enthält die strafbare Handlung ohne diese Bezeichnung, im österr. fehlt auch die erstere.

Wenn der Soldat sich krank stellt, oder ein anderes betrügerisches Mittel anwendet, um einer bestimmt aufgetragenen Dienstleistung sich zu entziehen, so dürfte man, wenn auch das Strafgesetz, wie in Preussen und Schleswig-Holstein, keine Verfügung enthält, über die Qualifikation einer solchen Handlung keinen Zweifel haben, und sie wohl am richtigsten als Subordinationsverletzung bezeichnen⁴⁵⁾, wenn aber dadurch der Mann seiner M. Dienstpflicht überhaupt ganz sich zu entziehen sucht, dann ist eine spezielle Anordnung nothwendig, wenn man Willkürlichkeiten oder Inkonssequenzen vermeiden will.

So müsste der österr. M. Richter die Simulazion, wenn er sie als rein militärisches Vergehen auffasst, unter die Vergehen der Hintansetzung der Dienstvorschriften im Allgemeinen einreihen und unter dem §. 292 des St. G. B. subsummiren, wo von dienstwidrigen Handlungen die Rede ist, die für das Kriegsheer oder den Dienst weder erheblichen Nachtheil, noch besondere Gefährde nach sich ziehen, und über welche in diesem Gesetze eine ausdrückliche Verfügung nicht enthalten ist. In Konsequenz dessen könnte er nur auf die Strafe von höchstens drei Monaten sprechen. Wenn man erwägt, dass der Simulazion dieselbe Absicht, wie der Selbstbeschädigung zu Grunde liegt, und dass, wenn die Täuschung über das vorgeschützte Gebrechen gelingt, der Erfolg in Bezug auf den Staat

⁴⁵⁾ Nach dem schlesw.-holst. G. B. (Anm. zu §. 77) ist gegen einen solchen Soldaten die Strafe des Ungehorsams oder der Feigheit, nach dem preuss. (H. J. K. Kodex Anm. zu §. 115) die Strafe absichtlicher Dienstversäumniss und Belügens des Vorgesetzten anzuwenden. Verschieden von den beiden im Texte besprochenen Fällen ist zum Theile jener, wo ein Mann einem bevorstehenden aber noch nicht angeordneten Dienste durch Simulazion sich zu entziehen sucht oder entzogen hat. Es hätte hier wohl dieselbe Strafe, wie im ersten Falle einzutreten.

derselbe ist und nur der Thäter gewinnt, indem er bei der Selbstbeschädigung ein wirkliches Gebrechen sich zuziehen muss, um diesen Erfolg herbeizuführen; wenn man ferner bedenkt, dass die Simulazion zu beweisen in vielen Fällen selbst erfahrenen Aerzten besonders dann nicht gelingt, wenn der Simulant Personen findet, welche ihm bei Ausführung seines Planes behilflich sind; so kann man das Strafausmass im preuss. St. G. — im Frieden bis 6 Monate, im Kriege bis 2 Jahre Festungsarrest — als ganz entsprechend und gewiss nicht zu hoch ansehen. Sehr strenge ist das tosk. Gesetz (Art. 196), da nach demselben nicht blos Jener mit dem Tode bestraft wird, der zur Zeit eines Krieges oder eines Kampfes wider Rebellen sich selbst verstümmelt, sondern auch Jener, welcher eine Krankheit simulirt und dadurch bewirkt hat, dass er auch nur momentan seinem Dienste Angesichts des Feindes entging⁴⁶⁾.

§. 10. Resumé dieses Abschnittes.

Das M. Verbrechen der Selbstbeschädigung begeht Jener, der durch Verstümmelung seines Körpers oder durch Erregung einer Krankheit seine Entlassung aus dem M. Dienste zu bewirken sucht.

⁴⁶⁾ Früher nannte man solche Leute, welche unter dem falschen Vorwande einer Krankheit oder sonstiger Hindernisse die Befreiung vom Kriegsdienste zu erschleichen bestrebt waren: Marodeurs (Cavan §. 3007). Gegenwärtig begreift man aber unter den letzteren richtiger Jene, die im Felde ohne dienstliche Ermächtigung unter dem Vorwande von Krankheiten, Ermattung oder sonst einem Vorwande hinter der Truppe sich entfernt halten, und sich für ihr eigenes oder das Bedürfniss der Dienstesgefährten oder der im Dienste verwendeten Thiere Lebensmittel oder andere zu den unentbehrlichen Bedürfnissen zu rechnende Gegenstände zueignen (§. 145 sächsl. ähnlich §. 152 preuss., §. 113 schlesw.-holst. G. B.). Hienach ist das Marodiren mit dem Simuliren nur insoferne ähnlich, als in beiden eine Krankheit vorgeschützt wird, aber wesentlich verschieden in dem Zwecke. Aus letzterem Grunde nimmt diese strafbare Handlung meistens ihren Platz nach der Plünderung ein. Das österr. St. G. lässt das Merkmal: „Vorschützen von Krankheiten“ ganz fallen, und reiht, nach meiner Ansicht ganz richtig, dieses Verbrechen unter jene der Störung der Zucht und Ordnung ein, und nennt den Thäter: „Nachzügler“, welchen Ausdruck auch das preuss. und schlesw.-holst. gebraucht. Das hannov. G. B. spricht von eigenmächtigem Fouragiren und Requiriren (§. 195); ähnlich ist das tosk. (Art. 207).

Bei diesem Verbrechen hat die Todesstrafe zu entfallen; die Freiheitsstrafe ist nach Umständen bis zu fünf Jahren zu steigern.

Hinsichtlich der Vermögensstrafe gegen den Thäter, Mitschuldigen und Jenen, welcher als Stellvertreter in die Armee eingereiht war, gelten die bei der Deserzion angeführten Grundsätze.

Die Simulazion ist als ein eigenes strafbares Vergehen zu behandeln, und besteht darin, dass ein Soldat durch wahrheitswidrige Vorschützung von Krankheiten oder durch ähnliche betrügerische Mittel sich dem Militärdienste ganz zu entziehen sucht.

Dieselbe Handlung in der Absicht, um einem bereits aufgetragenen oder zwar noch nicht aufgetragenen, jedoch nahe bevorstehendem Dienste sich zu entziehen, ist wie Ungehorsam zu ahnden.

Vierter Abschnitt.

Subordinationsverletzung.

§. 11. Allgemeine Bemerkung.

Es ist nicht leicht ein Verbrechen, dessen gesetzliche Behandlung mit mehr Schwierigkeiten verbunden ist, als die Subordinationsverletzung, theils wegen der Wichtigkeit des Gegenstandes, theils wegen der Mannigfaltigkeit der Verhältnisse, welche dabei zu berücksichtigen sind. Die Subordinazion ist, wie allgemein anerkannt wird, die Seele der Kriegsmacht, sie fordert äussere Ehrerbietung und unbedingten Gehorsam von Seite des Niederen gegen den Höheren durch alle Stufen vom Unteroffiziere hinauf bis zum Marschall. Sie kennt keinen Unterschied, der Soldat muss jeden Höheren äusserlich achten, er muss jedem Befehle des Vorgesetzten als solchem gehorchen.

Wie schwer es oft sei, dieser Verpflichtung nachzukommen, wird klar, wenn man die verschiedenen Lagen, persönlichen und dienstlichen Verhältnisse des Soldaten sich vorstellt. Ebenso leuchtet es ein, dass es für den Vorgesetzten eine schwierige Aufgabe sei, den Willen seiner Untergebenen sich derart unterzuordnen, dass sie den seinigen als den ihrigen ansehen,

seinen Befehlen mit aller Hingebung, Selbstverläugnung, ja selbst mit Opfern gehorchen.

Um dieses zu erreichen, gibt es zwei Mittel: 1. Erweckung der (inneren) Achtung, Anhänglichkeit und Liebe in den Untergebenen zum Vorgesetzten, und 2. wo Güte nicht ausreicht, angemessene Strenge und Strafe.

Innere Achtung, Liebe und Vertrauen zum Vorgesetzten sind ein mächtiger Hebel, sie wirken mehr als alle Strafgesetze. Diese zu erwecken und zu erhalten, ist eine der wichtigsten Aufgaben eines jeden Vorgesetzten, und er wird sie bei der grösseren Zahl seiner Untergebenen erwerben, wenn er so handelt, wie es die Dienstesvorschriften in dieser Richtung so schön und treffend empfehlen, wenn er seinen Untergebenen stets ein für sie sorgender, ein gerechter Vorgesetzter ist. Für Fälle, wo dies nicht ausreicht, wo nur durch Zwang das entsprechende äussere Verhalten und der Gehorsam erzielt werden kann, verleiht das Gesetz dem Vorgesetzten dadurch, dass es seine Befehle dem Untergebenen als heilig hinstellt, welche sohin, ohne einer schweren Bestrafung sich auszusetzen, nicht verletzt werden können, und dass es ihm selbst eine Strafgewalt über den Untergebenen einräumt, jene moralische Macht, durch die es allein möglich gemacht wird, eine grosse Menge Menschen von so verschiedenem Alter, von so verschiedenen Temperamenten, Fähigkeiten und so verschiedener Erziehung und Bildung zu dem vorgesteckten Ziele mit Sicherheit zu lenken.

Diese moralische Kraft findet aber mit Rücksicht auf den Zweck, dem sie dienen soll, auch ihre Grenzen. Der Vorgesetzte muss von den Untergebenen geachtet sein, seinen Befehlen muss gehorcht und ihm die Gewalt verliehen werden, gegen jeden Renitenten unverzügliche Folgsamkeit sich zu verschaffen. Je grösser eine Gewalt, desto gefährlicher ist ihr Missbrauch. Aufgabe der Gesetzgebung ist es daher anderseits gegen jeden Missbrauch dieser Gewalt gegen den Untergebenen einen moralischen Damm zu setzen, durch geeignete Mittel Vorsorge zu treffen, dass ein Missbrauch nicht leicht stattfindet, und ereignet er sich dennoch, denselben in einem ähnlichen Verhältnisse, wie Subordinationsübertretungen, der Strafe zu unterziehen (Vergl. Art. 28 des grossh. hess. M. St. G. B.).

Je weniger der Untergebene der dem Vorgesetzten verliehenen Gewalt Widerstand entgegensetzen kann, desto mehr

muss ihn das Gesetz gegen Uebergriffe derselben in Schutz nehmen, und so finden wir dasselbe auf beiden Seiten gleich gerecht zu demselben Zwecke wirkend, indem es den Vorgesetzten gegen jede Auflehnung des Untergebenen, den Untergebenen gegen jeden Uebergriff der Macht des Vorgesetzten beschützt und beide anweist, innerhalb der gesetzlichen, nur allein zum Wohle des Staates und der Armee führenden Schranken ihrer Pflicht getreu und pünktlich nachzukommen.

§. 12. Begriff und Strafbarkeit im Allgemeinen.

Die militärische Hierarchie fordert die äussere Achtungsbezeigung vor jedem Höheren in und ausser Dienst, sie fordert Gehorsam gegen jeden Vorgesetzten bei allen Befehlen, welche den Dienst oder das Verhalten des Untergebenen ausser Dienst betreffen, insoferne dieses mit seiner militärischen Stellung im Zusammenhange steht oder darauf Einfluss nimmt.

Ich spreche hier von dem Verhältnisse des Niederen zum Höheren und Vorgesetzten in und ausser Dienst. Diese Begriffe, so wie jener des Dienstbefehles müssen daher genau festgestellt werden.

Die meisten Strafgesetzbücher vermeiden es, die angedeuteten Begriffe näher zu bestimmen und überlassen insbesondere die Beurtheilung, ob im gegebenen Falle ein Dienst-, ein Vorgesetzten-Verhältniss vorhanden sei oder nicht, der Einsicht des Richters.

Wegen des bedeutenden Unterschiedes der Strafbarkeit einer subordinationswidrigen Handlung, je nachdem der Höhere zum Niederen im Verhältnisse eines Vorgesetzten stand oder nicht, dieselbe in oder ausser Dienst verübt wurde, halte ich es für nothwendig, dass diese Begriffe in den M. St. G. B. genau bezeichnet werden, denn nur dadurch kann Unsicherheit in den Urtheilen mit ihren Folgen vorgebeugt und Ebenmass in den Strafen erzielt werden.

Das Wort „dienen“ im engeren Sinne bezieht sich immer auf Leistungen, Verrichtungen für Zwecke Anderer, sei es durch körperliche oder geistige Kräfte (im weitern Sinne wird es auch auf Unterlassungen bezogen. Vgl. die folgende Anm.) Jene Verrichtungen, welche dem Soldaten als solchem obliegen, müssen ihm bekannt gegeben werden, und das geschieht auch in allen

Staaten durch Dienstordnungen oder Reglements. Sind diese so verfasst, wie sie sein sollen, so müssen sie alle Dienstesverrichtungen des Soldaten entweder in speziellen Verhältnissen oder in allgemeinen Regeln, die vom Vorgesetzten nach Umständen für einzelne Verhältnisse bestimmt zu formuliren sind — z. B. Wachverhaltungen für bestimmte Posten — enthalten und es wird daher als Dienst jede Verrichtung des Soldaten zu bezeichnen sein, welche ihm nach der Dienstordnung aufgetragen werden kann, und der Soldat ist im Dienste, sobald er, sei es in Folge einer allgemeinen Anordnung oder eines besonderen Befehles in der Ausübung einer ihm in seiner Eigenschaft als Soldaten obliegenden Verrichtung sich befindet, oder zu einer solchen befehligt ist und derselben sofort sich unterziehen soll. Es ist daher nicht bloß die eigentliche militärische Verrichtung Dienst, z. B. das Stehen auf dem Posten, Exerzieren, sondern auch eine Handwerksarbeit, welche dem Soldaten in Betreff militärischer Gegenstände aufgetragen wird, Reinigen der Montur, Ausrücken zu einem Leichenbegängnisse u. s. w. Hieher gehört auch die Kommandirung eines Offiziers zur Beaufsichtigung über die zu einer Arbeit, z. B. einem Baue beordneten Soldaten.

Dienstbefehl im engeren Sinne ist der dem Untergebenen kundgegebene Wille des Vorgesetzten, wornach ersterem die Ausübung einer solchen Verrichtung zur Pflicht gemacht wird (im weiteren Sinne wird der Begriff eben so wie das Wort „dienen“ auf Unterlassungen bezogen).

Die Dienstordnung schreibt dem Soldaten auch gewisse Verhaltungen vor, namentlich in Bezug auf seine Standesverhältnisse. Diese Vorschriften sind keine Dienstesvorschriften, man kann daher die bezügliche Weisung des Vorgesetzten auch nicht Dienstbefehl nennen, z. B. von einem Orte sich zu entfernen, anständig sich zu benehmen. Gleichwohl aber müssen derlei Befehle nicht nur, um ihnen den nöthigen Nachdruck zu geben, sondern auch deswegen den Dienstbefehlen gleichgestellt werden, weil der Höhere in dem Augenblicke, wo er dem Untergebenen einen Befehl gibt, den dieser zu befolgen schuldig ist, zu demselben in das Vorgesetzten-Verhältniss tritt, was dem Dienstverhältnisse gleichsteht ⁴⁷⁾.

⁴⁷⁾ Man definirt „Dienstbefehl“ auch als Auftrag etwas zu thun, zu unterlassen oder zu leiden. Man kann den Auftrag etwas zu leiden, z. B.

Vorgesetzter (im engeren Sinne) ist Derjenige, welcher in Beziehung auf den Dienst einem Andern — dem Untergebenen — zu befehlen berechtigt ist. Personen, die eine höhere Charge bekleiden, aber Jenem, der einer geringeren Charge angehört, im Dienste zu befehlen das Recht nicht haben, sind zwar Höhere, aber nicht Vorgesetzte des Niederen. Die dem Gemeinen in derselben Truppenabtheilung in der Charge Vorgehenden sind sämmtlich dessen Vorgesetzte, denn alle sind berechtigt, ihm Dienstbefehle zu geben, dagegen ist der Oberlieutenant des Regiments A) im Verhältnisse zum Korporalen des Regiments B) dessen Höherer, wird aber in dem Augenblicke dessen Vorgesetzter (im weiteren Sinne), wenn er in die Lage kommt, ihm eine Weisung in Bezug auf dessen Verhalten zu geben, oder der Korporal unter sein Kommando gestellt wird (Vorgesetzten-Verhältniss).

Der Höhere muss immer eine höhere Charge bekleiden, zwischen Personen derselben Charge gibt es in der Armee keinen Höheren; Vorgesetzter kann Jemand auch über Solche sein, die in derselben Charge stehen, aber einen geringeren Rang haben (Ausnahme vom letzteren Satze kommen zuweilen im Kriege vor, wenn der kommandirende General einen jüngeren Rang hat, als sein Unterbefehlshaber⁴⁸⁾).

sich körperlich züchtigen zu lassen, als Dienstbefehl ansehen, demselben gleichstellen, es scheint mir aber zu weit gegangen zu sein, ihn Dienstbefehl zu nennen. Vgl. §. 262 des österr. M. St. G. B. unten im §. 18 am Schlusse. — Dem sei, wie ihm wolle, eine Definizion dieses Begriffes erscheint nothwendig.

⁴⁸⁾ Nach dem sächsischen M. St. G. B. §. 180 bezeichnet der Ausdruck: „im Dienste“ zwar im Allgemeinen das Verhältniss einer vermöge allgemeinen Dienstordnung oder besonderen Befehles in einer bestimmten Berufsverrichtung sich befindenden oder zu einer bevorstehenden Berufshandlung verpflichteten Militär-Person, es ist jedoch in dieser Beziehung jedesmal nach den Umständen zu erwägen, ob ein Dienstverhältniss überhaupt und insbesondere ein solches vorhanden war, wie es in den einzelnen Bestimmungen des G. B. vorausgesetzt ist. Aehnliches sagt der §. 56 des hannover'schen G. B. Eine schärfere Definizion über „Dienst“ enthält das grossh. hess. St. G. B. Art. 23. Dienstbefehl im Sinne des M. St. G. B. heisst es daselbst, ist jener Befehl, welchen der Vorgesetzte in Bezug auf die Dienstes- und Standespflichten und auf das vorschriftmässige Verhalten der Untergebenen überhaupt oder des untergebenen Individuums insbesondere ertheilt.

Den Begriff „Vorgesetzten“ finden wir im toskanischen G. B. Art. 76: Un militare si considera superiore di altri militari non solamente

§. 13. Arten der Subordinationsverletzung.

Die Subordinationsverletzung wird begangen:

1. durch Ausserachtlassung der Ehrerbietung und
2. durch Ungehorsam.

quando tiene un grado più elevato, ma anche quando, sebbene tenga un grado eguale o inferiore è investito d'un speciale commando, che lo costituisce superiore in un dato servizio: semprechè in questo secondo caso l'insubordinazione abbia luogo in atto di quel servizio o in relazione al medesimo.

Das österr. St. G. spricht von eigentlich militärischen, dann solchen Diensten, deren Gegenstand Verrichtungen sind, wozu der Soldat durch eine ihm eigene Geschicklichkeit geeignet ist (§§. 147 und 152), und erwähnt nebst den Befehlen zu solchen Diensten hinsichtlich der Befehle in Bezug auf das Verhalten nur des Falles, wo ein in Excessen betretener Untergebener von seinem Vorgesetzten zur Ordnung verwiesen wird (§. 153 s. auch §. 262 unten im §. 18).

Das neue österr. Dienstreglement v. J. 1860 gibt über das Wort „Dienst“ keine Definition, hinsichtlich des Verhältnisses des Untergebenen zum Vorgesetzten, des Niederen zum Höheren finden wir im I. Theile Folgendes:

§. 2. Die Subordinazion besteht in dem unbedingten Gehorsam, welchen jeder Geringere dem Höheren stufenweise und mit Ehrerbietung zum Besten des Dienstes zu leisten schuldig ist. — Die Subordinazion ist eine edle, auf das allgemeine Wohl abgesehene und zur Erreichung des gemeinschaftlichen Endzweckes wesentlich erforderliche Verbindlichkeit, die Pflichten seines Standes der Leitung seiner Vorgesetzten unterzuordnen. — Jeder Untergebene hat seinem Vorgesetzten — ohne Widerrede unverzüglich zu gehorchen. — Diese Nothwendigkeit bestimmt den unabänderlichen Grundsatz, dass man allemal und besonders in Fällen, in welchen die Umstände keine Vorstellung gestatten, oder der Vorgesetzte auf die ihm gegebene Aufklärung der obwaltenden Umstände keine Rücksicht nehmen wollte, die Befehle zuerst vollziehen müsse und sich über das hiebei erlittene Unrecht erst nach dem Vollzuge beschweren könne. —

Eine Folge der Subordinazion ist die Achtung und Ehrerbietung, welche jeder Untergebene seinem Vorgesetzten, und überhaupt jeder Geringere dem Höheren in und ausser dem Dienste zu bezeigen schuldig ist. — Selbst im vertraulichsten Umgange gebührt dem Höheren jener gewisse Vorzug Wer seine Vorgesetzten ehrt Der Untergebene muss Vertrauen zu seinem Vorgesetzten hegen. — Jeder Geringere ist verpflichtet, den Höheren zuerst zu grüssen.

Im §. 4 bei den Vorschriften für den Gemeinen heisst es: Er muss sich bemühen nicht nur die Vorgesetzten der Kompagnie, sondern auch die Offiziere des ganzen Regimentes und die unmittelbar vorgesetzten Generale kennen zu lernen.

Beim Verhalten vor dem Feinde heisst es: In keiner Gelegenheit darf er seine Vorgesetzten verlassen.

Weiter heisst es: Der Gefreite ist der unmittelbare Vorgesetzte des Gemeinen, der Oberlieutenant des Unterlieutenants u. s. w.

Wir haben im vorigen Paragraphe erwähnt, dass die äussere Achtungsbezeigung gegen jeden Höheren Pflicht sei.

Man sieht aus den angeführten Stellen, dass die Begriffe: „Höherer“ und „Vorgesetzter“ im D. R. nicht scharf genug gesondert, ja gewissermassen identisch hingestellt sind. Gehorsam wird gegen Höhere, Ehrerbietung gegen Vorgesetzte empfohlen. Die Offiziere der Kompagnie, in welchen der Gemeine dient, werden, im Gegensatze von den Offizieren der anderen Kompagnien, seine Vorgesetzten genannt. Es ist um so mehr zu bedauern, dass man bei Verfassung des Dienstreglements diesem Gegenstande nicht die höchst nöthige Aufmerksamkeit zugewendet und auswärtige Dienstvorschriften, die in dieser Beziehung klar verfasst sind, nachgeahmt hat, als der Mordversuch am Vorgesetzten selbst ausser Dienst mit dem Tode bestraft wird (§. 148) und hier die Frage nahe liegt, ob jeder Korporal in der ganzen Armee als Vorgesetzter eines jeden Gemeinen, jeder Oberlieutenant Vorgesetzter eines jeden Lieutenants oder einer noch niedrigeren Charge im Sinne des M. St. G. B. anzusehen sei. Nicht blos die Frage, ob jeder Lieutenant vom höheren Range im Sinne des St. G. B. Vorgesetzter des Lieutenants von einem jüngeren Range sei, hat ihre Berechtigung, sondern selbst die, ob nicht ein Oberlieutenant im Pensionsstande Vorgesetzter des dienenden Lieutenants sei? Möge diesem wesentlichen Gebrechen, wenn nicht früher doch bei der Revision des M. St. G. B. abgeholfen werden!

Nach der preuss. M. Verfassung steht jeder Offizier und Unteroffizier zu sämmtlichen Gemeinen und jeder Offizier zu sämmtlichen Unteroffizieren im Vorgesetzten-Verhältnisse (Arg. aus d. 14. Kr. Art.). Unter Offizieren begründet der höhere milit. Dienstgrad zwar allen Offizieren niederen milit. Dienstgrades gegenüber ein Respects- nicht aber unbedingt bei Offizieren vom Major aufwärts zugleich ein Vorgesetzten-Verhältniss. Zwischen Personen des Soldatenstandes von gleichem Dienstgrade besteht nur dann, wenn der Eine unter das Kommando des Andern gestellt ist, für die Dauer dieser dienstlichen Stellung ein Vorgesetzten-Verhältniss. Die Anciennität berechtigt jedoch in allen Dienstgraden der Offiziere und Unteroffiziere den Aelteren seinen jüngeren Hintermann, wenn derselbe ausser Dienst den Berufs- und Standespflichten entgegenhandelt, auf seine Pflicht aufmerksam zu machen, und insofern er die ihm ertheilte Warnung unbeachtet lässt, sich zu ihm in das Verhältniss eines Vorgesetzten zu stellen (S. Fleck Kom. über d. preuss. M. St. G. B., Anm. S. 144).

Nach der allg. D. O. für die bad. Truppen (§§. 17, 18, 19. 20 und 28) ist Oberer Jeder, der einem Andern im Grade, oder bei gleichem Dienstgrade im Dienstalter vorgeht; Vorgesetzter ist der Obere dem Untergebenen gegenüber, soweit er das Recht hat, demselben Dienstbefehle zu ertheilen. Hiernach sind die Oberen in Bezug auf die ihnen untergegebene Truppenabtheilung Vorgesetzte. Ausserdem ist aber jeder Obere, sobald es darauf ankommt, die milit. Ordnung aufrecht zu erhalten, oder Vergehen des Militärs, von welcher Waffe sie auch seien, zu verhüten verpflichtet, sich als Oberer zu erkennen zu geben und seinen Willen als Dienstbefehl zu erklären. Insoweit erscheint er dann gleichfalls als Vorgesetzter (S. Brauer's bad. M. Strafrecht. Karlsruhe 1851. §. 133).

Gegenstand der Subordinationsverletzung durch Unterlassung dieser Achtungsbezeigung sind daher alle jene M. Personen, die einer höheren Charge ⁴⁹⁾ angehören, ohne Unterschied der Waffengattung. Der Inhalt derselben besteht in einem vorsätzlichen achtungswidrigen Betragen gegen die Person des Höheren. Dies kann geschehen:

1. durch ein negatives Verhalten, Nichtbezeigung der pflichtmässigen äusseren Ehrerbietung; insbesondere gehört hieher das Nichtsalutiren;

2. durch ein positives Verhalten, und zwar:

a) durch wörtliche oder symbolische Beleidigungen (Rede, Schrift, Zeichen, bildliche Darstellung). Hieher gehören auch Drohungen mit Worten oder Zeichen, insbesondere mit Waffen;

b) durch thätliche Beleidigungen, wirkliche Angriffe an der Person des Vorgesetzten, sowie der Versuch eines solchen ⁵⁰⁾.

Die Subordinationsverletzungen unter Z. 1. und 2. a) gehören zu den minderen. Eine grössere Strafbarkeit tritt dann ein, wenn dem Höheren mit der Zufügung eines Uebels an seiner Person durch Worte oder Zeichen gedroht wird, welche

⁴⁹⁾ Bei Individuen derselben Charge ist die Kenntniss, dass Jemand einen höheren Rang habe, im Allgemeinen nur dann anzunehmen, wenn sie in demselben Truppenkörper dienen. Nach meiner Ansicht steht nichts entgegen, in diesem und dann noch in jenem Falle, wo der höhere Rang dem Niederen dienstlich bekannt wurde, in Bezug auf die dem Höheren schuldige Achtung dem Offizier des höhern Ranges die dem Höheren zustehenden Rechte einzuräumen (vergl. §. 123 des preuss. M. St. G. B.). — M. Wachen geniessen die Rechte der Höheren und Vorgesetzten. Sie sind daher ebenfalls Gegenstand der Subordinationsverletzung und der damit verwandten Verbrechen, wie Aufruhr u. dgl. (S. 5. Abschnitt). Das franz. M. St. G. B. räumt im Art. 119 auch den Gliedern des M. Gerichtshofes gegenüber eines Angeklagten die Rechte der Vorgesetzten ein.

⁵⁰⁾ Besteht die Pflicht der äusseren Achtungsbezeigung auch zwischen näheren Verwandten? In keinem mir bekannten Strafgesetze ist dieses Falles erwähnt, und man muss daher nach den positiven Gesetzen, weil sie nicht unterscheiden, diese Frage unbedingt bejahen. Auch vom wissenschaftlichen Standpunkte lässt sich dagegen im Allgemeinen nichts bemerken, und im Dienste kann man auch keine Ausnahme zugestehen; allein ausser Dienst scheint es, soll man die Verwandtschaftsverhältnisse nicht ganz ausser Acht lassen. Das Gesetz kann aber in Spezialitäten nicht eingehen, es muss daher dem Kriegsgerichte überlassen werden, das obwaltende Verwandtschaftsverhältniss, insoferne es entweder Anlass zur That war, oder ohne dasselbe die That entweder gar nicht oder nicht in einem so strafbaren Grade erfolgt wäre, gehörig zu würdigen.

sich noch steigert, wenn eine solche Drohung in eine thätige übergeht, indem z. B. der Niedere das Seitengewehr zieht und damit dem Höheren droht. In der Steigerung der Strafbarkeit reiht sich an, wenn der Untergebene so weit geht, dass er den Höheren anzugreifen versucht und der höchste Grad derselben ist dann vorhanden, wenn der Höhere wirklich angegriffen wird. Drohungen, Beschimpfungen (*insulti*) und Thätlichkeiten gegen Vorgesetzte bezeichnet das sard. G. B. als *Insubordinazion* (Art. 115).

Ob diese verschiedenen Arten der Subordinationsverletzungen in oder ausser Dienst, zur Kriegs- oder Friedenszeit, vor der versammelten Mannschaft verübt wurden, wird, sowie deren Folgen auf die Strafbemessung von wesentlichem Einflusse sein. Der Kriegszeit ist der Kampf gegen bewaffnete Rebellen im Inlande gleichzustellen.

§. 14. Bestrafung der Subordinationsverletzung durch Thätlichkeit.

Der höchste Grad der Beleidigung gegen den Höhern ist der Angriff auf seine Person; es muss daher derselbe auch der schwersten Strafe unterliegen. In Bezug auf die Strafe ist der dem wirklichen Angriffe zunächst kommende Versuch, z. B. das auf den Höheren angelegte geladene Gewehr versagt beim Losdrücken, gleichzuhalten. Die schwerste Strafe ist die Todesstrafe; es wäre aber eine gewiss zu weit getriebene Strenge, jeden thätigen Angriff ohne Unterschied mit dieser Strafe zu belegen.

Vor allem dürfte der Unterschied zwischen Vorgesetzten und Höheren aufzufassen sein. Zwischen Vorgesetzten und Untergebenen obwaltet ein enges Stand- und Dienstverhältniss; zum Vorgesetzten steht der Untergebene näher als zu den Oberen in der Armee überhaupt, der Vorgesetzte benöthiget, um in seinem Truppenkörper in jeder Richtung mit Erfolg wirken zu können, die Achtung und das Ansehen der ihm untergeordneten Individuen; das Gesetz muss daher für die Erhaltung dieser Achtung und seines Ansehens, insoferne dies in anderem Wege nicht erreicht wird, durch eine beharrliche Strenge sorgen.

Dem Vorgesetzten ist jeder Höhere, sobald er durch einen dem Niederen rechtmässig gegebenen Befehl zu demselben in das Vorgesetzten-Verhältniss tritt (s. §. 11 und Anm. 48 am Schlusse), gleichzustellen.

Den höchsten Schutz muss das Gesetz dem Vorgesetzten im Dienste gewähren, denn hier handelt es sich nicht mehr bloss um die Person des Vorgesetzten, sondern auch um den Dienst selbst und dessen genaue Erfüllung.

Gleich (oder wenigstens sehr annähernd) ist der Fall zu behandeln, wo der Dienst Anlass zur Subordinationsverletzung gab, denn dieselbe ist auch hier gegen den Vorgesetzten und den Dienst gerichtet. Würde man den letzteren mit dem vorhergehenden Falle nicht gleich behandeln, so dürfte der Untergebene nur das Ende des Dienstes abwarten, um mit milderer Strafbarkeit an dem Vorgesetzten seine Rache zu kühlen.

Das Beispiel wirkt, wie die Erfahrung zeigt, gefährlich. Ist schon jede Beleidigung vor mehreren Menschen an sich strafbar, so muss sie in der Armee wegen des damit möglicherweise verbundenen nachtheiligen Einflusses auf andere (wenn auch nicht gerade dem Angegriffenen) Untergebene besonders dann scharf bestraft werden, wenn sie in deren Gegenwart (vor versammelter Mannschaft ⁵¹⁾) geschieht.

Ferner ist auf den Umstand, ob der Angriff mit oder ohne Waffen (ohne Unterschied ob militärische oder nicht — vergl. Art. 118 sard. G. B.) erfolgt, Gewicht zu legen, weil im ersteren Falle eine grössere subjektive Strafbarkeit insbesondere dann hervorgeht, wenn der Angriff mit Vorbedacht vor sich geht, sowie

⁵¹⁾ Was unter „versammelter Mannschaft“ zu verstehen sei, ist ebenfalls in den meisten Gesetzbüchern, obschon sie beinahe alle dieses oder eines ähnlichen Ausdrucks, z. B. „Kriegsvolk“ sich bedienen, unbeantwortet. Das sächs. St. G. versteht darunter mindestens drei im Dienste oder dienstlicher Eigenschaft versammelte M. Personen (§. 76), eben so das preuss. (§. 74, Z. 3) und holst. (§. 58, Z. 4). — Im gewöhnlichen Leben wird man wohl in diesem Falle von einer versammelten Truppe nicht sprechen, allein es dürfte gegen die positive Feststellung der Zal „drei“ deswegen kein begründetes Bedenken erhoben werden können, weil diese Zal schon die Gefahr des subordinationswidrigen Benehmens auf den Geist der Mannschaft und den Dienst besorgen lässt. Ob die Mannschaft in oder ausser Dienst versammelt war, ist nach meiner Ansicht hier nicht entscheidend, das Verhältniss zu dem Angreifer und der moralische Eindruck ist in beiden Fällen wesentlich gleich. Vgl. den Art. 82 des tosk. St. G. B. unten in der Anm. 57.

auch die Folgen des Angriffes, sei es in Beziehung auf den Dienst, sei es hinsichtlich des Vorgesetzten selbst, zu beachten sind.

Schliesslich kommt, wie bei den meisten M. Verbrechen, noch der Zeitpunkt, ob das Verbrechen im Kriege oder während des Friedens verübt wurde, in wesentliche Betrachtung.

Mit Rücksicht auf das Gesagte und in voller Würdigung der militärischen Verhältnisse halte ich dafür, dass der Todesstrafe folgende Fälle unterliegen sollen:

Im Kriege:

1. Jeder thätige Angriff an der Person des Vorgesetzten, so wie der dem wirklichen Angriffe zunächst kommende Versuch des Angriffes, wenn im letzten Falle der Angreifer an der Ausführung seines Vorhabens durch, von seinem Willen unabhängige Zwischenfälle gehindert wurde, z. B. das Gewehr, mit dem er auf den Vorgesetzten zielt, wird ihm entrissen.

2. Jeder solche Angriff oder nächste Versuch eines solchen Angriffes an der Person des Höheren, wenn dies im Dienste oder aus Anlass des Dienstes, oder ausser diesen Verhältnissen entweder mit Waffen geschah, oder der wie immer geartete Angriff eine, wenn auch nur leichte körperliche Verletzung zur Folge hatte.

Im Frieden:

A) Jeder thätige Angriff oder dessen nächster Versuch an der Person des Vorgesetzten, im Dienste, aus Anlass des Dienstes oder auch ausser Dienst, wenn er in allen diesen Fällen

a) mit Waffen oder

b) vor, aus was immer für einem Grunde, versammelten Soldaten ausgeführt wurde, oder

c) der wie immer geartete Angriff eine, wenn gleich nicht vorbedachte schwere körperliche Verletzung oder gar den Tod verursacht hat, oder

d) derselbe im Dienste oder aus Anlass des Dienstes in mörderischer Absicht geschah, obgleich ohne körperliche Beschädigung des Vorgesetzten.

B) Jeder thätige Angriff oder nächste Versuch desselben an der Person des Höheren, wenn er zur Zeit als der Höhere im Dienste war oder aus Anlass des dienstlichen Verhältnisses mit Waffen vor der versammelten Mannschaft

verübt wurde, und eine beabsichtigte im Gesetze als schwer bezeichnete körperliche Beschädigung herbeigeführt hat. Unter derselben Voraussetzung gehört hieher auch der Mordversuch an dem Höheren, wenn auch derselbe gar keine körperliche Verletzung zur Folge hat.

In allen diesen Fällen lässt sich die Todesstrafe theils wegen der Schwere des Verbrechens an sich, theils wegen des erhöhten nachtheiligen Einflusses auf die Disziplin rechtfertigen, wogegen sie in anderen nicht nur, weil diese Gründe für deren Anwendung nicht das Wort führen, sondern auch deswegen zu entfallen hätte, weil entweder die Kriegsgerichte darauf nicht sprechen werden, oder zu häufig Begnadigungen eintreten müssen, was, besonders das Erstere, dem Ansehen des Gesetzes nur abträglich ist.

§. 15. Fortsetzung.

Ehe wir zur positiven Gesetzgebung über den im vorigen Paragraphe behandelten Gegenstand übergehen, erscheint es nothwendig, noch zwei Fragen einer näheren Erörterung zu unterziehen.

1. Hat die volle Strenge des Gesetzes auch dann einzutreten, wenn ein reines Privatverhältniss Anlass zu der hier behandelten Subordinationsverletzung gegeben hat?

2. Welchen Einfluss auf die Strafe soll der Umstand haben, wenn der Vorgesetzte (Höhere) durch sein strafbares Benehmen gegen den Untergebenen (Niedern) diesen zu einer als Subordinationsverletzung erscheinenden Handlung gereizt hat?

Was die erste Frage betrifft, so lässt sie sich im Allgemeinen weder bejahen noch verneinen. Ein einfacher Wortwechsel über Privatsachen kann Anlass zu Beleidigungen und selbst zu Thätlichkeiten geben. Es wäre gewiss gefährlich, deswegen in allen solchen Fällen von den militärischen Verhältnissen ganz abzusehen und die Handlung hinsichtlich ihrer Strafbarkeit nur nach den allgemeinen Strafgesetzen zu beurtheilen. Wie leicht ist aber auch von Jedem, der will, Stoff zu einem Wortwechsel gegeben!

Unbedingt würde ich obige Frage für den Fall verneinen, wo der Vorgesetzte durch irgend eine widerrechtliche Handlung ausser Dienst Anlass zur Subordinationsverletzung durch

Ausserachtlassung der schuldigen Ehrerbietung und insbesondere durch Thätlichkeit gegeben hat. Die Gesetzgebung kann nur die Absicht haben, den Vorgesetzten (Höheren) als solchen zu schützen, in dem gesetzten Falle hat aber der Untergebene nicht den Vorgesetzten, sondern Denjenigen vor Augen, der ihn an seiner privatrechtlichen Persönlichkeit angreift. Wollte man dies nicht zugeben, so müsste man konsequent den Untergebenen, der seinen Vorgesetzten bei einem Verbrechen ertappt, ihn bei dessen Flucht verfolgt und sich thätlich an ihm vergreift, wegen Thätlichkeit am Vorgesetzten bestrafen, was wol sich nicht rechtfertigen liesse.

Anders ist aber zu entscheiden, wenn der Untergebene und Vorgesetzte im Dienste sich befinden. In diesem Falle kann, wenn auch zunächst Privatverhältnisse die Subordinationsverletzung veranlasst haben, im Rechtswege die ordentliche Strafe nicht ausgeschlossen werden. Der Höhere erscheint in einem solchen Falle als Vorgesetzter, der Untergebene muss ihn als solchen ansehen und behandeln, er hat das Recht, wenn er auf irgend eine Art durch den Vorgesetzten sich verletzt fühlt, im Dienstwege seine Beschwerde anzubringen, keineswegs kann man ihm aber, den Fall der Nothwehr⁵²⁾ ausgenommen, irgend eine Selbsthilfe gestatten.

⁵²⁾ Wann die Nothwehr zulässig sei, ist, wenn das M. G. nichts Besonderes verordnet, nach den Bestimmungen des allg. St. G. zu beurtheilen. Der §. 10 des hannov. M. St. G. B. lautet: Der M. Dienst gestattet nicht eine Nothwehr gegen den Vorgesetzten, sobald dieser im Dienste handelt, anders für gesetzlich zulässig anzuerkennen, als wenn der unerlaubte Angriff mit lebensgefährlichen Werkzeugen und auf wirklich lebensgefährliche Weise gegen einen Untergebenen geschah. Nach Artikel 28 des hess. St. G. gestattet der M. Dienst nicht, eine Nothwehr gegen Vorgesetzte anzuerkennen. — Keine dieser Anordnungen, am wenigsten aber die letzte dürfte nach den Grundsätzen der Strafrechtswissenschaft sich rechtfertigen lassen. — Uebrigens bin ich der Ansicht, dass die Prinzipien über die Nothwehr, wie sie das allg. St. G. aufstellt, nicht ohne alle Einschränkung in das M. St. G. B. zu übertragen wären. Diese in der militärischen Subordinazion liegenden Einschränkungen wären aber nur auf den Fall zu beziehen, wo der Untergebene zum Vorgesetzten in einem Dienstverhältnisse steht. Auch wäre das Recht der Nothwehr nicht bloß auf lebensgefährliche Angriffe zu begrenzen, und zwar um so weniger dann, wenn man dem Vorgesetzten gestattet, bei einem, wenn auch nicht lebensgefährlichen Angriffe auf seine Person den Untergebenen — vom Rechte der Nothwehr Gebrauch machend — selbst zu tödten. — Am zweckmässigsten dürfte es sein, hievon im Gesetze gar nichts zu erwähnen und die

Was die zweite Frage anbelangt, so muss man von dem Grundsatz ausgehen, dass der Vorgesetzte dadurch, dass er, seine Stellung missbrauchend, den Untergebenen auf irgend eine Art verletzt, z. B. schlägt, nicht aufhört, Vorgesetzter zu sein; der Untergebene hat das Recht, sich gegen jede dienst- oder gesetzwidrige Handlungsweise seines Vorgesetzten zu beschweren, und dieser wird, wenn er schuldig ist, nicht mit jener (gelinderen) Strafe belegt, welche im gegebenen Falle einen Beleidiger überhaupt treffen würde, sondern mit jener (schwereren), welche das Gesetz dem den Untergebenen misshandelnden Vorgesetzten androht.

Nachdem aber der Vorgesetzte durch ein solches Benehmen des Schutzes, den das Gesetz ihm in seiner Eigenschaft gewährt, für seine Person sich unwürdig gemacht und die Subordinationsverletzung herbeigeführt hat, so erscheint es mir zu hart, in einem derlei Falle den Untergebenen wegen einer Subordinationsverletzung, welche ohne ein solches Benehmen entweder gar nicht, oder nicht in einem so hohen Grade eingetreten sein würde, nach der vollen Strenge des Gesetzes zu bestrafen. Die Strafe wäre daher für solche Fälle gelinder zu bemessen, und die Todesstrafe besonders dann auszuschliessen, wenn der Vorgesetzte durch eine thätliche Beleidigung den Anlass zur Subordinationsverletzung gegeben hat⁵³).

Im Falle einer Nothwehr hätte aber auch hier Strafflosigkeit einzutreten.

§. 16. Positive Gesetze hierüber.

Was die positiven M. Gesetze⁵⁴) hinsichtlich der Bestrafung des thätlichen Angriffes an der Person des Vorgesetzten betrifft, so ist deren Anordnung folgende:

Beurtheilung der Frage, ob in einem vorkommenden Falle Nothwehr vorhanden war oder nicht, den Kriegsgerichten zu überlassen.

⁵³) Vergl. preuss. M. St. G. B. §. 129, 131, holst. §. 93, sächs. §. 120.

⁵⁴) Viele M. St. G. B. behandeln bei der Subordinationsverletzung auch die Herausforderung des Vorgesetzten zum Zweikampf aus dienstlichem Anlasse (hannov. §. 66, preuss. §. 132, holst. §. 185, sächs. §. 111, oder auch im Dienste selbst, österr. §. 155). Im preuss., holst. und sächs. St. G. ist dem den Zweikampf annehmenden Vorgesetzten dieselbe Strafe, wie dem Herausforderer, angedroht. Mehr würde diese Bestimmung in das Kapitel „vom Zweikampfe“ passen.

1. Das hannov. St. G. bestraft die Thätlichkeiten an dem im Dienste befindlichen Vorgesetzten, wenn sie in eine wirkliche Misshandlung ausarten oder die Verwundung des Oberen zur Folge hatten, mit lebenslänglicher Kerkerstrafe oder dem Tode⁵⁵). Drohungen, sobald sie mit einem Angriffe verbunden sind, stehen den wirklichen Thätlichkeiten in der Strafbarkeit gleich. Geschah die Drohung im Dienste und mit Waffen irgend einer Art, so tritt langjährige Kettenstrafe oder selbst die Todesstrafe ein (§. 63).

2. Nach dem preuss. St. G. hat Jener, der seinen Vorgesetzten thätlich angreift, oder denselben mit der Waffe anzugreifen versucht⁵⁶) im Kriege immer, im Frieden dann die Todesstrafe verwirkt, wenn die Thätlichkeit in schwere Körperverschüttung übergegangen ist, oder andere besonders erschwerende Umstände vorhanden sind (§. 128). Ob der Vorgesetzte im Dienste war oder die Thätlichkeit ausser Dienst verübt worden ist, macht im Allgemeinen hinsichtlich der Strafe keinen Unterschied (§. 130).

3. Nach dem holst. G. B. kann das thätige Vergreifen am Vorgesetzten in Kriegszeiten, wenn es unter erschwe-

⁵⁵) In welchen Fällen die Todesstrafe einzutreten habe, soll im Gesetze immer genau bestimmt sein. Es genügt auch nicht, als Bedingung beizusetzen: „wenn erschwerende Umstände vorhanden sind“, wie in mehreren Strafgesetzbüchern geschieht. — Das grossh. hessische ist einiger Massen präziser, indem es im Artikel 16 sagt: Bei besonders erschwerenden Umständen aber, vorzüglich wenn der Vorgesetzte oder Obere verwundet worden, ist die Insubordinazion durch thätliches Vergreifen am Vorgesetzten oder Oberen mit dem Tode zu bestrafen; zufriedenstellen kann aber auch eine solche Verfügung nicht.

⁵⁶) Nach Fleck a. a. O. S. 150 zum §. 128: „Das sogenannte Drohen mit Gewehr.“ Die Gleichstellung dieser Handlung mit dem thätlichen Angriffe des Vorgesetzten findet nach Fleck darin ihre Rechtfertigung, dass der Soldat, der die ihm zur Vertheidigung des Thrones und Vaterlandes anvertraute Waffe gegen den eigenen Vorgesetzten kehrt, dadurch einer der schwersten Pflichtverletzungen sich schuldig macht. Uebrigens ist nach ihm nicht jedes Drohen mit der Waffe, wie z. B. das Anlegen der Hand an das Seitengewehr oder das Drohen mit demselben aus der Ferne als versuchter Angriff mit der Waffe anzusehen und nach §. 128 zu bestrafen. Vielmehr tritt diese Strafe erst dann ein, wenn die Drohung in eine äussere gefährliche Handlung übergegangen ist, welche, wie z. B. das Ziehen des Säbels gegen den Vorgesetzten oder das Eindringen auf denselben mit gefälltem Gewehre als der Anfang der Ausführung eines thätlichen Angriffes betrachtet werden muss. — Der Versuch des thätlichen Angriffes ohne Waffen unterliegt der Todesstrafe nicht (§. 127).

renden Umständen begangen wird, mit dem Tode bestraft werden (§. 88).

4. Das sächs. St. G. verhängt auf die Achtungsverletzung mit Thätlichkeiten gegen einen Oberen nur dann sowol in Kriegs- als Friedenszeiten den Tod, wenn sie im Dienste oder in Beziehung auf dienstliche Verhältnisse geschieht und entweder eine schwere Körperverletzung oder gar den Tod des Oberen zur Folge gehabt oder in Reih und Glied unter den Waffen verübt wurde (§§. 110 und 116, Z. 2 b, c und d), oder wenn der Obere auch ausser dem Dienste den Niederen wegen ordnungswidrigen Benehmens zurechtweist, und um seiner Zurechtweisung Nachdruck zu geben, sich veranlasst sieht, seine Anordnung ausdrücklich und mit Verweisung auf die militärische Pflicht des Gehorsams als Dienstbefehl zu erklären, und der Untergebene den Vorgesetzten schwer verletzt, oder endlich wenn im Kriege das absichtliche thätliche Vergreifen (auch ohne Körperverletzung) erfolgt (s. §. 119, dann 116 Eingang) ⁵⁷).

5. Das toskanische M. St. G. B., welches in dem hier behandelten Gegenstande von anderen Gesetzbüchern abweicht ⁵⁸), übergehend, bemerke ich, dass das franz. M. St. G. B. die Thätlichkeit (*voie de fait*) am Vorgesetzten mit dem Tode bestraft, wenn sie mit Vorbedacht oder Hinterlist (*préméditation ou guet-apens* — über den Begriff dieser Worte siehe Art. 297 und 298 des Code penal ord.), oder während, oder aus Anlass des Dienstes (*pendant le service ou à l'occasion du service*) begangen worden ist (Art. 221 bis 223). Gleicher Strafe unter-

⁵⁷) Das sächs. St. G. erwähnt auch des Falles, wenn eine M. Person einen Oberen durch Drohungen oder Gewaltthätigkeiten zu irgend einer dienstlichen Massregel zu nöthigen oder davon abzuhalten sucht (§. 121), und das hannov. St. G. (§. 65), wenn wegen dienstlicher Verfügung am Vorgesetzten Rache genommen wird. Ich glaube, der verschiedene Beweggrund zu einer strafbaren Handlung könne Ursache einer grösseren oder geringeren Bestrafung sein, allein deswegen verschiedene strafbare Handlungen aufzustellen, halte ich nicht für zweckmässig.

⁵⁸) Es handelt von der Insubordinazion gegen Vorgesetzte (Art. 75 bis 85), dann gegen den Dienst (Art. 86—114). Zur Anwendung der Todesstrafe muss die Thätlichkeit in einer *via di fatto* derart bestehen, dass hiemit entweder eine körperliche Verletzung oder eine Kontusion am Vorgesetzten erfolgt, und selbe im Dienste mit Waffen an einem militärischen Orte und in Gegenwart der aus was immer für einem Grunde versammelten Truppen verübt werden (Art. 81 und 82). Vergl. auch Art. 80.

liegt im Sinne des Art. 2 des allgem. St. G. der Versuch des Verbrechens, der sich durch den Anfang seiner Ausführung äusserlich zu erkennen gibt.

6. Das sard. M. St. G. B. verhängt die Todesstrafe auf gewaltthätige Handanlegungen (*vie di fatto* — worunter nach Art. 114 Tödtung, Verwundung, Schläge, Stösse und wie immer geartete Misshandlungen verstanden werden) am Vorgesetzten (*Superiore in grado o nel commando*), wenn derselbe ein Offizier oder zwar nur ein Unteroffizier oder Korporal ist, im letzten Falle aber der Thäter mit Vorbedacht oder Verrath zu Werke ging, oder seinem Opfer aufgelauert hat (Art. 115 — *premeditazione, prodizione od agguato* — den Begriff davon s. im Art. 115) und das Verbrechen (*reato di insubordinazione*) im Dienste oder aus Anlass des Dienstes oder in Gegenwart einer versammelten Truppe verübt worden ist (Art. 116).

7. In Oesterreich unterliegt jeder Angriff, der von einem zum streitbaren Stande gehörigen Untergebenen (daher nicht von dem, obgleich auf die Kriegsartikel beeideten, jedoch nicht zum streitbaren Stande gehörigen Offiziersdiener) in mörderischer Absicht gegen seinen Vorgesetzten in oder ausser dem Dienste ausgeführt wird, der Todesstrafe, wenn auch der Tod des Vorgesetzten durch dessen Widerstand, durch Hilfe eines Dritten oder aus Zufall gehindert worden ist (§. 148)⁵⁹⁾.

Vergleicht man diese Gesetze, so ergibt sich, dass thätige Angriffe und der Versuch an der Person des Vorgesetzten unter bestimmten Voraussetzungen in allen mit dem Tode bestraft werden. Während aber einige diese Strafe nur dann verhängen, wenn der thätige Angriff im Dienste oder aus Anlass des Dienstes erfolgt, oder eine schwere Verwundung

⁵⁹⁾ Die Verfügung des §. 147: — Wer sich dem Vorgesetzten mit Waffen oder mit gewaltthätiger Handanlegung an dessen Person im Dienste widersetzt, — kann, da das Widersetzen eine Weisung des Vorgesetzten voraussetzt, der sich entgegengestellt wird (vergl. die §§. 149, 152, 153 und Randglosse, dann §. 262. Siehe auch den §. 63 hannov., §. 130 preuss., §. 88 holst., §. 109 sächs. St. G.), hieher nur für den im §. 119 sächs. St. G. B. (s. o. Z. 4) erwähnten Fall bezogen werden. Das Vergreifen am Vorgesetzten ausser Dienst bestraft das österr. St. G. selbst im Falle einer schweren Verwundung nach den Grundsätzen über die Konkurrenz, wornach die Strafe der Verwundung mit Rücksicht auf die konkurrierende Subordinationsverletzung innerhalb des für erstere bestimmten Strafgesetzes erhöht wird (§. 154).

nach sich zieht, sehen andere von diesen Erfordernissen ab⁶⁰⁾. Das sard. St. G. B. macht noch einen Unterschied zwischen Vorgesetzten, welche Offiziere sind und jene, die es nicht sind.

Das sächs. St. G. erwähnt (§. 119) ausdrücklich der Widersetzlichkeit gegen Obere, welche ausser Dienst den Untergebenen wegen ordnungswidrigen Benehmens zurechtweisen; in den andern M. St. G. B. kommt eine solche Verfügung nicht vor, und es wird jeder thätliche Angriff, wenn auch gar kein dienstliches oder demselben ähnliches Verhältniss vorliegt, unter den festgesetzten Bedingungen mit dem Tode bestraft.

Einige St. G. B. heben mehr das subjektive Verhältniss des Angreifers hervor, wie das französische (Vorbedacht — Hinterlist)⁶¹⁾, das österreichische (mörderische Absicht), andere berücksichtigen mehr das Objektive, die Umstände und den Erfolg der That. In Bezug auf die Person des Vorgesetzten mag Derjenige gefährlicher sein, der auflauert, um den Vorgesetzten anzugreifen, oder der in mörderischer Absicht ihn anfällt, allein einen nachtheiligeren Einfluss auf den Dienst und die Gemüther bringt gewiss jener Angriff hervor, der in Gegenwart von Soldaten gewagt wurde, oder der in böser, auf Verletzung gerichteter, wenn auch nicht mörderischer Absicht unternommen, eine schwere körperliche Beschädigung oder gar Tödtung des Vorgesetzten verursacht hat.

Am mindesten streng ist das holst. St. G., indem es den thätigen Angriff nur unter erschwerenden Umständen im Kriege mit dem Tode bestraft (§. 92), nach diesem ist das mildeste das österreichische, weil es diese Strafe nur bei mörderischer

⁶⁰⁾ Eigenthümlich ist die Verfügung des hannov. G. B. §. 64, wornach Beleidigungen der Offiziere durch Soldaten oder Unteroffiziere jederzeit als im Dienste zugefügt bestraft werden.

⁶¹⁾ Das franz. St. G. ist in seinen Strafbestimmungen im Allgemeinen mild, in einigen aber überaus strenge. Nebst den oben erwähnten Subordinationsverletzungen will ich hier nur den Art. 228 anführen, wornach jede M. Person, die eigenmächtig ein Kommando übernimmt oder behält, wegen Missbrauch der Dienstgewalt mit dem Tode bestraft wird, während das tosk. G. B. Art. 109 dieselbe Handlung als Insubordinazion gegen den Dienst mit Kerker bis zu zwei Jahren, das sard. Art. 152 als Missbrauch der Dienstgewalt bis zu fünf Jahren bestraft. S. auch den §. 112 des sächs. M. St. G. B. unten im §. 18, Z. 3.

Absicht verhängt, und die ausser Dienst sonst durch einen Angriff herbeigeführte schwere Körperverletzung, wenn sie nicht die bedeutend nachtheiligen, im §. 434 u. 435 des M. St. G. B. angeführten Folgen nach sich gezogen hat, höchstens mit fünfjährigem Kerker bestraft (§. 433 und 154) während z. B. nach dem hannov. St. G. (§. 63 lit. b) eine zwölfjährige Kettenstrafe eintreten kann.

§. 17. Subordinationsverletzung durch Ungehorsam.

Die zweite Art der Subordinationsverletzung wird verübt durch Nichtbefolgung des erhaltenen Dienstbefehls, dieses Wort in dem weiteren Sinne genommen (siehe oben Seite 42 und Anm. 47), also mit Inbegriff jener Befehle, die nur als Dienstbefehle anzusehen sind. Gegenstand dieser strafbaren That sind demnach (im Gegensatze zu der früher behandelten Subordinationsverletzung) Befehle, und zwar jene, deren Vollzug der Vorgesetzte oder Höhere im Verhältniss zu dem Untergebenen oder Niederen anzuordnen das Recht hat.

Diese Subordinationsverletzung wird begangen:

1. durch einfachen Ungehorsam, sei es aus Absicht oder Nachlässigkeit⁶²⁾,

⁶²⁾ Es wäre vielleicht richtiger, nur den absichtlichen Ungehorsam in den Begriff der Subordinationsverletzung aufzunehmen, dagegen den Ungehorsam aus Nachlässigkeit davon auszuschneiden, und entweder unter irgend eine andere Abtheilung von Verbrechen oder Vergehen, oder, was das zweckmässigste sein dürfte, sowie die Abänderung des Befehls am Schlusse bei der Subordinationsverletzung einzureihen. Wer einen erhaltenen Befehl ändert oder überschreitet, oder gar nicht beobachtet, weil er unter veränderten Verhältnissen denselben für behoben erachtet, befolgt zwar nicht den gegebenen Befehl; war er aber der unrichtigen Ansicht, dass er recht handle, so wollte er das thun, was er glaubte, das der Vorgesetzte in den gegebenen Verhältnissen befehlen würde, er hat gefehlt, weil er die Verhältnisse nicht gehörig gewürdigt und erwogen hat, unachtsam oder nachlässig war; es müssen ihn die Folgen seines Verschuldens treffen, aber nicht wegen Ungehorsams. — Eine Subordinationsverletzung ist es auch, wenn ein Kommandant eine Festung, die er nach dem ertheilten Befehle zu vertheidigen gehabt, diesem Befehle nicht nachkommend, verlässt, dem Feinde übergibt u. s. w. In keinem mir bekannten Strafgesetze ist jedoch dieser Fall unter das Verbrechen der Subordinationsverletzung eingereiht, sondern unter einen andern Eintheilungsgrund gebracht, von dem jener der „Feigheit“ mir deswegen nicht passend zu sein scheint, weil Feigheit nur der Beweggrund zu einer Handlung selbst sein

2. durch Widersetzung (qualifizierten Ungehorsam). Diese kann sich äussern:

a) durch eine ausdrücklich (durch Worte, Zeichen oder Handlungen, z. B. Flucht) kundgegebene Erklärung, den erhaltenen Befehl nicht befolgen zu wollen. Hieher gehört auch das Zuredestellen des Vorgesetzten über einen erlassenen Befehl⁶³);

b) durch Drohungen mit oder ohne Waffen, ohne oder mit versuchtem Angriffe an der Person des Vorgesetzten (thätliche Drohung);

c) durch thätliches Vergreifen an dem Vorgesetzten mit oder ohne Waffen.

Besteht der Ungehorsam in der einfachen Nichtbefolgung des erhaltenen Befehls (Z. 1), so entscheidet in erster Linie die Wichtigkeit des Befehls, in zweiter Linie aber auch der Erfolg, insofern er bei Anwendung der pflichtmässigen Aufmerksamkeit als mögliche Wirkung seines Verhaltens (Kausalnexus) vom Ungehorsamen vorausgesehen wurde oder leicht vorhergesehen werden konnte, über die höhere Strafbarkeit. Dieser Grundsatz, der bei gemeinen Verbrechen, z. B. bei der schweren Verwundung in Anwendung kommt, wo der, wenn gleich nicht beabsichtigte aber kulpöse eingetretene Erfolg der ein bestimmtes Individuum in feindseliger Absicht thätlich angreifenden Person angerechnet wird, muss auch hier angewendet werden.

Derselbe Grundsatz ist auch dann zur Geltung zu bringen, wenn der Ungehorsam durch die unter Z. 2 lit. a. angegebene Erklärung an den Tag gelegt wird.

Wagt es aber der Untergebene, den Vorgesetzten über den Befehl zur Rede zu stellen, denselben zu verhöhnen oder zu

kann, nach diesem aber nie die Handlung, und zwar hier um so weniger zu benennen sein dürfte, weil auch andere strafbare Beweggründe vorhanden sein können (vergl. §. 180 sächs. und Art. 209 franz. St. G.).

⁶³) Das Zuredestellen in Folge eines erlassenen Dienstbefehles erwähnen ausdrücklich das M. St. G. B. für Preussen (§. 126) und Holstein (§. 84), scheint aber überflüssig zu sein, denn wird der Befehl befolgt, so ist das Zuredestellen Subordinationsverletzung durch Ausserachtlassung der dem Vorgesetzten schuldigen Achtung (§. 65 hann. M. G. B.), und wird er nicht befolgt, so ist ein solches Zuredestellen eine Verweigerung des Gehorsams schwererer Art,

beschimpfen, ihm zu drohen oder gar thätlich anzugreifen, so ist nebst dem nicht befolgten Befehle Gegenstand der Rechtsverletzung auch der Vorgesetzte, es konkurriert mit dem Ungehorsam die oben bereits behandelte Subordinationsverletzung durch Ausserachtlassung der dem Vorgesetzten schuldigen Achtung, daher man sich auch für eine verhältnissmässig grössere Strafbarkeit dieser Subordinationsverletzung aussprechen muss.

Gleich den Insulten oder Thätlichkeiten an Vorgesetzten muss auch der Ungehorsam strenge bestraft werden, wenn er vor der versammelten Truppe begangen worden ist.

§. 18. Positive Gesetze hierüber.

Was die positiven M. Gesetze betrifft, so finden wir in denselben folgende Verfügungen:

A) Bezüglich des Ungehorsams.

1. Das hannov. St. G. sieht die (einfache) Nichtbefolgung eines in Bezug auf den Dienst gegebenen Befehls (§. 71, lit. a), welcher auf der Stelle vollzogen werden sollte, als eine Widersetzlichkeit an (§. 74), und bestraft beharrliche Widersetzlichkeit Angesichts des Feindes, d. i. wenn der Feind so nahe ist, dass er wirklich gesehen werden kann, oder die Truppe in Erwartung eines nahe bevorstehenden Gefechtes in schlagfertigen Zustand gesetzt oder bereits im Gefechte mit dem Feinde begriffen ist (§. 55), mit dem Tode (§. 76).

2. Im preuss. und holst. St. G. (§§. 125 und 89) wird der Ungehorsam gegen Dienstbefehle selbst im Kriege nur dann mit einer höchstens lebenslänglichen Freiheitsstrafe bedroht, wenn hiedurch ein erheblicher Nachtheil für den Dienst entstanden oder (nach dem preuss. G. B.) auch nur zu besorgen gewesen ist.

3. Das sächs. St. G. droht wegen Ungehorsam die Todesstrafe nur dem Befehlshaber einer Truppenabtheilung oder eines mit bewaffneter Mannschaft besetzten Platzes an, welcher die ihm anbefohlene Abgabe seines Kommando (vgl. Anm. 61) verweigert (§. 112, Z. 4)⁶⁴).

⁶⁴) Im Verweigern liegt streng genommen schon eine Widersetzung. Da aber das sächs. St. G. von der Widersetzlichkeit erst im folgenden §. 113 handelt, dort das ausdrückliche Versagen des Gehorsams oder das Auflehnen

4. Das österr. St. G. verordnet im §. 149, dass, wenn ein Befehl von Wichtigkeit absichtlich nicht vollzogen wird, der Schuldige in Kriegszeiten nach Umständen, besonders, wenn der Befehl einen Dienst gegen den Feind betroffen hat, oder aus der Nichtvollziehung ein grosser Nachtheil für den Dienst entstanden ist, mit dem Tode zu bestrafen sei. Vgl. meinen Kommentar zum §. 149 und Anm. daselbst S. 138.

B) Hinsichtlich der ausdrücklichen Verweigerung des Gehorsams.

In Hannover ist auch hier der oben bezogene §. 76 massgebend. Im preuss. (§. 127) und holst. G. B. (§. 91) trifft die ausdrückliche Verweigerung des Gehorsams selbst im Kriege nie die Todes-, sondern höchstens eine zwanzigjährige, im sächs. (§. 115, vergl. §. 112, Z. 4 oben unter A 3) eine höchstens zehnjährige Freiheitsstrafe.

Nach dem österr. G. B. (§. 149) ist die Verweigerung der Vollziehung eines Dienstbefehles auf ungestüme oder beleidigende Weise in Kriegszeiten nach Umständen, besonders wenn der Befehl einen Dienst gegen den Feind betroffen, oder aus der Nichtvollziehung ein grosser Nachtheil für den Dienst entstanden ist, mit dem Tode zu bestrafen.

Das franz. M. St. G. B. bedroht mit der Todesstrafe jeden Militär, der den Befehl gegen den Feind zu marschiren oder einen andern durch den Vorgesetzten ihm aufgetragenen Dienst im Angesichte des Feindes oder bewaffneter Rebellen auszuführen sich weigert (Art. 218). Aehnlich ist der Art. 88 des sard. St. G. Siehe Anmerk. 61⁶⁵).

C) In Betreff der Drohungen.

Von den Drohungen sind die gefährlicheren wohl nur jene, welche bereits in einen Versuch des thätigen Angriffes übergehen. In Preussen wird der Versuch eines thätigen An-

durch fortgesetzte Nichtbefolgung des Befehls als Widersetzlichkeit bezeichnet, so dürfte unter „Verweigern“ im §. 112 das blosse Nichtbefolgen des Befehls zu verstehen sein. Die Richtigkeit dieser Ansicht ergibt sich auch aus dem §. 117, welcher lautet: Wenn eine M. Person im Kriege irgend eine ihr im unmittelbaren Dienste gegen den Feind ausdrücklich anbefohlene Dienstleistung widersetzlich verweigert, so ist sie mit dem Tode zu bestrafen (vergl. den Z. 1 angeführten §. 76 des hannov. G. B.).

⁶⁵) Die Verweigerung vor den Feind zu marschiren, bestraft das t o s k. G. B. als Feigheit mit dem Tode (Art. 194). Vergl. Anm. 62.

griffes gegen den Vorgesetzten selbst im Kriege nur mit einem Festungsarreste bis zu 20 Jahren, dagegen aber der versuchte Angriff mit der Waffe mit dem Tode bestraft (§§. 127 u. 128 M. St. G. B.) S. Anm. 56.

Das sonst dem preussischen nachgeahmte holsteinische M. St. G. B. erwähnt zwar der Drohungen im §. 84 (das preussische im analogen §. 124 der wörtlichen Drohungen); des Versuches eines Angriffes gegen den Vorgesetzten ist nirgends erwähnt, sondern nur des thätigen Angriffes an dessen Person (§. 92).

In den übrigen mehrbezogenen M. St. G. B. mit Ausnahme jenes von Hannover (S. §. 63 oben im §. 16) und selbst in älteren kommt das Wort „Drohung“ nicht vor, doch können unter dem Ausdrücke: „ungestüme Verweigerung des Gehorsams“ im §. 149 österr. St. G. auch Drohungen subsumirt werden und die Worte des §. 147: Wer sich dem Vorgesetzten mit Waffen widersetzt —, scheinen nicht nur den Versuch des Angriffes mit Waffen, sondern auch schon die thätige Androhung des Gebrauches derselben anzudeuten.

Was endlich

D) die thätlichen Angriffe der Untergebenen an den Vorgesetzten betrifft, so beziehe ich mich hier auf die §§. 63 des hannov., 128 des preuss., dann Art. 221 bis 223 des franz., Art. 114 — 116 des sard. M. St. G. B., welche oben im §. 16 angeführt sind. Ausserdem gehört hieher noch der §. 77 des hannov. G. B., wornach die Todesstrafe Derjenige erleiden soll, der sich dem Vorgesetzten in Reih und Glied oder unterm Gewehre mit Thätlichkeiten widersetzt.

Mit dem preussischen ähnlich bestraft auch das holst. G. B. (§. 92) jedoch nur im Kriege den thätigen Angriff an dem Vorgesetzten (mit dem im preuss. G. B. nicht vorkommenden Beisatze: — um im Ungehorsame sich zu behaupten —) mit dem Tode.

Nach §. 116 des sächs. St. G. hat Jener, der sich an einem Obern, indem er dessen Befehlen sich widersetzt, absichtlich thätlich vergreift, im Kriege immer, im Frieden aber nur dann die Todesstrafe verwirkt, wenn sie eine schwere Körperverletzung für den Beschädigten oder gar den Tod zur Folge gehabt oder in Reih und Glied unter den Waffen

erfolgte. Vergl. auch (oben im §. 16, Z. 4) den §. 119 des sächs. G. B.

Vom österr. M. St. G. B. gehören hieher: a) §. 147. Wer zum streitbaren Stande gehört und sich dem Vorgesetzten mit Waffen oder mit gewaltthätiger Handanlegung an dessen Person im Dienste oder auf einen erhaltenen Dienstbefehl (oder eine den Dienst betreffende Weisung — §. 149) widersetzt, es mag eine Beschädigung des Vorgesetzten dabei unterlaufen sein oder nicht, ist mit dem Tode zu bestrafen. b) §. 152. Sofern sich einem Vorgesetzten aus Anlass eines Befehls widersetzt wird, welcher zwar keinen eigentlichen M. Dienst, doch aber eine andere zum Vortheile des Staates, der Land- oder See-Armee oder zum erlaubten Nutzen einer Abtheilung derselben zu leistende Verrichtung, wozu der Soldat durch ein erlerntes Handwerk oder sonst durch eine ihm eigene Geschicklichkeit geeignet ist, zum Gegenstande hat, soll im Falle gewaltthätiger Widersetzung im Kriege nach Umständen der Tod als Strafe zuerkannt werden⁶⁶). c) §. 262. Wenn Derjenige, der eine durch rechtskräftigen Spruch oder Befehl des dazu berechtigten Vorgesetzten zuerkannte Strafe erleiden soll, sich dem Vollzuge derselben mit thätiger Vergreifung an dem Vorgesetzten (oder Kommandanten der Exekution) widersetzt, so soll derselbe mit Rücksicht auf seine persönliche Eigenschaft (jenachdem er nämlich Soldat oder ein auf Satzungen verpflichtetes Individuum ist, und zwar Ersterer) nach Vorschrift des §. 147 oder (und zwar Letzterer) §. 157 bestraft werden⁶⁷).

§. 19. Vergleichende Bemerkungen.

Vergleicht man diese positiven Gesetze über den (einfachen und qualifizirten) Ungehorsam, so ergibt sich, dass

A) einfacher Ungehorsam und

⁶⁶) Aus der Verbindung der §§. 152 und 147 ergibt sich, dass im §. 147 von den streng militärischen Diensten die Rede ist. Auf die thätliche Widersetzung nach einer die Disziplin betreffenden Weisung ist weder der §. 147 noch der §. 152 anwendbar. S. oben S. 55, Anm. 59.

⁶⁷) Das österr. St. G. bestraft die im §. 262 angeführte thätige Widersetzung nicht als Verbrechen gegen die Subordinazion, sondern als Störung der Zucht und Ordnung, erkennt also den hier erwähnten Befehl nicht als Dienstbefehl an. (Vgl. Anm. 47 und den §. 153 des österr. M. St. G. B. in der Anm. 48. S. 44).

B) Verweigerung des Gehorsams unter gewissen Umständen nur im Kriege,

C) Drohungen nur, wenn sie als Versuch eines thätlichen Angriffes sich darstellen, auch im Frieden, und um so mehr

D) thätliche Angriffe an der Person des Vorgesetzten der Todesstrafe unterliegen.

Die mildesten Strafbestimmungen enthält im Allgemeinen das holsteinische und sächsische, die strengsten das österreichische und französische M. St. G. B. Letzteres stellt ganz zweckmässig die Thätlichkeiten im Dienste jener aus Anlass des Dienstes gleich (Art. 223).

Beim einfachen Ungehorsame entscheidet, wie bereits bemerkt worden ist, vor Allem die Wichtigkeit des Befehles und der aus dem Ungehorsame entstandene oder wenigstens leicht möglich gewesene Nachtheil (vergl. Anm. 70) über dessen Strafbarkeit. Dasselbe ist auch der Fall bei der einfachen Verweigerung des Gehorsams. Dieses führt uns dahin, für beide Arten der Nichtbefolgung des erhaltenen Befehls im Allgemeinen dieselbe Strafbestimmung auszusprechen.

Unter gewissen Umständen kann der einfache absichtliche⁶⁸⁾ Ungehorsam strafbarer sein, als die mündliche oder rechtzeitig (d. i. zur Zeit, wo aus der Nichtbefolgung noch kein Nachtheil erwachsen ist) eingebrachte schriftliche Verweigerung, denn im letzteren Falle kann nach Umständen der befehlende Vorgesetzte Anstalten treffen, um seinen Befehl in Vollzug zu bringen, im zweiten Falle gibt er sich der Meinung hin, dass seiner Anordnung werde Folge geleistet werden; geschieht es nun nicht, so kann er die aus der Unfolgsamkeit hervorgegangenen Nachtheile oft entweder gar nicht mehr oder nur zum Theile beseitigen.

Aus dem subjektiven Gesichtspunkte ist die Verweigerung des Gehorsams wegen der derselben zu Grunde liegenden Keckheit, aus dem objekt. Gesichtspunkte der einfache Ungehorsam

⁶⁸⁾ Aus objektiven Gründen kann auch der Ungehorsam aus blosser Sorglosigkeit sehr strafbar sein. Allein ich glaube, es sei zu hart, denselben mit dem Tode zu bestrafen. Die Ausführung wichtiger Befehle soll man nur erprobten Männern überlassen. Uebersieht man das, so trägt einen grossen Theil der Schuld an dem wegen Nichtbefolgung des Befehls entstandenen Nachtheile der Höhere durch die Ausserachtlassung der nothwendigen Sorgfalt bei Auswahl der Person, welcher der Vollzug des Befehls aufgetragen worden ist.

wegen der meistens vorhandenen Unmöglichkeit den üblen Folgen desselben vorzubeugen, strafbarer; sträflicher als die einfache Verweigerung wird aber jedenfalls der Ungehorsam dann sein, wenn der Ungehorsame schon beim Empfange des Befehls die Absicht hatte, denselben nicht zu befolgen, scheinbar aber, um den Vorgesetzten irre zu führen, den Befehl schweigend hinnahm, während eine offene Verweigerung des Gehorsams vielleicht ohne Nachtheil für den Dienst geblieben wäre.

Allein ungeachtet dessen glaube ich im Allgemeinen für denselben Strafsatz⁶⁹⁾, innerhalb dessen dann der Richter mit Rücksicht auf die Umstände die Strafdauer zu bestimmen hat, und für die Todesstrafe nur dann mich auszusprechen, wenn der absichtliche Ungehorsam oder die Verweigerung des Gehorsams im Kriege erfolgte, der Befehl ein wichtiger war und aus der Nichtbefolgung ein grosser Nachtheil für den Dienst entstanden ist oder hätte entstehen können und der letztere Umstand dem Verbrecher bei pflichtschuldiger Berücksichtigung der obwaltenden Verhältnisse einleuchten konnte⁷⁰⁾. Nur wenn der Ungehorsame selbst und noch rechtzeitig der Art sich verwendet hat, dass der nachtheilige Erfolg entweder ganz oder grösstentheils beseitigt worden ist, wäre aus Gründen der Strafrechtspolitik die Todesstrafe auszuschliessen.

Drohungen scheinen an sich die Anwendung der Todesstrafe selbst dann nicht zu rechtfertigen, wenn sie als thätige Drohungen durch Geberden sich darstellen, z. B. die Faust wird geballt, die Hand an den Griff des umgeschnallten Säbels

⁶⁹⁾ Die Verweigerung des Gehorsams kann nach dem preuss. St. G. im Kriege mit höchstens zwanzigjähriger, der Ungehorsame aber auch mit lebenslänglicher Freiheitsstrafe belegt werden (§§. 125 und 127).

⁷⁰⁾ Ich sage: „einleuchten konnte“, nicht, wie im preuss. G. B.: „zu besorgen war“. Erfolge, welche einem Verbrecher imputirt werden, sollen immer derartige sein, dass er bei einiger Aufmerksamkeit an deren Möglichkeit wenigstens denken konnte, was zu beweisen in den meisten Fällen nicht schwer sein dürfte. Die allenfallsige Einwendung, dass der mögliche nachtheilige Erfolg hier in Bezug auf die Strafe dem wirklichen Eintritte im Allgemeinen gleichgestellt wird, dürfte durch die Erwägung sich beheben, dass ersterer oft nur durch Zufall, Energie oder Geistesgegenwart des befehlenden Vorgesetzten u. s. w. paralysirt werden kann, was dem Ungehorsamen, der die Gefährlichkeit seines strafbaren Verhaltens vorausgesehen hat, oder bei pflichtmässiger Aufmerksamkeit vorhersehen musste, und gleichgiltig im Ungehorsame verharrte, nicht zu Gute kommen soll.

gelegt; letztere werden jedoch eine Verschärfung der sonst die einfache Verweigerung zu treffen habende Freiheitsstrafe zur Folge haben. In jenen Fällen, wo schon bei der Verweigerung die Todesstrafe eintritt, wird man um so mehr für dieselbe dann sich aussprechen, wenn damit noch Drohungen verbunden sind.

Hinsichtlich des thätigen Angriffes an der Person des Vorgesetzten⁷¹⁾ und des demselben zunächst kommenden Versuches habe ich mich bereits bei der Subordinationsverletzung der Ausserachtlassung der schuldigen Ehrerbietung über die Fälle ausgesprochen, in welchen die Todesstrafe zu verhängen wäre (§. 14). Da hier noch der Umstand hinzukommt, dass der gegebene Befehl nicht befolgt wird, so muss um so mehr den Ungehorsamen, der noch soweit geht, dass er sich an seinem Vorgesetzten thätig vergreift oder zu vergreifen versucht, in den im §. 14 bezeichneten Fällen die Todesstrafe treffen und zwar in Friedenszeiten selbst dann, wenn der Dienstbefehl von Wichtigkeit gewesen, dies dem Untergebenen bekannt war oder aus den Umständen einleuchten konnte, obgleich die Thätlichkeit nicht vor versammelter Truppe, ohne Waffen und ohne körperliche Verletzung des Vorgesetzten begangen worden ist.

Thätlichkeiten aus Anlass eines das ausserdienstliche Verhalten des Untergebenen betreffenden Befehles dürften nur dann mit dem Tode zu bestrafen sein, wenn die Thätlichkeit unter solchen Umständen verübt worden ist, dass nach dem im §. 14 Angeführten diese Strafe zu verhängen wäre, weil derlei Subordinationsverletzungen doch auf den militärischen Dienst nicht jenen schädlichen Einfluss haben, als wenn ein eigentlicher Dienstbefehl Anlass dazu gegeben hat.

Je schneller auf das Verbrechen die Strafe folgt, desto schneller wirken die Strafgesetze. Daher ist nach dem Beispiele des österr. M. St. G. B. §. 147⁷²⁾ das ausserordentliche

⁷¹⁾ Das Verhältniss des Niederen zum Höheren kommt bei der Subordinationsverletzung durch Nichtbefolgung des Befehles nicht vor, weil auch der Höhere, sobald er dem Niederen einen von diesem zu beobachtenden Befehl gibt, zu letzterem in das Vorgesetzten-Verhältniss tritt.

⁷²⁾ Ist aber, heisst es weiter im §. 147, die Widersetzung in Reih und Glied oder vor einer versammelten Truppe unter solchen Umständen geschehen, dass auf die Gemüther der Anwesenden ein dem Dienste nachtheiliger Eindruck zu besorgen war, so hat die standrechtliche Behandlung des Verbrechers einzutreten.

Verfahren durch Standrecht in allen jenen Fällen angezeigt, wo das Verbrechen vor den Augen der versammelten Mannschaft geschah. Es wird durch ein solches Verfahren die Autorität der Vorgesetzten und deren Befehle bei den Untergebenen nicht bloß gehoben, sondern wenn in anderen Personen die Neigung zu einem ähnlichen strafbaren Benehmen vorhanden sein sollte, diese meistens im Keime erstickt und so dem Umsichgreifen dieser schweren Subordinationsverletzung wirksam vorgebeugt.

§. 20. Untersuchung der Fragen: ob der Untergebene jeden Befehl des Vorgesetzten zu befolgen habe und wer den Vollzug verantworte?

Zwei Fragen sind es noch, die wir hier behandeln müssen:

Die erste ist: Hat der Untergebene jeden Befehl des Vorgesetzten zu befolgen?

Zur richtigen Lösung der Beantwortung dieser Frage ist vor Allem zwischen Befehlen in Privatangelegenheiten des Vorgesetzten und im Dienste zu unterscheiden.

Da der Grund der Pflicht des Gehorsams des Untergebenen gegen den Vorgesetzten das Dienst- oder Standes-, der Grund der dem Höheren zu leistenden äusseren Achtungsbezeugung das Unterordnungs-Verhältniss ist, so folgt aus der Natur dieser Verhältnisse, dass der Soldat dem Vorgesetzten nur dann gehorchen müsse, wenn und in wie ferne das Dienst- oder Standes-Verhältniss letzteren zu einem Befehle berechtigt, was man von Privatbefehlen offenbar nicht sagen kann ⁷³⁾, dass aber der Untergebene selbst bei der Ablehnung der Befolgung des Auftrages die Pflicht der Ehrerbietung gegen den Vorgesetzten nicht bei Seite setzen dürfe, und dass jede Subordinationsverletzung, welche aus Anlass eines solchen Befehles vom

⁷³⁾ Nach dem österr. D. R. besteht die Subordinazion in dem unbedingten Gehorsame, den ein jeder Geringere dem Höhern stufenweise und mit Ehrerbietung zum Besten des Dienstes zu leisten schuldig ist. Das sächs. M. St. G. B. spricht nur von solchen Befehlen, zu welchen der Obere dienstgemäss berechtigt war (§. 131); das hannov. St. G. bestraft sogar den Vorgesetzten, welcher den Befehl zu Handlungen gibt, die an sich zwar nicht unerlaubt sind, welche der Vorgesetzte aber vermöge des Dienstes zu befehlen kein Recht hat (§. 95). Vgl. dagegen den §. 138 des sächs. M. St. G. B.

Untergebenen gegen den Vorgesetzten begangen wird, nur mit Absehen von diesem Befehle, also nicht zugleich als Ungehorsam, behandelt werden könne.

Dabei muss aber bemerkt werden, dass, wenn der Vorgesetzte seinen Willen ausdrücklich als Dienstbefehl erklärt, der Untergebene die Verantwortlichkeit des Ungehorsams auf sich nehme, und wenn er sohin wegen Ungehorsam zur Verantwortung gezogen wird, sich nicht damit entschuldigen könne, dass er in dem Befehle einen Dienstbefehl nicht erkannt habe, sondern er hat, da man ihm das Recht unmöglich einräumen kann, in derlei Fällen nach seiner Ansicht beliebig gehorsam zu sein oder nicht, in der Regel zu gehorchen und wird nur dann der Strafe des Ungehorsams nicht unterzogen werden können, wenn der Befehl, dem er als einem vermeintlichen Privatbefehle keine Folge geleistet hat, wirklich als solcher sich darstellt.

Hat er aber aus Anlass eines solchen Befehles die Subordination gegen den Höhern durch irgend eine Beleidigung desselben verletzt, so bleibt er deswegen strafbar, weil man einerseits dem Höhern doch nicht verbieten kann, dem Untergebenen auch in Privatangelegenheiten einen Befehl zu geben, nur darf eine Privatsache nicht als Dienstsache zum Vollzuge aufgetragen werden, und andererseits es nicht zulässig ist, dem Untergebenen das Befugniss einzuräumen, gegen den Höhern im Falle eines solchen Befehls achtungsverletzend sich zu betragen, da jeder Vorgesetzte Grund hat zu glauben, auch in seinen Privatangelegenheiten auf Dienstleistungen der Untergebenen innerhalb gewisser Grenzen rechnen zu können ⁷⁴⁾.

⁷⁴⁾ Das eine Extrem ist, dem Vorgesetzten zu verbieten, Privatsachen dem Untergebenen aufzutragen, das andere den Untergebenen zu strafen, wenn er einen in Privatangelegenheiten ertheilten Befehl, den er als solchen erkannte und der auch in der Untersuchung als solcher sich darstellte, nicht befolgt. Die Wahrheit dürfte in der im Texte angegebenen, beide Grundsätze vermittelnden Ansicht liegen. — Da das preuss. M. St. G. B. nur vom Ungehorsame gegen Dienstbefehle spricht, so kann ich mit Fleck's Ansicht (a. a. O. S. 141, 147 u. 148) mich nicht vereinigen, welche den Untergebenen bestraft wissen will, der einem solchen Befehle nicht gehorcht. Aus §. 129 des preuss. G. B. dürfte diese Behauptung sich nicht ergeben, und zu welchen Inconvenienzen führt sie, wenn man sie weiter verfolgt! — Mehr nähert sich meiner im Texte aufgestellten Meinung H. J. K. (Mil.-Gesetzkodex für das preuss. Heer. Frankfurt 1854), indem er beim §. 126 bemerkt: Wie die

Die Dienstbefehle, welche der Vorgesetzte dem Untergebenen erteilt, sind entweder

a) übereinstimmend mit den gegebenen militärischen Anordnungen überhaupt oder den von Höheren erteilten Befehlen insbesondere oder

b) sie widersprechen denselben, oder

c) sie passen nicht mehr auf die Verhältnisse, unter denen sie in Vollzug zu setzen sind, oder

d) der Inhalt derselben ist eine in den Strafgesetzen verbotene oder sonst unsittliche Handlung.

Zu a) ist wohl kein Zweifel, dass der Untergebene dem Dienstbefehle gehorchen müsse.

Zu b) kann es zweifelhaft sein, ob der Untergebene dem Befehle eines Höhern zu folgen habe, wenn

1. dieser Befehl mit jenem seines unmittelbar Vorgesetzten im Widerspruch steht, oder

2. bestehenden allgemeinen Anordnungen widerstreitet.

Für beide Fälle dürfte die Regel aufzustellen sein, dass der Untergebene dem Dienstbefehle des Vorgesetzten folgen müsse, wenn der letztere nach der Dienstesordnung zur Ertheilung desselben berechtigt ist. — Ob in einem gegebenen Falle diese Voraussetzung eintrete, muss aus den Dienstverhältnissen sich ergeben⁷⁵⁾.

Findet der Untergebene, dass der Befehl eines Höhern als jenes Vorgesetzten, der ihm bereits einen Auftrag gegeben hat, dem Auftrage des Letzteren oder den Dienstesvorschriften

Widersetzung gegen einen Befehl des Vorgesetzten, der in keiner Beziehung zum Dienste steht, bestraft werden soll, ist zwar nirgends ausdrücklich bestimmt, wenn es aber die Disziplin im Heere untergraben würde, wenn man dem Untergebenen gestatten wollte, dem Vorgesetzten den Gehorsam zu verweigern, insofern er der Meinung ist, dass ein ihm erteilter Befehl in keiner Beziehung zum Dienste steht, so wird auch eine solche Widersetzung als ein Verbrechen gegen die Subordinazion zu ahnden und darin nur ein Milderungsgrund bei Zumessung der verwirkten Strafe zu finden sein.

⁷⁵⁾ Nach dem österr. D. R. II. Th. S. 37 darf eine Schildwache von Niemanden, als ihrem Wachkommandanten und Aufführer Befehle annehmen und nach §. 158 lit. c. des M. St. G. B. kann die Nichtbefolgung eines Befehls dem Untergebenen als Subordinazionsverletzung nicht zugerechnet werden, wenn der Befehl von einem zwar Höhern, der jedoch nach der Dienstesvorschrift dazu nicht ermächtigt war, gegeben worden ist.

überhaupt entgegen ist, so hat er, insoferne die Dienstordnung nicht etwas Anderes verfügt, dem Höhern mit angemessener Ehrerbietung die geeigneten Vorstellungen zu machen, falls diese aber fruchtlos sind, so muss er dem Höhern gehorchen, es ist jedoch der Vorgesetzte, welcher den früheren Befehl gab, von der Abänderung in Kenntniss zu setzen. Ob das Letztere vom Untergebenen oder dem Höhern zu geschehen habe, ist ebenfalls in den Dienstesvorschriften zu bestimmen.

Zu c). Es können, besonders im Kriege Umstände eintreten, in denen die buchstäbliche Befolgung eines Befehles für den Dienst offenbar nachtheilig wäre. Es wäre wohl widersinnig, für solche Fälle zu behaupten, dass der Untergebene den Befehl unbedingt vollziehen müsse, wohl aber ist Grund, nicht blos die entgegengesetzte Behauptung aufzustellen, sondern den Untergebenen selbst für sträflich zu erklären, wenn er den für nachtheilig erkannten Befehl in Ausführung bringen würde. Dabei versteht sich jedoch, dass 1. der Untergebene jede Abänderung dem befehlenden Vorgesetzten unverzüglich anzuzeigen habe und 2. derselbe für jede Abänderung des Befehles verantwortlich bleibe, wenn er z. B. voreilig denselben abgeändert hat, ihm also ein Verschulden zur Last gelegt werden kann (Vgl. §. 158 lit. d. des österr. St. G. und meinen Kommentar S. 142; §. 80 lit. a und 15. des hannov., §. 168 des sächs. und Art. 99 des tosk. M. St. G. B.).

Zu d). Dieser Fall fällt mit der Frage zusammen, die wir hier als zweite zu stellen und zu untersuchen haben, nämlich:

Ist der Untergebene für den Vollzug des ihm gegebenen Dienstbefehles verantwortlich, wenn derselbe eine sträfliche Handlung (oder Unterlassung) zum Gegenstande hat?

Das hannov. G. B. verfügt in dieser Beziehung: der vom Vorgesetzten in Bezug auf den Dienst zu einer strafbaren Handlung gegebene Befehl macht den Untergebenen straflos, welcher die Handlung begeht. Davon ausgenommen sind jedoch: die Verbrechen des Hochverrathes, der Verrätherei, des Aufruhrs, der Deserzion und der verletzten Dienstreue bei Listen, Rapports, Bescheinigungen und Zeugnissen, indem der Untergebene einem zu solchen Handlungen ertheilten Befehle,

ohne in die Strafe des Gesetzes zu verfallen, unter keinen Umständen Folge leisten darf⁷⁶⁾).

Das preuss. St. G. B. lautet: Wird durch die Ausführung eines Befehls in Dienstsachen ein Strafgesetz verletzt, so ist dafür der befehlende Vorgesetzte in der Regel allein verantwortlich, es trifft aber den Untergebenen die Strafe des Theilnehmers:

1. wenn er den ihm ertheilten Befehl überschritten hat, oder
2. wenn ihm bekannt gewesen, dass der Befehl des Vorgesetzten eine Handlung betraf, welche offenbar ein Verbrechen bezweckte (§. 71).

Aehnlich lautet der §. 55 des holst. G. B. und es findet sich ausserdem in noch mehreren M. St. G. B. der Grundsatz der alleinigen Verantwortlichkeit des Vorgesetzten für den von ihm dem Untergebenen ertheilten Dienstbefehl ausgesprochen. Das toskanische, sächsische und französische M. St. G. B. enthalten in dieser Beziehung keine Verfügung. Vgl. Art. 232 sard. St. G.

Ganz entgegengesetzt finden wir im §. 8 des österr. M. St. G. B. folgende Anordnung: Der Befehl eines Vorgesetzten entschuldigt nicht von der Zurechnung eines Verbrechens oder Vergehens, wenn nicht das Gesetz eine Ausnahme enthält. Weiter bestimmt der §. 158: Die Nichtbefolgung eines Befehles kann dem Untergebenen als Subordinationsverletzung nicht zugerechnet werden, wenn a) der Befehl dem Dienste oder der dem Landesfürsten schuldigen Treue offenbar zuwider ist; b) wenn der Befehl eine Handlung oder Unterlassung zum

⁷⁶⁾ Aehnlich ist das hess. M. St. G. B. Art. 29, zählt aber nur beispielsweise als Ausnahmen auf: Verrath, Deserzion und Uebergang zum Feinde. — Erwähnt müssen hier noch werden die §§. 16, 95 u. 100 des hannov. G. B. des Inhaltes: §. 16. Auch die Genehmigung des Vorgesetzten zu einer unerlaubten Handlung schliesst in gleichem Masse, wie der Befehl die Strafbarkeit des Untergebenen aus, wenn die unerlaubte Handlung zu den reinen Militärvergehen gehört, zugleich die Genehmigung ausdrücklich vor der Ausführung und im Wege der Dienstauctorität ertheilt war. §. 95. Wer unerlaubte Handlungen befiehlt, wird nicht allein als Urheber des auf seinen Befehl verübten Vergehens bestraft, sondern die gesetzliche Strafe noch um die Hälfte wegen begangenen Missbrauches der Dienstgewalt verschärft. §. 100. Wenn Vorgesetzte zu Vergehen ihrer Untergebenen Erlaubniss ertheilen, werden sie so bestraft, als hätten sie selbst das Vergehen begangen.

Gegenstände hat, in welcher offenbar ein Verbrechen oder Vergehen zu erkennen ist.

Welcher Grundsatz ist wohl der richtigste?

Alle Dienstesvorschriften für den Kriegerstand verordnen, dass der Untergebene den Dienstesbefehlen seines Vorgesetzten unbedingt folgen müsse. Ist der hier ausgesprochene aus der militärischen Unterwürfigkeit nothwendig hervorgehende Grundsatz anerkannt⁷⁷⁾, und gestattet man wohl dem Untergebenen gegen einen ihm zugekommenen Befehl des Vorgesetzten unter gewissen Beschränkungen ehrerbietige Vorstellungen, verpflichtet ihn aber dennoch dem Befehle zu gehorchen, wenn der Vorgesetzte diese Vorstellungen entweder als unhaltbar erklärt oder sie gar nicht anhört, so folgt mit eiserner Konsequenz, dass man den Untergebenen, der gehorchen muss, dafür nicht verantwortlich machen kann; die Verantwortlichkeit daher nur den befehlenden Vorgesetzten zu treffen habe.

Die Pflicht zum unbedingten Gehorsame scheint aber einer Ausnahme für den Fall unterliegen zu sollen, wenn das, was befohlen wird, eine unerlaubte Handlung oder Unterlassung (Verbrechen, Vergehen, Unsittlichkeit) ist und der Untergebene dies erkannt hat, weil es kein Recht geben kann, eine strafbare Handlung zu befehlen und daher auch keine Pflicht, den Befehl in Vollzug zu setzen.

Drei gesetzliche Dispositionen sind in diesem Falle der Kollision mit der Pflicht des Gehorsams möglich.

1. Man verpflichtet den Untergebenen auch in diesem Falle zu gehorchen, stellt also die Pflicht zum unbedingten Gehorsame als eine ausnahmslose hin.

2. Man bestraft den Untergebenen, wenn er dem Dienstbefehle zu einer von ihm als strafbar erkannten Handlung gefolgt hat.

3. Man entbindet ihn von der Pflicht des Gehorsams, wenn nach seiner Einsicht der Dienstbefehl eine strafbare Handlung enthält, bestraft ihn aber auch nicht wegen Befolgung des Befehles.

Jede dieser Verfügungen hat Gründe für und gegen sich. Die erste schneidet jedes Nachgrübeln des Untergebenen, jede Verzögerung in der Ausführung des Befehls ab und

⁷⁷⁾ Dieser Grundsatz findet sich auch im österr. D. R. S. Anm. 48.

benimmt dem Untergebenen jedes zweifelhafte Bedenken und Wanken, denn er weiss, er muss folgen und die Verantwortlichkeit fällt auf den Vorgesetzten allein, wenn er einen Befehl zu einer strafbaren Handlung gegeben hat. Es wären auch die grössten Nachtheile zu besorgen, wenn man besonders in Reih und Glied, oder bei militärischen Operationen im Kriege dem Untergebenen die Untersuchung der Frage, ob in der Befolgung des Befehles nicht etwa eine strafbare Handlung liege, gestatten und sonach die Befolgung von seiner Ansicht hierüber abhängig machen würde. Oft kann ein Befehl unter solchen Umständen gegeben werden, dass dessen Ausführung dem Untergebenen offenbar als eine verbrecherische Handlung erscheint und zwar blos deshalb, weil er die Gründe zum Befehle nicht kennt. Kann er die Befolgung verweigern, so treten jene Nachtheile ein, welche der Vorgesetzte verhüten wollte, oder es entgehen jene Vortheile, die zu erringen das Bestreben desselben war. Die Ursachen und Gründe des Befehles kann der Höhere dem Niedern nicht immer mittheilen, und wenn dies in einzelnen Fällen auch an den unmittelbar untergeordneten Kommandanten geschieht, so ist es doch nicht an die ferne stehenden Untergebenen thunlich.

Andrerseits lässt sich aber gegen eine solche Anordnung wieder einwenden, dass hiedurch dem Vorgesetzten eine bedeutende Macht eingeräumt wird, die Macht nämlich, mit Hilfe seiner Untergebenen die schwersten Verbrechen zu begehen, wovon er nicht immer durch die ihn nach dem Gesetze treffende Verantwortlichkeit und insbesondere dann nicht abgehalten wird, wenn er auf was immer für eine Art derselben sich entziehen zu können Hoffnung hat. Während also durch die Pflicht des unbedingten Gehorsams im Dienste einerseits der Soldat aus jeder Verlegenheit in seinen Handlungen gerissen wird, droht dabei andererseits dem Staate und der Armee oder Privaten die Gefahr, dass die dem Militär-Vorgesetzten anvertraute Macht zu deren oft grösstem Nachtheile missbraucht werde.

Die zweite Anordnung würde, so wie sie dasteht, zur gänzlichen Auflösung der Disziplin führen. Wenn der Soldat besorgt, dass er für die Befolgung des Befehles, in welchem er eine strafbare Handlung erblickt, bestraft wird, so wird er dem Befehle nicht gehorchen, und mit welchem Rechte könnte man ihn dazu zwingen? Wenn man auch bestimmen wollte,

dass der Vorgesetzte bei einem Zweifel den Untergebenen über die Lauterkeit des Befehles zu belehren habe — was als Regel offenbar unstatthaft ist —, so bleibt noch immer die Frage übrig: Wenn aber der Untergebene hiedurch von der Nichtstrafbarkeit der befohlenen Handlung nicht überzeugt wird? Durch die zweite Anordnung wäre wohl die früher geschilderte Gefahr, welche aus der Befolgung eines derlei Befehles hervorgeht, beseitigt; allein die Armee in ihrer Kraft und Wirksamkeit gehemmt, und somit eine andere und gewiss nicht minder grosse Gefahr hervorgebracht.

Durch die dritte Verfügung entfielen wohl die Besorgnisse, dass der Untergebene zur Begehung einer offenbar strafbaren Handlung durch einen Befehl veranlasst werden könnte, auch würde hiedurch das Prinzip des Gehorsams gewahrt, denn der Mann würde im Zweifel um so eher folgen, als er deswegen eine Strafe nicht zu befürchten hat. Allein dagegen muss bemerkt werden, dass, wie bereits erwähnt wurde, viele Fälle sich denken lassen, wo eine Handlung an sich betrachtet, als eine strafbare erscheine, sie es aber nicht unter jenen Umständen sei, unter denen sie vollbracht wird, welche aber dem Untergebenen unbekannt sind, es daher nicht angehe, die Befolgung oder Nichtbefolgung des Befehles bloss dem Ermessen oder der Einsicht desselben zu überlassen, und dass es sehr bedenklich wäre, den Untergebenen bei Ausführung eines Befehles, dessen Strafbarkeit er erkannt hat, unbedingt straflos zu lassen.

Das Prinzip des unbedingten Gehorsams ausnahmslos hingestellt, erzeugt Gefahr; die Befolgung des Befehles unter der Voraussetzung, dass der Inhalt desselben eine objektiv strafbare Handlung ist, von dem Ermessen des Untergebenen abhängig zu machen ist ebenfalls gefährlich; den Untergebenen aber zur Verantwortung zu ziehen, welcher einen Befehl nicht befolgt hat, dessen Inhalt nach seiner Meinung eine strafbare Handlung ist, wenn diese Meinung als eine unrichtige sich darstellt, oder welcher einen Befehl befolgt, der nach seinem Dafürhalten eine strafbare Handlung nicht zum Gegenstande hat, dieses Dafürhalten aber irrig war, ihn also in diesen beiden Fällen, weil er zur richtigen Einsicht über die Beschaffenheit des Befehles nicht gelangte, sich mithin in einem Irrthume befand, zu bestrafen, erscheint mir nach den Grundsätzen der

Strafrechtswissenschaft nicht gerechtfertigt, indem dabei der Untergebene unter gewissen ihm aber nicht hinlänglich bekannt gewordenen Voraussetzungen immer in Besorgniss stehen muss bestraft zu werden, ein Mal, wenn er den Befehl befolgt, das andere Mal, wenn er ihn nicht befolgt.

Wenn man sagt: — Nur dann, wenn die Befehle klar und offenbar gegen den Dienst oder die Wohlfahrt des Staates gerichtet wären, darf der Untergebene, nachdem er alle Umstände wohl erwogen und eine vollkommene Ueberzeugung erhalten hat, nicht gehorchen, — so wird die Unsicherheit der Lage des Untergebenen dadurch noch nicht gänzlich beseitigt, denn ihm werden nicht immer alle Umstände bekannt; nicht selten wird der Zweifel entstehen, ob seine Ueberzeugung, welche ihm als eine vollkommene, auf die unzweideutigste Weise begründete vorkommt, auch von Andern als solche werde beurtheilt werden. Es hat daher die Ansicht Brauer's, wornach der Grundsatz des unbedingten Gehorsams ausnahmslos anzuerkennen und für den so seltenen Fall einer Verleitung von Untergebenen zur Untreue durch ihre eigenen Vorgesetzten dem gesunden Takte der Mannschaft und der Gewalt der Umstände zu vertrauen wäre, Vieles für sich⁷⁸⁾.

In der Praxis, das weiss Jeder, kommt diese Frage selten in Anwendung.

Wenn der Vorgesetzte z. B. die Arretirung eines Mannes dienstlich befiehlt, welcher das ihm zur Last gelegte Vergehen ganz gewiss nicht begangen hat, so wird nicht leicht der mit der Arretirung beauftragte Untergebene den Vollzug verweigern, wenn er auch die Ueberzeugung haben sollte, dass der zu Arretirende schuldlos sei und der Vorgesetzte im gegebenen Falle eines Missbrauches seiner Dienstgewalt sich schuldig mache. Eben so wird nicht leicht ein M. Gericht den gehorsamen Untergebenen wegen der vollzogenen Arretirung zur Strafe verurtheilen.

⁷⁸⁾ S. dessen Abhandlung: Der dienstliche Befehl als Grund der Straflosigkeit im Gerichtssaal J. 1856 I. Bd. S. 381. Für B. Ansicht lässt sich auch anführen, dass man denn doch im Allgemeinen als Vermuthung gelten lassen müsse, dass Militär-Vorgesetzte nichts Gesetzwidriges befehlen werden und dass die Fälle, in denen der Befehl unverzüglich in Ausführung zu bringen ist, und wo allein nur die oben bemerkte Gefahr im Falle des Gehorchens eintreten kann, weil sonst der Untergebene Mittel genug hat den Vollzug des Befehles zu hindern, zu den seltenen gehören.

Die hier behandelte Frage kann mehr im Verhältnisse eines Kommandanten zu den ihm untergeordneten Abtheilungskommandanten vorkommen, denen auch die Einsicht in die Umstände und Veranlassungen zum Befehle meistens bekannt sind. Erkennen sie eine Handlung als strafbar und haben sie den Vorsatz diese als strafbar erkannte Handlung zu vollbringen, dann sind sie der That mitschuldig, nicht aber auch dann, wenn sie beim Vollzuge des Befehles nichts, als nur den Vollzug selbst vor Augen haben und gar nicht daran denken, dass sie eine strafbare Handlung verüben.

Nach meiner Ansicht scheint es das Zweckmässigste zu sein, im Strafgesetze weder über die Pflicht des unbedingten Gehorsams, noch über die Frage, wen die Verantwortung treffe, falls der Befehl, welcher eine strafbare Handlung oder Unterlassung zum Gegenstande hat, vollzogen wird, eine Verfügung zu treffen, sondern die entsprechende Bestimmung blos in die Dienstesvorschriften als Belehrung aufzunehmen und es den Kriegsgerichten zu überlassen, zu entscheiden, ob im gegebenen Falle der Untergebene wegen Befolgung des Befehles verantwortlich sei oder nicht.

Die Entscheidung wird in allen Fällen, wenn man sich dabei an die Grundsätze hält, welche über die Zurechnung einer Handlung oder Unterlassung als Verbrechen oder Vergehen in den Strafgesetzen enthalten sind, nicht schwierig sein.

Will man aber den Grundsatz des unbedingten Gehorsams im M. St. G. B. aufstellen, so muss man für die Befolgung des Befehls den Vorgesetzten allein verantwortlich machen und man kann den Untergebenen nur dann für strafbar erklären, wenn er nach der Imputationslehre strafbar ist ⁷⁹⁾.

⁷⁹⁾ Wenn man Ausnahmen in der Befolgung des Befehls festsetzt, so ist es offenbar angemessener, wie im österr. M. St. G. B., dieselben auf alle strafbaren Handlungen auszudehnen, statt sie nur auf einzelne Verbrechen einzuschränken, denn es ist ja kein Grund vorhanden, bei anderen Verbrechen den Untergebenen unter der gleichen Voraussetzung, wo jene Verbrechen ihm zugerechnet werden, straflos zu lassen. — Das österr. M. St. G. B. sagt zwar im §. 158: Die Nichtbefolgung eines Befehles kann dem Untergebenen nicht zur Strafe zugerechnet werden, wenn u. s. w. (s. oben S. 70); allein daraus folgt nicht, dass der Untergebene straflos ist, wenn er dem als verbrecherisch erkannten Befehle gehorcht. Es wäre eine solche Folgerung gegen die allgemeinen strafrechtlichen Grundsätze über die Zurechnung abgesehen davon, dass das österr. D. R. I. Th. §. 2 ausdrücklich verfügt: Nur dann

§. 21. Kurze Zusammenstellung der Grundsätze über die Subordinationsverletzung.

Die Subordinazion wird verletzt:

1. durch Injurien, welche bis zur Thätlichkeit an Vorgesetzten (Höthern) mit oder ohne Verwundung sich steigern;
2. durch Ungehorsam gegen Befehle, welche den Dienst oder das standesmässige Verhalten des Niedern betreffen.

Vorgesetzter im engeren Sinne ist jener, der mit dem Untergebenen in derselben kleineren (z. B. Kompagnie) oder grösseren (z. B. Regiment, Armeekorps im Kriege) Truppenabtheilung dient und einen höhern Dienstgrad als dieser einnimmt.

In anderen Fällen heisst der Erste der Höhere, der Zweite der Niedere, doch tritt der Höhere zum Niederen dann in das Vorgesetzten-Verhältniss und hat die Rechte eines Vorgesetzten (Vorgesetzter im weiteren Sinne), sobald er dem Niedern einen auf die Standespflicht sich beziehenden Befehl gegeben hat.

Dienst sind alle Verrichtungen, welche dem Soldaten in seiner Eigenschaft nach den erlassenen Vorschriften obliegen.

wenn die Befehle offenbar gegen den Dienst — — — gerichtet sind, darf der Untergebene, nachdem er alle Umstände wohl erwogen und eine vollkommene Ueberzeugung geschöpft hat, nicht gehorchen. Obschon in der gewöhnlichen Umgangssprache das „Dürfen“ mit „Können“ gleichbedeutend genommen wird, so ist es doch gewiss hier nicht der Fall. — Ich theile übrigens die Ansicht Brauer's (Gerichtshalle J. 1857 No. 3 u. 4) und sie findet sich auch ausgesprochen in meinem Commentare zum §. 8 des österr. M. St. G. B., dass der Soldat straflos ist, wenn er im Zweifel, ob der Dienstbefehl ein Verbrechen involvire, ihn befolgt; ich kann aber mit Rücksicht auf die österr. Gesetze der Behauptung mich nicht anschliessen, dass die Straflosigkeit auch dann eintreten soll, wenn der Untergebene erwiesener Massen die Ueberzeugung hatte, dass beim Vollzuge des Befehles es sich um die Verübung eines Verbrechens handle. Vgl. auch die Zivil. St. G. B. würt. §. 403, hannov. §. 85, gr. hess. §. 40 und das neueste sächsische, welches im Art. 94 lautet: Der Befehl eines Vorgesetzten kommt dem Untergebenen insofern zu statten, dass er wegen einer in Gemässheit desselben vorgenommenen Handlung, auch wenn sie etwas Gesetzwidriges enthält, nicht bestraft werden kann, dafern der Vorgesetzte an und für sich zu der Anordnung dieser Handlung berechtigt war und die Gesetzwidrigkeit des Befehls nicht sofort in das Auge fiel.

Dienstbefehl ist der Auftrag des Vorgesetzten an den Untergebenen zur Erfüllung einer solchen Verrichtung.

Befehle des Vorgesetzten oder Höhern an den Untergebenen oder Niedern in Bezug auf die Standespflichten sind als Dienstbefehle anzusehen.

Die Strafe der Subordinationsverletzung der ersten Art richtet sich im Allgemeinen nach dem Grade der Injurie, jene der zweiten Art nach der Wichtigkeit des gegebenen Befehls. Im zweiten Falle steigert sich die Strafe nach dem Grade der dabei gegen den Vorgesetzten zugleich begangenen Injurie. Ausserdem hat die Gefahr, welche durch die eine oder andere Subordinationsverletzung auf den militärischen Dienst und die Disziplin hervorgebracht wird, einen bedeutenden Einfluss und weil eben diese Gefahr im Kriege den höchsten Punkt erreicht, ist insbesondere die Kriegszeit ein Straferhöhungsgrund.

Die Anwendung der Todesstrafe ist in allen Fällen gerechtfertigt, wo ein sehr hoher Grad der Gefahr für den Dienst oder die Disziplin vorhanden ist.

Die Entscheidung der Frage:

1. ob der Vorgesetzte allein den Vollzug des von ihm gegebenen Befehls zu verantworten habe, dann

2. ob die Nothwehr im Dienstverhältnisse des Untergebenen gegen den Vorgesetzten zulässig sei, ist nicht im Gesetze auszusprechen, sondern am zweckmässigsten in konkreten Fällen den Kriegsgerichten zu überlassen, weil im Allgemeinen eine bestimmte Grenze in beiden Fällen kaum sich feststellen lässt.

Als Grundsatz kann gelten: im ersten Falle, dass der Untergebene dann strafbar sei, wenn seine Handlungsweise subjektiv und objektiv unter den Begriff der Mitschuld (im vor. §.) gebracht werden kann; im zweiten Falle, dass bei einer absoluten Ueberschreitung der Grenze der Dienstgewalt die Nothwehr vollkommen gerechtfertigt ist⁸⁰⁾.

⁸⁰⁾ Ich will hier noch anführen, was über den hier behandelten Gegenstand in Friccius: Entwurf eines deutschen Kriegsrechtes, Berlin 1848, vorkommt.

§. 11. Der Untergebene ist nur für die richtige Vollziehung des erhaltenen Befehls verantwortlich. Die Verantwortlichkeit für die Folgen der Ausführung trägt allein der Vorgesetzte, welcher den Befehl gegeben hat.

§. 12. Die Pflicht des Gehorsams aber hört auf, wenn der Befehl mit der Treue gegen das Vaterland, und den klaren unveränderlichen Dienstpflichten

Fünfter Abschnitt.

**Meuterei — Aufstand — Aufruhr — Beleidigung
und Widersetzung gegen Militär-Wachen.**

§. 22. Uebersichtliche Darstellung dieses Abschnittes.

Alle Zivil-Strafgesetzbücher enthalten Bestimmungen über wörtliche und thätliche Beleidigungen der Beamten und anderer ihnen in dieser Beziehung gleichgehaltenen Personen, insbesondere der Zivil- und Militär-Wachen bei Ausübung ihres Dienstes oder in Beziehung auf denselben, ferner über Auflauf, Aufwiegelung, Aufstand und Aufruhr.

Das österr. Z. St. G. B. behandelt die wörtlichen und thätlichen Beleidigungen der erwähnten Personen und Wachen, wenn sie in Vollziehung eines obrigkeitlichen Auftrages oder in Ausübung ihres Amtes oder Dienstes begriffen

in offenbarem Widerspruch steht. Der Untergebene muss in solchem Falle den Gehorsam verweigern und den Vorfall der höhern vorgesetzten Behörde sofort melden.

§. 16. Als seinen Vorgesetzten muss Jeder Denjenigen ansehen, welcher in seiner Truppenabtheilung, sie mag geschlossen und bleibend oder aus mehreren Truppentheilen einstweilen zusammengesetzt sein, einen höheren Dienstgrad als er bekleidet, sowie alle die, deren Befehlen seine Truppenabtheilung und seine unmittelbaren Vorgesetzten untergeordnet sind.

§. 19. Ein Dienstbefehl, welcher unter den Waffen gegeben wird, muss sofort ohne Widerrede genau und wörtlich vollzogen werden. Wenn aber die Befolgung eines Befehls noch eine Frist gestattet und keine Gefahr im Verzuge ist, so darf der Untergebene, im Fall er glaubt, dass der Befehl nicht mit den Dienstgesetzen übereinstimmt, oder demselben ein Irrthum zum Grunde liege, oder sehr gefährliche Folgen haben könne, bescheidene und geziemende Vorstellungen dagegen machen. Entscheidet aber der Vorgesetzte, dass es bei dem Befehle bleiben soll, so muss der Untergebene ohne weitere Widerrede gehorchen.

§. 20. Von dem Ermessen des Vorgesetzten hängt es ab, ob er dem Untergebenen die Gründe und Ursachen des Befehls mittheilen wolle. Der Untergebene ist aber nicht befugt, die Mittheilung zu verlangen.

§. 24. Der Untergebene darf selbst, wenn er glaubt, von seinem Vorgesetzten widerrechtlich und beleidigend behandelt zu werden, so lange er sich in Ausübung des Dienstes befindet, sich weder beleidigt zeigen, noch sich verantworten, sondern erst nach geendigtem Dienste ist es ihm erlaubt, seine Beschwerden anzubringen.

sind, als Vergehen gegen die öffentlichen Anstalten (§. 312)⁸¹⁾; die Widersetzung gegen dieselben unter dem bezeichneten Verhältnisse, wenn sie von Jemanden für sich, oder von Mehreren, jedoch ohne Zusammenrottung geschieht, begründet das Verbrechen der öffentlichen Gewalt (§. 81)⁸²⁾; die Zusammenrottung Mehrerer, um denselben mit Gewalt Widerstand zu leisten, heisst Aufstand (§. 68), und wenn die aus was immer für einer Veranlassung entstandene Zusammenrottung durch die Widerspänstigkeit gegen die von der Behörde vorausgegangene Abmahnung und durch die Vereinigung wirklich gewaltsamer Mittel so weit kommt, dass zur Herstellung der Ruhe und Ordnung eine ausserordentliche Gewalt angewendet werden muss, so ist Aufruhr vorhanden, und jeder desselben schuldig, der an einer solchen Rottirung Theil nimmt (§. 73)⁸³⁾.

Des Auflaufes macht nach dem österr. St. G. B. sich schuldig: 1. wer gegen die mehrerwähnten Personen unter obigem Verhältnisse zur Mithilfe oder Widersetzung auffordert (§. 279), oder 2. wer dieser Aufforderung folgend, dem Aufforderer sich zugesellt (§. 280), oder 3. wer bei einem aus jeder andern Ursache, als wodurch die Zusammenrottung zum Verbrechen wird, veranlassten Aufruhr dem Beamten oder der Wache, wenn diese die Menge auseinander gehen heissen, nicht Folge leistet (§. 283)⁸⁴⁾. Siehe auch §. 281.

⁸¹⁾ Vergleiche §. 102 preuss., Art. 143 und 144 hannov., Art. 187 hess., Art. 22 und ff. franz. Z. St. G. B. u. s. w.

⁸²⁾ Die (nach meiner Ansicht richtige) Bezeichnung „öffentliche Gewalt“ findet sich in keinem andern St. G. B. (vergl. bad. §. 618, sächs. Art. 142, preuss. §. 89; mit dem letzteren sind mehrere andere ähnlich). Nach dem franz. St. G. B. wird jeder Angriff, jeder Widerstand mit Gewalt und Thätlichkeiten gegen Beamte und andere im Art. 209 aufgezählte Personen unter den oben angeführten Verhältnissen Rebellion genannt, welche, je nachdem selbe eine, zwei oder mehrere Personen ohne oder mit Waffen verüben, als Vergehen oder Verbrechen bestraft wird (s. Art. 210 u. ff.)

⁸³⁾ Was in Oesterreich Aufstand, heisst in anderen Staaten Aufruhr, und jener Umstand, der in Oesterreich den Aufstand in Aufruhr verwandelt, bildet dort nur einen Strafverschärfungsgrund (vergleiche sächs. St. G. B. Art. 149, bad. §. 622, weimar. Art. 111). In Würtemberg gehört zum Aufruhr eine Zusammenrottung von wenigstens 10 Personen über 16 Jahre. Vergl. auch Art. 214 des franz. St. G. B.

⁸⁴⁾ Vergleiche preuss. St. G. B. §. 92, hannov. Art. 161, franz. Art. 217 u. s. w. Nach dem sächs. Art. 147 ist Auflauf jeder öffentliche

Aufwiegler nennt das österr. St. G. B. Jenen, der öffentlich oder vor mehreren Leuten, oder in Druckwerken, verbreiteten bildlichen Darstellungen oder Schriften durch Schmähungen, Verspottungen, unwahre Angaben oder Entstellungen von Thatsachen und Anordnungen oder Entscheidungen der Behörden herabzuwürdigen, oder auf solche Weise Andere zum Hasse, zur Verachtung oder zur grundlosen Beschwerdeführung gegen Staatsbehörden oder gegen einzelne Organe der Regierung in Beziehung auf ihre Amtsführung aufzureizen sucht (§. 300)⁸⁵).

Die beiden letzteren strafbaren Handlungen sind ein Vergehen.

Werden die hier bezeichneten Verbrechen und Vergehen auf die militärischen Verhältnisse angewendet, so ergeben sich folgende strafbare Handlungen:

1. Wörtliche oder thätliche Beleidigungen der M. Vorgesetzten oder M. Wachen;
2. Widersetzung gegen ihre Anordnungen;
3. Aufwiegelung zu diesen oder anderen strafbaren Handlungen in Bezug auf dienstliche Verfügungen;
4. Vereinigung mehrerer M. Personen zum Ungehorsame und Widersetzung gegen M. Vorgesetzte oder M. Wachen (Meuterei);
5. Oeffentliches Zusammentreten in der Z. 4 angedeuteten Absicht (Aufstand);
6. Verharren bei der Rotte ungeachtet des angeordneten Einschreitens einer bewaffneten Gegengewalt (Aufruhr — Empörung) und
7. Oeffentliches Zusammenrotten von M. Personen in einer die militärische Ordnung störenden Weise (milit. Auflauf).

Die ersten beiden Punkte wurden im Verhältnisse zu M. Vorgesetzten bereits im vorigen Abschnitte (Subordinations-

Zusammenlauf und jede öffentliche Zusammenrottung, denen die Absicht zu Grunde liegt, die öffentliche Ordnung und Ruhe durch Geschrei oder andere Ungebührlichkeiten zu stören, oder deren Theilnehmer auf die Aufforderung der mit der Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung beauftragten Personen nicht ruhig auseinandergehen.

⁸⁵) Vergl. preuss. St. G. B. §. 87, bad. §§. 630 und 631 (modif. durch das Gesetz v. 5. Febr. 1851), franz. Art. 217 u. s. w.

verletzung), die folgenden werden hier besprochen, und dieselben Handlungen, in so ferne sie in Bezug auf M. Wachen vorkommen können, den Schluss dieses Abschnittes bilden.

§. 23. Positive Gesetze.

Die M. St. G. B. sind hinsichtlich des Begriffes und der Strafe der hierher gehörigen Verbrechen und Vergehen sehr verschieden.

Das M. St. G. B. für Hannover zählt auf:

1. Insubordinazion im Komplote, welche durch Nichtbefolgung eines Befehles oder durch Widersetzlichkeit in Folge einer unter drei oder mehreren Personen getroffenen Verabredung begangen wird (§. 82).

2. Aufruhr, wenn, sei es mit oder ohne vorgängige Verabredung, mehrere Personen in Masse dem Vorgesetzten oder dessen Anordnungen sich widersetzen, oder etwas von ihm zu erzwingen, oder Rache an ihm zu nehmen suchen (§. 83). Vergl. auch Art. 48 des würt. St. G.

Als im Aufruhre begriffen wird auch die Mannschaft, welche eigenmächtig unter das Gewehr tritt, oder sich zusammenrottirt, dann angesehen und bestraft, wenn sie dem Befehle des Vorgesetzten nicht sofort Gehorsam leistet (§. 86).

Jedes eigenmächtige, nicht gerechtfertigte Zusammentreten unter das Gewehr oder sonstige tumultuarische Zusammenrottungen, sobald ihr Zweck auf aufrührerische Handlungen gerichtet war, werden als Versuch zum Aufruhr angesehen (§. 86 erster Absatz).

Meuterei ist die Verabredung zum Aufruhre, so wie die Aufwiegelung zum Ungehorsame (§. 87).

Als Aufwiegelung sind alle Aeusserungen und Handlungen anzusehen, die an sich geeignet sind, einen Aufruhr zu erregen. Nebst der ausdrücklichen Aufforderung zum Ungehorsame gehört hierher jede absichtliche Erregung von Unzufriedenheit durch laute und öffentliche Aeusserungen des Unwillens über den Vorgesetzten, oder über Mangel, Fatiquen oder sonstige unangenehme Verhältnisse (§. 87).

Die Todesstrafe tritt beim Aufruhre ein im Falle von Thätlichkeiten gegen Vorgesetzte oder in der Nähe des Feindes, oder wenn die Aufrührer mit den Waffen drohen, oder

zum Zwecke des Aufruhrs sich besonders bewaffnet haben: a) hinsichtlich der Anführer, Anstifter und Rädelsführer, und b) hinsichtlich der übrigen Theilnehmer (wenn sie nicht schon wegen Widersetzlichkeit in Reih und Glied oder unterm Gewehr mit Thätlichkeit oder wegen beharrlicher Widersetzlichkeit Angesichts des Feindes dieser Strafe unterliegen — §§. 76 und 79 —) nur dann, wenn sie den Vorgesetzten verwundet haben (§. 84).

Andere als im §. 86 ersten Absatz erwähnte tumultuarische Zusammenrottungen unterliegen bis 6monatlichem Gefängnisse (§. 86), und öffentliche Aeusserungen des Unwillens, die an sich geeignet sind, die Gefahr eines Aufruhrs zu erregen, wo aber die auf einen solchen Erfolg gerichtete Absicht nicht anzunehmen ist, bis 2jähriger Freiheitstrafe im Arbeitshause (§. 89).

Das preussische M. St. G. B. erklärt als Aufwiegler, wer vor versammeltem Kriegsvolke (s. Anm. 51) in der Absicht, seine (wenigstens zwei — §. 88 allg. St. G. B.) Kameraden zur Verweigerung des Gehorsams gegen ihren Vorgesetzten zu verleiten oder von demselben etwas zu erzwingen, oder ihn von einer Diensthandlung abzuhalten, sich ungeziemend beträgt, oder laut Beschwerde führt, selbst wenn letztere begründet wäre (§. 135).

Meuterei ist vorhanden, wenn zwei oder mehrere Soldaten wegen Verübung eines Verbrechens wider die Subordination übereingekommen sind (§. 137).

Militärischer Aufruhr tritt ein, wenn drei oder mehrere Personen sich öffentlich zusammenrotten und die Absicht zu erkennen geben, sich dem Vorgesetzten mit vereinter Gewalt zu widersetzen, oder etwas von ihm zu erzwingen, oder Rache an ihm zu nehmen (§. 140).

Der Todesstrafe unterliegen beim Aufruhre: 1. der Anstifter, Anführer und Rädelsführer, 2. die Theilnehmer, jedoch nur dann, wenn sie a) M. Vorgesetzte sind — unter Mehreren der Höchste, und bei gleichem Dienstgrade der Dienstälteste — (§§. 69 und 140), oder b) wenn der Aufruhr in der Nähe des Feindes, oder c) mit bewaffneter Hand, oder d) unter Gewaltthätigkeiten gegen Vorgesetzte verübt wurde (§. 141), oder e) wenn sie persönlich, und namentlich vom Vorgesetzten zum Gehorsame aufgefordert worden sind und

nicht Folge geleistet haben, ferner *f*) die Trommelschläger, Hornisten oder Trompeter, welche in der Absicht, den Aufruhr zu befördern, geschlagen und geblasen, und endlich *g*) Diejenigen, welche durch Aufruhrzeichen zu dem Verbrechen aufgefordert haben (§. 142).

Meuterei unterliegt der für das vollendete Verbrechen vorgeschriebenen Strafe (§. 137).

Aufwiegelung wird nach Massgabe des zu befürchten gewesenen oder wirklich gestifteten Nachtheiles mit dem Tode, aber nur im Kriege bestraft (§. 135). — Wer die Absicht, in Beziehung auf den Dienst, Missvergnügen unter seinen Kameraden zu erregen durch Worte oder andere Aeusserungen zu erkennen gibt, wird mit Festungsarrest bis 3, im Kriege bis 6 Jahre bestraft (§. 136).

Das holst. M. St. G. B. ist mit dem preussischen in Betreff der Meuterei und des Aufruhrs so ziemlich gleichlautend, nur ist bei der Meuterei nebst der Subordinazion noch der milit. Disziplin erwähnt (§. 102), und zum Dasein des Aufruhrs die Zahl von 10 Personen gefordert (§. 96). Aufwiegelung ist jede vorsätzliche Handlung, durch welche eine M. Person ihre Kameraden zu einem Verbrechen gegen die militärische Disziplin und Subordinazion zu bewegen sucht (§. 101). Die Todesstrafe ist bei dem Aufruhr, der Meuterei und der Aufwiegelung auf die Kriegszeit beschränkt, wenn besonders erschwerende Umstände, namentlich Nähe des Feindes, eintreten (§§. 96—98 und 104).

Das sächs. M. St. G. B. nennt Aufwiegler Jenen, der sich Worte und andere Aeusserungen zu Schulden kommen lässt, welche zum Zwecke haben, in Beziehung auf den Dienst Missvergnügen unter seinen Kameraden zu erregen (§. 127), und spricht im §. 128 insbesondere von der Aufforderung zu einem Aufstande oder sonst zu einem Komplote gegen die Subordinazion. Ueber den Auflauf enthält dieses M. St. G. B. (s. Anm. 84) keine Definizion, sondern im §. 122 nur die Strafe, wenn bei einem Auflaufe von M. Personen von diesen Unzufriedenheit oder Geringschätzung gegen die Obern gezeigt wird, und die Verfügung, dass, wenn die Theilnehmer an einem Auflaufe ungeachtet ausdrücklichen Befehls des Obern nicht auseinander gehen, die Strafen des Aufstandes eintreten.

Meuterei und Aufstand ist vorhanden, wenn sich mehrere und wenigstens drei Personen zu gewaltsamer Auflehnung gegen die Oberen oder deren Befehle zusammengeworrtet haben, um eine Verfügung oder die Unterlassung oder die Zurücknahme einer solchen zu erzwingen oder eine bereits getroffene Verfügung zu vereiteln, oder um wegen einer Dienstmassregel Rache an einem Oberen zu nehmen oder andere Gewaltthätigkeiten zu verüben (§. 123).

Die Anstifter eines solchen Komplotes, die in den §§. 140 und 142 des preuss. St. G. B. oben (S. 82 u. 83) unter *a*, *e* und *f* angeführten Theilnehmer und die bei dem Verbrechen mit Waffen, zu deren Führung sie für den Augenblick dienstgemäss nicht berechtigt waren, sich versehen, unterliegen in Kriegs- und Friedenszeiten der Todesstrafe (§§. 123, 124 und 51). Auch Jenen, jedoch nur im Kriege, trifft diese Strafe, der zu einem Aufstande oder sonst zu einem Komplete gegen die Subordinazion aufgefordert hat (§. 128).

Wenn bei einem Auflaufe oder Aufstande Ermahnungen oder Befehle der Vorgesetzten ohne Erfolg bleiben, so sind gegen die im Ungehorsame Beharrenden alle erforderlich und zweckmässig erscheinenden Gewaltmassregeln und selbst die augenblickliche Tödtung derselben zulässig (§. 126). S. Anm. 103.

Das toskanische M. St. G. B. versteht unter Meuterei (*ammutinamento*) die Vereinigung von drei oder mehreren Soldaten zum Ungehorsame oder Widersetzung (Art. 73), welche, wenn die Meuterer auf die erste Aufforderung sich aufzulösen, sich nicht ergeben, oder bevor diese erfolgt, der Macht (*forza*), welche, um sie zur Pflicht zurückzubringen, herbeigekommen ist (*accorsa*), sich widersetzen oder Gewalt gebrauchen, in Aufruhr (*rivolta*) übergeht (Art. 74).

Die Todesstrafe verhängt das Gesetz gegen die Anstifter Rädelsführer und Jene, die namentlich aufgerufen, nicht folgen, die Offiziere, in Ermanglung derselben die Unteroffiziere, und wenn auch solche nicht sich angeschlossen haben, die dienstältesten Gemeinen, und bei gleicher Dienstzeit den ältesten an Dienstjahren (Art. 123).

Das sard. St. G. B. unterscheidet ebenfalls *Rivolta* (Art. 105) und *Ammutinamento* (Art. 107). Erstere ist vorhanden, wenn vier oder Mehrere unter den Waffen der ersten Aufforderung ihrer Vorgesetzten den Gehorsam versagen oder die

Waffen eigenmächtig ergreifen und gegen die Befehle ihrer Vorgesetzten handeln (*agiranno*). *Ammutinamento* tritt ein, wenn Soldaten ausser dem Falle des Art. 105 in der Zal von vier oder Mehreren sich weigern, einem Befehle zu gehorchen oder sich hartnäckig zeigen beim Anbringen einer Bitte, oder darauf bestehen, ihre Vorstellung oder Beschwerde sowol mündlich als schriftlich zu überreichen.

Die Anstifter der Revolte und Jene, die ihnen gleich zu behandeln sind (s. Art. 40 oben im §. 6) werden mit dem Tode bestraft. Lag dem Verbrechen keine Verabredung zu Grunde oder sind die Schuldigen weniger als vier, so folgt die Strafe des Ungehorsams oder der Insubordinazion. Die Meuterer unterliegen nicht der Todesstrafe, und Jener, welcher auf die erste Aufforderung des Vorgesetzten von der Rotte ablässt, wird straflos; ist er der Anstifter, wird er milder behandelt (Art. 107).

Mit einer Freiheitsstrafe werden auch Jene belegt, welche in der Zal von acht oder mehreren Exzesse begehen und dem Befehle des Vorgesetzten, zur Ordnung zurückzukehren, nicht folgen (Art. 106).

Das franz. M. St. G. B. kennt nur Rebellion und Revolte. Rebellion ist der Widerstand gegen bewaffnete Macht und die Beamten einer öffentlichen Dienstbehörde (Art. 225). Der Revolte machen sich schuldig: *a*) Jene unter den Waffen befindlichen M. Personen, welche im Einverständnisse und wenigstens in der Zal von vier vereinigt, auf die erste Aufforderung den Befehlen ihrer Vorgesetzten den Gehorsam verweigern; *b*) welche wenigstens in der Zal von vier ohne Erlaubniss die Waffen ergreifen und gegen die Befehle ihrer Vorgesetzten handeln; *c*) welche wenigstens in der Zal von acht vereinigt, unter dem Gebrauche ihrer Waffen Gewaltthätigkeiten verüben, und auf den Befehl ihrer Vorgesetzten, auseinander zu gehen oder zur Ordnung zurückzukehren, den Gehorsam versagen.

Die Strafe ist der Tod für die Anstifter oder Führer der Revolte und die im höchsten Dienstgrade stehenden M. Personen (Art. 217). Derselben Strafe unterliegen diese Personen im Falle einer von wenigstens acht bewaffneten Soldaten verübten Rebellion (Art. 225).

Nach dem österr. St. G. machen sich der Meuterei schuldig:

a) die in Gemeinschaft mit Andern — gegen die bestehende M. Dienstordnung, gegen ihre Obern oder deren Befehle sich auflehnen oder sich hiezu verabreden, oder

b) einzeln — sich aufwiegelter oder sonst auf die Mitwirkung Anderer abzielender Aeusserungen oder Handlungen vermessen, wodurch eine solche Auflehnung entstehen könnte (§. 159). Der §. 160 mit der Randrubrik: „Besondere Fälle der Meuterei“ enthält in sieben Punkten Arten solcher Aeusserungen oder Handlungen.

Empörung ist vorhanden, wenn es bei einer nach vorläufiger Verabredung oder aus was immer für einer Ursache entstandenen Zusammenrottung oder Vereinigung einer Masse bewaffneter Mannschaft durch ihre Widersetzlichkeit oder durch die von ihr in Anwendung gebrachten gewaltsamen Mittel dahin gekommen ist, dass eine bewaffnete Gegengewalt zur Herstellung der Ordnung und des Gehorsams nothwendig erkannt wird, und Jeder ist dieses Verbrechens schuldig, der bis zu dem Zeitpunkte, wo die Gegengewalt schon in Bereitschaft steht, die Theilnahme an dem Verbrechen fortsetzt oder den Empörten sich später beigesellt hat (§. 167). Die Todesstrafe tritt ein A) im Kriege und Frieden, wenn a) auch nur einer der Meuterer an einen Vorgesetzten Hand angelegt oder sich der Waffe gegen ihn bedient hat (§. 163), oder b) sonst ein schnell abschreckendes Beispiel erforderlich ist, in welchem Falle das standrechtliche Verfahren Platz greift (§. 161); B) im Kriege 1. durch Standrecht gegen die Urheber oder Aufwiegler, wenn die meuterischen Aeusserungen eine dem Dienste schädliche Stimmung der Gemüther oder Bereitwilligkeit zur Widersetzung hervorgebracht haben und durch die Meuterei ein Dienst gegen den Feind gefährdet oder die Ausführung wirklich gehemmt worden ist (§. 161); 2. gegen Jene, die einen pflichtmässigen Dienst gegen den Feind verweigert, durch ihre Weigerung die Ausführung eines solchen Dienstes gehindert oder sonst grossen Nachtheil für den Dienst verursacht haben (§. 162). Offiziere und Unteroffiziere, die der Meuterei sich beigesellt haben, unterliegen der Strafe der Anstifter (§. 165).

Bei der Empörung trifft die Todesstrafe auch noch jene Theilnehmer, welche Jemanden von der gegen die Empörer aufgegebenen Mannschaft verwundet oder getödtet haben (§. 170).

Ist Standrecht publizirt, so ist Jeder, der hienach ergriffen wird, mit dem Tode zu bestrafen. Wäre die Zahl der Widerständigen zu gross, so ist diese Strafe an jedem zehnten Manne, den das Los trifft, zu vollziehen (§. 168).

§. 24. Vergleichung der positiven Gesetze.

Vergleichen wir diese positiven Gesetze, so sehen wir, dass eine Begriffsbestimmung der Aufwiegelung nur im preuss., holst. und sächs. St. G. vorkomme, das österr. und hannov. nehmen die Aufwiegelung in die Meuterei auf.

Ueber Auflauf finden wir in keinem Militär-Gesetze eine Definizion, es ist jedoch aus den Verfügungen des sächs. und hannov. G. B. zu entnehmen, dass darunter den Dienst und die milit. Ordnung störende öffentliche Vereinigungen verstanden werden wollen.

Meuterei ist im Allgemeinen die Vereinigung zum Ungehorsame und Widerstande, Aufruhr dieser Widerstand selbst. Im sächs. St. G. B. wird der Aufstand der Meuterei gleichgestellt. Vergl. auch Art. 48 des würt. St. G.

Die Definitionen der Gesetzbücher über die hier erwähnten Verbrechen weichen wesentlich von einander ab.

Nach dem hannov. St. G. B. können unter Aufwiegelung nur jene Aeusserungen oder Handlungen verstanden werden, die an sich geeignet sind, Unzufriedenheit und Ungehorsam zu erzeugen und sohin die Gefahr des Aufruhrs zu erregen, mit der Absicht, diesen Erfolg herbeizuführen (Vergl. die §§. 87 und 99)⁸⁶). Die Aufwiegelung wird aber

⁸⁶) Das hess. St. G. B. lautet: Art. 120. Wer Andere zur Insubordinazion oder zur Widersetzlichkeit gegen Vorgesetzte oder Dienstbefehle aufwiegelt, begeht das Verbrechen der Meuterei. Art. 121. Wer namentlich bei versammelten Korps laut Beschwerde führt oder sich sonstiger Aeusserungen oder Handlungen schuldig macht, um Andere zur Insubordinazion oder Widersetzlichkeit zu verleiten oder von dem Vorgesetzten etwas zu erzwingen, — desgleichen, wer in ähnlicher Absicht bei Vollziehung von Todes- und anderen Strafen um Begnadigung des Verbrechers ruft, soll als Aufwiegler mit dem Tode bestraft werden. — Wer sich Handlungen oder Aeusserungen erlaubt, die an sich geeignet sind, einen Aufstand oder die Gefahr eines Aufstandes zu veranlassen, soll nach dem würt. G. B. Art. 57, wenn aus seinem Benehmen die Absicht, einen Aufstand zu erregen, hervorgeht, als Aufwiegler und nach Verhältniss der Gefahr mit dem Tode bestraft werden.

nicht als eine selbstständige strafbare That, sondern als Meuterei angesehen. Das letztere ist auch im österr. G. B. der Fall. Im preuss., holst., sächs. St. G. B. wird die Aufwiegelung besonders behandelt, sie erscheint jedoch nur im sächs. (§. 127) und preuss. (§. 135) G. B. als ein für sich bestehendes Verbrechen, wogegen das holst. sie nur als Verleitung zu einem Verbrechen gegen die Subordinazion und militärische Disziplin in Betracht zieht, deren Behandlung daher von dem beabsichtigten oder wirklich vollendeten Verbrechen abhängig macht (§§. 101 bis 104).

Der Begriff der Meuterei ist in jedem St. G. B. anders aufgestellt. Nach Ausscheidung der Aufwiegelung besteht die Aehnlichkeit in allen Gesetzbüchern darin, dass diesem Verbrechen immer eine Vereinigung von mehreren Personen zu Grunde liegt. Das hannov. G. B. nimmt in den Begriff auf: die Verabredung (§. 87), das österr. aber auch die Auflehnung selbst (§. 159 a). Aehnlich mit letzterem ist das sächsische (§. 123), jedoch fordert es zur Meuterei (Aufstand) die Zusammenrottung zur gewaltsamen Auflehnung. Die grösste Aehnlichkeit ist zwischen dem preuss. und holst. St. G. B., da das Wort „Uebereinkommen“ mit „Vereinigen“ wohl identisch zu nehmen ist.

Meuterei ist demnach mit Ausscheidung der Auflehnung nichts anderes, als ein Komplot gegen die Subordinazion (vergl. Art. 73 to sk. G. B.), und daher streng genommen, ebenfalls kein selbstständiges Verbrechen, wird jedoch in allen Gesetzbüchern wegen seines bedeutenden Einflusses auf den Dienst als solches behandelt. (Vergl. jedoch holst. §§. 103 und 104.)

Auch der Aufruhr wird in den verschiedenen Gesetzen verschieden definirt. Das allgemeine Merkmal, worin alle übereinstimmen, ist das Widersetzen der Rotte. Nach dem preuss. (§. 140) und holst. (§. 96) ist schon die der Rotte inwohnende Absicht zur Widersetzung zum Dasein des Verbrechens genügend, nur fordert das holst. G. B. (§. 95) zum Aufruhr die Vereinigung von wenigstens 10 Personen; im hannov. G. B. dagegen gehört zum Begriffe des Aufruhrs die Widersetzung selbst (§. 83). In Oesterreich (§. 159) und Sachsen (§. 123) gehört die Auflehnung noch zum Begriffe der Meuterei (in Sachsen gleichbedeutend mit Aufstand), welche in Oesterreich beim Eintritt der im §. 167 angeführten Umstände

in das Verbrechen der Empörung übergeht. Dem Aufreue entspricht im tosk. G. B. die Revolte (Art. 74), im franz. G. B. ist die Revolte eine gesteigerte Rebellion, zur ersteren gehören wenigstens vier Personen (Art. 217.)

§. 25. Aehnlichkeit dieser militärischen, mit den im §. 22 bezeichneten gemeinen Delikten.

Alle bisher genannten strafbaren Handlungen sind entweder unmittelbar oder mittelbar gegen die Subordinazion und Disziplin gerichtet, sie sind ganz analog den gleichen, im §. 22 angeführten Delikten der Zivilpersonen gegen die Staatsbehörden und deren Organe, und es wäre das zweckmässigste, wenn dieselben strafbaren Handlungen der Zivilpersonen, welche im Verhältnisse zu den Zivilbehörden und deren Organe ihren Grund haben, insoferne sie sich auf das ähnliche Verhältniss des Soldaten zu seinen Vorgesetzten beziehen, als militärisch strafbare Handlungen hingestellt würden. Wir hätten dann eine militärische Aufwiegelung, militärischen Aufruhr u. s. w., das Studiren des Gesetzes und die Anwendung wäre einfacher.

Nachdem dies gegenwärtig nicht der Fall ist, müssen wir jene Merkmale, die im Begriff der bezeichneten Verbrechen liegen, aufsuchen, wo sich dann die Unterschiede von einander ergeben werden.

§. 26. Begriffsentwicklung der militär. strafbaren Delikte dieses Abschnittes.

Jeder, der einen Andern zur Verübung eines Verbrechens (Vergehens) auffordert, ist schon wegen dieser Aufforderung strafbar. Hat die Aufforderung den beabsichtigten Erfolg herbeigeführt, so ist der Aufforderer als intellektueller Urheber des Verbrechens anzusehen und der auf dasselbe festgesetzten Strafe zu unterziehen. Dieses Verhältniss ändert sich nicht, wenn Jemand mehrere Personen zur Begehung eines Verbrechens auffordert, und nur im uneigentlichen Sinne nennt man ihn bei Verbrechen gegen den Staat oder die Staatsbehörden Aufwiegler⁸⁷⁾.

⁸⁷⁾ Bleibt die Aufwiegelung ohne Erfolg, so wird sie als Versuch desjenigen Verbrechens angesehen, auf welches die Absicht des Aufforderers gerichtet war. (§. 8 österr., Art. 64 sächs. Z. St. G. B. u. s. w.).

Aufwiegler im eigentlichen Sinne nennen wir Jenen, welcher in Andern die Geneigtheit zum Ungehorsame und zur Widersetzung gegen die Staatsbehörden und deren Organe im Allgemeinen hervorruft, so dass es dann nur eines äusseren Anlasses bedarf, um aus dem böswillig gestreuten Samen die Früchte, aus der gegen die Staatsbehörden erregten feindseligen Gesinnung Ungehorsam und Widersetzung gegen deren Organe, Aufstand und Aufruhr entstehen zu sehen. Die Absicht des Aufwieglers ist nicht dahin gerichtet, sofort thätige Widersetzung gegen die Obrigkeiten hervorzubringen, sondern die zur Widersetzlichkeit geneigte Gesinnung, Unzufriedenheit in Bezug auf die Stellung des Niedern zum Höhern, zu erzeugen. Auch ist zum Begriffe nicht unbedingt nothwendig, dass die Handlung, wozu der Aufwiegler verleitet, eine in den Strafgesetzen verbotene sei. Es ist daher nicht blos jener als Aufwiegler anzusehen, der zum Ungehorsame, zur Auflehnung gegen obrigkeitliche Verfügungen (§. 87 preuss. Z. St. G. B.), zum Hasse oder Verachtung gegen die Staatsbehörden (§. 65 österr. Z. St. G. B.) Mehrere auffordert, Widerspänstigkeit gegen die Behörden öffentlich anpreiset (§. 87 preuss. St. G.), Feierlichkeiten für Verbrecher veranstaltet (Gesetz vom 5. Febr. 1851 statt der §§. 630 u. 631 des bad. G. B.), sondern auch jener der zu grundlosen Beschwerden verleitet (§. 330 öst. Z. St. G. B.), daher auch das sächs. M. St. G. B. im §. 127 unter allen am richtigsten den Begriff der Aufwiegelung aufgestellt ⁸⁸⁾).

Die Aufwiegelung kann von einer oder mehreren Personen begangen werden, gerichtet ist sie aber immer an mehrere, entweder zugleich oder nach und nach.

Wird das Gesagte auf die militärischen Verhältnisse angewendet, so macht sich der Aufwiegelung Jeder schuldig, welcher unter seinen Kameraden (zwei oder mehreren) eine den Vorgesetzten (M. Personen — M. Behörden oder ihren Organen) oder deren Anordnungen, feindselige — zum Wider-

⁸⁸⁾ Das preuss. M. St. G. B. enthält nach §. 135 mit der Randglosse „Aufwiegelung“ im nachfolgenden §. 136 (ohne Randglosse) folgende Verfügung: Wer die Absicht, in Beziehung auf den Dienst Missvergnügen unter seinen Kameraden zu erregen, durch Worte oder andere Aeusserungen zu erkennen gibt, soll mit Arrest oder Festungsarrest — belegt werden. Es ist dies eine Aufwiegelung im eigentlichen Sinne. Vergl. auch §. 87 des hanov. M. St. G. B.

stande gegen dieselben geneigte Gesinnung zu erregen bestrebt ist, es geschehe dies, indem er durch Bekrittlung oder Herabwürdigung der Anordnungen der Militärvorgesetzten oder auf was immer für eine andere Weise Nichtachtung oder gar Verachtung gegen dieselben, Missvergnügen und Unzufriedenheit mit denselben und dem Dienste erregt. Das Wesen der Aufwiegelung liegt in dem allgemeinen verbrecherischen Charakter. Der Aufwiegler streut den Samen der Gehässigkeit gegen Vorgesetzte aus und nährt den bereits vorhandenen Keim durch aufhetzende Reden.

Aus der Aufwiegelung können naturgemäss entstehen:

1. Verabredung der Aufgeforderten unter sich oder auch mit dem Aufwiegler zum Ungehorsame oder zur Widersetzung gegen die M. Vorgesetzten — Meuterei. —

2. Wirklicher Widerstand von Mehreren gegen dieselben — militärischer Aufstand. —

3. Steigerung des Aufstandes, dass eine bewaffnete Macht zur Dämpfung desselben einschreiten muss — Aufruhr (Empörung). —

Es ist nicht geradezu nothwendig, dass der Meuterei eine Aufwiegelung vorausgehe, die erwähnte Verabredung zum Widerstande kann auch ohne vorhergegangene Aufwiegelung erfolgen, und ebenso lassen sich Fälle denken, wo der vereinigte Widerstand ohne Verabredung dazu sich gebildet hat. Aufruhr oder Empörung setzt aber immer den Aufstand voraus, erst das Einschreiten der bewaffneten Gewalt macht ihn zum Aufruhre.

Der Auflauf bildet eine neben diesen bestehende strafbare Handlung, es kann jedoch selbstverständlich daraus eben auch eine Meuterei oder gar Aufruhr hervorgehen.

§. 27. Fortsetzung.

Die Zivilstrafgesetze kennen kein besonderes Verbrechen, welches durch die Verabredung zur Verübung eines bestimmten Verbrechens begründet wird. Es fallen dergleichen Verabredungen in den Begriff „Komplot“ und werden nach den hierüber festgestellten Grundsätzen bestraft (Vergl. z. B. bad. §§. 125—133); nur beim Hochverrathe wird einer solchen Verabredung (Verschwörung genannt) in den meisten St. G. B. gedacht (Vergl. bad. §. 592, preuss. §. 63, würt. Art. 140,

hess. Art. 129, sächs. Art. 117, österr. §. 334 s. auch sächs. M. St. G. B. §. 49 u. s. w.).

Obschon auch die Verabredung zu subordinationswidrigen Handlungen an sich keine eigene strafbare Handlung bildet, so wird sie doch wegen ihrer Gefährlichkeit, so wie die Verabredung zu hochverrätherischen Unternehmungen, mit Recht als eigene selbstständig strafbare Handlung aufgestellt und da in den Z. St. G. B. keine ähnliche speziell strafbare Handlung vorkommt, so dürfte es auch angemessen sein, den herkömmlichen Ausdruck „Meuterei“ beizubehalten ⁸⁹⁾).

Meuterei ist demnach nichts anderes, als eine Vereinigung mehrerer (wenigstens dreier) M. Personen zu Verbrechen wider die Subordinazion und militärische Disziplin. Eine solche Vereinigung kann ohne, oder nach vorausgegangener Verabredung entstehen. Zum Thatbestande der Meuterei gehört daher eine Vereinigung mehrerer M. Personen und zwar wenigstens dreier, weil die Aufwiegelung mehrerer, wenigstens zwei Personen voraussetzt, und erst durch die Vereinigung der Aufgeforderten mit dem Aufwiegler (also drei Personen) die Meuterei entsteht. Die Absicht der Vereinigung ist auf die Begehung subordinations- oder dienstordnungswidriger Handlungen gerichtet. Hienach ist es gleichgiltig, worin diese bestehen sollen, ob nämlich im Ungehorsame gegen missliebige Anordnungen oder Erzwingung von gewünschten Verfügungen, in Thätlichkeiten u. dgl. ⁹⁰⁾).

⁸⁹⁾ Im preuss. Z. St. G. B. kommt der Ausdruck „Meuterei“ vor im §. 96, wo vom Zusammenrotten der Gefangenen zu einem gewaltsamen Ausbruche die Rede ist. Aehnliches findet sich auch im würt. Art. 182. Andere z. B. das hessische — Art. 201 — gebrauchen das Wort „Komplot.“

⁹⁰⁾ Der Meuterei werden in mehreren M. St. G. B. auch gewisse Aeusserungen oder Handlungen gleichgestellt, diese selbst als Meuterei angesehen Insoferne solche Aeusserungen oder Handlungen den Charakter einer Aufwiegelung haben, können sie nur in jenem G. B. der Meuterei gleich bestraft werden, wo im Begriffe der letzteren auch die Aufwiegelung enthalten ist und diese Aeusserungen den Thatbestand der Aufwiegelung in sich fassen. (Vgl. §§. 87 und 89 hannov. M. St. G. B.) Wenn aber die Handlung schon weiter geht, so ist sie als jenes Verbrechen zu bezeichnen, dessen Merkmale in ihr vorkommen. — So lautet der §. 160 des österr. M. St. G. B. mit der Randrubrik: „besondere Fälle der Meuterei:“ Insbesondere sind nachstehende Fälle der Meuterei als Verbrechen zu behandeln: Da nach dem österr. M. St. G. B. die Aufwiegelung ebenfalls als Meuterei bestraft wird,

Aufstand ist die öffentliche Verbindung Mehrerer (Zusammenrottung), um gegen M. Vorgesetzte und deren Anordnungen Widerstand zu leisten, also die in die wirkliche Widersetzung übergangene Meuterei.

Zum Thatbestande dieses Verbrechens gehört daher ebenfalls eine (schon thatsächliche) und zwar öffentliche Verbindung Mehrerer (wenigstens dreier), und die Absicht ist dahin gerichtet, den Militärvorgesetzten den Widerstand öffentlich zu erkennen zu geben und falls es erforderlich sein sollte, auch Gewalt zu gebrauchen, es geschehe dies, um etwas zu erzwingen, Rache zu nehmen u. dgl.

Bei jedem derlei Aufstände wird, wenn anders hievon ein Erfolg zu erwarten ist, von Seite des zuständigen Vorgesetzten die Aufforderung an die Rotte ergehen, dass sie zur Ordnung und Pflicht zurückkehre. Hat diese Aufforderung den gewünschten Erfolg, so sind dadurch die Grenzen des Verbrechens gesteckt; ist aber diese Aufforderung und nach Umständen selbst die Anwendung strengerer Massregeln (s. Anmerkung 103) ohne Erfolg, oder hat man, weil die Erfolglosigkeit von Ermahnungen oder anderen Massregeln schon offen am Tage lag, und jedes Bemühen, die Rotte im milderen Wege zur Ordnung zu bringen, wegen der hierdurch entstehenden Verzögerung nur die Gefahr des Aufstandes vermehren würde, eine bewaffnete Gegengewalt ausrücken lassen, so geht der Aufstand in Aufruhr (Empörung) über. Dieser ist demnach vorhanden, wenn zur Dämpfung des Aufstandes die Anwendung einer bewaffneten militärischen Gegengewalt für nöthig erkannt, dieselbe bereits gegen die Rotte

so gehören die im §. 160, Z. 1, 2 und 3 angeführten Aufwiegelungen allerdings nach dem positiven österr. Gesetze zur Meuterei. Wenn es aber Z. 5 heisst: Wenn auf einen ergangenen Befehl zu einem Marsche, zu einer Ein- oder Umquartierung, Beziehung eines Lagers oder sonst zu einem Dienste a) Mehrere zugleich den Vollzug verweigern, oder wenn auch b) nur Einer die Anderen zu solcher Weigerung auffordert, oder wenn c) der Vollzug eines Dienstbefehls durch verabredete Widersetzung Mehrerer gegen die dazu befehligten Organe oder d) durch Aufforderung zu einer solchen Widersetzung gehindert werden soll, so ist, wie weiter oben im Texte ausgeführt wird, im Falle a) ein Aufstand vorhanden, denn es besteht schon der vereinte Widerstand, der Fall b) und d) ist eine Verleitung zum Aufstande, der Fall c) ein Verbrechen gegen die M. Wachen, wenn die bezeichneten Organe M. Wachen; Aufstand, wenn sie M. Vorgesetzte sind.

ausgerückt ist, sie aber dessenungeachtet im Widerstande verharret.

Zum Thatbestande des Aufruhrs gehört demnach 1. eine bewaffnete Rotte, mit der auf gewaltthätigen Widerstand gegen die M. Vorgesetzten gerichteten Absicht; 2. eine gegen dieselbe ausgerückte M. Gegengewalt und 3. Verharren der Rotte bei ihrem verbrecherischen Treiben⁹¹⁾.

Auflauf nennt man im gewöhnlichen Sprachgebrauche jedes öffentliche Zusammenströmen einer grösseren Menschenzahl. An sich genommen ist ein solcher Auflauf nicht gefährlich, mit Hinwegfallen des Grundes zerstreut sich die Menge meistens von selbst. Unter gewissen Umständen nimmt aber ein solcher Auflauf einen die allgemeine Ruhe störenden Charakter an. In diesem Falle werden die berufenen Organe das Auseinandergehen der Menge anordnen und es tritt die Strafbarkeit des Auflaufes erst von dem Augenblicke der geschehenen Anordnung für Jene ein, welche derselben keine Folge leisten. Die Strafbarkeit liegt in diesem Falle im Ungehorsame gegen diese Weisung.

Es kann aber der Auflauf auch in einer sträflichen Absicht seinen Grund haben, nämlich um die öffentliche Ordnung und Ruhe zu stören. Meistens ist ein solcher Auflauf gegen Privatpersonen gerichtet, z. B. gegen einen Marketender, welcher schlechtes Getränke liefert (Vgl. sächs. M. St. G. B. in der Anmerkung 84). Ein solcher Auflauf ist schon

⁹¹⁾ Das Ausrücken einer bewaffneten militärischen Gegengewalt setzt immer eine grössere Anzahl von widerspänstigen Personen voraus, denn sonst wird die gewöhnliche Patrouille hinreichen. Die Festsetzung der Anzahl von Personen, welche zum Thatbestande des Aufruhrs in der Rotte vorhanden sein müssen, dürfte mit praktischen Schwierigkeiten verknüpft sein, da der Schwerpunkt dieses Verbrechens nicht allein in der Menge liegt (vgl. §. 95 holst. G. B.), sondern in jenen Umständen, welche eine grosse Gefahr für den militärischen Dienst besorgen lassen, also insbesondere auch in den Eigenschaften der zum Widerstande vereinigten Individuen. Es scheint mir am zweckmässigsten zu sein, die Entscheidung der Frage, ob eine solche Menge sich zusammengerottet habe, dass bei der gegen sie angewandten militärischen Gegenmacht der Thatbestand des Aufruhrs vorliege, dem Ermessen der Richter im Kriegsgerichte zu überlassen. — Uebrigens halte ich es nicht für nothwendig zu erwähnen, dass eine bewaffnete Rotte auch dann vorhanden ist, wenn auch nur einige Genossen Waffen haben, und dass unter „bewaffneter Gegengewalt“ nicht schon eine gewöhnliche Patrouille verstanden sei.

in seinem Beginne sträflich und es wird die Schuld nur erhöht, wenn nach der Aufforderung von Seite des Vorgesetzten die Menge sich nicht zertheilt. Als eine militärisch strafbare Handlung erscheint aber der Auflauf nur dann, wenn die militärische Ordnung und Ruhe gestört wird oder die aus einer nicht sträflichen Absicht zusammengelaufenen Soldaten auf den Befehl des Vorgesetzten sich nicht zerstreuen⁹²⁾. Die zum Thatbestande des Auflaufes erforderliche Minimalzal der Personen zu bestimmen dürfte kaum nothwendig sein.

§. 28. Strafe.

Was die Frage über die Anwendung der Todesstrafe in den hier bezeichneten Fällen betrifft, so ist meine Ansicht folgende:

Der Aufwiegler wäre in Kriegszeiten dann mit dem Tode zu bestrafen, wenn die Aufwiegung auf Dienste gegen den Feind (bewaffnete Rebellen) sich bezieht, in anderen Fällen halte ich diese Strenge nicht für nöthig. Ist aber der Aufwiegler ein Offizier, so wäre jede Aufwiegung in einer vor dem Feinde stehenden Truppe mit dem Tode zu bestrafen. Der Grund einer solchen Strenge liegt darin, dass die Thätigkeit eines Offiziers in dieser Richtung von unberechenbaren Folgen ist und der in den Gemüthern entzündete Funke um so leichter bei dem geringsten Anlasse zur vollen Flamme auflodert, als die Mannschaft auf einen sichern Führer in ihren künftigen subordinationswidrigen Handlungen rechnet.

Unter der gleichen Voraussetzung, wie bei der Aufwiegung hätte bei der Meuterei die Todesstrafe gegen den Anstifter derselben einzutreten. Dem Anstifter sind wegen ihrer ähnlichen gefährlichen Thätigkeit nebst den Rädelsführern jene gleichzustellen, welche, wenn schon zwischen drei oder meh-

⁹²⁾ An sich gehört der militärische Auflauf (tumultuarische Zusammenrottungen ohne Zweck auf aufrührerische Handlungen — §. 86 hannov. M. St. G. B. 2. Absatz) zu den Vergehen gegen die militärische Ordnung. Wird dem Befehle des Vorgesetzten, dass der Haufe sich zerstreue, nicht Folge geleistet, so liegt hierin ein Delikt gegen die Subordinazion und kann nur bei Einzelnen in das Verbrechen der Subordinazion, und wenn sich eine auf Widerstand abzielende Verbindung bildet, in militärischen Aufstand übergehen.

reren Personen eine meuterische Vereinigung zu Stande gekommen ist, fernere Genossen werben und diese ebenfalls der Meute sich zugesellen. Gleicher Behandlung unterliegen die Offiziere, welche an der Meuterei überhaupt Theil nehmen.

Die meisten Strafgesetzbücher beschränken, wenn mehrere Offiziere sich am Verbrechen betheiligen, die gleiche Behandlung nur auf den höchsten Vorgesetzten (s. §. 23). Allein die Theilnahme eines Offiziers erscheint rücksichtlich des geistigen Einflusses auf die Genossen aus dem Stande der Mannschaft einer wirklichen Anwerbung in ihren Folgen, wenn in einzelnen Fällen auch nur annähernd, im Allgemeinen aber ganz gleich. Sind keine Offiziere daran betheiligt, wohl aber Unteroffiziere, so hat gegen Letztere die Todesstrafe einzutreten; zu weit scheint mir aber die Strenge getrieben zu sein, beim Mangel von Theilnehmern aus dem Stande der Offiziere oder Unteroffiziere auch den ältesten Gemeinen mit dieser Strafe zu belegen, wenn er nicht Anstifter, Werber oder Rädelsführer ist.

Aufstand ist die zum Widerstande selbst vorgeschrittene meuterische Verbindung. Insoferne die Subordinationsverletzung eines Einzelnen überhaupt, und die Widersetzung insbesondere der Todesstrafe unterzogen wird, muss sie derselben um so mehr unterliegen, wenn sie in der aufständischen Verbindung begangen wird.

Ist aber eine solche subordinationswidrige Handlung noch nicht verübt worden, so müsste nach analogen Grundsätzen, wie bei der Meuterei vorgegangen werden, die Todesstrafe trifft daher den Anstifter, Rädelsführer, den Anwerber, die am Verbrechen sich betheiligenden Offiziere, und wenn solche der Verbindung fremd blieben, die Unteroffiziere, welche sich in dieselbe eingelassen haben, und wegen der so grossen Gefährlichkeit des militärischen Aufstandes auf den Dienst hätte die Todesstrafe in diesen Fällen gegen die bezeichneten Personen sowol in Kriegs- als in Friedenszeiten einzutreten.

Eine Frage, welche hier zu beantworten kommt, ist folgende:

„Soll die Todesstrafe gegen alle Aufständischen auch dann eintreten, wenn auch nur Einer derselben sich bereits gewaltthätig am Vorgesetzten vergriffen oder wenigstens die Thätlichkeit bis zur Anwendung der Waffe auch nur von Seite eines Einzigen vorgeschritten ist?“

Es ist ohne Zweifel richtig, dass der Aufstand schon einen bedenklich gefährlichen Grad erreicht hat, wenn es bereits bis zur Anwendung der Waffe gegen den Vorgesetzten, wenn auch nur von Seite eines Einzigen gekommen ist; allein man wird die Verhängung der Todesstrafe gegen Alle nicht billigen können, wenn nicht nachgewiesen wird, dass die Theilnehmer schon vor der That damit einverstanden waren. Nachdem aber durch ein so gesteigertes sträfliches Benehmen die Gefahr des Verbrechens selbst den höchsten Grad erreicht hat, und dieses den Theilnehmern bekannt sein muss, so wird es wohl gerechtfertigt sein, wenn Jene der Todesstrafe unterworfen werden, welche nach einem solchen Attentate noch thätig (sei es durch Worte oder durch Handlungen) in der verbrecherischen Verbindung verharren. In einem solchen Falle würde ich mich für die Anwendung der Todesstrafe nicht nur im Kriege, sondern auch im Frieden aussprechen.

Auch schliesse ich mich den gesetzlichen Verfügungen an, welche die Todesstrafe Jenen androhen, die nach dem namentlichen Aufrufe in der Rotte verbleiben. Es wird nämlich, bevor zu strengeren Massregeln geschritten wird, um die Auflösung der Rotte zu bewirken, häufig noch die angewendet, dass man jene Individuen, von denen man nach ihrem bisherigen Benehmen Gehorsam erwartet, und dann auch jene, deren Austritt auf die verführte Mannschaft einen moralisch guten, auf die verstockten Revoltanten einen deprimirenden Eindruck verursachen dürfte, weil man in ihre Einsicht und ihre Persönlichkeit überhaupt starkes Vertrauen setzt, selbst namentlich aufruft und sie zum Abfalle von der verbrecherischen Rotte auffordert. Folgen diese oder überhaupt Aufgerufene dem Aufrufe nicht, so stellen sie sich den Anstiftern gleich und es trifft sie daher mit Recht auch die Strafe der Anstifter⁹³⁾.

Ist der Aufstand zu einer solchen gefährlichen Ausdehnung gelangt, dass die gewöhnlichen zur Zerstreuung der Rotte für geeignet gehaltenen Mittel, wozu auch die Kundmachung des

⁹³⁾ Dass Tambur, Hornisten, Trompeter der Strafe der Anstifter zu unterwerfen seien, dürfte auch ohne ausdrückliche Erwähnung im Gesetze gefolgert werden, sobald sie in der auf Beförderung der Theilnahme gerichteten Absicht die Trommel geschlagen oder geblasen (so wie wenn andere Personen in dieser Absicht was immer für Zeichen angewendet) haben, denn durch derlei Handlungen stempeln sie sich zu Anstiftern.

Standrechtes gehört, die beabsichtigte Wirkung nicht haben, und hat insbesondere die den Vorgesetzten (so wie in ähnlichen Fällen z. B. bei umsichgreifender Plünderung) einzuräumende Ermächtigung: die hervorragendsten Widerspänstigen augenblicklich selbst zu tödten oder insoweit es thunlich ist, deren sogleiche Tödtung an Ort und Stelle zu veranlassen (s. Anm. 103), ebenfalls das gewünschte Resultat nicht herbeigeführt; so erübrigt nichts mehr, als durch die äussersten Zwangsmassregeln die Revoltanten zu bändigen.

Es wird demnach eine militärische Gegengewalt herbeigerufen und wenn das Erscheinen derselben nichts fruchtet, mit Anwendung der Waffe gegen die Rotte vorgegangen werden müssen. Nothwendig ist es in derlei Fällen, eine solche Gegenmacht zu gebrauchen, von der man überzeugt ist, dass sie auch im Stande sein wird, den Sieg über die Verbrecher zu erringen, und nicht minder nothwendig, dass mit der Anordnung und Anwendung dieser Massregel nicht gezögert, sondern so schnell als möglich in der entsprechenden Ausdehnung eingeschritten werde. Ist es soweit gekommen, dass diese Massregel angewendet werden muss, so vermehrt jede Verzögerung, überhaupt jede halbe Massregel die Gefahr und hat noch die weitere üble Folge, dass, wenn man Menschenblut schonen wollte, dasselbe desto mehr vergossen werde⁹⁴).

⁹⁴) Ich will durch das Gesagte keineswegs eine rücksichtslose oder gar grausame Anwendung der Waffe vertheidigen; Energie und die grösste Strenge lassen sich noch immer recht wohl mit der Menschlichkeit vereinigen; ich möchte aber auch vor jener Schwäche warnen, welche, indem sie die Auführer schonen will, die gegen sie ausgerückte Mannschaft opfert. Sind Ermahnungen (wie viel vermag nicht oft ein passendes Wort!) und gelindere Mittel ohne Erfolg geblieben, und war daher die Anwendung der Waffengewalt nothwendig, so darf der Befehlshaber nicht verantwortlich gemacht werden, wenn er allenfalls weiter ging, als es unter den gegebenen Verhältnissen den zur Beurtheilung des Falles berufenen Personen nothwendig erscheinen mag. Er ist Repräsentant der öffentlichen Macht, die im Zustande der Nothwehr sich befindet, er handelt nicht im eigenen, sondern im Interesse der Staatsgesellschaft, und insbesondere muss als Grundsatz festgehalten werden, dass jenes Verfahren zu billigen ist, welches im Kollisionsfalle mehr die Truppe, als die Empörer zu schonen beabsichtigte. Entfernt vom Orte der That bricht man so leicht den Stab über den Befehlshaber, der vermeintlich in der einen oder anderen Richtung gefehlt hat. Jeder Richter stelle an sich die Frage, ob er so gehandelt haben würde, wie er gegenwärtig urtheilt, wenn er in

Mit dem Augenblicke, wo die gegen die Aufständischen ausgerückte Truppe vor derselben erscheint, geht der Aufstand in Aufruhr (Empörung) über und es ist Jeder desselben schuldig, welcher in diesem Augenblicke nicht von denselben sich trennt, sondern noch ferner bei der aufrührerischen Rotte verharret. Jeder Aufrührer hat durch seine Theilnahme an dem Aufruhre das Leben verwirkt ohne Unterschied, ob er nach dem bemerkten Zeitpunkte auch wirklich von der Waffe gegen die aufgebotene Truppe Gebrauch gemacht habe oder nicht. Die Absicht der Aufrührer geht dahin, auf jeden Fall, und selbst mit Menschenleben, vom Vorgesetzten etwas zu erzwingen; der Einzelne würde das nicht vermögen, nur die vereinigte Kraft hofft auf Erfolg, die Absicht des Ganzen ist auch die Absicht des Einzelnen, und wenn schon die thätige Widersetzung eines Einzelnen gegen Militär vorgesetzte (Vergl. §§. 18 und 19) der Todesstrafe unterliegt, so muss sie um so mehr, und zwar ohne Unterschied der Kriegs- oder Friedenszeit in diesem Falle gegen Alle eintreten. Auch kann es keinen Unterschied machen, ob der einzelne Aufrührer bewaffnet war oder nicht (der letztere Fall wird übrigens selten vorkommen), genug, dass die Rotte bewaffnet war (Vergl. Anmerk. 91). Den minder Schuldigen, wozu insbesondere Verführte gehören, wird wohl im Gnadenwege die Todesstrafe nachgesehen werden.

Sind ganze Truppen im Aufruhre, so pflegt in Absicht auf den Vollzug der Todesstrafe bezüglich der Einzelnen das Los angewendet zu werden.

§. 29. Straflosigkeit.

Bei manchen in gefährlicheren Verbindungen bestehenden Verbrechen, namentlich beim Hochverrathe, stellen einige Zivilstrafgesetze den Grundsatz auf, dass die Straflosigkeit bei

dieser Lage sich befunden hätte, und wenn er nach Beseitigung aller Ueberschätzung seiner Geistesgegenwart und anderer in solchen Verhältnissen Einfluss habenden Eigenschaften die Frage bejaht, dann frage er noch, ob von der Mehrzahl der Menschen ein solches Verfahren, wie er fordert, unter den Umständen der That zu erwarten gewesen wäre! Beobachtet man dies, so wird man nicht leicht zu einer ungerechten Verurtheilung weder in der einen noch in der anderen Richtung kommen.

jenen Mitgenossen eintreten soll, welche zur Zeit, wo die Behörde hievon noch keine Kenntniss hat und noch jede Gefahr abgewendet werden konnte, die Anzeige machen. Aehnliche Verfügungen enthalten auch einige M. St. G. B. bei Militärverbrechen im Komplete und insbesondere bei der Meuterei, so das preuss. §. 138, hannov. §. 90, sächs. §. 129. Die Bestimmung des letztern ist am mildesten, da es vorzugsweise auf die thätige Reue Rücksicht nimmt und die Straflosigkeit auch dann eintreten lässt, wenn selbst die Behörde schon Kenntniss hatte, dies aber dem Angeber noch unbekannt war. Dieselbe lautet: — „Die Theilnehmer an einem Komplete gegen die Subordinazion, welche dasselbe und die Mitschuldigen zu einer Zeit, wo sie das Vorhaben noch nicht für entdeckt oder vereitelt hielten, durch eine freiwillige Anzeige zur Kenntniss der Obern bringen oder durch andere geeignete Mittel das Aufgeben oder die Unterdrückung des Verbrechens bewirken, sind mit aller Strafe zu verschonen. In Hinsicht der Anstifter tritt unter obigen Voraussetzungen nur Milderung der Strafe ein und es ist in diesem Falle nicht über die Hälfte der für das beabsichtigte Verbrechen angedrohten Strafe zu erkennen.“

Man kann derlei Anordnungen, wenn man selbst nicht so weit gehen will, als das sächsische M. St. G. B., nur gut heissen und wünschen, dass sie in allen M. St. G. B. einen Platz finden, weil aus der Meuterei⁹⁵⁾ sehr leicht Aufstand und Aufruhr entstehen, und dem Staate mehr daran gelegen sein muss, dergleichen gefährliche Verbindungen kennen zu lernen und deren nachtheiligen Folgen vorzubeugen, als den einen oder anderen Mitschuldigen, der zudem meistens ein Verführer ist (Andere entschliessen sich wohl seltener zu einer Anzeige), zu bestrafen. Durch solche Anordnungen kann in vielen Fällen nur allein die Entdeckung der Meuterei erzielt werden.

Es entsteht hier die Frage, ob die gänzliche Straflosigkeit nicht auch auf die Anstifter selbst ausgedehnt werden

⁹⁵⁾ Nur auf diese kann sich die Bestimmung über die Straflosigkeit beziehen, wie aus der oben aufgestellten Definition folgt. Geht die Meuterei in Aufstand über, so betritt die bisher geheime Verbindung als förmlicher Widerstand schon die Oeffentlichkeit und kann den Obern daher nicht mehr unbekannt bleiben.

solle, wenn sie die meuterische Verbindung in oben erwähnter Art anzeigen?

Es ist wohl richtig, dass bei einer solchen Verfügung die Wahrscheinlichkeit der Anzeige von derlei Verbindungen erhöht wird, allein diese Wahrscheinlichkeit ist doch immer eine sehr schwache. Der Zeitraum von der Verabredung bis zur Ausführung ist meistens ein sehr geringer, dass in so kurzer Zeit eine Aenderung der bösen Gesinnung nicht leicht sich erwarten lässt; auch ist es gewiss noch sehr selten vorgekommen, dass der Anstifter selbst aus Reue das Komplot anzeigte. Zudem empört sich auch das Rechtsgefühl, dass der Anstifter als Verführer straflos sein, die Verführten oder wenigstens minder Schuldigen aber bestraft werden sollen, und zwar um so mehr, als die Anzeige kaum je auf reiner Triebfeder beruhen wird.

Es dürfte sonach die Strafrechtspolitik im Allgemeinen genug berücksichtigt sein, wenn man den Anstifter als Anzeiger jedenfalls mit der Todesstrafe verschont und die sonst ihn zu treffende Freiheitsstrafe im Gesetze auf die Hälfte herabmildert, in welcher Hinsicht auch das hannov. und preuss. G. B. mit dem sächsischen übereinstimmen.

Nur in dem Falle wäre der Anstifter straflos zu lassen, wenn er aus Reue die Mitschuldigen zu bereden versucht hat, vom sträflichen Unternehmen abzustehen, dieses aber ohne Erfolg blieb, er sodann freiwillig die Anzeige macht und hiedurch die Folgen seiner strafbaren That beseitigt.

Ebenso dürfte für den Anstifter und die Mitschuldigen die Strafflosigkeit auszusprechen sein, wenn Alle aus Reue die meuterische Verbindung zu einer Zeit aufzugeben erklärt haben, wo die Behörde (Vorgesetzte) davon noch keine Kenntniss hatte. Vgl. §. 6 am Schlusse.

§. 30. Verhalten des Vorgesetzten.

Meuterei ist schon an sich, noch mehr aber deswegen ein sehr gefährliches Verbrechen, weil es so leicht in Aufstand und Aufruhr übergeht. Wenn Vorgesetzte ihre Pflicht genau erfüllen, kann nicht leicht eine Meuterei entstehen, und man wird in der Regel mit Grund annehmen können, dass, wenn in einer Truppe dergleichen Verbrechen vorkommen, der Vorgesetzte nicht am Platze ist; Ausnahmen werden immer zu den seltensten gehören.

Ausser dem passiven Verhalten, wo der Vorgesetzte sich um die Gesinnung und das Treiben der Mannschaft wenig oder gar nicht kümmert, ist auch das Betragen des Vorgesetzten gegen seine Untergebenen öfters Anlass zur Meuterei, besonders ein ungerechtes.

Die Pflicht des Vorgesetzten ist daher:

1. keinen sträflichen Anlass zur Meuterei zu geben; entsteht aber dennoch eine solche, oder ist sogar ein Aufstand oder Aufruhr ausgebrochen, so muss er

2. alle Massregeln ergreifen, welche als angemessen erscheinen, das Verbrechen zu unterdrücken oder wenigstens das Verbreiten desselben zu hindern.

ad. 1. Ist ein passives Verhalten des Vorgesetzten insbesondere Lauigkeit im Dienste Ursache gewesen, dass eine Meuterei entstehen konnte, oder hat der Vorgesetzte selbst durch sein sträfliches Benehmen z. B. durch Missbrauch seiner Dienstgewalt Meuterei, Aufstand oder Aufruhr veranlasst, so ist die sonst auf derlei strafbare Handlungen oder Unterlassungen gesetzte Strafe mit Rücksicht auf die hieraus hervorgegangenen Folgen, so wie den Umstand, dass der Vorgesetzte dieselben bei einiger Aufmerksamkeit leicht hätte vorhersehen und sohin auch verhindern können, zu erhöhen und dies auch im M. St. G. B. ausdrücklich anzuführen.

ad. 2. Hat der Vorgesetzte, sobald er von der Meuterei Kenntniss erlangt, nicht die entsprechenden Massregeln angewendet, so unterliegt er ebenfalls einer im Gesetze bestimmt auszusprechenden Strafe. Welche Massregeln in einem gegebenen Falle anzuwenden seien, müssen die Umstände an die Hand geben, allgemeine Belehrungen können auch in die Dienstesvorschriften aufgenommen werden; die dem Vorgesetzten beim Aufstande oder Aufruhre einzuräumenden Gewaltmassregeln, wie die Tödtung eines oder des anderen hervorragenden Theilnehmers am Aufruhre, hat aber das M. St. G. B. ausdrücklich zu enthalten. Siehe Anm. 103.

§. 31. Anzeige strafbarer Handlungen.

Es ist in den Verhaltensvorschriften des Soldaten die Pflicht aufzustellen, jedes auf den Dienst nachtheilig einwirkende bevorstehende oder bereits verübte Verbrechen, sobald er hievon

Kenntniss erhielt und erstere nicht verhindern konnte, anzuzeigen, und diese Pflicht auch im M. St. G. B. auszusprechen mit der Bestimmung der Strafe für den Uebertreter.

Das sächs. M. St. G. B. verpflichtet zur Anzeige begangener Verbrechen alle Oberen (§. 53), zur Anzeige bevorstehender (§. 52) alle Soldaten (das holst. Vorgesetzte — §. 56); in Betreff der Pflicht zur Anzeige einzelner Verbrechen finden wir aber in mehreren M. St. G. B. Anordnungen, und namentlich bei der Meuterei; so das preuss. §. 139, holst. §. 105, hannov. §. 90.⁹⁶⁾

Die Verfügung des preuss. G. B. lautet: — „Wer von einer Meuterei Kenntniss erhält und aus Fahrlässigkeit unterlässt, davon der Dienstbehörde sofort die Anzeige zu machen, soll mit Arrest oder mit Festungsarrest bis zu 3 Jahren belegt werden. Unterlässt er aber die Anzeige aus Vorsatz, so trifft ihn die Strafe des Theilnehmers.“ —

Ich halte solche Anordnung im Allgemeinen für ganz angemessen; es wären jedoch jene schwereren Verbrechen, wo man die Pflicht zur Anzeige festsetzen will, im Gesetze namentlich anzuführen, und zugleich jene Personen zu bezeichnen, hinsichtlich deren, in Folge eines besonderen Verhältnisses z. B. Verwandtschaft, die Obliegenheit zur Anzeige entfällt.

§. 32. Delikte gegen Militär-Wachen. Strafe.

M. Wachen geniessen die Rechte der M. Vorgesetzten. Aus diesem im Allgemeinen überall als richtig anerkannten Satze würde folgen, dass die Beleidigungen und Widersetzungen gegen die M. Wachen gleicher Strafe, wie gegen die M. Vorgesetzten unterliegen, und dass insbesondere nach Verschiedenheit des Thatbestandes der Beleidigungen und

⁹⁶⁾ Das österr. M. St. G. B. lautet im §. 165: Offiziere, Marine-Korpskadeten und Unteroffiziere, die von einem meuterischen Aufrufe oder Verständnisse Kenntniss erhalten und demselben nicht sofort Einhalt gethan oder davon Anzeige zu machen unterlassen haben, sind als Vorschubleister des Verbrechens — — — zu bestrafen. Dann §. 166: Andere M. Personen, welche einer meut. Aufforderung zwar Gehör gegeben, jedoch selbst eine Handlung der Widersetzlichkeit oder des Ungehorsams nicht ausgeführt und auch Andere zu einer solchen Handlung nicht vermocht haben, sind mit Arrest bis zu 6 Monaten zu bestrafen. Vgl. Art. 108 des sard. G. B. und siehe meinen Kommentar zu den §§. 165 u. 166.

der Widersetzung gegen die M. Wachen und der hierauf abzielenden Handlungen mit der Strafe der Subordinationsverletzung, Meuterei, des Aufstandes und Aufruhrs zu belegen seien.

In dieser Beziehung besteht zwischen den einzelnen M. St. G. B. die meiste Uebereinstimmung (vgl. §§. 91 hannov., 134 preuss., 106 holst., 118 sächs., Art. 220 franz., Art. 103 und 104 tosk., 109 und 110 sard. M. St. G. B.). Der §. 134 des preuss. St. G. lautet:

„Wer sich gegen Wachen (Ronden, Patrouillen, Schildwachen, Sauvegarden, Eskorten und Kasernenwachen überhaupt milit. Wachen jeder Art), welche in Ausübung des Dienstes begriffen und als solche zu erkennen sind, der Beleidigung, des Ungehorsams oder der Widersetzlichkeit schuldig macht, ist eben so zu bestrafen, als wenn er das Verbrechen gegen einen Vorgesetzten⁹⁷⁾ verübt hätte. Eine gleiche Bestrafung findet statt, wenn ein solches Verbrechen gegen Landgendarmen bei Ausübung ihres Dienstes begangen wird.“

Das österr. M. St. G. B. behandelt die Widersetzlichkeit und das achtungswidrige Betragen gegen die Wachen etwas weitläufiger in den §§. 172—182, stimmt aber ebenfalls im Wesentlichen mit den obigen St. G. überein, und bestraft insbesondere die von Mehreren ausgehende Widersetzlichkeit gegen die Wache als Meuterei.

Was die Strafen anbelangt, so finden wir im preuss., holst. und sächs. M. St. G. B. die Konsequenz durchgeführt, dass sie ganz gleich sind jenen bei der gleichen verbrecherischen Thätigkeit gegen M. Vorgesetzte. Das hannov. (§. 91) bestraft nur die Thätlichkeiten gegen Sauvegarden mit dem Tode; das franz. verhängt diese Strafe gegen jeden Militär, der sich einer Gewaltthätigkeit (violence vgl. Art. 221 im §. 16 Z. 5.) gegen eine Schildwache oder Vedette schuldig macht. Nach Umständen bestraft auch das sard. St. G. Gewaltthätigkeiten gegen Wachen, insbesondere vor dem Feinde mit dem Tode,

⁹⁷⁾ Das hannov. und holst. M. St. G. B. enthält hier den Beisatz: „im Dienste,“ was mir entbehrlich zu sein scheint. Das hannov. St. G. führt neben den Wachen noch an: jede in der Ausübung eines bestimmten Auftrages unterm Gewehr begriffene Mannschaft; das sächs.: einzelne zu polizeilichen Zwecken kommandirte M. Personen, das tosk.: la truppa armata o in attualità di servizio, und das sard.: forza armata (Art. 111).

wenn hiedurch die Sicherheit der Armee, fester Plätze, des Kriegsmaterials oder der Armeebedürfnisse einer Gefahr ausgesetzt worden ist (Art. 109 und 110). Nach dem österr. St. G. tritt die Todesstrafe in Kriegs- und Friedenszeiten ein, wenn die Widersetzung gegen die Wache (worunter neben der Gendarmerie auch die M. Polizeiwache zu verstehen ist) mit tödtlichen Waffen bewirkt und die Wache verwundet worden ist, oder wenn der Widerstand von Einem oder Mehreren in der Absicht, die Vollziehung des Dienstauftrages zu vereiteln, mit gewaltsamer Handanlegung oder gefährlicher Drohung geleistet und die Wache an der Vollziehung eines Dienstauftrages von Wichtigkeit gehindert wird (§. 176); in Kriegszeiten, wenn die Widersetzung zwar nur mit gefährlicher Drohung gegen die Wache oder mit gewaltsamer Handanlegung an dieselbe, obgleich ohne Waffen und ohne Verwundung, geschehen, die Wache jedoch an der Vollziehung eines wichtigen Dienstauftrages absichtlich gehindert wird und dadurch grosser Schade für den Dienst herbeigeführt worden ist (§. 177).

Hat die Widersetzung Mehrerer gegen die Wache die Eigenschaft der Meuterei, so wird sie als solche bestraft (§. 179).

Hienach tritt wohl im letzten Falle die gleiche Behandlung der Meuterer gegen M. Wachen wie gegen M. Vorgesetzte ein, nicht aber in jenen Fällen, wo es sich um die Gewalthätigkeiten Einzelner gegen die M. Wachen handelt, diese werden im Allgemeinen gelinder bestraft, als die gleichen Handlungen gegen M. Vorgesetzte.

§. 33. Fortsetzung.

Bei der Beleidigung und Widersetzung gegen M. Wachen sind insbesondere drei Fragen einer näheren Besprechung zu unterziehen.

1. Wer ist Subjekt,
2. wer Objekt dieses Verbrechens, und
3. ist die Strafe eben so zu bemessen, wie bei gleichartigen Subordinationsverletzungen gegen M. Vorgesetzte?

Zu 1. Subjekte des hier behandelten Verbrechens (Vergehens) gegen die Wachen sind alle Soldaten, mithin auch Offiziere. Nur jene Offiziere (oder Unteroffiziere), welche nach

der Dienstesordnung der Wache in der Ausübung des Wachdienstes zu befehlen das Recht haben, können sich dieses Verbrechens nicht schuldig machen, denn in Bezug auf sie können der Wache wohl nicht die Attribute eines Vorgesetzten eingeräumt werden, ihre Handlung ist daher unter jenes Gesetz zu subsumiren, nach welchem dieselbe für den Fall, als sie nicht in Bezug auf eine Wache verübt worden wäre, zu bestrafen sein würde⁹⁸).

Zu 2. Gegenstand des Verbrechens sind alle M. Wachen, welche in der Ausübung des Dienstes begriffen und als solche zu erkennen sind. Der M. Wache wäre die Gendarmerie so wie die M. Polizeiwache gleichzustellen, sobald sie in der vorschriftsmässigen Kleidung und Bewaffnung erscheint⁹⁹). Aber auch andere Wachen, welche, wenn auch keine eigentlichen M. Wachen, doch deren Funkzion ausüben (was z. B. in Oesterreichs M. Grenze bezüglich der nicht einrollirten Grenzer vorkommen kann), wären hieher zu ziehen und hievon im Gesetze zu erwähnen.

Uebrigens dürfte es im Sisteme des Gesetzes liegen, als Gegenstand des hier behandelten Verbrechens nur jene Personen zu bezeichnen, welche als Wache angesehen werden können (vgl. Anm. 97). Will man Personen unter anderen Verhältnissen, z. B. einer ausgerückten Truppe, den Schutz der Wache einräumen, so wäre dies in einer besonderen Verfügung zu normiren.

Zu 3. Aus dem Satze, dass M. Wachen die Rechte der M. Vorgesetzten zukommen, folgt mit nothwendiger Konsequenz, dass die Wachen von jedem Soldaten die äussere Achtung,

⁹⁸) Selbstverständlich kann dies nur gelten, wenn der Vorgesetzte in dieser seiner dienstlichen Eigenschaft gehandelt hat. Siehe Fleck a. a. O. zum §. 134 des preuss. M. St. G. B. und H. J. K. M. G. Kodex für das preuss. Heer, Anm. zum §. 134.

⁹⁹) Ausdrücklich erwähnt der Gendarmerie das österr. M. St. G. B. (§. 174), nicht so der M. P. Wache, unterdessen war hierüber mit Rücksicht auf deren Instr. vom Jahre 1853, §. 141 (siehe meinen Komm. zum §. 174), nicht zu zweifeln, wurde auch später in einem eigenen Gesetze ausdrücklich erklärt. Eben so erwähnt das preuss. M. St. G. B. im §. 134 der Landgendarmen. Nach Fleck und H. J. K. a. a. O. stehen den M. Wachen auch jene Wachen gleich, welche einen Theil einer förmlich organisirten und uniformirten Bürgergarde bilden, und die Wachen des zum Dienste einberufenen Landsturmes. Siehe auch die §§. 91 des hannov., 106 des holst. M. St. G. B.

und bei, in ihrer Eigenschaft rechtmässig gegebenen Befehlen Gehorsam zu fordern berechtigt seien, und dass jeder Soldat, welcher der Wache die schuldige äussere Achtung durch wörtliche oder thätliche Beleidigung oder den rechtmässig gegebenen Weisungen den Gehorsam versagt, strafbar sei; allein nicht nothwendig ist daraus auch die Folgerung abzuleiten, dass das Strafausmass ganz das gleiche sein müsse, wie bei den analogen Verbrechen gegen Vorgesetzte.

Beleidigungen und Ungehorsam gegen die Wachen zielen nicht auf die Person, sondern auf die Wache als solche ab; auf den Dienst haben sie oft gar keinen, oder allenfalls nur einen vorübergehenden, leicht zu beseitigenden nachtheiligen Einfluss; der Anlass zu Beleidigungen oder Widersetzlichkeiten gegen die Wachen ist meistens eben nur ein vorübergehender. Anders ist das Verhältniss des Untergebenen zum Vorgesetzten, es ist ein bleibendes. In vielen, wo nicht in den meisten Fällen der Subordinationsverletzung hat der Untergebene nicht bloß den Befehl des Vorgesetzten, sondern auch dessen Person vor Augen ¹⁰⁰⁾, hier lässt sich die Eigenschaft der Persönlichkeit von jener des Vorgesetzten nicht trennen. Ist einmal die Grenze der Subordinazion gegen einen Vorgesetzten von einem Untergebenen überschritten, so ist ein Gleiches auch von anderen Individuen immer zu besorgen, es ist der nachtheilige Einfluss für den Dienst in vielen Fällen ein bleibender.

Mit Rücksicht auf diesen Umstand muss daher die Subordinationsverletzung gegen Vorgesetzte strenger, als gegen die Wachen bestraft werden, woraus sich ergibt, dass die Todesstrafe auf weniger Fälle einzuschränken sei.

Nach meiner Ansicht wäre die Todesstrafe zu verhängen: im Kriege und Frieden, wenn der Thäter *a*) die Wache mit Waffen ¹⁰¹⁾ körperlich schwer verletzt, oder *b*) die Wache

¹⁰⁰⁾ Wer an der Richtigkeit dieser Behauptung zweifelt, den mache ich auf die gemachte Erfahrung aufmerksam, wornach ein Befehl, von A gegeben, oft auf Widerspruch stösst, derselbe aber, von B erlassen, bereitwillig befolgt wird.

¹⁰¹⁾ Diese Waffen werden wohl meistens militärische, und somit auch tödtliche (vergl. §. 176 österr. M. St. G. B.) sein, allein diese Eigenschaft der Waffe geradezu als Bedingung zur Anwendung der Todesstrafe zu setzen, halte ich nicht für nöthig. Das franz. St. G. B. fordert *violence à main armée*.

absichtlich in der Vollziehung eines wichtigen Dienstauftrages gehindert hat und hieraus ein bedeutender Nachtheil für den Dienst oder die Armee entstanden ist ¹⁰²⁾);

im Kriege, wenn der Thäter die Wache gewaltthätig angegriffen hat, es mag eine körperliche Verletzung erfolgt sein oder nicht, oder einen Angriff auch nur versucht hat, wenn die Wache hiedurch an der Vollziehung eines wichtigen Dienstbefehles verhindert wurde, daraus ein grosser Nachtheil für den Dienst oder die Armee entstanden ist, oder leicht hätte entstehen können, und letzteres von dem Thäter (bei gewöhnlicher Aufmerksamkeit auf die Verhältnisse) vorausgesehen werden konnte. S. Anm. 70.

Ist der Angriff auf die Wache die Folge einer meuterischen Verbindung, so dürfte wohl nichts entgegenstehen, dieselbe Strafe, wie bei der Meuterei und den verwandten Verbrechen gegen die Vorgesetzten eintreten zu lassen, denn unter solchen Umständen wurzelt das Verbrechen schon zu tief und erfordert eben daher zu seiner Ausrottung die grösste Strenge.

§. 34. Rechte der Militär-Wachen und der Militär-Vorgesetzten zum Gebrauche der Waffen.

Statt des §. 175 des österr. M. St. G. B. über „die besondere Ermächtigung der Wachen“ ist in Folge a. h. Entschl. vom 14. Mai 1861 folgende Vorschrift getreten: Um den Wachen jeder Art die ihnen gebührende Achtung zu sichern, sind dieselben ermächtigt, von ihrer Waffe gegen Denjenigen Gebrauch zu machen, der sie gewaltthätig verletzt, oder durch einen Angriff gefährlich bedroht und nicht festgenommen werden kann. Unter dieser letzteren Bedingung kann sich die Wache ihrer Waffe auch dann bedienen, wenn gröbliche und ungeachtet vorangegangener Abmahnung fortgesetzte Beleidigungen gegen sie verübt werden. Wenn an feindesgefährlichen Orten Jemand sich verdächtig macht, und auf Anrufen der Wache ohne befriedigende Antwort die Flucht ergreift, oder wenn Jemand als ein gefährlicher Verbrecher von der Wache ergriffen, oder ihr zur strengen Verwahrung übergeben wird, und selbst ohne

¹⁰²⁾ Im Frieden wird letzteres seltener der Fall sein, doch immer möglich, insbesondere aber dann, wenn Krieg am Ausbruche steht.

gewaltsame Widersetzung, ungeachtet des drohenden Nachrufes der Wache, entläuft, so hat dieselbe auf den Fliehenden Feuer zu geben, sofern zu dessen Anhaltung kein anderes Mittel vorhanden ist. — Eine ähnliche Disposition enthält der §. 45 des org. Ges. für die Gendarmerie vom Jahre 1850, die Instruktion für die Gewölbwache §. 8, für die M. Polizeiwache §. 36 vom Jahre 1860, letztere den die Ermächtigung der Wache näher bestimmenden Beisatz, dass der Gebrauch und die Richtung der Waffe so zu berechnen sei, dass das Leben des Menschen thunlichst geschont und auch das anderer Personen nicht gefährdet werde. (Vgl. §. 17, II. Th. des Dienstregl. v. J. 1861.) Es lässt sich eine solche Anordnung nur billigen, sie besteht auch in anderen Staaten, jedoch hat man sie dort nicht in das Gesetzbuch, sondern in die Dienstesvorschriften aufgenommen. Die Konsequenz dürfte es erheischen, dass man eine ähnliche Ermächtigung auch den M. Vorgesetzten unter bestimmten Verhältnissen ertheile ¹⁰³).

¹⁰³) Eine solche Ermächtigung gibt das sächs. M. St. G. B., dessen §. 126 lautet: Wenn bei einem unter M. Personen entstandenen Auflaufe oder Aufstände die Oberen durch Ermahnungen, Befehle, oder Dienstsignale, und endlich durch an die Person einzelner Theilnehmer gerichteten Aufruf, die Rottirer zum Auseinandergehen oder zur Vollziehung dessen, was ihnen sonst befohlen worden, zu bewegen nicht vermocht haben, so sind gegen die im Ungehorsam Beharrenden alle erforderlich und zweckmässig erscheinenden Gewaltmassregeln und selbst die augenblickliche Tödtung derselben zulässig. Auch abgesehen von diesem Falle ist den Vorgesetzten gestattet, ihren Dienstbefehlen, wenn solchen der Gehorsam verweigert wird und ihnen kein anderes Mittel zu Gebote steht, durch den Gebrauch ihrer Waffen Folge zu erzwingen: 1. bei thätlichem, mit der Waffe in der Hand geschehenem oder gedrohtem Angriffe eines Einzelnen oder Mehrerer auf ihre Person; 2. bei Allarmirungen im Felde, beim Marsche in's Gefecht, beim Gefechte selbst, beim Rückzuge, bei Verwehrung der Plünderung und ähnlicher Verbrechen im Kriege, wenn ihnen der Gehorsam beharrlich verweigert wird. — Von demselben Grundsätze gehen die §§. 94, 182, 194 des hannov., §. 145 des holst., §. 185 des preuss. und Art. 123 des grossh. hess., Art. 154 des sard. M. St. G. B. aus, und auch das tosk. G. B. scheint ihn anzuerkennen, indem es den M. Vorgesetzten verpflichtet, bei einer Revolte alle Gewaltmassregeln (*tutti i mezzi di forza*) anzuwenden, welche er zu deren Unterdrückung für angemessen hält (Art. 118). Das österr. M. St. G. B., welches bei der Feldflüchtigkeit, umsichgreifenden Plünderung und in mehreren anderen Fällen (siehe §§. 252, 255, 257, 259, 264, 282, 499) den Vorgesetzten berechtigt, den widerspänstigen Untergebenen augenblicklich zu tödten, macht von dieser

§. 35. Kurze Zusammenstellung des in diesem Abschnitte behandelten Stoffes.

Der Aufwiegelung macht sich schuldig, wer unter seinen Kameraden (zwei oder mehreren) eine den Vorgesetzten oder deren Anordnungen feindselige — zum Widerstande gegen dieselben geneigte Gesinnung zu erregen bestrebt ist.

Diese Definition begreift in sich auch das im sächsischen M. St. G. B. als Aufwiegelung bezeichnete Benehmen.

Meuterei ist die Vereinigung mehrerer (wenigstens dreier) M. Personen zu Verbrechen wider die Subordinazion und militärische Disziplin.

Aufstand ist die Zusammenrottung Mehrerer, um gegen Militärvorgesetzte und deren Anordnungen Widerstand zu leisten. Wenn es bei einem Aufstande durch die Widerspänstigkeit der Rotte so weit gekommen ist, dass zur Herstellung der Ordnung und des Gehorsams eine bewaffnete Gegengewalt angewendet werden muss, so ist Aufruhr vorhanden und jeder desselben schuldig, welcher von dem Zeitpunkte, wo die bewaffnete Gegengewalt erscheint, bei der Rotte verharret oder derselben sich zugesellt.

Auflauf ist die öffentliche Vereinigung mehrerer Personen zu irgend einem sträflichen, jedoch nicht verbrecherischen Zwecke.

Der Todesstrafe unterliegen:

1. Aufwiegelung bezüglich eines Dienstes gegen den Feind; bei einem Offizier jede Aufwiegelung in einer vor dem Feinde stehenden Truppe.

2. Meuterei unter der gleichen Voraussetzung gegen Anstifter, Anwerber, Rädelsführer, Offiziere, und wenn solche nicht betheiligt sind, die in derselben verflochtenen Unteroffiziere.

Berechtigung bei der Meuterei und Empörung keine Erwähnung, indessen glaube ich im Geiste der österr. M. Gesetzgebung die Behauptung aufstellen zu können, dass der Vorgesetzte nicht fehlt, der diese Massregel ergreift. Siehe §. 165 des österr. M. St. G. B., Anm. 96 und Dienstregl. v. J. 1860, I. Th. §. 3.

3. Aufstand unter der gleichen Voraussetzung, aber nicht bloß im Kriege, sondern auch im Frieden.

Von den übrigen Mitschuldigen am Aufstande sind mit dem Tode zu bestrafen:

a) Jene, welche an den Vorgesetzten sich thätlich vergriffen haben und daher nach dem schon bei der Subordinationsverletzung Angeführten (S. §. 15) dieser Strafe verfallen sind;

b) Jene, welche nach einem solchen Attentate oder

c) nach dem namentlichen Aufrufe in der Rotte verharren.

4. Aufruhr, und trifft hier die Todesstrafe alle Theilnehmer.

Eben so unterliegen nach kundgemachtem Standrechte alle Glieder der Rotte der Todesstrafe.

Straflos werden die Theilnehmer an der Meuterei, welche dieselbe und die Mitschuldigen zu einer Zeit, wo jede Gefahr noch beseitigt werden kann, freiwillig anzeigen. Bei dem Anstifter begründet die freiwillige Anzeige nur dann Straflosigkeit, wenn er früher erfolglos die sträfliche Verbindung aufzulösen bemüht gewesen ist, und seine Anzeige die Folge seiner strafbaren That verhindert.

Anstifter und Mitschuldige der Meuterei werden straflos, wenn Alle ausdrücklich das Aufgeben derselben freiwillig erklärt haben, ehe noch die Behörden (Vorgesetzten) davon Kenntniss hatten.

Injurien und Widersetzlichkeiten gegen M. Wachen sind analog den gleichen Delikten gegen M. Vorgesetzte, jedoch im Allgemeinen milder zu behandeln.

Die Todesstrafe tritt ein:

im Kriege und Frieden, wenn der Thäter a) die Wache mit Waffen schwer körperlich verletzt oder b) die Wache absichtlich in der Vollziehung eines wichtigen Dienstauftrages gehindert hat und hieraus ein bedeutender Nachtheil für den Dienst oder die Armee entstanden ist;

im Kriege, wenn der Thäter die Wache gewaltthätig angegriffen hat, es mag eine körperliche Verletzung erfolgt sein oder nicht, oder einen solchen Angriff auch nur versucht hat, wenn die Wache hiedurch an der Vollziehung eines wichtigen Dienstbefehles verhindert wurde, daraus ein grosser Nachtheil für den Dienst oder die Armee entstanden ist oder leicht hätte

entstehen können und letzteres von dem Thäter vorausgesehen werden konnte.

Der Begriff „Wache“ ist im Gesetze festzustellen.

Der M. Vorgesetzte, so wie die Wache, hat das Recht des Waffengebrauches. Ersterer, wenn Verbrechen gegen die Subordinazion und Disziplin nicht anders Einhalt gethan werden kann, letztere bei gewaltthätigen Angriffen gegen sie.

II. Das formelle Strafrecht.

§. 36. Behandlung des Stoffes.

Nachdem im ersten Theile die wichtigsten Bestimmungen des materiellen M. Strafrechtes in Betracht gezogen worden sind, komme ich nun zur Behandlung der M. Straf-Prozessordnung.

Zeigte uns schon der materielle Theil des M. St. R., ob schon der M. Dienst, die Pflichten des Soldaten, und daher auch die Art der Verletzung derselben in allen Staaten im Wesentlichen dieselben sind, dennoch in verschiedenen Ländern so Verschiedenartiges; so bietet uns der formelle Theil: das Strafverfahren, noch mehr Mannigfaltiges, im Wesentlichen Abweichendes, wenn wir dasselbe in verschiedenen Staaten betrachten.

Aus naheliegenden Gründen darf uns das Letztere nicht überraschen, nur soll die M. Gesetzgebung überall wenigstens so eingerichtet sein, dass darin keine Formen vorkommen, welche dem Zwecke des Strafprozesses widerstreiten.

So wie in meinen früheren Abhandlungen, so will ich auch hier, jedoch nicht unterbrochen in einzelnen Abschnitten, sondern im Zusammenhange die neuesten mir bekannten M. Strafprozessordnungen, nämlich Preussen, Schleswig-Holstein, Baiern, Frankreich und Sardinien, mit Ausschluss des Kontumaz-, Restitutions- und standrechtlichen Verfahrens nach ihren Hauptumrissen darstellen, hieran einige allgemeine Bemerkungen knüpfen, sodann die wesentlichen Bestimmungen, welche im M. St. P. vorzukommen haben, einer näheren Besprechung unterziehen.

Erster Abschnitt.

Positive Gesetze hierüber.

§. 37. Preussen (1845).

In Preussen zerfällt die M. Strafgerichtsbarkeit in eine höhere und niedere. Vor erstere (Kriegsgericht) gehören alle Offiziere und höhere M. Beamte ohne Unterschied der gerichtlichen Straffälle; andere Personen nur dann, wenn auf die strafbare Handlung eine schärfere als Arreststrafe angedroht ist; der letzteren (Standgericht) sind jene Fälle zugewiesen, welche nicht der höhern vorbehalten sind. Es mag die Sache zur Kompetenz eines Kriegs- oder Standgerichtes gehören, so steht die Einleitung der gerichtlichen Untersuchung nur dem im Gesetze berufenen M. Befehlshaber zu.

In den zum kriegsgerichtlichen Verfahren geeigneten Fällen führt die Voruntersuchung immer ein Auditor, dem in der Regel (§. 45) zwei Offiziere beigegeben werden ¹⁾. Das Kriegsgericht selbst besteht nebst dem Auditor als Referenten in der Regel mindestens aus 9 Personen (ein Präses und 4 Richterklassen); ist der Beschuldigte ein Offizier, so werden auch nur Offiziere als Richter bestellt (§§. 64 und 65) ²⁾.

Ist die Voruntersuchung geschlossen, so ordnet über den Vortrag des Auditors der kompetente M. Befehlshaber (in gewissen Fällen [§. 103] der König) die kriegsgerichtliche Untersuchung an. Hierauf beginnt das förmliche Verfahren gegen

¹⁾ Bei Dienstverbrechen eines höheren M. Beamten ist ein solcher beizuziehen. Gegen niedere Beamte führt der Auditor mit einem Aktuar die Voruntersuchung. In Standgerichtsfällen kann der Auditor durch einen Offizier vertreten werden, auch genügt die Beiziehung eines einzigen Offiziers.

²⁾ Beim Standgerichte sind immer nur 9 Richter nebst dem Auditor oder untersuchungsführenden Offizier als Referenten. Das Kriegsgericht über M. Beamte besteht aus zwei Offizieren, von denen einer (General oder Stabsoffizier, nach dem Range des Beschuldigten) Präses ist, aus zwei Auditoren, von denen einer zugleich als Referent bestellt ist, und aus einem M. Beamten. Das Standgericht bei Unterbeamten ist aus zwei Offizieren, zwei Unterbeamten und einem Auditor zusammengesetzt, welcher zugleich Referent ist. Hier, nicht im Kriegsgerichte über Beamte, kann der Inquirent auch zum erkennenden Richter bestellt werden.

den Beschuldigten. In jenen Fällen, wo der Angeklagte befugt ist, durch einen Andern sich vertheidigen zu lassen, muss ihm dies vor dem Schlussverhöre bekannt gemacht und seine Erklärung: wen er zum Vertheidiger haben wolle, zu Protokoll genommen werden. Die Vertheidigung durch einen Andern ist bei gemeinen Verbrechen zulässig, wenn dasselbe mit einer härteren als 3jährigen Freiheitsstrafe bedroht ist, bei militärischen, wenn letztere 10 Jahre übersteigt. Bei M. Verbrechen können nur M. Personen, bei gemeinen auch andere, in der Regel Auditore, als Vertheidiger bestellt werden³⁾. Die Vertheidigung durch Andere kann nur zum gerichtlichen Protokoll erfolgen. Dem Vertheidiger ist die Einsicht in die Gerichtsakten und die Unterredung mit dem Beschuldigten in Gegenwart des Inquirenten gestattet.

Ist dieses Verfahren geschlossen, so wird über den vom Auditor dem Gerichtsherrn betreff der Spruchreife der Akten erstatteten Vortrag die Spruchsitzung angeordnet. Der Beschuldigte wird vor das versammelte Spruchgericht vorgelassen, und wenn er gegen die Mitglieder des Gerichtes keine Einwendungen macht oder selbe behoben sind, der Richtereid vom Auditor abgenommen, der Inhalt der Akten von diesem vorgelesen, der Beschuldigte befragt, ob er zur Sache noch etwas anzuführen habe, nach Aufnahme seiner Erklärung und Fertigung das Protokoll geschlossen und derselbe entlassen.

Hierauf hält der Auditor den Vortrag, worin er auch den Antrag zu stellen hat, wie nach seiner rechtlichen Ueberzeugung zu erkennen sei. Wird auf eine Strafe von mehr als 3jähriger Einkerkerung, auf Entlassung oder Ausstossung, oder auf Lossprechung bei Verbrechen, welche mit einer dieser Strafen bedroht sind, angetragen, so muss der Vortrag schriftlich verfasst, in jedem Falle aber der wesentliche Inhalt des Vortrages mit dem Votum in das Protokoll aufgenommen werden.

Nach beendigtem Vortrage weist der Präses die Richter an, sich klassenweise abgesondert über die vom Auditor den Richtern betreff der Schuld und Strafe vorgelegten Fragen (§. 138) zu berathen und zu einem gemeinschaftlichen Votum in der Klasse sich zu vereinigen. Gestimmt wird von unten

³⁾ Bei den Standgerichten ist die Bestellung eines Vertheidigers unzulässig, auch entfällt dort der Schlusstermin.

hinauf. Nach erfolgter Abstimmung zählt der Auditor die Stimmen, trägt das Ergebniss in das Protokoll ein, macht selbes den Richtern bekannt und fertigt das Urtheil aus. Zur Giltigkeit desselben ist unbedingte Stimmenmehrheit erforderlich. Bei verschiedenen Meinungen wird die härteste der zunächst gelinderen so lange zugezählt, bis die unbedingte Mehrheit vorhanden ist⁴⁾. Nach dem Schlusse erinnert der Präses die Richter an die Pflicht, die Verhandlung geheim zu halten.

Die Erkenntnisse der Kriegs- und Standgerichte bedürfen zu ihrer Rechtsgiltigkeit der Bestätigung des kompetenten Kommandanten (in manchen Fällen — §. 154 — des Königs). Der Bestätigung des kriegsgerichtlichen Urtheils muss ein schriftliches Rechtsgutachten eines Auditors (der nicht Referent beim Kriegsgerichte war), und bei Vorlage der Akten an den König oder Kriegsminister des General-Auditoriums zum Grunde liegen.

Bei Bedenken gegen das Urtheil von Seite des begutachtenden Auditors oder des betreffenden M. Befehlshabers sind die Akten an das General-Auditorium zu leiten, die Aufhebung eines gesetzwidrigen Urtheils steht nur dem Könige zu.

Der M. Befehlshaber kann ein Urtheil unter den gesetzlichen Beschränkungen (§. 172) mildern, nie aber die zuerkannte Strafe ganz nachsehen.

Das bestätigte Erkenntniss wird sofort dem Abgeurtheilten publizirt, und ihm gleichzeitig bekannt gegeben, dass es nunmehr rechtskräftig sei.

Der M. Befehlshaber, welcher das Spruchgericht angeordnet hat, veranlasst die Vollstreckung.

Ueber Zivilpunkte entscheiden die Strafgerichte nicht.

Hinsichtlich der M. Beamten ist noch zu erwähnen, dass bezüglich der Vertheidigung die allg. Landesgesetze eintreten, jedes Mitglied des Spruchgerichtes eine Stimme habe, gegen das Urtheil binnen 10 Tagen die Berufung an das General-Auditorium zulässig sei, welches aus dem General-Auditor als Präsidenten und vier Obergerichtern besteht.

⁴⁾ Beim Standgerichte findet keine Beeidigung, sondern nur eine Ermahnung der Richter an ihre Pflicht durch den Präses statt, auch kein schriftlicher Vortrag. Das Verfahren, falls das Gericht die Akten nicht für spruchreif hält, bestimmt der §. 140.

§. 38. Schleswig-Holstein (1850).

Das M. Strafverfahren für die schlesw.-holstein. Armee ist in manchen Anordnungen mit dem preussischen übereinstimmend, z. B. in der Besetzung des Kriegsgerichtes über Beamte (§. 26), weicht aber auch in einigen Punkten wesentlich davon ab.

In Sch. H. bestehen niedere und höhere Kriegsgerichte und ein Oberlandesgerichtsrath mit einem Generalen, 3 Oberappellationsräthen und 2 Stabsoffizieren, ferner ein Anklage- so wie ein Rekursrath mit einem Generalen, einem Stabsoffizier und einem Auditor.

Der Anklagerath erkennt in den zur höheren Gerichtsbarkeit gehörigen Strafsachen über den Antrag auf Versetzung in den Anklagestand; der Rekursrath entscheidet über Ablehnungsanträge, über Beschwerden gegen Untersuchungsbeamte, Jurisdiktionschefs u. s. w.

Der Jurisdiktionschef ordnet über Antrag des Auditors die Voruntersuchung an. Innerhalb 24 Stunden nach erfolgter Haft muss der Beschuldigte vernommen werden. Die Voruntersuchung soll in der Regel in 14 Tagen beendet sein.

In den vor die höheren Kriegsgerichte⁵⁾ gehörigen Fällen hat über die von einem Untersuchungsbeamten mit

⁵⁾ Vor die niedere Gerichtsbarkeit gehören Gemeine, wenn auf keine härtere, als Arrest-, Unteroffiziere, wenn auf keine härtere als eine gegen sie zulässige Arreststrafe angetragen wird (§. 14). Die Voruntersuchung kann nöthigenfalls hier auch ein Offizier führen (§. 54). Nach geschlossener Voruntersuchung ordnet der M. Befehlshaber über den schriftlichen Vortrag des Untersuchungsbeamten die Stellung vor das niedere Kriegsgericht an (§. 102). Die Entscheidung ist sammt dem Verzeichnisse der Richter und deren Stellvertreter, dann der Zeugen dem Beschuldigten zuzustellen, um binnen 24 Stunden die allenfallsigen Ablehnungsgründe, seine weiteren Zeugen zur Kenntniss zu bringen und sich einen Vertheidiger zu wählen, da in diesem Falle die Zuordnung eines solchen von Amtswegen nicht stattfindet (§§. 103 und 104). Die Hauptverhandlung ist im Allgemeinen, wie bei den höheren Kriegsgerichten, die Richter werden ebenfalls beeidet. Die Stelle des öffentlichen Anklägers nimmt hier der Untersuchungsrichter ein. Ihm ist auch die Einleitung der Verhandlung durch eine kurze Darstellung des Sachverhaltes übertragen (§. 109), die Leitung des Verhörs selbst ist ihm nicht gestattet (§. 120). Nach geschlossener Verhandlung hat der Untersuchungsbeamte das Resultat mündlich vorzutragen und hieran einen bestimmten Antrag auf Schuldig- oder Freisprechen zu knüpfen, gegen welchen der Angeklagte,

einem beigegebenen Schriftführer gepflogene Voruntersuchung der M. Befehlshaber die Entscheidung des Anklagerathes zu veranlassen, ob der Angeschuldigte in Anklagestand zu versetzen sei oder nicht. Das Erkenntniss des Anklagerathes ist dem Beschuldigten unverzüglich zu eröffnen.

Bei der Kundmachung der Versetzung in Anklagestand ist der Beschuldigte aufmerksam zu machen, dass er binnen 3 Tagen einen Vertheidiger sich wählen dürfe. Sind M. Verbrechen Gegenstand der Untersuchung, so kann nur eine M. Person, bei gemeinen Verbrechen auch ein Advokat als Vertheidiger gewählt werden, und ist, wenn die Wahl unterbliebe, bei Strafe der Nichtigkeit von Amtswegen zu bestellen. Der Vertheidiger darf sich mit dem Angeklagten ohne Zeugen besprechen.

Nach der Versetzung in den Anklagestand bestimmt der M. Befehlshaber den öffentlichen Ankläger, der binnen 5 Tagen aus den ihm mitzutheilenden Akten die Anklageschrift zu verfassen hat. Der Anschluss des Beschädigten wegen Ersatzanspruch ist nicht zulässig.

Der Angeklagte erhält sofort die Anklage in Abschrift mit einem Verzeichnisse der Richter und deren Stellvertreter, um sonach allenfalls weitere Zeugen so wie Ablehnungsanträge gegen die Richter binnen 48 Stunden namhaft zu machen. Nach Ablauf dieser Frist wird die Gerichtssitzung angeordnet.

Die Verhandlungen des Kriegsgerichts sind in der Regel öffentlich. Die Sitzung wird vom Präses eröffnet, die Anklageschrift dem vorgeführten Beschuldigten vorgelesen, derselbe hierüber vernommen, die Zeugen nach und nach vorgerufen, nach ihrer Beeidigung verhört, wobei der öffentliche Ankläger

beziehungsweise dessen Vertheidiger zur mündlichen Ausführung zuzulassen ist, nach deren Beendigung der Untersuchungsbeamte die Fragen an die Richter stellt, worüber ebenfalls debatiert wird (§§. 122 und 124). Lautet der Wahrspruch auf „Schuldig“, so stellt der Untersuchungsbeamte den Strafantrag. Nach den hierüber von Seite des Angeklagten erhobenen Einwendungen und geschlossenen Ausführungen, dann Gegenausführungen (§. 132) wird das Urtheil gefällt. Dem Untersuchungsbeamten steht dagegen die Nichtigkeitsbeschwerde in jenen Fällen zu, wo sie im höheren Kriegsgerichte dem Staatsanwalte gestattet ist (§. 139). Ausser diesem Falle ist das Urtheil des niederen Kriegsgerichtes sogleich vollstreckbar (§§. 149—152).

sowohl als auch die Mitglieder des Gerichtes durch den die Vernehmung leitenden Untersuchungsbeamten oder durch den Präses Fragen stellen können. Nach Beendigung des Verhörs wird zuerst der öffentliche Ankläger mit der näheren Begründung seiner Anklage, dann der Angeklagte und sein Vertheidiger gehört, welchem auch das letzte Wort gebührt. Hierauf fasst der Untersuchungsbeamte das Ergebniss der Verhandlung in einem kurzen mündlichen Vortrage ohne Darlegung seiner Rechtsansicht zusammen und formulirt die an die Richter zu stellenden Fragen, worüber der Ankläger so wie der Angeklagte und Vertheidiger abermals vernommen werden. Die Entscheidung über beantragte Abänderungen sind nach Anhörung des Untersuchungsbeamten dem Gerichte überlassen. Ueber den Verlauf der Verhandlung wird ein Protokoll geführt, welches der Angeklagte und Vertheidiger einsehen können.

Nach Beendigung der Verhandlung treten die Richter mit dem Schriftführer in das Berathungszimmer, wohin ausser ihnen bei Strafe der Nichtigkeit keine weitere Person zugelassen wird, um zunächst über die Thatfrage zu entscheiden. Die Beantwortung der Fragen wird zur Seite derselben vom Schriftführer unter Angabe der Stimmenzal, jedoch ohne Benennung der einzelnen Stimmgeber niedergeschrieben. Nach geschlossener Abstimmung treten die Richter in den Verhandlungssaal und der Präses verkündet den Spruch. Lautet derselbe auf „Schuldig“; so erhält der öffentliche Ankläger (im niederen Kriegsgerichte der Untersuchungsbeamte) zunächst das Wort, um den Strafantrag zu stellen, wogegen der Angeklagte und Vertheidiger ihre Einwendungen erheben können. Ist auch diese Verhandlung geschlossen, so treten die Richter abermals in das Berathungszimmer und beschliessen die zu verhängende Strafe. Gestimmt wird immer von unten hinauf. Die Schuldigerklärung kann nur von 6 gegen 3 Stimmen erfolgen. Sind 5 Stimmen für die Schuld, 4 für die Freisprechung, so tritt der Vorsitzende des Gerichtes mit dem ältesten Mitgliede der Charge des Angeklagten und dem Untersuchungsbeamten zu einer Berathung zusammen. Sind sie einstimmig der Meinung, dass ein neues Kriegsrecht zu halten sei, so wird von denselben der geschehene Ausspruch verworfen und die Anordnung eines neuen Kriegsrechts veranlasst. Bei der Entscheidung des zweiten, aus anderen Mitgliedern zusammengesetzten

Kriegsrechtes hat es sein Verbleiben, auch wenn ein gleiches Stimmenverhältniss von Neuem sich ergeben sollte.

Das beschlossene Urtheil wird vom Untersuchungsbeamten nach Anordnung des Vorsitzenden verfasst und sofort publizirt. Ausser der Nichtigkeitsbeschwerde gibt es kein Rechtsmittel dagegen. Diese muss, in so ferne sie zulässig ist (§. 10), binnen 8 Tagen überreicht werden. Nur mit Genehmigung des betreffenden Jurisdiktionschefs kann auch der öffentliche Ankläger von diesem Rechtsmittel Gebrauch machen. Hierüber entscheidet der Oberkriegsrath in öffentlicher Sitzung. Ein Auditor vertritt dort die Stelle des Staatsanwaltes. Ueber den Vortrag des zum Berichtstatter ernannten Rathes erhält der Beschwerdeführer das erste, der Gegentheil das letzte Wort, worauf das Oberkriegsgericht zur Schöpfung des Urtheils sich zurückzieht, das sofort publizirt wird.

Wenn nicht die Bestätigung des Urtheils von Seite des kommandirenden Generals, wie bei Offizieren, oder der Staatsregierung bei der ausgesprochenen Todesstrafe (§. 152) erforderlich ist, auch ein Nullitätsgesuch nicht überreicht wurde, wird dasselbe sogleich rechtskräftig und vollziehbar.

Nur in einigen Fällen hemmen auch Gnadengesuche den Vollzug desselben (§. 149).

Der kommandirende General darf die zuerkannte Strafe nicht gänzlich nachsehen.

§. 39. Baiern (1856).

Der kompetente M. Befehlshaber ordnet nach Anhörung des Auditors die Untersuchung an.

Die Voruntersuchung führt ein Auditor mit einem Aktuar, bei Vergehen gegen militärische Dienst- und Standespflichten kann die Stelle eines Auditors auch durch einen Offizier versehen werden (Art. 15).

Ist die Voruntersuchung geschlossen, so hat die Verweiskommission über den Fortgang oder die Einstellung der Untersuchung zu erkennen. Dieselbe wird *a)* bei Verbrechen und Vergehen der Offiziere und der M. Beamten vom gleichen Range beim Divisionskommando, *b)* bei Vergehen der Soldaten bei deren Kommando abgehalten und besteht im Falle *a)* aus einem Generalen (Stabsoffizier) als Präses, einem Stabsoffizier

und Stabsauditor mit einem Protokollführer, im Falle *b*) aus einem Hauptmann (Rittmeister), einem Ober- und Unterlieutenant und dem Auditor, welcher die Untersuchung geführt hat, als Referenten. Im Falle *a*) hat der Stabsauditor eine entscheidende Stimme, im Falle *b*) der Auditor nur die Information. Der gefasste Beschluss wird dem kompetenten Kommandanten vorgelegt.

In Verweisungserkenntnissen über Verbrechen, welche mit Todes-, Ketten- oder Zuchthausstrafe bedroht sind, ist zugleich die Abfassung einer Anklageschrift zu verfügen, welche vom Stabsauditor, der in der Kommission referirte, auszuarbeiten ist.

Der Kommandant, an dem das Verweisungserkenntniss, gegen welches in der Regel ein Rekurs unzulässig ist (Art. 25)⁶), sammt den Akten gelangt, bestimmt den Sitzungstag zur Hauptverhandlung und ernennt zu diesem Behufe den Staatsanwalt (Auditor — Auditoriatspraktikanten oder einen hiezu befähigten Offizier) und den Auditor, welcher den juridischen Theil der Verhandlung leitet und welchem ein Protokollführer beigegeben wird. Dem Auditor werden die Akten zum Behufe seiner Amtshandlung, insbesondere zur Verfassung der Zeugenliste übergeben, welch' letztere sammt der Anklageschrift und dem Verweisungsbeschlusse in Abschrift dem Beschuldigten wenigstens 3 Tage vor der Sitzung zugestellt und ihm zugleich der Tag der Sitzung bekannt gegeben wird. Die Namen der Richter werden ihm nicht mitgetheilt. Auch ist ihm zu erklären, in wie ferne er einen Vertheidiger zu wählen berechtigt ist. Bei Verbrechen, worauf die Todes-, Ketten- oder Zuchthausstrafe festgesetzt ist, muss ein Vertheidiger aufgestellt werden, bei andern Verbrechen ist die Vertheidigung unbedingt, bei Vergehen nur über motivirtes Bitten des Beschuldigten gestattet (Art. 38). Vertheidiger können nur Offiziere, M. Beamte

⁶) Wenn der Kommandant, welcher bei Vergehen der Soldaten die Kommission niedergesetzt hat, den gefassten Beschluss deswegen beanstandet, weil die Verweisung der Sache an eine andere Stelle oder Behörde oder die Einstellung des Strafverfahrens beschlossen wurde, so hat er die Akten an das betreffende Armee-Divisionskommando einzusenden, damit der Beschluss durch die dort zu berufende Verweisungskommission einer Revision unterstellt und nach Befund der Sache abgeändert werde (Art. 18 Abs. 4, 21, Z. 2 und 3, 25).

im Offiziersrange und Auditoriatspraktikanten sein, der Beschuldigte hat immer das Recht, einen vorzuschlagen.

Der Gang der Verhandlung, sei es vor den Kriegsgerichten (bei Verbrechen, bestehend aus einem Präses und 6 Richterklassen, jede zu 2 Richtern)⁷⁾ oder einer grösseren Kommission (bei Vergehen bestehend aus dem Präses und 2 Richterklassen) ist folgender:

Der Vorsitzende erklärt die Sitzung für eröffnet⁸⁾. Der vorgeführte Beschuldigte wird über allenfallsige Einwendungen gegen die Richter befragt, und wenn keine gemacht oder die vorgebrachten behoben sind, werden die Richter beeidet (bei grösseren K. Kommissionen erfolgt bloss eine feierliche Angelobung der Erfüllung der Richterpflcht, wie selbe in der Eidesformel dargestellt ist — Art. 47 —). Der die Verhandlung leitende Auditor trägt das Verweisungserkenntniss, und wo eine Anklageschrift besteht, diese vor, sodann bezeichnet der Staatsanwalt die Beweismittel im vorliegenden Falle, macht die Belastungs- und Entlastungszeugen namhaft. Der Vorsitzende lässt die Zeugen eintreten, um zu sehen, ob alle gegenwärtig sind. Ist dies der Fall, oder sind allenfallsige Anstände behoben, so werden sie wieder aus dem Verhandlungssaale entlassen. Der Angeschuldigte wird über die Anklage vernommen, hierauf die vorgerufenen Zeugen nach ihrer vorläufigen Beeidigung; liegen keine Anträge auf eine weitere Erhebung vor, so erklärt der Präses das Beweisverfahren für geschlossen.

Nun ergreift der Staatsanwalt, dann der Angeklagte — Vertheidiger — das Wort. Erklärt Letzterer auf die nach beendetem Plaidoyer vom Auditor gestellte bezügliche Frage, dass er zur Vertheidigung nichts mehr anzubringen habe, so wird die Verhandlung geschlossen und die Richter ziehen sich zur Fällung des Urtheils zurück, wohin auch der Auditor sammt

⁷⁾ Bei Amtsverbrechen oder derlei Vergehen der M. Beamten treten in das Kriegsgericht statt 2 Offiziere zwei Beamte, und ein solcher in die grössere Kriegskommission ein. Im Kriegsrechte über Offiziere und in grösseren Kriegskommissionen überhaupt ist die Mannschaft ausgeschlossen.

⁸⁾ In Baiern ist nur eine beschränkte Oeffentlichkeit, Zivilpersonen sind ganz ausgeschlossen; Offiziere, M. Beamte und Auditoriatspraktikanten haben unbedingt das Recht des Zutrittes, Unteroffiziere und Gemeine nur mit Genehmigung des Kommandanten. Aus Gründen, der öffentlichen Ordnung, Sittlichkeit und Disziplin kann die Oeffentlichkeit beseitigt werden.

den Akten aus dem Grunde folgt, um auf Verlangen Auskünfte zu ertheilen; auf den Beschluss selbst hat er in keiner Weise einzuwirken.

Nach der unter der Leitung des Vorsitzenden geschehenen Berathung⁹⁾ geben die Richter einzeln von unten hinauf ihre Stimme ab und zwar zuerst über die Schuldfrage, dann über die Strafe. Zum Beschlusse genügt einfache Stimmenmehrheit. Jene, welche gegen den Schuldausspruch gestimmt haben, können sich des Ausspruches über die Strafe enthalten, ihre Stimme wird in diesem Falle den dem Beschuldigten günstigeren gezählt. Berathung und Abstimmung sind geheim, es wird darüber kein Protokoll aufgenommen, der Auditor bemerkt sich lediglich die Stimmen und zählt zum Schlusse, wofür sich die Mehrheit ausspricht.

Sobald der Beschluss gefasst ist, hat der Auditor das Urtheil mit den Entscheidungsgründen zu verfassen, welches von ihm, dem Protokollsführer und dem Präses gefertigt sofort kund gemacht wird¹⁰⁾. Tritt eine nothwendige Revision ein, so ist der Angeschuldigte hievon sogleich nach der Kundmachung zu verständigen, und bei einer ausgesprochenen Strafe ist ihm zu eröffnen, dass er binnen 24 Stunden seine Beschwerde, allenfalls neue Thatsachen und Beweise zu Protokoll geben könne.

Ueber die Verhandlung des Kriegsgerichts mit Einschluss der Kundmachung des Urtheils und der erwähnten Belehrung wird ein Protokoll geführt.

Das publizierte Urtheil sammt den Akten wird nun dem kompetenten Kommandanten zum Vollzuge und bezüglich weiterer Vorlage zugemittelt. Dabei ist Folgendes zu merken:

Die Urtheile der grösseren Kriegskommissionen über die Mannschaft sind sogleich vollstreckbar (Art. 81 des Gesetzes

⁹⁾ Bei der grösseren K. Kommission findet die Berathung in Vereinigung aller Richter statt, bei den Kriegsgerichten nur, wenn die Richter Offiziere sind. Besteht das Gericht aus Offizieren und Unteroffizieren, so hat der Auditor zuerst bei der Berathung der Unteroffiziere, dann der Offiziere gegenwärtig zu sein (Art. 59--62).

¹⁰⁾ Die Ersatzpflicht wird im Urtheile nur für ärarische Beschädigung ausgesprochen.

v. J. 1856 und §. 514 der D. V.)¹¹⁾; jene über die Offiziere und M. Beamte, so wie alle Urtheile der Kriegsgerichte unterliegen nothwendig einer Revision und zwar die Urtheile über Offiziere und Beamte in Vergehen beim Divisionskommando, in Verbrechen beim General-Auditoriat. Der Gerichtshof besteht im ersten Falle aus einem Generalen oder Stabsoffizier als Vorsitzenden, 3 Stabsoffizieren, einem Stabsauditor (zugleich Referent) und einem Protokollsführer, im zweiten Falle *a*) bei gemeinen Verbrechen aus einem Generalen, 4 Obergerichtspräsidenten (Einer Referent) und einem Protokollsführer; *b*) bei M. Verbrechen aus dem Präsidenten oder Vizepräsidenten des General-Auditoriat, 2 Stabsoffizieren, 2 Obergerichtspräsidenten (Einer Referent) und dem Protokollsführer. Hat das Kriegsgericht die Todesstrafe ausgesprochen, so besteht der Gerichtshof nebst dem Vorstande aus 6 Obergerichtspräsidenten bei gemeinen, und aus 3 Stabsoffizieren dann 3 Obergerichtspräsidenten bei militärischen Verbrechen.

Die Sitzungen sind geheim, dabei interveniren weder Ankläger noch Vertheidiger und es wird über den schriftlichen Vortrag abgestimmt.

Ueber den Vortrag des Referenten prüft das Revisionsgericht: 1. ob die wesentlichen Förmlichkeiten des Prozesses beobachtet seien, 2. ob der Ausspruch über Schuld oder Nichtschuld nach Lage der Akten gerechtfertigt erscheine, 3. ob im Falle der Verurtheilung die Strafe richtig gestellt sei.

Werden diese Fragen bejaht, so wird das Urtheil des Kriegsgerichtes bestätigt, im entgegengesetzten Falle wird es aufgehoben.

Sind in der Hauptverhandlung keine Förmlichkeiten verletzt, ist auch der Schuldausspruch gerechtfertigt, aber die Strafe nicht richtig gestellt, d. i. über die gesetzliche Grenze hinaus, so macht das Revisionsgericht den verbesserten Strafausspruch, ohne deswegen das ganze Urtheil zu annulliren. Wird das Urtheil vernichtet, so wird die Verhandlung an ein anderes

¹¹⁾ Ueberzeugt sich die grössere Kriegskommission, dass die als Vergehen zur Hauptverhandlung verwiesene That ein Verbrechen sei, so hat sich dieselbe der Aburtheilung zu enthalten und die Sache zur Hauptverhandlung vor das Kriegsgericht zu verweisen; diese Verweisung hat dieselbe Wirkung, als ob sie von der im Art. 18, Abs. 2 bezeichneten (Verweisungs-) Kommission ausgegangen wäre (Art. 63).

Gericht verwiesen. Eine Vernichtung kann auch wiederholt ausgesprochen werden.

Wird das Urtheil nicht vernichtet, so geht es an den betreffenden Kommandanten, der den Vollzug anordnet.

Die Begnadigung steht nur dem Könige zu, dem auch jedes Urtheil, welches auf Tod oder bei Offizieren auf Entlassung lautet, vom General-Auditoriat zur Schlussfassung vorzulegen ist.

§. 40. Frankreich (1857).

In Frankreich ist für jedes Divisionsgericht ein ständiges (in einigen D. Gebieten noch ein zweites) Kriegsgericht, nebst dem Präses aus 6 Richtern bestehend, bestimmt. Bei Kriegsgerichten über Offiziere und dem Range derselben gleichgestellte Personen sind auch hier Unteroffiziere ausgeschlossen. Bei jedem Kriegsgericht ist ein k. Kommissär (commissaire impérial) als Staatsanwalt, ein Berichterstatter (rapporteur) und ein Gerichtsschreiber (greffier) angestellt. Dem letzteren sind Gehilfen, den beiden ersteren, welche aus den hiezu befähigten höhern Offizieren, Hauptleuten, Unterintendanten ernannt werden, Substituten beigegeben. Jeder Richter muss wenigstens 25 Jahre alt und Franzose sein.

Das Verfahren bei den Kriegsgerichten¹²⁾ bei den im Friedenszustande¹³⁾ befindlichen Divisionen ist folgendes:

Sobald ein Verbrechen (Vergehen) verübt worden ist, hat die unter der Dienstgewalt des Divisions-Generals mit der Handhabung der militärgerichtlichen Polizei (police judiciaire militaire) betraute Person (Platzadjutant, Offiziere, Unteroffiziere und die Befehlshaber der Brigade in der Gendarmerie, die Befehlshaber der M. Stazionen [les chefs de poste] u. s. w.), dann

¹²⁾ Die Prévôtal- (Profossen-) Gerichte erkennen nur bei Uebertretungen gegen die Disziplin und solchen Vergehen, wo die Strafe 6 Monate Gefängniss oder 200 Franken nicht übersteigt und nur über Personen, die zum Gefolge der Armee gehören, wie Marketender, Krämer u. s. w. Ferner über Forderungen auf Schadenersatz bei den zu ihrer Kompetenz gehörigen Uebertretungen, die 150 Franks nicht übersteigen (Art. 15). Das Verfahren s. in Art. 173 und 174.

¹³⁾ Für die Kriegsgerichte bei der Armee bestehen einige Ausnahmen (Art. 152—158).

im Falle der Ergreifung auf frischer That, der Rapporteur bei den Kriegsgerichten die Nachforschung und Erhebung zu pflegen und die Schuldigen jener Dienstgewalt zu übergeben, welche mit der strafgerichtlichen Verfolgung derselben vor den M. Gerichten beauftragt ist. Die aufgenommenen Verhandlungen selbst werden sammt den dazu gehörigen Gegenständen dem Divisions-General übersendet. Die gerichtliche Untersuchung kann bei Strafe der Nichtigkeit nur auf Befehl des Divisions-Generals (des Kriegsministers bei Personen vom Obersten aufwärts), die Sache zu untersuchen (*l'ordre d'informer*), stattfinden. Zu diesem Behufe werden die eingelangten Akten von ihm an den betreffenden k. Kommissär und von diesem an den Berichterstatter übermittelt. Dieser verhört nun den Beschuldigten, die Zeugen, erlässt die erforderlichen Requisitionen und verfügt auch das Erscheinen oder Vorführen des Beschuldigten vor Gericht. Der Befehl wird dazu vom k. Kommissär an den militärischen Ortsbefehlshaber zur Ausführung gerichtet; über den allenfalls erlassenen Haftbefehl wird dem Divisionsgeneral berichtet (Art. 105).

Ist die Instruktion geschlossen, so übersendet der Rapporteur die Akten mit seinem Gutachten an den k. Kommissär und dieser mit seiner Ansicht an den Divisions-General (Kriegsminister), welcher die Versetzung in den Anklagestand anordnet, und unter gleichzeitiger Zusammenberufung des Kriegsgerichtes an einem bestimmten Tage den Befehl an den k. Kommissär ausfertigt, welcher 3 Tage vor dem Zusammentritte des Kriegsgerichtes den Angeklagten hievon in Kenntniss setzt, wobei er das Verbrechen, dessen er beschuldigt wird, das zur Anwendung kommende Gesetz und jene Zeugen, welche er vorzuladen beschlossen hat, bekannt gibt. Bei Strafe der Nichtigkeit hat er den Angeklagten zu verständigen, dass, wenn er keinen Vertheidiger wählt, ein solcher von Amtswegen ihm bestellt werden würde. Dieser ist aus den M. Personen, Advokaten und Sachwaltern, oder auch mit Erlaubniss des Präsidenten aus der Zal der Verwandten oder Freunde zu wählen.

Die Sitzungen des Kriegsgerichts sind in der Regel öffentlich. Der Angeklagte wird vorgeführt, der Präsident fragt ihn um das Nazonale, lässt durch den Gerichtsschreiber den Befehl zur Zusammenberufung des Kriegsgerichtes, die Anträge des Rapporteurs und des k. Kommissärs, so wie jene Akten,

deren Kenntniss dem Gerichtshofe nöthig ist, vorlesen, macht dem Angeklagten das Verbrechen bekannt, dessen er beschuldigt ist, und verhört sodann den Angeschuldeten und die Zeugen.

Ist das Verhör geschlossen, so wird der k. Kommissär mit seinen Anträgen gehört. Er entwickelt die Beweisgründe zur Unterstützung seiner Anklage, hierauf folgt die Entgegnung des Angeklagten und seines Vertheidigers, die bei ferneren Erwiderungen des k. Kommissärs immer das letzte Wort haben.

Ist dieses gesprochen, so fragt der Präses den Angeklagten, ob er noch etwas zu seiner Vertheidigung hinzuzufügen habe; nach erfolgter Antwort erklärt er die Verhandlung für geschlossen und lässt den Angeklagten abführen.

Die Richter begeben sich nun in das Berathungszimmer; sie dürfen mit Niemanden mehr sprechen und nicht auseinander gehen bis nicht das Urtheil gefällt ist. Der k. Kommissär darf dabei nicht anwesend sein. Der Präses stellt zuerst die Frage über die Schuld, welche gegen den Angeklagten nur mit einer Majorität von 5 gegen 2 Stimmen entschieden werden kann; sodann über die Strafe, wo derselbe Grundsatz gilt. Kann sich eine solche Majorität über eine Strafe nicht vereinigen, so wird jene Meinung angenommen, welche in Betreff der Anwendung der Strafe die günstigere ist (Art. 132—134).

Der Präses sammelt die Stimmen von unten hinauf und gibt seine Meinung zuletzt ab.

Das in Gemässheit der Art. 139 u. 140¹⁴⁾ vom Gerichtsschreiber verfasste Urtheil, wird von diesem, den Richtern und Präses gefertigt, und sofort vor der unter den Waffen stehenden Wache dem Angeklagten durch den Gerichtsschreiber vorgelesen, wobei der Angeklagte verständigt wird, dass er binnen 24 Stunden seine Nichtigkeitsbeschwerde bei dem Revisionsgerichte anbringen könne (Art. 141). Dieselbe Frist hat

¹⁴⁾ Der eine Strafe verhängende Spruch verurtheilt den Angeklagten auch zum Ersatz der Kosten an den Staat; ausserdem verordnet derselbe in den gesetzlichen Fällen die Konfiskazion der in Beschlag genommenen Gegenstände und die Rückgabe aller in Beschlag genommenen oder zum Beweise der Ueberführung in der Untersuchung vorgebrachten Gegenstände, sei dies im Interesse des Staates oder des Eigenthümers (Art. 139).

der k. Kommissär, falls er zufolge der Art. 409 und 410 der a. St. P. O. die Nichtigkeit beantragen will.

Wird eine Nichtigkeitsbeschwerde nicht eingebracht, so verfügt der Divisions-General sofort den Vollzug des Urtheils.

Ist die Nullität angesucht, so werden die Akten an das Revisionsgericht, unter dem das Kriegsgericht steht, gesendet. Das R. G. besteht aus einem General als Präsidenten und 4 Richtern; dabei befindet sich ein k. Kommissär und Greffier. Es hat nur in jenen Fällen zu entscheiden, wo das Urtheil aus gesetzlichen Gründen (Art. 74) als nichtig angefochten wird.

Der k. Kommissär des R. G. schickt die dahin gelangten Akten in die Kanzlei des Gerichtes, wo der Vertheidiger binnen 24 Stunden sie einsehen und die ihm zweckmässig erscheinenden Eingaben machen kann; nach dieser Frist werden sie vom Präsidenten an einen der Richter zum Referiren gesendet, was in 3 Tagen zu erfolgen hat.

Der Referent hält den Vortrag in öffentlicher Sitzung über die Beweisgründe der Beschwerde, knüpft daran seine Bemerkungen, ohne jedoch sein Urtheil darüber abzugeben, worauf der Vertheidiger und sodann wieder der k. Kommissär, um seine Ansicht und seinen Schlussantrag, zuletzt nochmals der Vertheidiger gehört wird. Hierauf ziehen sich die Richter zurück, berathen in Abwesenheit des Kommissärs und Gerichtsschreibers. Ueber den Antrag des Referenten wird von unten hinauf abgestimmt, das nach Stimmenmehrheit vom Greffier verfasste Urtheil wird in Urschrift (*la minute*) vom diesem und dem Präsidenten unterfertigt und sofort in der öffentlichen Sitzung kundgemacht.

Im Falle der Vernichtung des Urtheils wird die Verhandlung an ein anderes (bei der Inkompetenz an das kompetente) Kriegsgericht übertragen und wird auch das zweite Urtheil als nichtig erklärt, an ein drittes Kriegsgericht verwiesen, welches, was den Rechtspunkt betrifft (*sur le point de droit*) sich der Entscheidung des Revisionsgerichtes zu unterwerfen hat (*se conformer*). Das dritte Urtheil kann nur auf dem Wege der Kassation im Interesse des Gesetzes und nach den Bestimmungen der Art. 441 und 442 der a. St. P. O., sonst aber mit denselben Beweismitteln nie angefochten werden. S. Art. 80—82, 146 und 147 über die Berufung an den Kassationshof.

§. 41. Sardinien (1859).

In dem Hauptorte einer jeden Division befindet sich ein ständiges Kriegsgericht (*tribunale militare*) und eine Verweisungskommission (*commissione d'inchiesta*). Ersteres besteht aus sechs Mitgliedern, der Präsident ist ein Oberst oder Oberstlieutenant, und wenn ein Offizier vor das Kriegsgericht gestellt wird, ein General, das jüngste Mitglied ist ein Hauptmann; letztere aus 3 Mitgliedern.

Ausserdem ist bei jedem Tribunale zum Behufe der Instruktion des Prozesses ein Hauptmann oder Subalternoffizier als *Istruttore*, ein Staatsanwalt (*l'avvocato fiscale militare*), welcher Doktor der Rechte sein soll, und ein Sekretär angestellt. Für die Richter sind Supplenten, für den Staatsanwalt und Sekretär Substituten bestimmt, dem *Istruttore* ist nöthigenfalls ein Adjunkt beigegeben. Die Ernennung geht vom Könige aus und erfolgt bei den Richtern auf 2 Jahre.

Der Vertheidiger kann ein Offizier oder Rechtsanwalt sein.

Das oberste Militärtribunal besteht aus einem Präsidenten in der Charge eines Generallieutenants, 3 Generälen und 5 Richtern aus dem Stande der höchsten Zivilgerichtsstellen. Das öffentliche Interesse vertritt ein General-Staatsanwalt (*avvocato generale militare*).

Wenn der *Istruttore* bei einer von M. Personen begangenen strafbaren That nicht selbst sein Amt handeln kann, so haben die im Art. 330 benannten Offiziere und in deren Ermanglung die Beamten der gerichtlichen Polizei von Amtswegen einzuschreiten, den Thatbestand zu erheben, die Beweise zu sammeln und das Ergebniss dieser vorläufigen Untersuchung (*istruzione preliminare*) dem *Istruttore* (oder Staatsanwälte) beim M. Tribunale mitzutheilen, der sodann zur eigentlichen Voruntersuchung (*istruzione formale*) übergeht, und zu diesem Behufe die Zeugen und zwar vor ihrer Aussage beeiden kann. Die vom Sekretär geschriebenen Protokolle werden von diesem, dem *Istruttore* und dem allenfalls gegenwärtig gewesenen Staatsanwälte unterfertigt. Haftbefehle werden vom *Istruttore* im Einverständnisse mit dem Staatsanwälte erlassen und dem zuständigen Kommandanten zum Vollzuge zugeschickt (Art. 383). Der Verhaftete erhält hievon eine Abschrift.

Wenn während der Voruntersuchung der Beschuldigte die Inkompetenz oder die Erlöschung der Strafbarkeit seiner That z. B. durch Verjährung einwendet, so wird dadurch dieselbe nicht unterbrochen.

Nach beendeter Voruntersuchung werden die Akten mit den Anträgen des Staatsanwaltes vom Istruttore mittelst Berichtes der Verweisungskommission zugesendet (Art. 371 u. 394).

Hält die Kommission die Voruntersuchung für unvollständig, so ordnet sie die Ergänzung an.

Ist dieselbe der Meinung, dass keine gerichtlich zu verfolgende Handlung (reato) vorliege, oder der Beschuldigte derselben nicht hinlänglich beinzichtigt oder die Erlöschung der Strafe eingetreten sei, so erklärt sie, dass das gerichtliche Verfahren nicht Platz greife und verfügt die Entlassung des allenfalls Verhafteten. Gegen diese Entscheidung kann der Staatsanwalt an die höhere, aus einem Generalen und zwei Stabsoffizieren bestehende Kommission (*commissione di revisione d'inchiesta*) rekurriren (Art. 395 u. 406).

Ist keiner der erwähnten Gegengründe vorhanden, so spricht die Kommission aus, dass der Beschuldigte in den Anklagestand versetzt werde und verfügt dessen Uebergabe an das zuständige Gericht. Der Spruch enthält das Nazonale des Beschuldigten, die wesentlichen Anträge des Staatsanwaltes und deren Begründung, eine kurze Darstellung der That, ihre Qualifikation, die Erschwerungs- und Milderungsumstände und das anzuwendende Gesetz. Der Beschuldigte erhält hievon eine Abschrift mit dem Beifügen, dass es ihm freistehe, einen Vertheidiger sich zu wählen und dass im Unterlassungsfalle ein solcher vom Präsidenten des Tribunals werde bestellt werden. Die geschehene Wahl wird dem Gewählten und Staatsanwalte bekannt gegeben. Ohne hinreichende Gründe, worüber der Präsident entscheidet, darf Niemand die Vertheidigung ablehnen (Art. 414). Dem Vertheidiger ist die Einsicht und auch die Abschriftnahme der Akten gestattet. Allenfallsige Nullitätseinwendungen muss er binnen 3 Tagen einbringen.

Innerhalb 5 Tagen nach der Bestellung des Vertheidigers hat der Staatsanwalt diesem und binnen weiterer 8 Tage der Vertheidiger dem Staatsanwalte die Zeugenliste zuzusenden und in der letzteren Frist auch seine Einwendungen gegen die Richter und Belastungszeugen einzubringen.

Hierauf übergibt der Staatsanwalt sämtliche Akten dem Präsidenten des Kriegsgerichtes, welcher den Tag zur Hauptverhandlung bestimmt, die Vorforderung der Zeugen verfügt und 24 Stunden vor der Verhandlung den Beschuldigten und dessen Vertheidiger davon verständigt.

Der Präsident leitet die Verhandlung. Vermöge der ihm eingeräumten diskreziären Gewalt kann er alle Mittel anwenden, welche ihm zweckmässig erscheinen, die Wahrheit auszuforschen und insbesondere die sogenannten Auskunftszeugen vorladen, welche ohne Beeidigung um Aufklärungen (schiarimenti) befragt werden.

Die Sitzung ist, wenn nicht Gründe der Sittlichkeit oder der öffentlichen Ordnung entgegenstehen, öffentlich.

Der Präsident fragt den ohne Fesseln vorgeführten Angeklagten um sein Nazonale, der Sekretär trägt die Anklage vor, welche dann der Staatsanwalt näher ausführt. Hierauf werden vom Sekretär die Listen der Belastungs- und Entlastungszeugen vorgelesen. Entspinnt sich über die Zulassung oder Ausschliessung der Zeugen eine Debate zwischen dem öffentlichen Ankläger und Vertheidiger, so entscheidet hierüber das Tribunal. Der Spruch, dem die Gründe beizufügen sind, wird vom Präsidenten und Sekretär unterschrieben.

Zuerst werden die vom Staatsanwalte angeführten Zeugen in der von ihm angegebenen Ordnung, sodann jene des Angeklagten vernommen. Nach Beendigung des Verhörs kann der Angeklagte oder Vertheidiger durch den Präsidenten Fragen an den Zeugen stellen. Auch der Staatsanwalt kann ihn befragen, so wie die Richter, indem sie den Präsidenten um das Wort bitten (Art. 440).

Nach geendigtem Verhör begründet der Staatsanwalt mündlich seine Anklage, diesem folgt die Erwiderung des Vertheidigers, der immer das letzte Wort hat. Hierauf übergibt Ersterer eine schriftliche Ausführung der Anklage mit seinem Antrage und der Berufung auf das Gesetz, auf welches dieser sich stützt; dasselbe thut der Vertheidiger bezüglich der Vertheidigung. Beide werden vom Sekretär vorgelesen und dem über die ganze Verhandlung geführten Protokolle (Art. 455) allegirt.

Ist die Verhandlung geschlossen, so begeben sich die Richter mit dem Sekretär in das Berathungszimmer. Der

Präsident stellt die von den Richtern zu beantwortenden gehörig formulirten Fragen über die Schuld, über die Erschwerungs- und Milderungsumstände und über das in Anwendung kommende Gesetz. Die Richter stimmen ab unter Anführung der Gründe über die Schuld, und ist diese ausgesprochen, über die Strafe (Art. 461). Das Urtheil wird gefällt nach Mehrheit der Stimmen, sind sie gleich, so gilt der mildere Ausspruch; sind mehrere Meinungen, so werden die strengeren den minder strengeren so lange zugezählt, bis die Mehrheit der Stimmen sich ergibt. Das vom Sekretär verfasste, von ihm und den Richtern unterfertigte Urtheil wird in öffentlicher Sitzung vom Präsidenten kundgemacht (Art. 468 u. 469).

Lossprechungen werden sogleich, Verurtheilungen dann in Vollzug gesetzt, wenn binnen 24 Stunden dagegen nicht die Nullität angemeldet wird (Art. 323 u. 472). Den Vollzug überwacht der Staatsanwalt.

Die in Folge der Nichtigkeitsbeschwerde beim obersten Kriegsgerichte eingelangten Akten werden vom Präsidenten einem Richter, welcher nicht dem Militärstande angehört, zum Vortrage zugetheilt. Die Sitzung ist öffentlich, das öffentliche Interesse vertritt der General-Staatsanwalt, der Vertheidiger hat das letzte Wort. Der Referent trägt im Berathungszimmer den Sachverhalt vor und gibt zuerst seine Stimme ab. Mehrheit der Stimmen entscheidet. Das Urtheil wird motivirt, vom Präsidenten, Referenten und Sekretär unterfertigt und in der öffentlichen Sitzung publizirt.

Wird das Urtheil des Kriegsgerichtes annullirt, weil keine Schuld vorliegt oder die Strafbarkeit schon erloschen ist, so wird die sogleiche Entlassung aus der Haft angeordnet. Bei der Nichtigkeit wegen Inkompetenz wird die Sache an das zuständige, sonst an das nächste Tribunal gewiesen.

Wird der Strafausspruch für nichtig erklärt, so ist nochmals über die Strafe zu erkennen. Erfolgt die Nullität wegen eines Formgebrechens, so hat die ganze Verhandlung von dem Punkte neu zu beginnen, wo dieses Gebrechen sich vorfindet.

Die vom obersten Tribunale betreff des Rechtspunktes getroffene Entscheidung ist für das Kriegsgericht massgebend.

Wird das Nullitätsgesuch verworfen, so sendet der General-Staatsanwalt den Akt dem Staatsanwalte des Tribunals zum Vollzuge.

Im Kriege werden Tribunale bei der Armee errichtet, die Richter entweder durch das Loos oder durch die Wahl berufen (Art. 515). Das Verfahren ist im Wesentlichen dasselbe wie im Frieden, nur entfallen die Verweisungskommissionen, die Anklage verfasst der Staatsanwalt, die Vertheidigung übernehmen Offiziere. Das Urtheil wird dem Befehlshaber zugesendet, welcher die Untersuchung angeordnet hat (Art. 527 u. 531). Meint er, dass auf königliche Begnadigung angetragen werden könne, so übersendet er den Akt mit seinem Gutachten dem Armeekommandanten; ausserdem ordnet er den Vollzug an (Art. 515—519, 526—533).

Das sard. M. St. G. B. lässt die Aufstellung eines Vertheidigers zwar ebenfalls nicht im Kontumaz- wohl aber abweichend von anderen M. Gesetzen beim standrechtlichen Verfahren zu (Art. 487 und 543).

§. 42. Vergleichende Bemerkungen.

Vergleichen wir diese M. Strafprozessordnungen, so bemerken wir hinsichtlich der Kriegsgerichte Folgendes:

1. Nach allen — in Sardinien jedoch nur im Kriege Art. 526 — ordnet gleichförmig ein M. Befehlshaber die Einleitung der Voruntersuchung an; aber schon im weiteren Stadium der Untersuchung finden wir eine Verschiedenheit, indem die Anordnung der kriegsrechtlichen Verhandlung nicht mehr (wie in Preussen §. 102, Frankreich Art. 108) einem M. Befehlshaber zusteht, sondern vom Beschlusse einer Kommission (Anklagerath in Schleswig-Holstein §. 89, Verweisungskommission in Baiern Art. 18 u. ff., commissione d'inchiesta in Sardinien Art. 394 u. ff.) abhängt.

2. Die Voruntersuchung führt ein Auditor (eine hiezu wissenschaftlich und praktisch herangebildete rechtskundige M. Person) oder ein hiezu bestimmtes (in praktischer Beziehung für geeignet gehaltenes) Individuum aus dem Stande der M. Beamten, Offiziers, ja selbst Unteroffiziers (Frankreich Art. 4 und 84 und Instrukzion des Kriegsminister Vaillant bei der Kundmachung des Strafgesetzes; Sardinien Art. 279, 330 u. ff.). Insoweit es erforderlich ist, schreiten auch die Zivilbehörden ein.

3. Die Hauptverhandlung ist nicht überall öffentlich, und auch die Oeffentlichkeit ausser den Gründen der Sittlichkeit

und Disziplin mehr oder weniger beschränkt in Bezug auf die Personen, welche Zutritt haben. Baiern lässt nur M. Personen zu (Art. 42). Frankreich (Art. 113), Schleswig-Holstein (§. 106) und Sardinien (Art. 423) kennen diese letztere Beschränkung nicht.

4. Oeffentliche Ankläger (Staatsanwälte) bestehen in Schleswig-Holstein §. 95, Baiern Art. 30, 57 u. a., Sardinien (Art. 280, 299), dann unter der Benennung k. Kommissär in Frankreich Art. 108, 128, 140 u. a.

5. Die Vertheidigung ist im Prinzipie anerkannt, theils aber nur schriftlich zulässig (Preussen §. 114), theils aber auch in öffentlicher Sitzung mündlich gestattet, wobei wieder Beschränkungen bestehen a) hinsichtlich der Personen, welche als Vertheidiger interveniren (Preussen §. 117, Schleswig-Holstein §. 94); b) rücksichtlich der strafbaren Handlungen. Dort, wo ein Unterschied in der Zusammensetzung der militärgerichtlichen Spruchgerichte mit Rücksicht auf die Personen oder strafbaren Handlungen besteht, findet sich ein weiterer Unterschied. In Preussen ist die Vertheidigung nur bei den Kriegsgerichten zulässig, bei den Standgerichten ausgeschlossen (§. 200), in Schleswig-Holstein ist sie auch in den zur niedern Gerichtsbarkeit gehörigen Strafsachen gestattet (Art. 103), während sonst bei Strafe der Nichtigkeit ein Vertheidiger bestellt werden muss. Bei M. Verbrechen kann nur eine M. Person, bei gemeinen auch ein Advokat als Vertheidiger gewählt werden (Art. 94). In Baiern ist bei schwereren Verbrechen ebenfalls bei Strafe der Nichtigkeit dem Beschuldigten ein Vertheidiger beizugeben, sonst bei Verbrechen ein solcher unbedingt, bei Vergehen mit Genehmigung des Kommandanten zulässig (Art. 37 und 38). Nur Offiziere, M. Beamten und Auditoriatspraktikanten können als Vertheidiger fungiren (Art. 39). Das französische und sardinische Gesetz enthält keine Beschränkung in Bezug auf strafbare Handlungen; mit Erlaubniss des Präsidenten des Kriegsgerichtes können in Frankreich auch Verwandte oder Freunde des Beschuldigten die Vertheidigung übernehmen (Art. 110). Ausser Preussen (§. 119) ist die Besprechung des Vertheidigers mit dem Beschuldigten ohne Zeugen zulässig. Am ausgebildetsten ist das Institut der Vertheidigung in Sardinien (Art. 290, 519, 543 412 u. ff.).

6. Die Abstimmung geschieht überall von unten hinauf, theils nach Klassen der Richter (Preussen §. 136), theils nach Köpfen. Abgestimmt wird entweder zugleich über Schuld und Strafe (Preussen §. 138), oder zuerst über die Schuld, dann über die Strafe (Schleswig-Holstein §. 132–134, Baiern Art. 63 und Art. 325 des Gesetzes vom 10. Novbr. 1848, Frankreich Art. 132 und 134, Sardinien Art. 461). In Schleswig-Holstein wird der auf „Schuldig“ lautende Wahrspruch publizirt und nach weiterer Verhandlung erst über die Strafe abgestimmt. In Sardinien haben die Richter die Gründe ihres Ausspruches anzugeben (Art. 460 u. 468).

7. Zur Rechtsgiltigkeit eines Urtheiles genügt in der Regel die einfache Mehrheit der Stimmen, eine darüber hinausgehende Anzahl der Stimmen wird aber in Schleswig-Holstein §. 135 und in Frankreich Art. 133 dann gefordert, wenn das Urtheil gegen den Angeschuldigten lautet.

8. Der Auditor hat im Kriegsgerichte weder über die Schuld noch Strafe eine dezisive, sondern entweder nur eine informirende Stimme (Preussen §. 132), oder selbst diese nicht, und er ist blos der sachverständige Leiter der Verhandlung (Schleswig-Holstein §§. 120 u. 121, Baiern Art. 51 u. 61).

9. Das Urtheil enthält blos den Ausspruch über die Strafe, berührt nicht die Frage wegen Vergütung des durch das Verbrechen oder Vergehen zugefügten Schadens, und spricht auch die Ersatzpflicht nur in so ferne aus, als selbe nicht in der Leistung eines Aequivalents in Geld statt der Sache besteht (Frankreich Art. 54 und 139); hinsichtlich des Aerars ist in Baiern eine Ausnahme¹⁵⁾. S. auch Art. 27 des sard. M. St. G. B.

10. Das Urtheil benöthigt zu seiner rechtlichen Existenz der Bestätigung eines M. Befehlshabers, aber es wird (ausser dem Falle der Nullitätsbeschwerde dagegen, s. Anm. 16) sogleich rechtskräftig und vollstreckbar (Frankreich Art. 141,

¹⁵⁾ In jedem Endurtheile, heisst es im Art. 64, ist 1. über den Kostenpunkt, so wie geeigneten Falles 2. über die Ersatzleistung wegen Aerarialbeschädigung, dann in Deserzionsfällen über die vermögensrechtlichen Folgen der strafbaren Handlung und 3. über die aus Veranlassung der Untersuchung in gerichtliche Verwahrung gekommenen Gegenstände zu erkennen. Ausser den in Z. 2. bezeichneten Fällen sind die aus der strafbaren That entstandenen privatrechtlichen Ansprüche im Zivilrechtswege zu verfolgen. S. Anm. 14.

145, 150 und 151, Sardinien Art. 469 und 472). In Schleswig-Holstein ist nur in einigen Fällen die höhere Bestätigung erforderlich (Art. 131, 138 und 152). In Baiern fällt der sogleiche Vollzug des (übrigens stets kund zu machenden) Urtheils dann weg, wenn eine nothwendige Revision eintritt (Art. 66, 67 und 69).

11. Ausser der Nullitätsbeschwerde gibt es kein Rechtsmittel gegen das Urtheil¹⁶⁾. Das sonst Zivilpersonen nach den Zivil-Strafprozessordnungen zustehende Rekursrecht will man in anderer Art ersetzen: Ueberprüfung des Verhandlungs- und Spruchaktes durch eine andere Militärgerichtsperson vor der Bestätigung (Preussen §. 164); Vorlage der Akten von Amtswegen an ein höheres Gericht (nothwendige Revision, Baiern Art. 69).

12. Die Revisions- oder Obergerichte bestehen theils nur aus Militärs (Frankreich Art. 41), theils auch aus rechtskundigen Beisitzern mit entscheidender Stimme (Schleswig-Holstein §. 32, Baiern Art. 71, 72 und 80, Sardinien Art. 296), oder es sind die Mitglieder nur rechtskundige Personen (General-Auditoriat in Preussen §. 86).

13. Den Untersuchungen und Aburtheilungen über strafbare Handlungen der M. Beamten, welche den Dienst betreffen, werden auch solche zugezogen (Preussen §. 47, Schleswig-Holstein §. 26, Baiern Art. 8), und es bestehen überhaupt hinsichtlich derselben mancherlei Abweichungen und Hinneigung zur allgemeinen Strafprozessordnung sowohl im Verfahren als bezüglich der Rechtsmittel (Preussen §§. 50, 68, 69, 71, 72, 212—228). Die zu dem Spruchgerichte über Beamte bestimmten Auditore und M. Beamte oder auch nur letztere haben eine entscheidende Stimme (Preussen §§. 69 und 71, Schleswig-Holstein §. 26).

Wo zwei Formen der Aburtheilungen bestehen, wie in Preussen, Schleswig-Holstein und Baiern, gründen sich dieselben auf den Unterschied der Personen oder strafbaren Handlungen. Bei den Standgerichten (Preussen), niedern Kriegsge-

¹⁶⁾ Gnadengesuche hemmen den Vollzug des Urtheils nur in so ferne, als das Gesetz dies anordnet (Schleswig-Holstein §. 149). Vergleiche Preussen §. 149 und Militärkodex für das preussische Heer von H. J. K. Anm. zum §. 181. Baiern Dienstesvorschriften §. 536. S. auch Art. 150 des französischen St. G. B.

richten (Schleswig-Holstein), grösseren Kriegskommissionen (Baiern) bestehen weniger Förmlichkeiten. Die Unterschiede zwischen diesen und den Kriegsgerichten aufzuzählen, liegt ausser dem Zwecke dieser Abhandlung, sie ergeben sich schon aus dem in den §§. 38 und 39 Angeführten, und nur das sei noch hervorgehoben, dass in Preussen die Begutachtung des durch ein Standgericht gefällten Erkenntnisses durch einen Auditor vor der Bestätigung des M. Befehlshabers entfalle.

§. 43. Allgemeine Bemerkungen.

Jeder Soldat ist Staatsbürger, er hat als solcher, eben dieselben allgemeinen Pflichten, wie jeder Staatsbürger, nämlich Treue dem Staatsoberhaupte, Liebe zum Vaterlande, Gehorsam gegen dessen Gesetze, genaue Erfüllung der speziellen Standesobliegenheiten; man muss ihm daher auch dieselben Rechte einräumen, die dem Staatsbürger zukommen, mithin gleichen Antheil an allen Institutionen des Vaterlandes, in so ferne dies mit dem Stande eines Soldaten nicht unvereinbar ist, und speziell, so weit es den hier behandelten Gegenstand betrifft, Gleichstellung mit allen Staatsbürgern vor dem Gesetze.

Dieser Grundsatz erscheint mir so richtig, dass ich es für überflüssig halte, weitere Belege dafür anzugeben, was auch um so weniger nothwendig sein dürfte, da man dem Soldaten in Folge, wohl auch gerechtfertigter Rücksicht auf seine in Kriegszeiten mit Mühe und Beschwerlichkeiten aller Art verbundene Standespflicht, die sich bis zur jeden Augenblick bereiten Hinopferung seines Lebens steigert, in den meisten, ich möchte sagen, in allen Staaten Vorrechte ertheilt, auf welche die übrigen Staatsbürger keinen Anspruch haben.

Der Zweck jeder St. P. O. ist: den materiellen Theil des Strafgesetzes zur Wahrheit zu machen, nämlich den wirklichen Uebertreter derselben zur Strafe zu bringen und dadurch die Sicherheit eines jeden Einzelnen so wie Aller im Staate zu begründen; dagegen aber auch, in so weit es der menschlichen Gesetzgebung und Beurtheilung möglich ist, zu verhüten, dass nicht ein Schuldloser der strafgerichtlichen Behandlung unterzogen oder gar (ungerecht) zu einer Strafe verurtheilt werde.

Diesen Zweck muss auch die M. St. P. O. zu erreichen streben.

Hat man in einem Staate eine St. P. O. für den Zivilstand als diesem Zwecke entsprechend anerkannt — und das muss man voraussetzen, weil man doch von der Gesetzgebung nicht annehmen kann, dass sie ein Strafverfahren sanktionirt habe, welches sie zur Erreichung desselben für ungeeignet hält —; so muss im Allgemeinen dieselbe St. P. O. auch für den Militärstand in Anwendung kommen, da doch der M. St. P. O. kein anderer Zweck zu Grunde gelegt werden kann.

In den wesentlichen Prinzipien soll daher die M. St. P. O. jener des Zivilstandes gleich sein.

Es ist aber auch, wie ich zu zweifeln keinen Anlass habe, allgemein anerkannt, dass die militärischen Verhältnisse gesetzliche Verfügungen und Einrichtungen bedingen, welche den Zivilinstitutionen fremd sind und fremd bleiben müssen. Solche Einrichtungen dürfen aber nur die äussere Form des M. Prozesses betreffen, nicht aber das innere Wesen des Z. Prozessverfahrens ändern, und es können daher den äusseren Formen des Z. Prozesses im M. St. P. nur solche substituirt werden, wodurch die Rechtssicherheit des Soldaten eben so gut, als wie eines jeden Staatsbürgers nach der Z. St. P. O. gewahrt wird.

Wird daher, um nur ein Beispiel anzuführen, in der Z. St. P. O., sei es gegen einzelne gerichtliche Anordnungen während der Verhandlung, sei es gegen den Spruch selbst, eine Berufung an ein höheres Gericht zugelassen, so scheint es mir ein Postulat der Gerechtigkeit zu sein, dieses Rechtsmittel auch dem Soldaten zu gewähren, oder man muss eine andere Einrichtung treffen, welche die Beruhigung gewährt, dass durch deren Substituierung der Zweck des Strafprozesses nicht leidet und dabei nicht leicht zu besorgen ist, dass Jemand ungerecht behandelt, rechtswidrig verurtheilt oder mit einer härteren als der im Gesetze bestimmten Strafe belegt werde.

Es gibt Verhältnisse, in denen manche Formen beseitigt werden können, auch beseitigt werden müssen, wie im Kontumaz- und noch mehr im standrechtlichen Verfahren sowohl bezüglich der Militär- als der Zivilpersonen, und im strafgerichtlichen Verfahren überhaupt in Kriegszeiten bei der

Armee im Felde. Erstere Ausnahmen finden wir in allen Strafgesetzen, das letztere im französischen M. St. G. B. in eigenen Hauptstücken behandelt; es sind jedoch die Abweichungen für die Kriegszeit daselbst keine solchen, welche das Wesen des Prozesses berühren, es ist z. B. die Nullitätsbeschwerde an die auch bei der Armee im Felde bestehenden Revisionsgerichte eben so zulässig, wie gegen die Urtheile der Kriegsgerichte in den Divisionsgebieten, die sich im Friedenszustande befinden. Mehr weicht das sard. G. B. von den Normen für die M. Gerichte in den Friedenstazionen ab für die Kriegszeit.

Als eine Hauptaufgabe eines jeden Strafverfahrens erscheint es — versteht sich ohne Beeinträchtigung der Gründlichkeit — schnelle Justiz zu ermöglichen. Dies ist um so mehr für die Kriegszeit nothwendig. Man soll daher wenigstens für diese Zeit jene Formen, die nach richtiger, den Zweck des Strafverfahrens würdigender Beurtheilung überflüssig sind, abstreifen, insbesondere jene, welche den Gang der Verhandlung verzögern, und wenn man im Frieden von mehreren im Ganzen immer kostspieligen, Zeit und Kräfte raubenden Schreibereien sich nicht lossagen kann, so mögen diese wenigstens zur Kriegszeit auf das nöthigste Maass eingeschränkt bleiben.

Wenn man schon in jedem Zweige der Gesetzgebung nach Klarheit, Verständlichkeit und Einfachheit strebt und streben soll, so soll man diese Eigenschaften und insbesondere die letzte auch im Strafprozesse überhaupt und in einer M. St. P. O. um so weniger vermissen, weil die Kriegsgerichte überall entweder ganz oder doch grossen Theils aus nicht rechtskundigen Militärs bestehen, und ohne Zweifel auch in dieser Zusammensetzung fortbestehen werden.

Zweiter Abschnitt.

Grundzüge einer Militär-Strafprozessordnung.

§. 44. Einleitendes in die Grundzüge einer Militär-Strafprozessordnung.

Haben wir oben S. 138 die Ansicht ausgesprochen, dass die M. St. P. O. im Wesentlichen den Bestimmungen des Zivil-Strafverfahrens sich anschliessen müsse, so kann — da das

mündliche und öffentliche Verfahren mit dem Anklage- und Vertheidigungsprinzip in allen auf einer höheren Stufe der Rechtskultur stehenden Staaten Europa's bereits eingeführt ist oder muthmasslich in kurzer Zeit, folgend der wissenschaftlichen Strömung der Zeit und den Gründen der Erfahrung, eingeführt werden wird —, das M. Strafverfahren wohl nur auf denselben Grundsätzen beruhen; muss daher ein öffentliches, mündliches mit einem Ankläger und Vertheidiger sein.

Wenn wir, was aus der Geschichte bekannt ist, bedenken, dass in den älteren Zeiten dieses Verfahren als naturgemäss in allen Staaten und bei allen Armeen Deutschlands bestanden hat; wenn wir erwägen, welchen Gefahren die Ehre, Freiheit, Eigenthum, Gesundheit und das Leben so mancher Menschen bei dem geheimen Inquisizionsverfahren ausgesetzt war, so muss man sich wahrlich wundern, hie und da noch Stimmen zu vernehmen, welche wenn auch nicht der damaligen Einführung des Inquisizionsprozesses doch dem Fortbestehen desselben das Wort reden.

So gross wie damals sind die Uebel des geheimen Verfahrens gegenwärtig freilich nicht mehr, allein sie sind noch immer gross genug und können nach Umständen auch grösser, gefährlicher und verderblicher werden, als unter gewöhnlichen Verhältnissen, so dass Jeder, dem um die wirkliche Ausübung der Gerechtigkeit zu thun ist die Abschaffung desselben sehnlichst wünschen muss.

Es hiesse wohl Eulen nach Athen tragen, bei den über diesen Gegenstand gelieferten tüchtigen literarischen Arbeiten noch Weiteres hierüber schreiben zu wollen; nur die eine Bemerkung sei mir für die Gegner der Jury noch gestattet, dass, wenn dieses Institut hie und da noch Mängel zeigt, dies kein Beweis gegen dieerspriesslichkeit, ja Wohlthat desselben ist, sondern Anlass bieten soll, so weit nur immer möglich, alle Gebrechen desselben zu beseitigen oder in ihren Folgen unschädlich zu machen.

Dass man dies vermöge, wird Niemand ernstlich in Abrede stellen; nicht so ist es aber beim geheimen Verfahren. Man stelle dabei auch einen Ankläger und Vertheidiger auf, das Hauptgebrechen bleibt noch immer: Mangel an Oeffentlichkeit.

Im Militärstande — das zu vermuthen hätte man allen Grund — sollte die Einführung des naturgemässen freieren Verfahrens um so weniger auf Hindernisse stossen, als zwar die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit, die Anklage und die Vertheidigung wie dies alles bei den älteren Kriegsgerichten vorhanden war, hinweggefallen, jedoch die Aburtheilung durch Geschworne geblieben ist; eine solche Aburtheilung aber nur dann volles Vertrauen verdient, wenn vor ihren Augen die Sache verhandelt wurde, wenn ihr Urtheil auf eigener Anschauung, auf eigenem Erkennen sich gründet, nicht aber, wenn dasselbe blos über die Erzählung eines Referenten über Geschehenes, Gehörtes, Wahrgenommenes, blos über einen mündlich vorgetragenen Aktenauszug gefällt wird, der nimmer ein so wahres und getreues Bild über den Verlauf der ganzen Untersuchung zu liefern vermag, als er sich jenen darstellt, die bei der Verhandlung selbst gegenwärtig waren.

Die Glieder der Armee sind wie Glieder einer grossen Familie anzusehen; die Solidarität der Interessen schlingt um sie ein gemeinschaftliches Band, jeder Soldat ist Kamerad, Bruder des Andern, jedem ist daran gelegen und soll ihm daran gelegen sein, dass, so wie bei jedem das Verdienst belohnt, auch das Verbrechen bestraft werde. Die Ueberzeugung davon wird nur erreicht durch die Oeffentlichkeit des Verfahrens. Der Verhandlung über die Belohnung sucht man in der Regel alle mögliche Oeffentlichkeit zu geben, warum nicht auch jener über Strafe?

Der Vorgesetzte im Militärstande hat eine bedeutende Dienstgewalt über seine Untergebenen, er muss sie haben. Wie oft ist diese Gewalt schon missbraucht worden und wie leicht kann sie gegen den Niederen missbraucht werden! Der Untergebene hat dagegen in so manchen Fällen keine andere Waffe, als — Dulden und Ausharren bis zu einer vielleicht günstigeren Wendung. Fehlt ihm die moralische Kraft dazu und lässt er sich im Gefühle des ihm zugefügten Unrechtes und in der Aufwallung seines Gemüthes zu einer die Subordinazion verletzenden Handlung verleiten, so gefährdet er dadurch seine eigene dienstliche Stellung und oft seine ganze Zukunft.

Muss aber der Vorgesetzte besorgen, dass im Falle einer gerichtlichen Untersuchung sein hartes und dienstwidriges, oft

selbst leidenschaftliches Benehmen gegen den Untergebenen vor die Oeffentlichkeit kommt; muss er besorgen, dass das Getriebe, welches er gegen den Untergebenen in Bewegung gesetzt hat, hierauf gegen ihn sich kehre; so wird er dadurch abgeschreckt von jeder Willkür, er wird einlenken in die Bahn des Gesetzes; die Oeffentlichkeit des Verfahrens bewirkt es, dass alle die Disziplin und somit auch die Kraft der Armee brechenden Willkürlichkeiten, wenn nicht ganz verschwinden, doch wenigstens bedeutend sich vermindern werden¹⁷⁾.

Der eines Verbrechens angeklagte und sich schuldlos führende Soldat tritt muthig und vertrauensvoll vor die Gerichtsschranken, die Oeffentlichkeit des Verfahrens bringt in ihm die Ueberzeugung hervor, dass über die Beschuldigung eine gründliche Untersuchung geführt und gerecht gerichtet wird; kein Einfluss, sei er von was immer für einer Seite her, kann seine Schuldlosigkeitserklärung hindern, und ist er auch schuldig, so trifft ihn nur die verdiente Strafe; man kann in allen Fällen nur solche Motive, nur solche Gesetze gegen ihn zur Geltung bringen, welche man öffentlich auszusprechen den Muth hat, welche man öffentlich zu rechtfertigen im Stande ist.

Ist einem Gerichtsherrn das Recht eingeräumt, ein Kriegsrechtsurtheil zu bestätigen, so wird er beim öffentlichen

¹⁷⁾ Ich glaube hier, was auch für das Folgende gilt, bemerken zu sollen, dass ich vom allgemeinen Standpunkte aus schreibe, keinen besonderen Staat — daher auch nicht Oesterreich — vor Augen habe, und von diesem Standpunkte aus muss ich die Menschen nehmen, wie sie wirklich sind, nicht wie sie sein sollen. Es würde traurig sein, wenn die Mehrzahl der Vorgesetzten nicht so beschaffen wäre, wie das Gesetz sie wünscht, aber es gibt auch solche, die nicht so sind, wie sie sein sollen. Gegen erstere braucht der Untergebene keinen Schutz, wohl gegen letztere. Dieser Schutz ist durch Strafgesetze über den Missbrauch der Dienstgewalt u. dgl. nicht ausreichend gewahrt, sondern nur dann, wenn man der festen Ueberzeugung sich hingeben kann, dass der Anwendung des Strafgesetzes Niemand sich leicht zu entziehen vermag. Ich erinnere hier an den alten, aber noch immer im Militär gangbaren Satz: Der Untergebene hat im Falle einer Beschwerde gegen seinen Vorgesetzten immer Unrecht. Man glaubt, das Ansehen des Vorgesetzten leide, wenn man dem Untergebenen in einem solchen Falle Recht gibt. Ist es nicht vielleicht gerade umgekehrt? — Der Vorgesetzte soll sein Ansehen selbst wahren, das sicherste Mittel dazu ist: Ausübung der Gerechtigkeit nach allen Seiten.

Verfahren ganz gewiss sehr selten mit Bedenken und Zweifeln über die Richtigkeit des gefälltten Spruches zu kämpfen haben, mit Beruhigung wird er den Akt der Bestätigung vollziehen können.

Die Oeffentlichkeit hat zur Folge, dass nicht leicht Jemand aus Uebereilung oder überhaupt gesetzwidrig in die Untersuchung gezogen, Leute im Untersuchungsarreste lange gehalten, eine oberflächliche abgeführte Untersuchung zur Entscheidung vor das versammelte Kriegsgericht gebracht wird; sie lässt es nicht zu, dass das Gesetz willkürlich ausgelegt, dass strafbare Handlungen und selbst Verbrechen, welche nicht vorliegen, herausgepresst, dass Strafen verhängt werden, welche gegen das Gesetz verstossen, und sie lässt es um so weniger zu, als sie auch dahin wirkt, dass man von Seite des Staates bedacht wird, die Untersuchung und Aburtheilung nur in die Hände solcher Männer zu legen, welche dieser hochwichtigen Aufgabe gewachsen sind.

Das öffentliche Verfahren nährt in dem Angeklagten das Vertrauen zu seinen Richtern, denn nicht leicht mehr können diese durch den Inquirenten oder sonstige bei der Untersuchung und Aburtheilung intervenirende Personen irre geleitet werden; sie sind in den Stand gesetzt aus eigener Wahrnehmung ihr Urtheil sich zu bilden und selbst die Anklage, so wie die Vertheidigung und deren Begründung zu würdigen; dasselbe erhöht das Vertrauen in den Spruch der Kriegsgerichte, und gewiss auch das Vertrauen des Mannes zu seinen Höheren, da diese im Kriegsgerichte über ihn und wenn nicht schon aus innerem Triebe nur gerecht zu sein, schon aus Scheu vor der Oeffentlichkeit unparteiisch richten; und Vertrauen vermag mehr als alles Andere. Das Vertrauen ist die Grundlage der Achtung und Liebe zu den Vorgesetzten, einer der stärksten Hebel zu jeder Opferbereitschaft im Dienste und in den Tagen der Gefahr¹⁸⁾.

¹⁸⁾ In einer vor mehreren Monaten erschienenen militärischen Broschüre wird nebenher das gegenwärtige Verfahren bei den Kriegsgerichten in Oesterreich als Komödie bezeichnet, und in einer Gegenschrift wird mit eben dieser Bezeichnung die Vertheidigung belegt. Beides ist unrichtig. So wie in einer Kommission über einen Baugegenstand die Glieder derselben in der Regel der Ansicht des sachverständigen Mitgliedes beitreten werden, eben so wird man es natürlich finden, dass in einem Kriegsrechte der Antrag des Auditors, als

Wollte man aber auch alle Vorzüge des mündlichen und öffentlichen Verfahrens hinwegläugnen, den einen muss man anerkennen, dass dasselbe mehr Garantien für die Rechtssicherheit gewährt, als das geheime, und schon dieser eine Vorzug genügt, um dafür sich auszusprechen.

Die hie und da laut gewordene Einwendung, dass durch das öffentliche Verfahren die Disziplin leide, ist eine hohle Phrase. Sie wird widerlegt durch die Erfahrung, dieses Hauptargument gegen alle theoretischen Raisonsnements, daher ich auch weiter darüber zu sprechen um so mehr unterlassen kann, indem, wenn in einzelnen Fällen Gründe der Disziplin gegen die Oeffentlichkeit sprechen, dieselbe ausgeschlossen werden kann und ich auch schon durch das hier Gesagte das Entgegengesetzte begründet zu haben glaube, denn in dem Heere, wo Vertrauen zu den Vorgesetzten, Vertrauen zu den Kriegsgerichten herrscht, ist die Disziplin gewiss nicht gelockert.

Ich will hier den M. Strafprozess in der angedeuteten Richtung blos in seinen Hauptzügen darstellen. Diese sind:

1. Anordnung der Untersuchung.
2. Voruntersuchung.
3. Anklagebeschluss.

des einzigen Sachverständigen den Ausschlag gebe. Richtiger wird der Beschluss der Kommission dann sein, wenn der Antrag die Meinung mehrerer Sachverständigen für sich hat, und noch richtiger, wenn die beigezogenen Sachverständigen verschiedene Ansichten aufstellen, daher über den Gegenstand der Verhandlung eine Debate sich entwickelt, Gründe und Gegengründe vorgebracht werden und die Kommission nach Erwägung derselben den Beschluss fasst. — Das ist aber eben der Fall bei dem öffentlichen Strafverfahren. Auf der einen Seite der Kläger (Privatkläger — Staatsanwalt), auf der andern Seite der Geklagte und Vertheidiger, zwischen ihnen der Richter als unparteiischer Rechtsprecher. — Man findet es bei Klagen in Streitigkeiten über Mein und Dein, selbst wenn der Gegenstand des Streites geringfügig ist, ganz natürlich, dass die Partei sich einen Vertreter suche, man gibt in bürgerlichen Rechtsangelegenheiten den Armen von Amtswegen Vertheidiger und dort, wo die höchsten Güter des Lebens, wo Ehre, Freiheit und Leben in Frage stehen, dort will man die Zulassung eines Vertheidigers negiren! Möchte man doch bedenken, dass gleich dem Amte des M. Richters so wie des Staatsanwaltes auch der Beruf des Vertheidigers im Strafprozesse kein anderer ist als jener, der Handhabung wahrer Gerechtigkeit zu dienen.

4. Verhandlung vor dem Kriegsgerichte.
5. Rechtsmittel gegen das Urtheil.
6. Oberbehörde.

§. 45. Anordnung der Voruntersuchung.

Jede Armee, jede grössere oder kleinere Abtheilung derselben ist in gewisser Beziehung ein für sich geschlossener Körper; der Kommandant desselben ist verantwortlich für die Disziplin, und daher in allen Armeen mit einer Disziplinarstrafgewalt ausgerüstet, die in ihrem Inhalte und Umfange von der kleineren zur grösseren Abtheilung steigt, dergestalt, dass, wenn das Disziplinarbefugniss des niedern Kommandanten nicht ausreicht, er dem zunächst höhern den mit allen wesentlichen Umständen und vorhandenen Beweisen dargestellten Straffall zur Kenntniss zu bringen hat, welcher, wenn die auf die verübte strafbare Handlung zu verhängende Strafe auch sein Befugniss überschreitet, sich an jenen Kommandanten zu wenden verpflichtet ist, dem dieses Befugniss, oder falls ein dem gerichtlichen Verfahren zu unterziehendes Delikt verübt worden ist, dem das Recht zusteht, die strafgerichtliche Prozedur anzuordnen¹⁹⁾.

Dieser Vorgang gründet sich auf die eigenthümlichen Verhältnisse der Armee und die in derselben bestehende dienstliche Unterordnung. Es resultirt aber aus dem Gesagten auch die Pflicht eines jeden Kommandanten, innerhalb der Grenzen seiner Disziplinarstrafgewalt vorkommende Uebertretungen der Gesetze angemessen zu ahnden, oder falls und in wie ferne ihm das Recht dazu nicht zukommt, an den höheren Befehlshaber hierüber die Anzeige zu machen, welcher bei einer nach dem Gesetze gerichtlich zu verfolgenden strafbaren That nicht blos berechtigt, sondern zur Beseitigung eines jeden willkürlichen und eben daher ungerechten Vorganges verpflichtet werden muss, die Einleitung der gerichtlichen Untersuchung zu

¹⁹⁾ Dass unter mancherlei Verhältnissen auch die Zivilbehörden in die Lage kommen, strafbare Handlungen der Soldaten deren Kommando anzuzeigen, bei der Voruntersuchung mitzuwirken, ja oft dieselbe allein vorzunehmen, brauche ich wohl nicht weiter auszuführen. Die Grenzen der Amtshandlungen der Zivilbehörden sind für diese Fälle möglichst genau im Gesetze zu bestimmen.

veranlassen, d. i. die sogenannte Voruntersuchung anzuordnen ²⁰⁾).

Ist dieses Recht nur mit höheren Kommanden verbunden, so wird, da zu solchen Stellen bei einem gerechten Vorgange nur Männer von Erfahrung und tieferer Einsicht gelangen können, nach meinem Erachten auch kein Bedenken obwalten, dasselbe als ein selbstständiges zu übertragen, dergestalt, dass der Kommandant die Voruntersuchung anzuordnen befugt ist, ohne vorläufig das Gutachten eines Rechtskundigen oder einer Kommission einzuholen, weil durch diese Verfügung, besonders wenn die Voruntersuchung mit der gehörigen Umsicht geführt wird, im Allgemeinen Niemanden eine Kränkung oder gar ein Unrecht zugeht.

Eine Rechtsverletzung in der Voruntersuchung ist wohl möglich, wenn Amtshandlungen vorgenommen werden, welche direkt oder indirekt auf bestimmte Personen sich beziehen, wie die Vernehmung einer Person als Beschuldigten, Verhaftung, Durchsuchung der Wohnung und dergleichen, welche, um jeder Voreiligkeit vorzubeugen und der Willkür Schranken zu setzen, an Bedingungen zu knüpfen sind, die im Gesetze bestimmt ausgesprochen werden müssen.

Derlei Rechtsverletzungen können aber erst eintreten, nachdem die Voruntersuchung verfügt, dieselbe bereits im Zuge ist, und es versteht sich daher wohl, dass bei der Wichtigkeit der bezeichneten und ähnlicher Amtshandlungen deren Anordnung nicht mehr dem bestimmten Willen des M. Vorgesetzten allein überlassen werden kann.

Uebrigens ist man wohl berechtigt anzunehmen, dass in wichtigen, besonders aber in zweifelhaften Fällen jeder Kommandant es für eine Rechts- und Gewissenspflicht halten

²⁰⁾ Man könnte immerhin den bei den Kriegsgerichten angestellten Staatsanwalt verpflichten, zu wachen, dass in den geeigneten Fällen die Untersuchung angeordnet werde; im Unterlassungsfalle hätte er an die vorgesetzte Behörde zu berichten. Ein Kommandant, dem die Gerechtigkeit am Herzen liegt, kann in einer solchen Stellung des Staatsanwaltes keine Verletzung seines Ansehens finden (eben so wenig als eine solche Verletzung in der ökonomischen Kontrolle liegt), denn der Staatsanwalt will ja nur die Handhabung der Gerechtigkeit. — Wird in jenen Fällen, wo die Untersuchung nicht von Amtswegen einzuleiten ist, diese auch auf Ansuchen der betreffenden Partei unterlassen, so steht ihr die Beschwerdeführung an die höhere Behörde offen.

werde, ehe er die Voruntersuchung befiehlt, die Meinung eines Sachverständigen einzuholen, weil es hier oft um die Beantwortung von Vorfragen sich handelt, zu deren Lösung Rechtskenntnisse erforderlich sind.

Das Ergebniss des in diesem §. Gesagten ist: Der (vom Gesetze berufene) M. Befehlshaber ist für sich nicht blos berechtigt, sondern auch verpflichtet, bei den strafgerichtlich zu verfolgenden Verbrechen und Vergehen die Voruntersuchung anzuordnen.

Wollte man von dieser Pflicht absehen, so wäre hiedurch dem Kommandanten ein Souverainitätsrecht (Abolizion — Amnestie — Generalpardon zu gewähren) eingeräumt, was meines Wissens in keinem Staate der Fall ist und in einem rechtsgeordneten Staate auch nicht der Fall sein kann, denn nach welchem Rechte kann ein Kommandant z. B. über A wegen Ueberschreitung der Dienstgewalt die gerichtliche Untersuchung anordnen, wenn er den B, der kurz vorher des gleichen Verbrechens sich schuldig gemacht, mit der gerichtlichen Untersuchung verschont hatte und höchstens eine Disziplinarstrafe eintreten liess.

Es lassen sich wohl Gründe denken, welche das Ablassen von jeder gerichtlichen Untersuchung oder die Einstellung der bereits begonnenen Prozedur rechtfertigen. In derlei Fällen ist aber im vorgeschriebenen Wege dem Staatsoberhaupte, dem allein die Entscheidung hierüber zusteht, der Vortrag zu erstatten.

Selbst im Kriege würde ich die Uebertragung des Abolitionsrechtes an den kommandirenden General im Allgemeinen nicht befürworten, da gegenwärtig durch den Telegrafen in kürzester Frist die Entscheidung des Monarchen eingeholt werden kann.

§. 46. Die Voruntersuchung.

Die Voruntersuchung hat eine dreifache Aufgabe:

1. Erhebung des Thatbestandes des Deliktes der Hauptsache nach und besonders Konstatirung jener Umstände, welche Veränderungen unterliegen, daher z. B. Leichenbesichtigung.

2. Eruirung des Thäters, und

3. Sammlung der Beweismittel (nicht blös jener, welche auf die Schuld, sondern auch jener, welche auf die Schuldlosigkeit sich beziehen) für die Hauptverhandlung.

Die Voruntersuchung ist mehr oder weniger abgekürzt, wenn Jemand auf frischer That ergriffen wurde; sie erfordert einen längeren Zeitraum in allen anderen Fällen. Doch ist alle Weitläufigkeit zu vermeiden, und selbe nicht derartig auszudehnen, dass die Hauptverhandlung nur als mündliche Wiederholung dessen sich darstellt, was bereits geschrieben wurde.

Die Voruntersuchung hat, wenigstens bei Verbrechen, immer ein Rechtskundiger zu führen, der bei höher gestellten M. Personen auch einem höheren Grade angehören soll.

Da eine Hauptaufgabe der Voruntersuchung in der Erhebung des Thatbestandes besteht, von jenem, der nicht weiss, worin das Wesen der einzelnen Verbrechen liegt, eine gründliche Erhebung des Thatbestandes derselben nicht zu erwarten ist; so wird jeder denkende Mensch, jeder Strafrichter mit mir diesen Satz gewiss gerne unterschreiben und auch meiner weiteren Anforderung beipflichten, dass in wichtigen Fällen die Voruntersuchung nur einem in diesem Geschäfte bereits erfahrenen Manne anvertraut werde, da wohl bekannt ist, wie leicht hier so Manches übersehen werden kann, was, weil es sich oft nicht mehr nachholen lässt, nicht selten nicht nur die Qualifikation der That zweifelhaft macht, sondern geradezu die Ueberweisung des Thäters hindert. Wie viele und selbst schwere Verbrecher mussten schon losgesprochen werden, weil man die Voruntersuchung mangelhaft geführt, insbesondere den Thatbestand nicht gehörig erhoben hat! Und wenn schon Richter, Beamte der Polizei darin gefehlt haben, um wie viel eher ist dies bei anderen Beamten und Offizieren möglich²¹⁾.

Die Voruntersuchung ist die Basis, auf welcher die ganze weitere Verhandlung gebaut wird, sie ist der schwierigste Theil der ganzen Untersuchung. Wird sie gehörig durchgeführt, so ist es im Allgemeinen nicht schwer, schon aus ihr die Frage,

²¹⁾ Entgegengesetzt ist aber auch jedem Richter theils aus eigener Erfahrung, theils durch Lektüre bekannt, dass so manche Verurtheilungen vorkommen wegen Verbrechen, deren Thatbestand nicht vorliegt. Beim öffentlichen Verfahren werden derlei Fälle gewiss weniger sein, als beim geheimen.

welches Delikt vorliege, und wer desselben schuldig sei, gründlich zu beantworten. Es gehört zu dieser Amtshandlung nicht bloß die Kenntniss der Strafgesetze sowohl im formellen als im materiellen Theile, des bürgerlichen Rechtes und vieler administrativen Vorschriften, sondern in einzelnen Fällen auch viel Gewandtheit, Umsicht, Geistesgegenwart und psychologische Erfahrung, dann Scharfblick, besonders wenn man es mit Personen zu thun hat, die alle möglichen Kunstgriffe anwenden, um den Untersuchenden von jenem Wege abzulenken, der zum Ziele führt. Ein geringfügiger Umstand, der von einem minder gewandten und erfahrenen Inquirenten bei einer Lokalbesichtigung so leicht übersehen wird, kann oft allein den Ausschlag geben. Man denke nur beispielsweise an Hausdiebstähle.

Es ist nicht mein Zweck, weiter in diesen Gegenstand einzudringen, allein das Gesagte glaube ich aus dem Grunde anführen zu sollen, weil so Manche meinen, jeder Offizier, jeder Beamte könnte die Stelle eines Rechtskundigen bei der Voruntersuchung vertreten. Es ist freilich wahr, dass derlei Aeusserungen nur aus dem Munde Unkundiger kommen, allein wie viel hat schon mancher Ausspruch eines Unkundigen geschadet ²²⁾!

Die Voruntersuchung hat das Materiale zur Entscheidung über die weiters einzutreten habende Verhandlung zu liefern. Um dies zu vermögen, und Alles, was störend oder hemmend einwirkt, beseitigen zu können, ist der Inquirent mit allen jenen Befugnissen auszustatten, die er zur Erreichung des beabsichtigten Zweckes nothwendig haben muss.

Diese Befugnisse müssen in dem Sinne, dass der Inquirent nicht erst die Ermächtigung eines M. Befehlshabers einzuholen hat, in der Regel, insbesondere dann uneingeschränkte sein, wenn Gefahr am Verzuge steht; gegen den Missbrauch schützen die Strafgesetze. Hinsichtlich der Durchsuchung der Wohnung,

²²⁾ Jeder, welcher sich einem bestimmten Fache widmet, muss, wenn er bescheiden ist, gestehen, dass er noch immer entfernt steht vom Ziele, das er anstrebt. Es ist daher, gelinde gesagt, Mangel an Bescheidenheit, wenn manche Leute jedes Fach verstehen zu können meinen, und jener Staat gehört gewiss nicht zu den glücklichen, wo solche Ansichten sich Geltung verschaffen. Es gibt wenig Genie's, noch weniger Universalgenie's, Mittermaier, Humboldt, grosse Feldherrn u. s. w. werden nicht alle Jahre geboren.

der Verhaftnehmung von Offizieren und Beamten sind jedoch Beschränkungen durch die militärischen Verhältnisse in allen jenen Fällen geboten, wo der Zweck der Untersuchung durch die hiezu erst einzuholende Weisung des kompetenten M. Kommandanten nicht vereitelt wird ²³⁾).

In wieferne der Staatsanwalt und der Vertheidiger auch bei der Voruntersuchung zu interveniren und darauf Einfluss zu nehmen habe, ist im Gesetze genau zu bestimmen ²⁴⁾).

Der Inquirent ist im Allgemeinen zu ermächtigen:

1. Alle jene Gegenstände mit Beschlag zu belegen, welche er zur Herstellung des Beweises über die That und den Thäter für nothwendig hält und die sonstigen zweckdienlichen Dispositionen zu treffen, z. B. Wachen aufstellen zu lassen. Ueber Durchsuchung und Beschlagnahme von Papieren, insbesondere von Briefen, sind bestimmte Normen zu geben.

2. Personen zu vernehmen, welche über die That oder den Thäter Auskunft geben können, und zwar im Falle der Dringlichkeit, mit Umgehung des sonst zuständigen Gerichtes. Hieher gehört auch die Vernehmung der Sachverständigen. Konfrontationen werden regelmässig in der Voruntersuchung nur dann vorzunehmen sein, wenn es um die Herstellung des Beweises über die Identität eines Beschuldigten sich handelt, oder wenn Zeugen untereinander oder mit dem Beschuldigten in Bezug auf wesentliche Verdachtsgründe sich widersprechen und eine Aufklärung nothwendig erscheint, um über die Frage, ob der

²³⁾ Nach dem alten deutschen Kriebsrechte war mit der Einhändigung des Stabes von Seite des Obersten an den Regimentsschultheiss die Besetzung des Gerichtes, die selbstständige Leitung und Behandlung des Strafrechtsfallès demselben übertragen. — Kam es zum Kampfe, so vertauschte der Schultheiss das Schwert mit dem Stabe.

²⁴⁾ Im Interesse der Gerechtigkeit ist es gelegen, dass zu der Voruntersuchung nicht bloss der Staatsanwalt, sondern auch ein Vertheidiger beigezogen, ein solcher daher schon in diesem Stadium des Prozesses aufgestellt werde. Es ist zwar Pflicht des Staatsanwaltes, immer (und selbst wenn der Vertheidiger zugegen ist) den Untersuchungsrichter auf alles Wesentliche, auch wenn es nur zu Gunsten des Beschuldigten sein sollte, aufmerksam zu machen; allein wird er und kann er immer dieser Pflicht nachkommen? Wie wichtig kann beispielsweise die Anwesenheit des Vertheidigers bei einem Augenscheine sein und seine Beobachtungen Anlass werden, dass schon die Anklage gegen den von ihm vertretenen Angeschuldeten fallen gelassen werde.

Beschuldigte in Anklagestand zu versetzen sei oder nicht, zu entscheiden.

Eine förmliche protokollarische Vernehmung der Zeugen und deren Beeidigung ist nur erforderlich, wenn Grund zur Vermuthung ist, dass der Zeuge bei der Hauptverhandlung nicht erscheinen werde, oder mit dem Vorlesen der Aussage bei der Hauptverhandlung deswegen sich begnügt werden muss, weil der Zeuge aus Dienstes- oder Standesrücksichten vom persönlichen Erscheinen entbunden ist, was im Gesetze genau festgesetzt werden muss.

3. Beim achtungswidrigen Betragen während des Verhörs oder sonstiger Amtshandlungen in der Voruntersuchung gegen jene Personen, welche der M. Gerichtsbarkeit unterstehen, und welche weder zum Offiziers- oder Beamtenstande gehören, (wenn bei der Voruntersuchung ein Staatsanwalt oder andere M. Personen als Kommissionsglieder interveniren, im Einvernehmen mit diesen) eine im Gesetze zu normirende Disziplinarstrafe zu verhängen, worüber jedoch gleichzeitig dem betreffenden Kommando die Anzeige zu machen ist; Offiziere und Beamte sind in derlei Fällen ihrem vorgesetzten Kommando, die der M. Gerichtsbarkeit nicht unterstehende Personen ihrer zuständigen Behörde unter Mittheilung des Sachverhaltes zur angemessenen Bestrafung namhaft zu machen.

4. Den Augenschein so wie Durchsuchungen von Wohnungen oder sonstigen Lokalen vorzunehmen. Bei Nachforschungen in öffentlichen M. Gebäuden, z. B. in Kasernen, ist aber hievon vorläufig der Kommandant in Kenntniss zu setzen, er ist jedoch nicht berechtigt, der Amtshandlung des Inquirenten hindernd entgegenzutreten. Wenn Wohnungen der Zivilpersonen, weil Gefahr am Verzuge steht, von M. Inquirenten durchsucht werden müssen, so ist, wenn thunlich, immer ein Zivilbeamter beizuziehen. Ueber Augenschein, Durchsuchung von Wohnungen u. dgl. ist immer ein Protokoll aufzunehmen, welches von allen Anwesenden mitzufertigen ist.

5. Verhaftnehmungen der Beschuldigten in den im Gesetze bestimmt zu bezeichnenden Fällen entweder selbst anzuordnen, oder selbe durch den M. Befehlshaber, welcher die Voruntersuchung anbefohlen hat, oder nach Umständen auch durch den Stazionskommandanten zu bewirken. Bei Gefahr am Verzuge steht das Verhaftungsrecht dem Inquirenten

(intervenirt ein Staatsanwalt im Einvernehmen mit diesem) ohne Unterschied der Person zu, es ist jedoch stets jenem Kommandanten, welcher die Untersuchung angeordnet hat, nach Umständen auch dem vorgesetzten Kommando des Arretirten hierüber sogleich die dienstliche Mittheilung zu machen.

Bei der Ergreifung auf frischer That wird die Haft in der Regel eintreten, ausserdem bei schweren oder auch solchen Verbrechen, wo durch die Belassung des Beschuldigten auf freiem Fusse und die hiedurch gebotene Möglichkeit der Verabredung mit Mitschuldigen u. dgl. die Untersuchung selbst leicht vereitelt oder wenigstens erschwert werden könnte. Auch die Art des Verbrechens kann namentlich bei Offizieren auf die Entscheidung der Frage über die Verhaftung oder Untersuchung auf freiem Fusse von wesentlichem Einflusse sein, so wie die Amtsverhältnisse selbst. Bei Personen, hinsichtlich deren die Besorgniss einer Flucht weniger vorhanden ist, wird unter sonst gleichen Umständen auch seltener, als bei anderen, wo das Entgegengesetzte der Fall ist, die Haft einzutreten haben.

Wichtig ist die Bestimmung, dass im Verhaftbefehle der Grund der Haft ausgesprochen, oder wo dies in einzelnen Fällen nicht thunlich erscheint, dass der Verhaftete wenigstens binnen 24 Stunden nach seiner Arretirung verhört werde.

Gegen die angeordnete Verhaftung ist eine Berufung bei der Untersuchungsbehörde an die im Gesetze zu bezeichnende höhere Instanz zuzulassen, welche unverzüglich vorzulegen ist, den Vollzug der befohlenen Untersuchungshaft jedoch nicht hemmt.

Die Entlassung aus der Haft, Versetzung auf freien Fuss während der Voruntersuchung, verordnet der Kommandant über Antrag des Inquirenten und Staatsanwaltes oder aus sonstigen gesetzlichen Gründen.

Hier ist auch die Behandlung der Frage am Platze: Ob zu den Voruntersuchungen Untersuchungszeugen und welche beizuziehen seien?

Zunächst wird wohl auch hier die Militär St. P. O. eine der Zivil St. P. O. ähnliche Verfügung zu treffen haben. Begnügt sich aber auch die Z. St. P. O. im Allgemeinen damit, dass der Inquirent mit seinem Aktuar die Voruntersuchung führe, Lokalbesichtigungen, Erhebung des Thatbestandes durch Beiziehung von Kunstverständigen u. s. w. mit ihm

allein vornehme, so dürften dennoch die Militärgesetze wegen der militärischen Verhältnisse eine Abweichung in der Art erfordern, dass, wenn es um Untersuchungen gegen Offiziere sich handelt und es ohne Kosten geschehen kann (wenn es für unumgänglich nöthig erkannt wird, selbst auf Kosten des Staates mit dem Regressrechte gegen den Schuldigen), wenigstens ein Offizier, bei Untersuchungen von Stabsoffizieren aufwärts aber jedenfalls ein dem Angeklagten im Range vorgehender Offizier als Gerichtszeuge beigezogen werde.

Bei Untersuchungen gegen Beamte hat unter der gleichen Voraussetzung ein Beamter und in Ermangelung eines solchen ein Offizier vom höhern oder wenigstens gleichen Range mit dem Untersuchten, und bei Amtsverbrechen im Allgemeinen, soweit es thunlich ist, wenn aber eine solche Beiziehung für nothwendig erkannt wird, jedenfalls ein Beamter desselben Faches als Gerichtszeuge zu interveniren, und zwar das letztere deshalb, weil es der Untersuchung nur förderlich sein kann. Der Gerichtszeuge ist in diesem Falle zugleich der sachverständige Rathgeber des Inquirenten.

Die Gerichtszeugen haben auf die Amtshandlungen des Untersuchenden keinen entscheidenden Einfluss zu nehmen, jedoch ist es ihre Pflicht, dem Inquirenten nicht nur über sein Befragen, sondern erforderlichen Falles auch ohne ein solches die entsprechenden Andeutungen und Rathschläge in Bezug auf den Gegenstand der Untersuchung zu ertheilen.

Erachtet der Inquirent, den Bemerkungen der Gerichtszeugen kein Gehör geben zu sollen, so sind sie berechtigt, zu verlangen, dass dieselben in dem Protokolle eingetragen werden.

Das letztere Recht hat auch der bei der Voruntersuchung gegenwärtige Vertheidiger, wenn der Inquirent seine Anträge unbeachtet lässt.

§. 47. Verfahren nach geschlossener Voruntersuchung — Anklagebeschluss.

Ist die Voruntersuchung geschlossen, so sind die Akten unverzüglich jenem Kommandanten vorzulegen, welcher dieselbe angeordnet hat, wobei vom Inquirenten im Einvernehmen mit dem Staatsanwalt ein gutächtlicher motivirter Antrag über das in möglichst kurzer Frist einzutretende weitere Verfahren

zu stellen ist. War im Stadium der Voruntersuchung ein Vertheidiger aufgestellt, so steht es ihm frei, nach dem Schlusse derselben auch seine Anträge dem Instrukzionsrichter binnen 24 Stunden schriftlich zu übergeben.

Vor Allem können nun zwei Fälle eintreten:

1. Der Kommandant hält dafür, dass das Vergehen im Disziplinarwege abgestraft werden könne, oder
2. Der Fall ist der gerichtlichen Behandlung zu unterziehen.

Im ersten Falle wird der Kommandant innerhalb seines Wirkungskreises die Strafe bestimmen, oder falls die Gesetze mit Rücksicht auf gewisse Personen es vorschreiben, den Sachverhalt unter Anschluss der Akten der höheren Behörde zur Entscheidung berichten. Im zweiten Falle ist weiter zu unterscheiden, ob ein Vergehen oder ob ein Verbrechen der Gegenstand der Untersuchung sei, dann ob der Beschuldigte dem Mannschafts- oder Offiziersstande angehöre. Beamte sind den letzteren gleich zu behandeln.

Abgesehen von den Bestimmungen der Z. St. P. O., welche das Verfahren verschieden regelt, je nachdem ein Verbrechen oder Vergehen vorliegt und daher auch auf die hieher gehörigen Verfügungen der M. St. P. O. Einfluss nimmt, glaube ich mich für folgende Dispositionen ausprechen zu sollen:

1. Bei Vergehen der Mannschaft kann der zuständige M. Befehlshaber selbst die gerichtliche Untersuchung anordnen. Es ist in allen diesen Fällen ein einfacheres, abgekürztes, jedoch den Zweck der Strafprozessordnung nicht ausser Acht lassendes Verfahren zu beobachten (vergl. Kriegskommissionen in Baiern, niedere Kriegsgerichte in Schleswig-Holstein). Hierüber weiter zu sprechen, liegt ausser meinem Plane, da ich nur die Grundzüge für das Verfahren vor den Kriegsgerichten darstellen will, und nur das sei hier noch bemerkt, dass die Vertheidigung durch einen Andern auch hier im Principe nicht auszuschliessen, jedoch nicht von Amtswegen dafür zu sorgen ist.

2. Bei Vergehen der Offiziere und Beamten, dann

3. Bei Verbrechen ohne Unterschied hat über die Stellung vor das Kriegsgericht eine Kommission zu erkennen (Anklagerath — Verweisungskommission).

Gegen diese Sätze wird man vielleicht einwenden, dass
a) der gemachte Unterschied zwischen den Punkten 1 und 2 inkonsequent sei, und

b) es dem M. Befehlshaber füglich überlassen werden könne, in allen Fällen die kriegsrechtliche Untersuchung anzuordnen.

Hierauf erwidere ich:

ad a. Vergehen sind überhaupt, insbesondere Vergehen der zum Stande der Mannschaft gehörigen Personen, leichter zu beurtheilen, als Verbrechen; auch fallen bei letzteren die nachtheiligen Folgen weg, welche auf einem Offiziere lasten, wenn er voreilig vor das Kriegsgericht gestellt wird.

Um Missgriffe auch bei der Mannschaft so viel als möglich zu vermeiden, wurde oben dem Inquirenten zur Pflicht gemacht, bei Vorlage der Untersuchungsakten an den M. Befehlshaber motivirt sich auszusprechen, ob das kriegsrechtliche Verfahren oder eine andere und welche weitere Behandlung einzutreten habe.

Dass übrigens auch hinsichtlich der Mannschaft alle möglichen Garanzien gegen eine ungerechte Behandlung gegeben werden müssen, geht aus dem bisher Gesagten, insbesondere aus dem unter der Zahl 1. Angeführten hervor.

ad b. Der M. Befehlshaber ist für die Disziplin einer Truppe verantwortlich, er hat sie aufrecht zu erhalten. Hieraus folgt, wie schon bemerkt, nicht blos das Recht, sondern auch die Pflicht, bei vorkommenden strafbaren Handlungen die Voruntersuchung anzuordnen. Hiemit ist er seiner Pflicht nachgekommen, hiemit ist sein Recht gewahrt.

Ist die Voruntersuchung geschlossen und handelt es sich nun darum, ob die kriegsrechtliche Untersuchung stattfinden soll, also um die Beantwortung einer Rechtsfrage, so tritt die richterliche Funkzion in Wirksamkeit, und diese gehört nicht mehr in das Ressort des Kommandanten.

Die Folgen der Entscheidung dieser Frage sind zumal für Offiziere und Beamte zu nachhaltig, als dass man sie — nach meinem Dafürhalten — im Allgemeinen in die Hände eines Einzigen legen sollte. Die Rechtssicherheit würde dadurch sehr gefährdet, und nur ausnahmsweise kann man von dieser Regel abgehen, was eben unter der Zahl 1. angetragen wird.

Nicht darauf beruht das Wohl einer Armee, dass der Kommandant eine grosse Macht habe, sondern darauf, dass die Macht, unbeschadet des Ganzen, so beschränkt werde, dass jeder absichtliche oder voreilige Missbrauch möglichst verhütet und der Einzelne dadurch nicht leicht einem Nachtheile bezüglich seiner höchsten Güter ausgesetzt werde.

Und dass es unumgänglich nothwendig sei, diese Entscheidung dem alleinigen Ermessen des Kommandanten in allen Fällen zu überlassen, wird man vergebens zu erweisen sich bemühen. Ein Kommandant, welcher die Wichtigkeit einer solchen Entscheidung und die damit verbundene Verantwortlichkeit erwägt, wird diese Macht auch nicht anstreben; jede Einrichtung, welche um einem allenfallsigen Unrechte vorzubeugen getroffen ist, kann ihm so wie jedem, welcher blos das Rechte will, nur erwünscht sein ²⁵⁾.

Die richterliche Gewalt im Staate steht dem Staatsoberhaupte zu, ihm ist es anheim gestellt zu beurtheilen, in wie weit im Interesse einer wohlverstandenen Gerechtigkeitspflege die Ausübung derselben einzelnen Personen oder Behörden zu überlassen sei; einzelne Personen, welche keine Richter sind, haben begriffsmässig auf die Ausübung einer richterlichen Gewalt keinen Anspruch, und hat der Feudalstaat eine solche ihnen übertragen, so hat der Rechtsstaat ihnen dieselbe insoweit wieder zu entziehen, als sie nach den Umständen nicht unumgänglich nothwendig eingeräumt werden muss.

²⁵⁾ Es gibt leider viele Menschen, welche stets nur nach Erweiterung ihrer Macht streben, unbekümmert, wie es um das Wohl und Wehe der ihrer Macht Unterworfenen dabei aussehe. Diesen sind ihre Untergebenen nur Werkzeuge ihres Ehrgeizes, Mittel für ihre Zwecke. Wir finden nicht selten Menschen, welche eben jene gesetzlichen Massregeln, gegen welche sie in einer untergeordneten Stellung, wo sie deren beschränkenden, oft auch schädlichen Einfluss fühlten, als den Dienst hemmend u. dgl. nicht genug tadeln konnten dagegen in jener Stellung, wo sie zur Vergrösserung ihrer Macht dienen wieder nicht genug preisen können, ja noch einen grösseren Umfang der Gewalt anstreben. Welche nachtheilige Folgen eine solche Denk- und Handlungsweise habe, ist hinlänglich bekannt. — Möchte doch Jeder im niederen oder höheren Wirkungskreise den Grundsatz festhalten oder dessen Realisirung anstreben, dass wir Alle einem Regenten, einem Staatszwecke dienen, dass es die heiligste Pflicht eines Jeden sei, dahin, und nur dahin seine ganze dienstliche Thätigkeit zu wenden, alle egoistischen Tendenzen aber zu unterdrücken.

Die Kommission, an welche die Voruntersuchungsakten zu gelangen haben, hat nebst dem Referenten, welcher jedenfalls ein Rechtskundiger ²⁶⁾ sein soll (zur Erzielung einer vollen unparteiischen Anschauung so viel möglich mit Ausschluss des Inquirenten), wenigstens aus fünf Personen zu bestehen, und, sobald als thunlich, zur Berathung und Entscheidung zusammen zu treten.

Das Referat hat einen bündigen Aktenauszug und am Schlusse einen Antrag zu enthalten, worüber sodann die übrigen fünf Glieder der Kommission abstimmen, und zwar:

Ob die Voruntersuchung gehörig durchgeführt, oder ob noch und in welcher Richtung Ergänzungen nothwendig seien?

Bei Verneinung dieser Frage ist zu beschliessen:

Ob der Untersuchte vor ein Kriegsgericht zu stellen sei oder nicht?

Die Mehrheit der Stimmen gibt den Ausschlag. Haben zwei Stimmen für die Ergänzung, zwei für die Stellung vor das Kriegsgericht, eine für die Einstellung des weiteren gerichtlichen Verfahrens sich ausgesprochen, so hat die Ergänzung stattzufinden, weil hiedurch allein die Möglichkeit geboten wird, in der Sache klar zu sehen und sohin einen gegründeten und gerechten Beschluss zu fassen.

Der auf Einstellung des gerichtlichen Verfahrens lautende Spruch schliesst natürlich bei der Mannschaft das Verfahren vor einer gerichtlichen Kommission (niederm Kriegsgerichte) oder überhaupt die Abstrafung im Disziplinarwege nicht aus, wenn die strafbare That erwiesen ist und die Einstellung bei der Mannschaft deswegen erfolgte, weil der Fall zur Verhandlung vor dem Kriegsgerichte sich nicht eignet, indem

²⁶⁾ Zur Begründung dieser Behauptung wird es genügen, anzuführen, dass der Referent zu prüfen habe, ob der Thatbestand einer und welcher strafbaren Handlung, dann ob und welche Beweisgründe vorliegen, ob und welche Ergänzungen noch nothwendig seien u. dgl.; Fragen, zu deren richtiger Beantwortung im Allgemeinen Rechtskenntnisse erforderlich sind. Die Anträge auf Ergänzungen können jedoch nur bezüglich des Thatbestandes des Deliktes, nicht aber bezüglich der Herstellung des vollen Beweises der Thäterschaft gestellt werden, denn die Voruntersuchung hat ihren Zweck erreicht, wenn solche Indizien vorliegen, dass man mit Beruhigung die Stellung vor das Kriegsgericht aussprechen kann. Ob der volle Beweis, ob die Schuld vorhanden sei, darüber ist vor dem Kriegsgerichte zu verhandeln und von diesem zu entscheiden.

z. B. der Thatbestand des Verbrechens fehlt, worauf inquirirt wurde.

Ueber die eingelangten Ergänzungen ist, soweit thunlich, die nämliche Kommission zur Verhandlung und Entscheidung zu berufen.

Ist der Untersuchte ein Beamter, so sind bei Amtsverbrechen jedenfalls, sonst, wenn ausführbar, zwei Beamte statt der gleichen Anzahl von Offizieren zu der Kommission beizuziehen.

Auch dürfte es nicht für unangemessen gehalten werden, dass, wenn über Jemanden aus dem Stande der Mannschaft das Verweisungserkenntniss gefällt werden soll, besonders bei Militärverbrechen, wenigstens ein Unteroffizier, oder wenn der Beschuldigte ein Gemeiner ist, wohl auch ein geeigneter Gemeine zum Mitgliede in der Kommission bestimmt werde; es wird eine solche Verfügung gewiss Vertrauen erregend in die gerichtlichen Institutionen und eben dadurch vortheilhaft auf den guten Geist der Mannschaft wirken.

Der von allen Gliedern der Kommission gefertigte und mit Gründen versehene Beschluss wird jenem Kommandanten zugesendet, welcher sie berufen hat. Derselbe ist ausser dem Falle einer Nullität für ihn bindend²⁷⁾, es mag darin für die Verweisung oder für die Nichtverweisung vor das Kriegsgericht sich ausgesprochen worden sein; bei objektiv ehrenrührigen Delikten der Beamten oder Offiziere ist jedoch der Beschluss letzterer Art nicht schon in Vollzug zu setzen, wenn er blos die einfache Mehrheit der Stimmen für sich hat, sondern nur dann, wenn entweder alle fünf Kommissionsglieder dafür sich aussprechen, mithin die Nichtstellung vor das Kriegsgericht einstimmig beschlossen worden ist, oder wenn der Referent den Antrag auf Nichtverweisung vor das Kriegsgericht gestellt hat und diesem drei Stimmen beigetreten sind. Ist bei einer die Ehre verletzenden That der Beschluss, dass der Beschuldigte vor ein Kriegsgericht nicht zu stellen sei, blos das Ergebniss der Mehrheit der Stimmen, so hat der Kommandant eine neue Kommission zu berufen, in welche auch ein anderer

²⁷⁾ In wie ferne allenfalls einem höheren M. Befehlshaber, z. B. dem Kriegsminister, hierüber Bericht zu erstatten und dessen Weisung abzuwarten sei, hat das Gesetz zu bestimmen.

Referent einzutreten hat. Fällt diese denselben Spruch, so hat es dabei zu verbleiben.

Den Grund des zuletzt Angeführten finde ich im Folgenden:

Die Ehre eines Offiziers so wie eines Beamten soll makellos dastehen, und je mehr Garanzien geboten werden, dass hierüber gewacht werde, desto besser ist es. Erklärt eine aus fünf Offizieren zusammengesetzte Kommission, dass gegen einen Offizier oder Beamten kein gerichtlich zu verfolgendes Verbrechen oder Vergehen vorliege, oder hat der rechtskundige Referent erklärt, dass die gegen einen Offizier oder Beamten vorgebrachte Beschuldigung eines die Ehre kompromittirenden Deliktes nicht erwiesen, er daher nicht in den Anklagestand zu versetzen sei, und sind ihm drei Kommissionsglieder beigetreten, so kann man wohl mit Beruhigung einen solchen Ausspruch gelten lassen. Jedenfalls dürfte das oben von mir in Antrag gebrachte Verfahren einfacher und gewiss eben so sicher schnell zum gewünschten gerechten Resultate führen, als wenn man dem Kommandanten das Recht der Berufung (Rekurs) an eine höhere M. Gerichtsbehörde gegen den Beschluss auf die Nichtverweisung vor das Kriegsgericht einräumen wollte.

Gegen den Beschluss der Kommission steht sowohl dem Kommandanten, welcher sie berufen hat, als auch dem in Anklagestand Versetzten binnen 3 Tagen die Nullitätsbeschwerde zu. Die Gründe der Nullität sowie die Behörde, welche hierüber zu erkennen hat, sind im Gesetze zu bestimmen.

§. 48. Die Hauptverhandlung.

Lautet der Kommissionsbeschluss auf die Verweisung vor das Kriegsgericht, so hat, sobald er rechtskräftig ist, Folgendes zu geschehen:

Der M. Befehlshaber sendet sogleich sämtliche Akten der als Staatsanwalt fungirenden Person zur Verfassung der Anklage binnen einer den Umständen angemessenen Frist.

Die Verfassung der Anklage der Verweiskommission aufzutragen, halte ich deswegen nicht für zweckmässig, weil man doch füglich Niemanden zumuthen kann, dass er die Ansicht eines Anderen unbedingt zur seinigen mache und sie mit dem erforderlichen Eifer und der nöthigen Kraft vertheidige.

Der Staatsanwalt muss eine selbstständige Stellung haben, er muss durchdrungen sein von der Richtigkeit seiner Anklage, und dann wird er sie auch mit Nachdruck aufrecht zu erhalten im Stande sein. In Folge dieser Stellung müsste man ihm aber gestatten, die von der Verweisungskommission vorgelegte Klage nach seiner Ansicht zu modifiziren, wornach die frühere Arbeit eben als eine fruchtlose erscheinen würde. So weit kann aber die unabhängige Stellung des Staatsanwaltes nicht gehen, dass er die Anklage selbst ganz fallen lasse, denn dadurch würde er über die Kommission gestellt werden, welche die Versetzung in den Anklagestand ausgesprochen hat, und gewissermassen die Funktion des Kriegsgerichtes selbst sich aneignen. Für einen derlei Fall, der übrigens, wenn die Verhandlung bei der Verweisungskommission mit der gehörigen Umsicht gepflogen worden ist, wohl höchst selten vorkommen wird, müsste im Gesetze Vorsorge getroffen werden, etwa in der Art, dass ein anderer Staatsanwalt berufen werde, oder dass der bestellte Staatsanwalt die Dienstesverpflichtung habe, die Anklage so zu verfassen, wie sie aus dem Erkenntnisse der Verweisungskommission und dessen Begründung sich ergibt, und es bleibt sonach nur dem Kriegsgerichte vorbehalten, zu entscheiden, ob der Angeklagte von dem ihm angeschuldeten Verbrechen loszusprechen, oder ob er einer anderen und welcher strafbaren That überwiesen sei, z. B. dass nicht Mord, sondern blos fahrlässige Tödtung vorliege.

Hat der Staatsanwalt die Anklage verfasst, so überreicht er dieselbe sammt den Akten und dem Verzeichnisse der abzuhörenden Zeugen dem Befehlshaber, welcher nun die Hauptverhandlung anordnet.

Das Kriegsgericht ist, wenn nicht Rücksichten der öffentlichen Ordnung oder der Disziplin entgegenstehen, öffentlich, es haben jedoch in der Regel nur M. Personen Zutritt, und bei Prozessen über Offiziere oder Beamte nur Offiziere und Beamte. Dem M. Befehlshaber oder auch dem Präses des Kriegsrechts ist das Recht einzuräumen, die Bewilligung der Zulassung zu den öffentlichen Verhandlungen zu ertheilen, und von denselben wird es auch abhängen, zu gestatten, dass ausnahmsweise auch Zivilpersonen als Zuhörer bei demselben erscheinen.

Der Grund der angedeuteten Beschränkung des freien Zutrittes zu den kriegsgerichtlichen Verhandlungen liegt in den militärischen Verhältnissen und insbesondere darin, dass es hier wesentlich nur um das Interesse der M. Personen sich handelt und der Zweck der Oeffentlichkeit durch die beantragte Verfügung hinlänglich erreicht wird.

Gleichzeitig mit der Zustellung der Akten an den Staatsanwalt wird, wenn nicht schon in der Voruntersuchung ein Vertheidiger aufgestellt worden ist, der Untersuchte aufgefordert, binnen einer im Gesetze zu bestimmenden kurzen Frist sich zu erklären, wen er zur Vertheidigung haben wolle. Zur Vertheidigung kann Jedermann zugelassen werde, welcher durch die Zivilgesetze davon nicht ausgeschlossen ist. Kann oder will der Angeklagte keinen Vertheidiger namhaft machen, oder ist die Frist dazu verstrichen, so ist von der M. Behörde ein solcher zu bestimmen. Der Umstand, dass der Beschuldigte in der Voruntersuchung ein Geständniss abgelegt habe, schliesst die Bestellung eines Vertheidigers nicht aus. Die Verzichtleistung auf einen Vertheidiger ist unstatthaft.

Erfolgt die Bestellung eines Vertheidigers von Amtswegen, so kann — schwierige Fälle ausgenommen, wo die Vertheidigung durch Rechtskundige nothwendig erscheint — hiezu auch ein Offizier oder Beamte berufen werden; doch ist es den letzteren gestattet, die Berufung aus Gründen abzulehnen. Die Entscheidung über eine solche Ablehnung steht dem M. Befehlshaber zu, welcher das Kriegsgericht angeordnet hat.

Dem Vertheidiger ist es gestattet, die Untersuchungsakten einzusehen, Abschriften davon zu nehmen und allein mit dem Angeklagten sich zu besprechen.

Gleichzeitig mit der Anordnung des Kriegsgerichtes werden und zwar wenigstens 3 Tage vor der Hauptverhandlung dem Angeklagten nebst einer Abschrift der Anklage das Verzeichniss der Richter (und allenfallsigen Stellvertreter) so wie der vom Staatsanwalte verlangten Zeugen mitgetheilt²⁸⁾, um nach Besprechung mit dem Vertheidiger seine Zeugen und Sachverständigen namhaft zu machen.

²⁸⁾ Die Mittheilung des Verzeichnisses der Richter vor der Verhandlung hat den Vortheil, dass letztere durch Rekusationen nicht unterbrochen wird,

Bei dem Kriegsgerichte haben zu erscheinen:

1. Die Richter, deren persönliche Eigenschaften im Gesetze genau zu normiren sind. Längere Dienstzeit und die hiedurch bedingte Erfahrung, die Fähigkeit, derlei Verhandlungen richtig aufzufassen, die vorgeführten Belastungs- und Entlastungsbeweise zu kombiniren, hierüber ein selbstständiges und ein gesundes Urtheil zu fällen, sind nebst einem festen Charakter und tadellosen Lebenswandel Eigenschaften, welche einem Richter nie fehlen sollen. Jeder Richter soll wenigstens 24 Jahre alt sein.

Die Anzal der Richter soll nach dem bereits wiederholt bemerkten Grundsatz die gleiche sein, wie bei den Zivilgerichten, und in so ferne dies mit Rücksicht auf die militärischen Verhältnisse nicht möglich ist, doch wenigstens annähernd, mindestens aber neun Personen betragen. Besonders ist dort, wo das öffentliche Verfahren neu eingeführt wird, eine grössere Anzal wünschenswerth, jedoch mehr als dreizehn Personen, welche Zal Baiern hat, nicht nothwendig.

Zu Kriegsgerichten über Offiziere sind nur solche, über Beamte auch zwei Beamte, bei Dienstesverbrechen wo möglich vom Dienstzweige des Angeklagten, über Unteroffiziere zwei derselben Charge, über Gemeine ein Unteroffizier und ein Gemeiner beizuziehen.

Es steht nichts entgegen, das Verzeichniss jener Personen, welche für eine bestimmte Zeit, z. B. für ein halbes oder

welche freilich selten vorkommen werden, wenn man bei der Bestellung der Richter mit der erforderlichen Aufmerksamkeit vorgegangen ist. Sind Ersatzmänner vorhanden, so wird auch die Unterbrechung nicht lange dauern. Das Verfahren der Zivilgerichte, wornach zur Hauptverhandlung dreissig oder noch mehr Geschworene vorgeladen und dem Beschuldigten ein sehr umfangreiches Rekusationsrecht eingeräumt wird, ist bei den Kriegsgerichten aus Dienstesrücksichten nicht leicht ausführbar. Das franz. M. St. G. B. lässt Verwerfungen der Mitglieder des Kriegsgerichtes nicht zu (Art. 122) und gestattet nur die Nullität gegen das Urtheil selbst, wenn das Kriegsgericht nicht nach den Bestimmungen des Gesetzes gebildet war (Art. 74, Z. 1). Ich kann dieser Verfügung nicht das Wort reden und halte es für besser, Rekusationen zuzulassen, wodurch späteren Nullitäten vorgebeugt wird. — Dass eine Rekusazion auch gegen den Instruktionsrichter und wohl auch gegen den Staatsanwalt zulässig sei, braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden. Wird die Ablehnung eines Richters oder Staatsanwaltes nicht bewilligt, so findet dagegen kein besonderes Rechtsmittel statt; die Beschwerde hierüber ist mit dem Nullitätsgesuche zu verbinden.

ganzes Jahr, als Richter fungiren sollen (für permanent aus dem Soldatenstande anzustellende Richter wird wohl Niemand sich erklären), vorhinein zu verfassen (Holstein. M. St. G. B. §. 21 u. ff.) und aus dieser Liste von Fall zu Fall die Richter zum Kriegsgerichte zu kommandiren. Diese Einrichtung bietet den Vortheil, dass nur geeignete Personen in das Kriegsgericht berufen werden. Allein durch das entgegengesetzte Verfahren, nämlich durch die Kommandirung der Richter von Fall zu Fall, kann man denselben Zweck erreichen, wenn man mit der erforderlichen Umsicht die Auswahl trifft.

Die Verhältnisse werden den Ausschlag geben, ob man für den einen oder den andern Modus sich erklären solle.

Der Präses im Kriegsgerichte soll in der Charge höher stehen als der Angeklagte.

2. Der Staatsanwalt. Dieser soll in der Regel rechtskundig sein und bei Kriegsgerichten über Personen vom Stabs-offiziere aufwärts wo möglich bei Generalen immer einer höheren Charge angehören. Offiziere und Beamte sind jedoch von der Funkzion eines Staatsanwaltes grundsätzlich nicht auszuschliessen, und besonders bei den Verbrechen höherer Offiziere dürfte es in vielen Fällen, welche nicht gar zu verwickelt oder schwierig sind und daher Rechtskenntnisse unbedingt voraussetzen, thunlich sein, einen höheren, zu diesem Amte befähigten Offizier als Staatsanwalt zu bestellen (vergl. Art. 12 das franz. M. St. G. B.).

Die Anstellung eines permanenten Staatsanwaltes hat viele Gründe für sich, und ist, wenn leicht ausführbar, zu empfehlen. Dieser Umstand würde aber, wie sich von selbst versteht, nicht hindern, in einzelnen Fällen einen eigenen Ankläger zu berufen, wenn eine solche Berufung durch die Verhältnisse geboten ist.

3. Der Auditor, welcher in den Gesetzen für den Zivil- und Militärstand, vorzugsweise in jenen, welche die Strafrechtspflege betreffen, bewandert, und daher vor Zulassung zu diesem Amte durch eine eigene Prüfung aus diesen Fächern für befähigt zu diesem Posten erklärt werden muss²⁹⁾.

²⁹⁾ Auditore sind nicht blos zu Instruktionsrichtern zu verwenden, sondern es ist ihnen auch hauptsächlich die Funkzion eines Staatsanwaltes zu übertragen, auch können sie, wo thunlich, zur Vertheidigung zugelassen werden.

Der Auditor hat durchaus das Technische der Verhandlung zu leiten, wie die Fragenstellung an den Beschuldigten, die Zeugen u. s. w. Der Leiter der Verhandlung hat sich zu bestreben, dass dabei sistematisch vorgegangen werde, weil hiedurch die richtige Auffassung von Seite der Richter erleichtert und eben dadurch ein gerechtes Urtheil verbürgt wird.

Fragen und Gegenfragen zu stellen ist übrigens auch dem Staatsanwalte und dem Vertheidiger zu gestatten (Kreuzverhör), so wie dem Präses und den Richtern. Die vom Leitenden als unzulässig zurückgewiesenen Fragen des Staatsanwaltes oder Vertheidigers sind auf ihr Verlangen zu protokolliren.

Der Präses sorgt für die Erhaltung der äusseren Ordnung, und er hat zu diesem Zwecke eine im Gesetze genau zu bestimmende Disziplinarstrafgewalt. Derselbe leitet auch die Verhandlung der Richter bei der Berathung über den kriegsgerichtlichen Spruch. Dem Präses die technische Leitung der Hauptverhandlung zu überlassen halte ich deswegen für bedenklich, weil hiezu Fachkenntnisse erfordert werden. Wie schwierig sind insbesondere oft die Fragen an die Gerichtsärzte!

4. Der Angeklagte und dessen Vertheidiger. Die Stellung des letzteren soll mit jener des Staatsanwaltes eine gleichberechtigte sein.

5. Die vorgeladenen Zeugen (Kunstverständigen).

Bei Vernehmung des Beschuldigten und der Zeugen ist nach denselben Grundsätzen vorzugehen, welche in der Z. St. P. O. normirt sind. Die Aussagen jener Zeugen, welche vom Erscheinen bei der Hauptverhandlung befreit sind, werden vorgelesen.

Sollte die Vernehmung eines Zeugen aus Dienstes- oder Standesrücksichten bei der öffentlichen Verhandlung in Abwesenheit des Beschuldigten geschehen, so ist sie ihm bei seinem Wiedereintritte vorzulesen.

Ist die Vernehmung aller Personen beendet, worüber so wie über die ganze Verhandlung überhaupt der beizuziehende Aktuar ein Protokoll zu führen hat, und ist sonach die eigentliche Untersuchung geschlossen, so erhält der Staatsanwalt das Wort zur Ausführung seiner beim Beginne der Verhandlung schon vorgelesenen Anklage, welcher am Schlusse die den Richtern bezüglich der Schuldfrage (wesentlich verschieden vom Ausdrucke: Thatfrage) zur Beantwortung vorzulegenden Punkte beigefügt werden; hierauf folgt die Erwiderung des

Angeklagten und seines Vertheidigers. Dem Letzteren gebührt jedenfalls die Schlussrede. Die von den Richtern zu beantwortenden Fragen können der Staatsanwalt und Vertheidiger auch schriftlich überreichen.

Hat der Staatsanwalt oder der Vertheidiger nichts mehr zu sagen, so erklärt der Präses über Antrag des die Verhandlung leitenden Auditors das Beweisverfahren für geschlossen und es folgt von Seite des letzteren ein gedrängtes, jedoch die wesentlichen Umstände enthaltendes Resumé zur Information der Richter, nach dessen Beendigung von ihm die wohl durchdachten, einfach, klar und bündig verfassten, geschriebenen Fragen, welche sie zu beantworten haben, ihnen übergeben werden³⁰⁾.

Dieses Resumé hat sich schon nach seinem Begriffe nur auf das in der Hauptverhandlung Vorgekommene zu beschränken. Dasselbe enthält die thatsächliche Beschuldigung, die für und wider den Angeklagten vorgekommenen Beweise, wobei der Vortragende von jeder auch nur leisesten Kundgebung seiner Meinung sich zu enthalten und überhaupt Alles sorgfältig zu vermeiden hat, was nur im Entferntesten die Selbstständigkeit der Richter in ihrem Urtheile beirren könnte³¹⁾.

Um in jeder Beziehung Gerechtigkeit walten zu lassen, ist es weder dem Staatsanwalte, noch dem Angeklagten oder

³⁰⁾ Diese Fragen in die St. P. O. aufzunehmen, halte ich nicht für nothwendig und auch nicht für zweckmässig, da es kaum thunlich ist, sie für alle möglichen Fälle zu fixiren. So hat das franz. M. St. G. B. (Art. 132) neben der Hauptfrage von den Nebenfragen nur zwei (bezüglich der Entschuldigungs- und Erschwerungsgründe — siehe auch Art. 134) erwähnt, welche für den Fall passen, wenn die Hauptfrage bejaht wird, dagegen die für den Fall der Verneinung der Schuld an dem Verbrechen, worauf die Anklage gerichtet war, eventuell zu stellenden Fragen nicht berührt, und doch dürfte es nothwendig sein, mit der Hauptfrage auch diese zu verbinden, z. B. wenn nicht des vollbrachten Mordes, ob nicht der fahrlässigen Tödtung oder des Versuches des Mordes der Angeklagte schuldig sei? Vergl. auch Art. 443 des grossh. hess. M. St. G. B.

³¹⁾ Der Staatsanwalt trachtet — in so weit das Gesetz und sein Gewissen es zulässt — die Anklage aufrecht zu erhalten, der Vertheidiger, sie zu entkräften oder wenigstens eine mindere Schuld nachzuweisen. Der Resumirende hat die Richter auf jene Punkte aufmerksam zu machen, welche vorzüglich zu beachten sind, und sie besonders aufzufordern, gewisse in der Verhandlung vorgekommene Zweifel genau zu prüfen, wobei es nur erspriesslich sein kann, wenn er die Merkmale, welche zu der einen oder anderen Art von Verbrechen gehören z. B. Diebstahl — Veruntreuung, ihnen auseinandersetzt. Zum Vortrage eines richtigen Resumé gehören juridische Kenntnisse.

dessen Vertheidiger zu wehren, auch über dieses Resumé Gegenbemerkungen zu machen, in so ferne das, was sie sagen wollen, von ihnen nicht schon in der Verhandlung besprochen worden wäre, sie also durch das Resumé zu neuen Erwidernngen veranlasst werden. Namentlich können die vom Auditor formulirten Fragen zu neuen Erörterungen zwischen dem Staatsanwalte und Vertheidiger, der auch hier das letzte Wort hat, Anlass geben. Repliken des Auditors hierauf sind unstatthaft³²⁾.

Ist auch dieses geschehen, so wird der Angeklagte entfernt und die Richter ziehen sich mit dem Schriftführer in ein Zimmer zurück zur Berathung und sohinnigen Abstimmung, und zwar vorläufig über die Schuld oder Nichtschuld. Vor Fassung des Beschlusses dürfen sie das Zimmer nicht verlassen.

Die Abstimmung geschieht über die einzelnen Fragen in ihrer Reihenfolge von unten hinauf, weil, wenn der Präses und die Höheren früher ihre Meinung abgeben würden, dies leicht möglich auf das Urtheil der Niederen einen Einfluss ausüben könnte, welcher strenge hintangehalten werden muss. Jeder Richter soll selbstständig urtheilen. Daher soll auch bei der Berathung und vor der Abstimmung kein Richter seine bestimmte Ansicht laut werden lassen.

Die Richter sind bei der Urtheilsfällung eben so wenig, als sonst Geschworne bei den Zivilgerichten an Beweisregeln gebunden³³⁾, auch entfällt die Pflicht, das Urtheil zu begründen.

³²⁾ Das Resumé wird nach Verschiedenheit der Fälle kürzer oder länger sein, so viel als möglich soll es aber kurz sein, weil sonst der Zweck desselben nicht erreicht wird. Man mag in einzelnen Fällen das Resumé als entbehrlich erachten, aber wenn mehrere Delikte vorliegen, oder wenn der Straffall selbst ein verwickelter ist, wird man dessen Nutzen besonders dann zugeben müssen, wenn die Richter noch selten in den Kriegsgerichten fungirt haben. Ist die Anklage auf mehrere und dazu verwickelte Verbrechen gerichtet, so ist nicht bloß die Verhandlung, sondern auch die Abstimmung über die Schuldfrage der einzelnen derselben zweckmässig.

³³⁾ Dadurch will nicht gesagt werden, dass die Geschworenen nicht die vorliegenden Beweise pro und contra gehörig abwägen und erst nach einer sorgfältigen gewissenhaften Prüfung ihre Meinung abgeben sollen. Nicht das Gefühl, sondern der Verstand soll das Urtheil diktiren. Es soll dasselbe das Ergebniss sein einer genauen und unpartheiischen Prüfung und Beurtheilung des Gesehenen und Gehörten.

Das über die Abstimmung geführte Protokoll enthält die Fragen mit der Angabe der Zahl der Richter, von welchen sie einzeln bejaht oder verneint wurden, ohne ihre Namen beizusetzen. Der hienach am Schlusse des Protokolls mit der Angabe, ob Einheit oder und welche Mehrheit der Stimmen vorhanden war, angeführte Beschluss ist von allen Richtern und dem Schriftführer zu unterschreiben.

Eine Frage, die wir hier zu beantworten haben, ist: Soll das Verdikt nach Mehrheit der Stimmen gefällt oder eine noch grössere Anzahl derselben gefordert werden?

Wenn es um das „Nichtschuldig“ sich handelt, so dürfte wohl kein Anstand obwalten, mit der Mehrheit der Stimmen sich zu begnügen; soll aber das „Schuldig“ ausgesprochen werden, so wird man nach dem oft erwähnten Grundsatz vor Allem unterscheiden müssen, ob die militärgerichtlichen Institutionen bis zu diesem Akte eben dieselben Garanzien geben, wie die der Zivilgerichte, insbesondere ob bei diesen nicht eine grössere Anzahl von Geschwornen bestehe? Wäre letzteres der Fall, so wird kaum Jemand Bedenken tragen, dass zum „Schuldig“ mehr als die absolute Stimmenmehrheit, daher z. B. von neun Stimmen sechs Stimmen gefordert werden; denn es ist diese Anzahl noch nicht einmal die Stimmenmehrheit, wenn man z. B. im Zivile von dreizehn Personen entscheiden lässt. Je mehr Stimmen man von der bestimmten Anzahl der Geschwornen zur Verurtheilung verlangt, desto sicherer kann man auf die Richtigkeit des Urtheils bauen. Wenn aber in manchen Staaten, wie England, Nordamerika, Braunschweig Einstimmigkeit gefordert wird, so lässt sich dies theoretisch recht gut ansehen; ob aber praktisch nicht mancher Geschworne eine andere Meinung abgeben möchte, wenn nach Stimmenmehrheit entschieden würde, ist eine Frage, welche Jene zu beantworten vermögen, welche in näherer Beziehung zu diesen Schwurgerichten gestanden sind.

Wie aber, wenn nur eine einfache Stimmenmehrheit, also von neun Richtern fünf auf „Schuldig“ gesprochen haben, soll in diesem Falle der Angeklagte losgesprochen werden?

Die holsteinische M. St. P. O. bestimmt hierüber im §. 136, dass der Präses mit dem ältesten Mitgliede der Charge des Beschuldigten und dem die Verhandlung leitenden

Untersuchungsbeamten zu einer Berathung zusammentrete. Sind dieselben einstimmig der Ueberzeugung, dass eine nochmalige richterliche Prüfung des Falles vorzunehmen sei, so wird von denselben der geschehene Ausspruch von Amtswegen verworfen und auf dem Dienstwege die Anordnung eines neuen Kriegsrechts veranlasst.

Bei der Entscheidung des zweiten Kriegsrechts, an welchem keines der Mitglieder des früheren Kriegsgerichtes Theil nehmen kann, behält es sein Verbleiben, auch wenn ein gleiches Stimmenverhältniss sich von Neuem ergeben sollte.

Ich glaube dieser Verfügung mich anschliessen zu sollen, da sie als ein Ausweg erscheint, gerecht zu werden.

Der Wahrspruch wird im Sitzungssaale dem Angeklagten öffentlich verkündet.

Lautet dieser auf „Schuldig“, so stellt der Staatsanwalt seinen Strafantrag, wobei er das anzuwendende Gesetz aus dem Strafgesetzbuche vorzulesen hat, wogegen der Angeklagte oder Vertheidiger repliziert. Dem letzteren gebührt auch hier das letzte Wort. Die ganze Verhandlung dreht sich nur um die Frage: welche Gesetze sind bezüglich der von den Richtern für erwiesen angenommenen strafbaren That anwendbar? Es bleiben daher alle Punkte der That selbst unberührt und können nur in so ferne in Erwägung gezogen werden, als sie auf das Strafausmass selbst Einfluss nehmen.

Nach geschlossenem Plaidoyer begeben sich die Richter abermals in das Zimmer zur Berathung. Ist diese beendet, so wird das Urtheil verfasst, die Richter treten in den Sitzungssaal zusammen und der Präses verkündet das Urtheil.

Hätte die Hauptverhandlung über ein Individuum der Mannschaft ergeben, dass kein Verbrechen, sondern blos ein Vergehen vorliege, so hat dennoch das Kriegsgericht das Erkenntniss zu schöpfen.

Bei den Zivilgerichten fällen rechtskundige Richter das Urtheil über die Strafe, bei den M. Gerichten ist dieses nicht leicht ausführbar. Sind nämlich die Gerichtssprengel klein, so würde man eine gleiche Anzahl von Richtern, wie im Zivile, nicht beschäftigen können; sind sie gross, so würden die Kosten jeder Untersuchung ungemein erhöht. Lässt man über die Bestrafung eine eigene Debate zu, so kann man wohl auch durch die Militär-Jury über die Strafe absprechen lassen, und

zwar um so mehr, als auch nicht bloß gegen das Erkenntniss der Schuld, sondern auch gegen den Strafausspruch die Nullität zulässig ist (vgl. franz. M. St. G. B. Art. 74, Z. 3).

§. 49. Verfahren nach der Verkündigung des Urtheils — Nichtigkeitsbeschwerde.

Bei Verhandlungen durch Schwurgerichte können wohl Rekurse gegen einzelne richterliche Verfügungen zugelassen werden, allein gegen das Urtheil selbst gibt es nur eine Nichtigkeitsbeschwerde. Diese ist binnen einer möglichst kurzen Frist nicht bloß dem Verurtheilten, sondern auch dem Staatsanwalte zu gewähren. Die Gründe der Nullität hat das Gesetz zu enthalten und es gehören hieher insbesondere solche Fehler im Verfahren, welche auf die Entscheidung einen wesentlichen Einfluss üben.

Wird die Nichtigkeitserklärung angesucht, so sind sämtliche Akten dem Kassationshofe vorzulegen.

Ist keine Nullität angemeldet oder dieselbe verworfen, so hat der zuständige Kommandant das Urtheil zu bestätigen oder auch zu mildern (den Verurtheilten zu begnadigen). Die Bedingungen und Grenzen des Begnadigungsrechtes sind im Gesetze zu bezeichnen ³⁴⁾.

Todesurtheile sind im Frieden dem Staatsoberhaupte zur Schlussfassung vorzulegen, im Kriege muss es aber wohl dem Kommandanten einer Armee oder einer grösseren Heeresabtheilung, so wie dem Kommandanten einer eingeschlossenen Festung überlassen bleiben, das ausgefallene Todesurtheil vollziehen oder, wo es nur immer zulässig ist, Gnade walten zu lassen.

³⁴⁾ Begnadigungen sollen bei Kundmachung des Urtheils in der Regel nur dann eintreten, wenn das Gesetz in seiner Allgemeinheit richtig angewendet und das Erkenntniss nach demselben — obschon selbst mit der gesetzlich zulässigen Berücksichtigung der Milderungsgründe noch immer strenge erscheinend — vollkommen gerechtfertigt, aber in Bezug auf die individuellen Umstände des Verurtheilten noch als zu hart angesehen werden muss, ein Fall, der bei Kriegsgerichten, wo die Richter auch über die Strafe absprechen, seltener, als bei den Zivil-Schwurgerichten vorkommen wird, wo der Strafausspruch rechtskundigen Richtern vorbehalten ist.

Die Nichtigkeitsbeschwerde gegen Todesurtheile kann aber auch im Kriege nicht versagt werden, weshalb das Gesetz auch für derlei Fälle Vorsorge zu treffen hat.

Um das Recht der Nichtigkeitsbeschwerde zu wahren, sind die von den Kriegsgerichten gefällten Todesurtheile ebenfalls gehörig kundzumachen. Wenn das grossh. hessische M. St. G. B. im Art. 453 die Publikation nur an den Vertheidiger anordnet, so ist wohl der Zweck: das Gemüth des Verurtheilten zu schonen, dann nicht erreicht, wenn die Publikation nicht auch in anderen Fällen unterbleibt.

Sollen die Akten nicht auch in anderen Fällen als jenen der ausgesprochenen Todesstrafe einer höhern Behörde von Amtswegen vorgelegt werden, und sohin eine Art gesetzlicher (in Baiern, nothwendiger) Revision Platz greifen?

Den streng genommen nicht hieher gehörigen Fall, wenn allenfalls aus Rücksichten gewisser höherer Chargen eine Vorlage der Akten an höhere Behörden, z. B. bei Generälen selbst an das Staatsoberhaupt, vor dem Vollzuge des Urtheils im Gesetze verfügt wäre, muss ich mich im Prinzipie gegen jede sogenannte nothwendige Revision erklären.

Nimmt man Anstand, den Kriegsgerichten dasjenige Zutrauen zu schenken, um ihre Urtheile gleich jener der Zivilschwurgerichte zu behandeln, so richte man sie in der Art ein, wie die letzteren, und überlasse insbesondere den Strafausspruch rechtsgelehrten Richtern, führe aber nicht eine Vermehrung der Arbeit herbei, welche in den bei weiten meisten Fällen gewiss zwecklos und bei Zulassung der Nichtigkeitsbeschwerde auch nicht nothwendig ist ³⁵⁾.

Ich glaube aber, dass die Kriegsgerichte in der Art, wie ich sie ausgeführt habe, die hinlängliche Garanzie für die Verwaltung der Gerechtigkeit geben, wenn man, so weit es nur

³⁵⁾ Wenn in der zweiten Instanz die Verhandlung, wie bei dem Kriegsgerichte, wiederholt, also der Beschuldigte, die Zeugen und Sachverständigen vor den Richtern vernommen, hiebei der Staatsanwalt und Vertheidiger zugelassen werden, sodann die Richter über Schuld und Strafe urtheilen, dann wäre weniger Grund, gegen eine zweite Instanz sich auszusprechen, allein wie kostspielig wäre eine solche Prozedur und wo liegt die Garanzie, dass, wenn das Urtheil der zweiten von dem der ersten abweicht, jenes das richtigere sei?

immer möglich ist, deren Selbstständigkeit wahrt und auf ihre Entwicklung immer fördernd einzuwirken sich die Mühe gibt.

Gibt man die Voruntersuchung in die Hände von Fachmännern; werden zu öffentlichen Anklägern nur solche Personen bestellt, welche die erforderlichen Eigenschaften besitzen, insbesondere Kenntniss der Gesetze, Charakterfestigkeit und Rechtlichkeitssinn; lässt man die freie Vertheidigung nicht bloß bei der Hauptverhandlung, sondern auch schon in der Voruntersuchung zu; beruft man zu Richtern nur solche Männer, welche nach ihrer Bildung und Erfahrung hiezu ganz geeignet sind, Geist und Herz, wie man zu sagen pflegt, am rechten Flecke haben; hält man jeden inkompetenten Einfluss auf die Gerichtsverhandlung von der Instruktion anfangen bis zum Ende des Prozesses entfernt; achtet man die Stellung der Staatsanwälte, Vertheidiger und Richter in der Art, dass sie wegen ihrer Anträge oder wegen ihres Spruches nie irgend einen Nachtheil oder auch nur Unannehmlichkeiten zu besorgen haben; ist man in der Oeffentlichkeit nicht gar zu ängstlich; gestattet man den M. Befehlshabern ein, wenn gleich beschränktes, Begnadigungsrecht; so wird das sowohl dem öffentlichen Ankläger als dem Verurtheilten zugestandene Rechtsmittel der Nullität ausreichen, um gesetzwidrige Urtheile, so weit dies bei menschlichen Einrichtungen möglich ist, zu beseitigen. Den Erfolg herbeiführen zu wollen, dass gar nie ein ungerechtes Urtheil gefällt werde, wird — ich will jede absichtliche Ungerechtigkeit ausschliessen — stets ein fruchtloses Bestreben sein, man mag die Gerichte aus rechtsgelehrten Richtern oder aus Geschworenen zusammengesetzt sich denken, weil der menschlichen Erkenntniss, Einsicht und Beurtheilung jene Eigenschaft fehlt, welche dazu nothwendig wäre, nämlich — Unfehlbarkeit.

Dass Todesurtheile von Amtswegen einer höhern Revision unterzogen werden, wird Niemand beanstünden, denn ist diese Strafe einmal vollzogen, so kann, wenn später die Schuldlosigkeit des Hingerichteten an den Tag tritt, das angethane Unrecht durch keine menschliche Macht mehr gut gemacht werden.

Es kann zwar die, wenn auch nur zum Theile überstandene Freiheitsstrafe, wenn sich später die Schuldlosigkeit offenbart, auch nicht mehr ungeschehen gemacht werden, allein

dieser Gegen Grund würde zu weit, nämlich dahin führen, dass jedes Strafurtheil der höheren Revision zu unterziehen sei.

Uebrigens sind auch Gnadengesuche, gegen welche man im Prinzip sich nicht aussprechen kann, geeignet, eine Revision der Akten zu bewirken.

§. 50. Kassationshof (Oberkriegsgericht).

Der Kassationshof (oder falls man ihm noch andere Gegenstände als die Nullitätsbeschwerde zur Schlussfassung zuweist, das Oberkriegsgericht) entscheidet über die sammt den Verhandlungen an dasselbe gelangten Nullitätsbeschwerden.

Wie soll diese Behörde organisirt, wie bei derselben verhandelt werden?

Da die Entscheidung hier nicht über die That- und Schuld-, sondern über eine Rechtsfrage zu ergehen hat, und da dieses Gericht in allen jenen Fällen, wo über einen kriegsgerichtlichen Spruch die Schlussfassung des Regenten einzuholen ist, ein rechtliches Gutachten zu erstatten und über die nach dem Gesetze zulässigen Rekurse zu erkennen haben wird, so soll die grössere Anzahl der Mitglieder desselben um so mehr rechtskundig sein, als das Urtheil der Kriegsgerichte vorzugsweise, bezüglich durchaus von Soldaten gefällt wurde, und so eine mehr unparteiische und bei der Beurtheilung der Sache von einem mehrfachen Standpunkte eine gründlichere und sohin richtigere Auffassung und Entscheidung sich ergibt. Dazu kommt noch, dass die Erkenntnisse dieses Gerichtshofes zugleich den Kriegsgerichten zur Norm für künftige Fälle dienen werden, daher alle möglichen Vorsichtsmassregeln getroffen und solche Einrichtungen gegeben werden müssen, dass nicht leicht dem Gesetze widersprechende Entscheidungen gefällt werden ³⁶⁾.

Ferner glaube ich, obschon ich der öffentlichen Verhandlung mit dem Staatsanwälte und dem Vertheidiger, wie sie im französischen und holsteinischen Gesetze durchgeführt

³⁶⁾ Auch über das Gesuch um Wiederaufnahme des Strafverfahrens erkennt das höhere Gericht — Oberkriegsgericht in Schleswig-Holstein (§. 161), General-Auditoriat in Baiern (Ges. v. 14. April 1856, Art. 84). Die Grundsätze über die Wiederaufnahme müssen beim Militär dieselben sein, wie beim Zivile.

ist, den Vorzug einräume, doch gegen die rein kollegialische Berathung über die Nullitätsbeschwerde aus dem Grunde mich nicht erklären zu sollen, weil es hier um eine reine Rechtsfrage sich handelt, das Verfahren dadurch vereinfacht, abgekürzt und wohlfeiler wird, und ein aus tüchtigen Männern zusammengesetztes Obergericht hinlängliche Garanzien für die Wahrung des Rechtes bietet.

Damit aber der Grundsatz: *audiatur et altera pars*, nicht unbeachtet bleibe, so erachte ich, dass die vom Verurtheilten nach kundgemachtem Urtheile rechtzeitig eingebrachte Nullitätsbeschwerde dem Staatsanwalte (und umgekehrt) zur Aeussierung binnen einer bestimmten Frist (allenfalls auch noch zur weiteren Gegenausführung) zugestellt werde.

Das Obergericht hätte aus vier rechtskundigen und zwei nichtrechtskundigen Mitgliedern, dann einem Präsidenten aus dem Stande der Generale zu bestehen. Das Referat führt ein rechtskundiges Mitglied. Ueber den Antrag wird, und zwar zuerst von den rechtskundigen Mitgliedern, die Meinung (*votum*) abgegeben; die Mehrheit der Stimmen entscheidet.

Der Beschluss dieses Gerichtes wird bei dem Kriegsgerichte in öffentlicher Sitzung sammt den beizugebenden Motiven publizirt.

Das weitere Verfahren ist nach Verschiedenheit des Erkenntnisses verschieden. Im Wesentlichen wird Folgendes gelten:

1. Handelt es sich um ein wesentliches Gebrechen im Laufe der Untersuchung, so wird der Akt an das Kriegsgericht zurückgesendet und es ist, wenn das Gebrechen vor oder bei der Hauptverhandlung vorgekommen sein sollte, jedenfalls die ganze Hauptverhandlung zu wiederholen.

2. Im Falle der Inkompetenz des Gerichtes oder der Nullität im gerichtlichen Spruche — sei es Betreff der Schuldfrage, sei es Betreff der Strafe — ist die Verhandlung an ein anderes (neues) Kriegsgericht zu verweisen.

Hinsichtlich der Schuld muss dieser Grundsatz ausnahmslos gelten, hinsichtlich der Strafe aber lassen sich Ausnahmen vertheidigen, welche im Gesetze genau festzustellen sind, insbesondere wird es sich rechtfertigen lassen, dass der Kassationshof das Urtheil des Kriegsgerichtes bezüglich der Strafe ändere, und sohin ein neues Urtheil fälle, in so ferne nach

seinem Beschlusse dasselbe für den Verurtheilten milder ist, als jenes des Kriegsgerichtes, mithin auch dann, wenn die vom letzteren ausgesprochene Strafe, z. B. wegen eingetretener Verjährung, zu entfallen hat. Diese Ausnahme dürfte deswegen nicht zu beanstanden sein, weil sie dem Erfordernisse einer schnellen und gerechten Prozedur entspricht.

Dagegen wäre der Fall immer vor ein anderes Kriegsgericht zu verweisen, wenn nach der Meinung des Kassationshofes die vom Kriegsgerichte ausgesprochene Strafe nach dem Gesetze zu gelinde bemessen, also eine schärfere Strafe zu verhängen gewesen wäre, wenn hier ein bedeutender im Gesetze anzugebender Unterschied obwaltet. Ist dieser Unterschied kein bedeutender, so wäre das Urtheil des Kriegsgerichtes nicht zu ändern, sondern in Vollzug zu setzen.

Als Grundsatz könnte man aufstellen, dass Verstösse gegen das materielle Recht vom Kassationshofe zu saniren seien, und er das Definitiverkenntniss ohne Verweisung des Falles vor ein anderes Kriegsgericht zu fällen habe, wenn hiedurch das Kriegsrechtsurtheil weder hinsichtlich der Qualifikation der That, noch hinsichtlich des Strafausspruches verschärft erscheint.

Diese wären nach meinem Ermessen die wesentlichen Grundzüge einer M. St. P. O. im ordentlichen Verfahren vor den Kriegsgerichten. Dass im Einzelnen noch Manches und selbst mit Interesse der Besprechung unterzogen werden könnte, z. B. über die Art der Berufung der Richter, Rekurse, Bestätigungs- und Begnadigungsrecht des Kommandanten, Wirkungen der Kassazion des Urtheils, über das Verfahren, wenn der Angeklagte schon in der Voruntersuchung das Geständniss ablegt oder nach Verlesung der Anklage sich für schuldig erklärt, ob der Ausspruch der Verweisungskommission, dass kein Verbrechen, sondern nur ein Vergehen vorliege, das niedere Kriegsgericht binde, ob dem Leiter der Hauptverhandlung der Zutritt in das Berathungszimmer auf Begehren der Jury zur Abgabe von Aufklärungen zu gestatten sei u. s. w., will ich gerne zugeben, allein es würde dies zu weit führen und wurde deshalb auch von mir unterlassen.

III. Anhang.

Vorschläge für den Fall der Revision und neuen Ausgabe des österr. Militär-Strafgesetzbuches.

§. 51. Allgemeines.

1. In das M. St. G. B. gehören nur die M. Verbrechen und Vergehen, von den an sich als bürgerliches Verbrechen sich darstellenden Handlungen nur jene, welche sich unter die Bestimmungen des allgemeinen Strafgesetzes entweder nicht subsumiren lassen, neben demselben erwähnt werden müssen oder mit Bezug auf militärische Verhältnisse eine besondere Anordnung erheischen, wie z. B. die Brandlegung an Militär-Magazinen durch Soldaten, militärische Strafen u. s. w.

2. Ist alles rein Doktrinelle wegzulassen. Ich zähle hieher die §§. 8 (Befehl), 100 (Konkurrenz), 146, 261, 271 (Einleitungsbestimmungen) und insbesondere jene, welche auf andere §§. hinweisen, wie §. 182, 215 u. s. w. Selbst der §. 2, wornach bei M. Verbrechen eine Ausnahme von der Regel des §. 1, dass zu einem Verbrechen böser Vorsatz erfordert werde, stattfindet und die Verletzung einer M. Dienstpflicht als Verbrechen zu behandeln ist, sobald dieselbe in diesem Gesetze als M. Verbrechen bezeichnet wird, scheint mir ganz entbehrlich zu sein. Auch ohne denselben wird man z. B. die Nichtbefolgung eines wichtigen Dienstbefehles aus Sorglosigkeit, wenn hiedurch ein Schade für den Dienst entstanden ist, nach dem Wortlaute des §. 151 als Verbrechen qualifiziren (s. Art. V Kundm. Pat.), gleich wie auch ein Zivilbeamter bestraft und selbst entlassen

werden kann, wenn er wichtige Dienstaufträge aus Leichtsinne unbefolgt lässt.

3. Ist in den materiellen Theil des St. G. nichts aufzunehmen, was in das Verfahren gehört. Hieher rechne ich insbesondere jene Paragraphe bei der Deserzion, aus denen auf die Absicht des Verbrechens geschlossen werden soll.

4. Ist jede unnöthige Weitläufigkeit, namentlich jede Kasuistik zu vermeiden (§§. 160, 173, 8. und 10. Hauptstück von der „Feigheit“ und „Hintansetzung der Dienstesvorschriften“). Es dürfte nicht schwer sein, allgemeine Grundsätze aufzustellen.

5. Die Todesstrafe ist bei M. Personen nur durch Erschiessen zu vollziehen und

6. Die Freiheitsstrafen sind in der Art und Dauer wie bei den ähnlichen bürgerlichen Verbrechen auch bei den M. Verbrechen zu bestimmen.

Man mag sittliche und rechtliche Gründe gegen die Todesstrafe anführen, in den Armeen wird man sie nicht so leicht, am wenigsten aber für die Kriegszeit ganz abschaffen können. Muss man sie aber beibehalten, so sprechen nicht blos Gründe der Humanität, sondern auch der Umstand für die erwähnte Vollzugsart, weil diese stets und überall stattfinden kann, was bei der Todesstrafe durch den Strang nicht immer der Fall ist, daher an ihre Stelle öfter jene durch Erschiessen treten muss.

Das österr. M. St. G. B. hat mit der Todesstrafe durch Erschiessen den Verlust des Adels nicht verbunden, welcher beim Strange eintritt (§§. 45 und 46) und eben deswegen und weil auch der in der Z. 6 angeführte Satz unbeachtet blieb, entstehen Inkonvenienzen.

Der Mordversuch des Untergebenen am Vorgesetzten wird mit Erschiessen bestraft (§. 148), der Verlust des Adels tritt daher nach dem Wortlaut des Gesetzes nicht ein; der Mitschuldige des Zivilstandes, der doch weniger Pflichten verletzt (so wie der Soldat, welcher in Bezug auf andere Personen des Mordversuches sich schuldig macht), unterliegt der Strafe des schweren Kerkers, verliert daher den Adel (§§. 417 u. 47).

Den Soldaten, welcher sich der Wache gewaltthätig widersetzt, trifft, wenn nicht der Tod durch Erschiessen Platz greift (§. 176), nur Kerkerstrafe (§. 177), also in keinem Falle der Verlust des Adels; der Zivilist kann wegen dieses Verbrechens

nie zur Todesstrafe verurtheilt werden, wird daher in dieser Hinsicht milder behandelt; dagegen bestraft das Gesetz seine That als das Verbrechen der öffentlichen Gewaltthätigkeit mit schwerem Kerker (§. 359 M., §. 82 Zivil St. G. B.) und daher den Adeligen auch mit dem Verluste des Adels, behandelt ihn daher wieder strenger, als den Soldaten.

Aus diesen Beispielen rechtfertigt sich der Antrag:

a) Bei Verbrechen, wo abgesehen von der Todesstrafe schwerer Kerker zu verhängen und daher auf den Verlust des Adels zu sprechen wäre, hat letzterer konsequent auch einzutreten, wenn die Todesstrafe durch Erschiessen ausgesprochen wird.

b) Verbrechen, welche bei Zivilpersonen mit schwerem Kerker verpönt sind, müssen, wenn sie in analogen militärischen Verhältnissen von Soldaten begangen werden, derselben Strafart unterliegen.

7. Das Gesetz soll die Todesstrafe nicht für Fälle verhängen, wo sie nach der Erfahrung nie in Vollzug kommt. Hieher gehört die Deserzion in Friedenszeiten (§. 193. lit. b).

8. Es sollen nur jene Handlungen als Verbrechen erklärt werden, welche in höherem Grade gefährlich sind und auch diese mit keiner verhältnissmässig zu strengen Strafe belegt werden. Der Diebstahl des Soldaten an seinem Kameraden oder an seinem Oberen ist ein Verbrechen, wenn der Werth des Gestohlenen auch nur einen Kreuzer erreicht (§. 465 lit. c). Der Zweikampf kommt ohne Zweifel deswegen beinahe nie zur gerichtlichen Untersuchung, weil die gesetzliche Strafe zu hart ist.

9. Kulplose Handlungen oder Unterlassungen sind viel gelinder, als dolose zu bestrafen und als Verbrechen nur dann zu erklären, wenn besonders erschwerende Umstände eintreten.

Das österr. M. St. G. B. behandelt als Verbrecher nicht nur jeden Soldaten, welcher auf dem Posten schläft, sondern auch jenen, der sich vorschriftswidrige Bequemlichkeiten erlaubt (§. 231). Ist letzteres in seiner allgemeinen Textirung (vgl. Dienstregl. II. Th. §. 42) offenbar zu hart, so scheint es auch nicht nothwendig, das Schlafen am Posten ohne weitere Unterscheidung immer als Verbrechen zu bestrafen. Während das österr. M. St. G. B. hier Kerker bis zu 5, im Kriege bis zu 10 Jahren und bei entstandenem grossen Schaden selbst

die Todesstrafe verhängt (§. 232), ist im preuss. und schleswig-holst. St. G. B. (§. 159 und 120) als mindeste Strafe 14 Tage Arrest ausgesprochen. Noch milder ist das hannov. (§. 108), ähnlich das sächs. (§. 172). Im franz. G. B. ist die geringste Freiheitsstrafe 2 Monate (Art. 212).

§. 52. Körperliche Züchtigung (§. 30).

Die körperliche Züchtigung kann gegenwärtig gegen die obligate Mannschaft mit Einschluss der Unteroffiziere und auch gegen M. Unterparteien, welche aus dem obligaten Stande hiezu übersetzt, bezüglich befördert wurden, so lange ihre militärische Dienstpflicht zu dauern hat (Vdg. vom 14. Mai 1861 Abth. 2 No. 903 A. V. B. 17. St. No. 73) verhängt werden, wenn im Urtheile über Unteroffiziere oder Unterparteien zugleich auf die Zurücksetzung zum Gemeinen gesprochen wird. In der Regel ist gegen diese Personen, statt der nach dem Gesetze zu erkennenden Freiheitsstrafe zwischen 14 Tagen und 5 Jahren, die körperliche Züchtigung bis zu 75 Stockstreichen zu substituiren (Vdg. v. 10. März 1855 No. 486).

Das viele Prügeln ist nicht geeignet, die Disziplin zu heben, wohl aber sie zu untergraben. Ich und die meisten M. Richter werden die Erfahrung gemacht haben, dass gerade jene Truppenabtheilungen, wo man mit dem Stocke die Ordnung aufrecht zu erhalten vermeint, das grösste Kontingent für die militärgerichtliche Praxis liefern. Zalen sind die kräftigsten Beweise für die Richtigkeit und Unrichtigkeit so mancher Behauptungen, es entfällt die Nothwendigkeit weitere Gründe dafür anzugeben, wenn die Erfahrung dieselbe bewährt und nur das will ich hier noch anführen, dass Stockstreiche anerkannt auf die Gesundheit höchst nachtheilig einwirken.

Frankreich kennt schon seit langer Zeit diese Strafe nicht — auch nicht bei den Truppen aus Afrika, Beweiss, dass selbst unkultivirte Menschen ohne allgemeine Anwendung des Stockes gelenkt werden können, wenn man sich Mühe gibt, sie zu lenken, wenn man es versteht, den richtigen militärischen Geist und das Ehrgefühl in ihnen zu wecken.

Preussen hat im Jahre 1848 die körperliche Züchtigung in gerichtlichen, im Jahre 1852 in Disziplinarfällen aufgehoben, gewiss nur zum Vortheile der Disziplin in der Armee.

In Preussen wird man noch lange das Andenken dieses menschenfreundlichen, militärisch hochgebildeten Generals, der den Impuls dazu gegeben, in Ehren halten.

Den Uebergang bildete die Eintheilung der Soldaten in zwei Klassen; nur die Mannschaft der zweiten Klasse unterliegt der körperlichen Züchtigung. Die Hauptgrundsätze sind:

1. Jeder neu eintretende Soldat gehört in die 1. Klasse.
2. Die Uebersetzung aus der 1. in die 2. Klasse kann nur im gerichtlichen Wege geschehen.
3. Die Uebersetzung aus der 2. in die 1. Klasse erfolgt nach erprobter Besserung durch den Kommandanten.

Wenn man daher gegenwärtig die körperliche Züchtigung in Oesterreich noch nicht gänzlich abschaffen zu können vermeint, womit ich die, gegen die gänzliche Abschaffung sprechenden Gründe würdigend mit dem einverstanden bin, dass das höchste Ausmass von 75 auf 40—50 Streiche herabgesetzt werde, so dürfte es dennoch an der Zeit sein, diese in so vielen Staaten und seit einigen Jahren auch in England bestehende Einrichtung ebenfalls bei uns um so mehr in Wirksamkeit zu setzen, als, wenn die Nachrichten in den Tagesblättern richtig sind, die körperliche Züchtigung in diesem Jahre selbst in Egypten abgeschafft worden ist. — In der russisch-kaukasischen Armee ist die körperliche Züchtigung schon seit mehreren Jahren faktisch ausser alle Anwendung gekommen.

Nicht Jener, der viel straft, ist ein tüchtiger Vorgesetzte, sondern wer es versteht, strafbare Handlungen zu vermindern. Leichter ist es freilich, strafen zu lassen, als durch eigenes gutes Beispiel, durch Thätigkeit und durch würdevolles Benehmen den Mann zur Sittlichkeit, zur Ordnung, zum Gehorsame oder gar dahin zu bringen, dass er aus Liebe zum Vorgesetzten strafbare Handlungen unterlässt. Nicht eine weite Kluft soll zwischen Vorgesetzten und ihren Untergebenen bestehen, erstere sollen sich den letzteren mehr nähern und dann können sie in den Tagen der Gefahr auf ihre Ergebenheit rechnen. An Beispielen, welche diese Behauptung rechtfertigen, fehlt es nicht.

§. 53. Kassazion und Entlassung (§§. 32 und 33).

Wir haben zwei Arten der Entsetzung vom Staatsdienste: Kassazion und Entlassung. Mit der Kassazion ist die

Unfähigkeit verbunden, zu einem Staatsdienste wieder zu gelangen.

Wer in einem Staate als Offizier oder Beamte angestellt zu werden unfähig ist, sollte nach meiner Ansicht in einem eigenen Gesetze ausgesprochen sein und ich bin um so mehr nur für eine Art der Entsetzung — Entlassung genannt — da auch das bürgerliche St. G. in Oesterreich keinen Unterschied kennt.

Mit der Kassazion an sich ist im österr. St. G. B. der Verlust des Adels nicht verbunden (§. 32), wohl aber mit dem schweren Kerker (§. 47). Wäre es nicht angemessener, jene Verbrechen, die nun mit der Kassazion und nicht zugleich mit schwerem Kerker verpönt sind, künftig mit schwerem Kerker zu bestrafen, wo der Verlust des Adels als Folge eintritt? Lässt es sich wohl rechtfertigen, dass der adelige Offizier, gegen welchen eine solche Feigheit vorliegt, dass das Gesetz die Kassazion auszusprechen findet (§. 253), den Adel nicht verlieren soll? Vgl. auch §. 56 d. W.

§. 54. Folgen der Todesstrafe durch Erschiessen.

Nach §. 46 ist mit der Todesstrafe durch Erschiessen der Verlust des Adels nicht verbunden. Es ist schon oben im §. 44 Z. 6 auf die hieraus resultirenden Inkonsequenzen hingedeutet worden. Ich will zugeben, dass es bei manchen M. Verbrechen zu hart wäre, in den Fällen, wo wegen besonderer militärischer Verhältnisse die Todesstrafe angedroht ist, auch den Verlust des Adels auszusprechen, ich will auch zugeben, dass in jenen Fällen, wo die Todesstrafe vollzogen wird, im Allgemeinen es gleichgiltig sei, ob auf den Verlust des Adels erkannt werde oder nicht*); allein es gibt Fälle, wo der Richter von der Todesstrafe aus Rechtsgründen abgeht und eine mildere Strafe — nämlich schweren, oder wenn es das Gesetz

*) Wäre es nicht angemessener, den Verlust jener Rechte, welche mit der Person erlöschen, gar nicht mit der Todesstrafe zu verbinden, und daher auch auf den Verlust des Adels nicht zu erkennen? Ich glaube diese Frage bejahen zu sollen. Wird die Todesstrafe vollzogen, so ist der Ausspruch über den Verlust unpraktisch; wird eine Freiheitsstrafe substituiert, so treten die damit verbundenen Folgen ein. S. auch Gerichtssaal XIII. Jahrg. S. 289, Anm. 52.

gestattet, blos einfachen Kerker — verhängt; wie vereinigt es sich dann mit den Grundsätzen des Strafrechtes, dass die mildere Strafe, wenn sie als schwerer Kerker ausfällt, mit schwereren Folgen verknüpft ist?

Am 20. Jänner 1860 C. K. No. 275 hat die höchste Militärbehörde erklärt: Falls von der Todesstrafe durch Erschiessen im Milderungswege (§. 121 — weil blos der Versuch des Verbrechens vorliegt, der Thäter noch nicht über 20 Jahre alt ist) bei solchen Verbrechen abgegangen wird, welche zufolge der §§. 197, 221—223, 246 und 249 den schweren Kerker nach sich ziehen, oder welche selbst ohne Rücksicht auf das M. Verhältniss des Straffälligen, wie z. B. der versuchte Mord am Vorgesetzten der Strafe des schweren Kerkers unterliegen, so kann statt der Todesstrafe durch Erschiessen im Milderungswege allerdings auf schweren Kerker abgegangen werden, in welchem Falle die im §. 47 ausgedrückten Folgen — mithin auch Verlust des Adels — einzutreten haben.

Wünschenswerth wäre es gewesen, wenn bei diesem Anlasse durch einen allgemeinen Grundsatz entschieden worden wäre, in welchen Fällen statt der Todesstrafe durch Erschiessen auf schweren Kerker zu sprechen sei, und da man erkannt hat, dass im letzten Falle die Folgen des schweren Kerkers einzutreten haben, auch zu erklären, wann dieselbe Folge grundsätzlich mit der Todesstrafe durch Erschiessen verbunden sei, weil in mehreren Paragraphen des Gesetzes wohl die Todesstrafe durch Erschiessen angedrohet, nicht aber gesagt wird, welche Freiheitsstrafe beim Wegfallen derselben den Schuldigen treffe.

Der Untergebene, welcher dem Vorgesetzten im Dienste sich gewaltthätig widersetzt, ist mit dem Tode durch Erschiessen zu bestrafen (§. 147); welche Freiheitsstrafe ist zu verhängen, wenn gesetzliche Gründe die Todesstrafe ausschliessen? Wenn in ähnlichen Fällen (s. §. 192) auf die That die §§. 434 und 435 des St. G. (über schwere körperliche Beschädigung) Anwendung finden, so wird man ohne Zweifel auf schweren Kerker sprechen, wie aber, wenn dies nicht der Fall ist! Soll in anderen Fällen nach §. 433 blos auf Kerker erkannt, und so die Verwundung des Vorgesetzten, durch seinen Untergebenen derselben Strafart wie die einer anderen Person unterliegen?

§. 55. Einfluss des Versuches und des Lebensalters auf die Verhängung der Todesstrafe (§§. 121 u. 122).

Die Bestimmung des §. 121, wornach auf die Todesstrafe nicht zu erkennen ist:

a) beim Versuche, es wäre denn, dass das Gesetz etwas Anderes verordnet, und

b) bei noch nicht zurückgelegtem 20. Lebensjahre, hat nach §. 122 in Standrechtsfällen keine Anwendung. Man mag die Verfügung des §. 122 beim Versuche gerechtfertigt finden, 1. weil auch beim Versuche der Erfolg beabsichtigt worden ist und das Nichteintreten desselben eigentlich gegen den Willen des Thäters war, und jener, der die That vollendet so wie wer sie bloß versucht hat, subjektiv gleich gefährlich ist und 2. weil man wenigstens in jenen Fällen, wo das Standrecht publizirt worden ist, durch die grösste Strenge dem Umsichgreifen eines Verbrechens Einhalt zu thun vermeint; allein wenn man auch diese Ausnahme in den erwähnten oder selbst in allen jenen Standrechtsfällen, die schon nach dem Gesetze eintreten (z. B. §. 147), gelten lassen möchte; so dürfte es doch schwerer sein, auch die zweite zu vertheidigen.

Hat man einmal erkannt, dass Personen bis zu einem bestimmten Alter bezüglich der Zurechnung milder zu behandeln und wegen Mangel an voller Ueberlegung und Einsicht in die Folgen der Handlung die Todesstrafe erst nach zurückgelegtem 20. Lebensjahre zu verhängen sei, so lässt es sich nicht rechtfertigen, deswegen wieder andere Grundsätze aufzustellen, weil das Verbrechen entweder schon an sich oder in Folge der vorausgegangenen Kundmachung der standrechtlichen Behandlung unterliegt, denn der Grund der minderen Strafbarkeit besteht hier ebenfalls.

Da übrigens in Oesterreich die Stellungspflicht erst mit dem zurückgelegten 20. Lebensjahre beginnt, so trifft diese Strenge — die wenigen freiwillig in die Armee Eintretenden abgerechnet — gerade Personen, welche nicht Soldaten sind; diese aber strenger zu behandeln, als es nach dem allgemeinen Strafgesetzbuche geschieht, welches diese Ausnahme nicht kennt, dafür liegt gar kein Grund vor.

§. 56. Einfluss der Milderungsgründe nach §. 125.

Manche strafbaren Handlungen, welche an sich zu den Verbrechen gezählt werden, sind oft von solchen Milderungsumständen begleitet, dass die Qualifikation als Verbrechen oder doch die im Allgemeinen festgesetzte Strafe zu hart wäre.

Milderungsumstände, welche die Qualifikation ändern und bewirken, dass die sonst als Verbrechen zu bestrafende That nur als Vergehen geahndet wird, müssen im Gesetze genau bezeichnet werden, z. B. Selbstmeldung bei der Deserzion (§. 202); ausserdem kann wegen Milderungsgründen nur von der schärferen Strafe abgegangen werden.

Die strafbare Handlung, welche im Gesetze als Verbrechen erklärt wird, hört beim Eintreten von Milderungsumständen nicht auf, ein solches zu sein und deshalb muss auch die im Gesetze für Verbrechen festgesetzte Freiheitsstrafe ausgesprochen werden. Die Milderung, welche hier eintreten kann, bezieht sich, wenn nicht die Gattung der Strafe selbst dadurch geändert wird, nur darauf, dass

a) die Folgen, welche sonst mit dieser Freiheitsstrafe verbunden sind, wegfallen z. B. Kerker ohne Entlassung und

b) dass die Form des Vollzuges selbst eine mildere wird.

Diese Gedanken liegen dem §. 125 zu Grunde, allein er hat nach meiner Ansicht zwei Mängel:

1. bestimmt er, dass, wenn weder Militär-, Standes- noch Dienstesrücksichten das Gegentheil erheischen, von der als selbstständig verhängten Strafe der Kassazion abgegangen werden könne. Ich finde keinen Fall im Gesetze, wo dieser Satz nach meinem Dafürhalten Anwendung finden könnte. Die Feigheit und die Deserzion wird am Offiziere immer mit Kassazion bestraft, und die letztere Strafe ist selbst für den Fall ausgesprochen, wenn der desertirte Offizier sich selbst meldet (§. 204). Der Richter wird in keinem dieser Fälle aus Standes- oder Dienstesrücksichten von der Kassazion abgehen können, besser wäre es, wenn schon das Gesetz, wenigstens für den Fall der Selbstmeldung bloß die Entlassung verhängt hätte, von welcher im Rechtswege abzugehen, gewiss auch Standes- und Dienstesrücksichten nicht gestatten werden, da der desertirte Offizier seinen militärischen Eid verletzt hat, was gewiss

höher anzuschlagen ist, als wenn er sein einem Privaten gegebenes Ehrenwort bricht (s. §. 302 M. St. G. B.).

2. heisst es das auf die Bestrafung durch Anhaltung im M. Gefängnisse unter 6 Monaten, ohne die gesetzlichen Folgen der Kerkerstrafe damit zu verbinden, abgegangen werden könne.

Der Ausdruck: „Militär-Gefängniss“ ist nicht genau bezeichnend, da gegenwärtig jede Freiheitsstrafe in einem M. Gefängnisse vollzogen wird. Unterm 12. Novbr. 1858 No. 2095 wurde erklärt, dass bei Offizieren und Beamten, wenn in Folge des §. 125 nicht auf Kassazion oder Entlassung gesprochen wird, auf einfachen oder strengen Arrest, mithin auf die sonst bei Vergehen eintretende Freiheitsstrafe zu erkennen ist. Diese Erläuterung hat zwei Inkonvenienzen zur Folge:

1. dass Verbrecher mit Arrest bestraft werden, und
2. die wichtigere und praktische, dass M. Unterparteien (und auch andere Personen), wenn auch noch so überwiegende Milderungsgründe vorliegen, dennoch der Kerkerstrafe — also der Freiheitsstrafe der Verbrechen — unterliegen, was um so mehr dann auffällt, wenn man sie mit Offizieren als Mitschuldige sich denkt und bei ihnen dieselben oder noch mehrere Milderungsumstände vorhanden sind. Die Inkonvenienz wäre vielleicht am besten beseitigt, wenn man verordnen würde, dass bei Offizieren, Beamten und Unterparteien, im Falle sie nicht entlassen werden, die Kerkerstrafe beim Profosen zu vollziehen sei. Dasselbe hätte sodann auch bei anderen Personen zu geschehen, die in dieser Beziehung so wie Offiziere behandelt werden *).

Was die einzelnen strafbaren Handlungen betrifft, so will ich ausser dem, was ich bereits in der ersten Abtheilung zu

*) In neuerer Zeit ist in Oesterreich bezüglich der Offiziere auch der Ausdruck: „Kerker“ von Manchen beanständet worden, und man möchte die frühere Benennung „Festungsarrest“ substituiren. Nicht nur, dass der Ausdruck gleichgiltig ist, wenn die Sache dieselbe bleibt; eine solche Veränderung würde auch manche Verwirrung, namentlich hinsichtlich der Folgen der Freiheitsstrafe hervorrufen. Ich glaube hier einen anderen viel praktischeren Vorschlag zu machen, nämlich, dass alle jene Offiziere, Beamte und Unterparteien, welche in Folge gerichtlichen Spruches entlassen, so wie jene

besprechen Gelegenheit hatte, hier nur Einiges, was mir besonders wesentlich scheint, andeuten.

§. 57. Subordinationsverletzung (§§. 145—158).

1. Die Eintheilung des Dienstes in eigentlichen und nicht eigentlichen militärischen ist bei dem engen Begriffe im §. 152 über den letzteren nicht ausreichend und gibt Anlass zu Zweifeln, da es Befehle gibt, welche auf den Dienst weder im ersteren (§. 147) noch im letzteren Sinne (§. 152) bezogen werden können.

2. Der gewaltthätigen Widersetzung gegen einen Befehl, welcher bloß auf das mit dem Dienste in gar keinem Zusammenhange stehende Verhalten sich bezieht, ist gar nicht erwähnt und während die ungestüme Verweigerung des Gehorsams gegen einen derlei Befehl von Seite eines in Exzessen betretenen Untergebenen als Subordinationsverletzung bestraft wird (§. 153), ist der nicht derartig gesteigerte Ungehorsam als Vergehen gegen die Disziplin erklärt (§. 269 lit. c).

3. Das Verhängen der Todesstrafe beim Mordversuche am Vorgesetzten ausser Dienst und ohne alle Beziehung auf den Dienst (§. 148) scheint mir *a*) zu hart zu sein, denn es gehört hierher auch der Mordversuch aus einem Privatanlasse z. B. aus Eifersucht und *b*) nicht in Harmonie zu stehen mit dem §. 154, da nach demselben selbst bei dem Verbrechen der schweren körperlichen Beschädigung des Vorgesetzten nur eine Freiheitsstrafe und diese (bei der nicht unterscheidenden Textirung des Gesetzes — im folgenden §. 155 bei der Herausforderung zum Zweikampfe findet sich der Unterschied) auch dann nur verhängt werden kann, wenn die Verletzung aus Anlass des Dienstes zugefügt worden ist.

Soldaten, welche aus der Armee ausgestossen werden, zur Verbüßung ihrer Freiheitsstrafe in die Zivilstrafanstalten übergeben werden. Von dem Augenblicke, als sie aus der Armee entlassen oder ausgestossen werden, ist kein Grund mehr vorhanden, sie ferner in militärischer Verpflegung und Aufsicht zu haben. — Dieser Vorschlag wird freilich erst dann in Erwägung gezogen werden können, wenn man in Oesterreich vom vortheilhaften Einflusse gut eingerichteter Gefängnisse auf die Staatsgesellschaft überzeugt zur Reform derselben schreiten wird. Sittliche und auch finanzielle Gründe sprechen dafür,

4. Da durch Schmähungen und schimpfliche Misshandlungen zwischen Offizieren Standesplichten verletzt werden (§§. 142 und 143), so dürfte die Einreihung eines derlei strafbaren Benehmens unter die gemeinen Verbrechen (selbst zwischen pensionirten Offizieren) nicht am Platze sein (§. 516); jedenfalls scheint es mir aber nicht konsequent, dort (§. 517) auch dieser Ehrenbeleidigung von Niederen gegen Höhere („höheren Ranges“ sagt das Gesetz) zu erwähnen, indem hiedurch offenbar eine Subordinationsverletzung begangen wird (vgl. §. 154 österr., §. 173 preuss., §. 134 schlesw.-holst., §. 220 hannov. M. St. G. B.).

5. Da wir in der österr. Armee Personen haben, welche auf die Kriegsartikel beeidet sind, ohne zum streitbaren Stande zu gehören, so wäre entweder im allgemeinen Theile oder bei den einzelnen Verbrechen über die Bestrafung derselben eine Anordnung zu treffen.

§. 58. Meuterei (§§. 159—171).

1. Es wäre zu erwägen, ob und unter welcher Voraussetzung dem Kommandanten das Recht des Waffengebrauches gegen Meuterer zustehe (§. 165). Es lassen sich auch ausser der Kriegszeit Fälle denken, wo dieses Recht zugestanden werden soll (vgl. §. 3 des österr. Dienstregl. und sächs. M. St. G. B. §. 126). S. Anm. 103, S. 109.

2. Der §. 166 ist nicht ganz deutlich, denn nach demselben lässt sich die Frage, ob schon die blosse Kenntniss einer meuterischen Verbindung, wie im §. 165, zur Anwendung der hier festgesetzten Strafe hinreiche, oder ob noch der Beitritt zur verbrecherischen Vereinigung erfordert werde, wegen des zu unbestimmten Ausdruckes: „Gehör geben“ nicht mit voller Sicherheit entscheiden.

3. Nach §. 167 ist Empörung vorhanden, sobald eine bewaffnete Gegengewalt für nothwendig erkannt wird, und es ist derselben Jener schuldig, welcher bis zum Zeitpunkte, wo die Gegengewalt schon in Bereitschaft steht, die Theilnahme an dem Verbrechen fortsetzt. Ungeachtet es im §. 171 heisst: Wäre die empörte Mannschaft vor oder bei dem Erscheinen der Gegengewalt zum Gehorsame zurückgekehrt, so bin ich doch der Meinung, dass das Verbrechen der Truppenempörung

erst dann vorhanden ist, wenn die Gegengewalt den Vereinigten als solche erkennbar ist, dieselbe gegen sie anrückt. Diese Ansicht rechtfertigt der Schlusssatz des §. 167 und die analoge Bestimmung des §. 349, wornach Aufstand erst dann in Aufruhr übergeht, wenn zur Herstellung der Ruhe eine ausserordentliche Gewalt angewendet werden muss.

§. 59. Widersetzlichkeit gegen die Wache
(§§. 171—182).

1. Der §. 175 handelt von der Ermächtigung der Wache zum Waffengebrauche, an dessen Stelle am 18. Mai 1861 ein neues Gesetz getreten ist. Ich glaube, dass eine solche Bestimmung nicht in das M. St. G. B., sondern in die Dienstesvorschriften gehöre, im österr. M. St. G. B. aber vielleicht deswegen aufgenommen wurde, weil der §. 231 es als ein Verbrechen erklärt, wenn die Wache am Posten die zur Bewahrung der gebührenden Achtung und Abwehrung strafbarer Angriffe zu Gebote stehenden Mittel nicht anwendet.

Ich trete der letzteren Verfügung für den Fall bei, wenn die Wache vorsätzlich von dem ihr zustehenden Rechte, dessen Ausübung zugleich Pflicht ist, keinen Gebrauch gemacht hat, halte sie aber für bedenklich in anderen Fällen und die Bedenklichkeit nimmt in dem Grade zu, als man die Rechte der Wache erweitert. Der Gebrauch der Waffe kann bedeutende unheilvolle Ereignisse nach sich ziehen. Die Frage, wann die Wache zum Waffengebrauche berechtigt, wann verpflichtet, welche Strafe mit dem dolosen oder blos kulposen Nichtgebrauch des Rechtes, mit der Nichterfüllung der Pflicht zu verbinden wäre, sollte mit Hinblick der hier möglicherweise vorkommenden Fälle sorgfältig erwogen und in einem klaren, Jedermann verständlichen Gesetze ausgesprochen werden. Als Grundsatz dürfte gelten, dass nur in dem Falle der Nothwehr und im Interesse der Staatsgesellschaft der Gebrauch der Waffe und auch dieser nur mit thunlichster Schonung des Menschenlebens zu gestatten wäre, wie z. B. bei der Flucht eines gefährlichen Verbrechers, welcher der Wache als solcher ist bezeichnet worden, wenn der Wache die Anwendung der Waffe als das einzige Mittel zur Hinderung der Flucht sich darstellt.

2. Der §. 176 bestimmt die Strafe gegen Jenen, welcher die Wache gewaltthätig verletzt hat, wenn die der Wache eingeräumte Ermächtigung keine solche Wirkung hatte, wodurch die Anwendung der Strafe ausgeschlossen wird. Da unter „solche Wirkung“ hier nur der erfolgte Tod verstanden werden kann, so entsteht die Frage: ob nicht wenigstens unter gewissen Voraussetzungen auch eine von der Wache zugefügte schwere Verwundung die Straflosigkeit nach sich zu ziehen hätte?

3. Die nicht für alle Fälle ausreichende Strafbestimmung der §§. 176 und 177 rief aus Anlass einer Anfrage eine Erläuterung hervor (5. Mai 1857 Abth. 4 No. 358), welche lautet: „Wenn die Widersetzung gegen die Wache zwar mit Waffen, jedoch ohne Verwundung der Wache stattgefunden hat, so ist dieselbe entweder als Versuch des im §. 176 erwähnten Verbrechens, daher mit Berücksichtigung des §. 15 und 115 M. St. G. B., oder sie ist lediglich als gefährliche Drohung nach §. 177 zu behandeln, je nachdem sich aus der bei der Widersetzung erwiesenen Thätigkeit des Schuldigen das Eine oder Andere herausstellt. Wenn aber die Widersetzung ohne Waffen, jedoch mit Verwundung der Wache erfolgt ist, so tritt nebst dem Verbrechen der Widersetzung gegen die Wache auch noch die Verwundung, mithin eine Konkurrenz strafbarer Handlungen ein, wobei die §§. 96—100 massgebend sind.“

Diese Erklärung scheint mir jedoch in dem ersten Punkte nicht ganz richtig zu sein; denn die Widersetzung mit Waffen ohne Verwundung könnte wohl als Versuch der Verwundung angesehen werden, sie ist aber ganz gewiss kein Versuch der Widersetzung gegen die Wache, sondern das vollbrachte Verbrechen der Widersetzung, weil dieses Verbrechen durch jede thätige Vergreifung, ja schon durch jede gefährliche Drohung gegen die Wache vollendet ist (§. 173).

Auch dürfte es (2. Punkt) zweckmässiger sein, ohne Hinweisung auf die Konkurrenz, so wie es im §. 176 (und im analogen gemeinen Verbrechen des §. 359) geschieht, die Strafe für den Fall festzusetzen, wenn der sich Widersetzende die Wache auch verwundet. Die Entscheidung der Frage, ob in einem gegebenen Falle eine Konkurrenz anzunehmen sei, wäre der Doktrin zu überlassen.

§. 60. Deserzion (§§. 183—215) und Deserzions-
Komplotstiftung (§§. 216—229).

1. Wird die Verfügung des §. 192 beibehalten, wornach der Deserteur mit dem Tode durch Erschiessen bestraft wird, welcher Jenen, der ihn als (erkannten Deserteur) anhalten will, schwer verwundet (s. S. 18 u. 19 d. W.), so dürfte es konsequent sein, dieselbe Strafe auch für den Fall des Mordversuches ohne körperliche Verletzung oder für den Fall des §. 434 lit. a zu normiren, wenn z. B. der Deserteur auf den Einbringer in der Absicht mit einem scharf geladenen Gewehre geschossen hat, um ihn schwer zu verwunden, ihn jedoch nur leicht verletzt.

2. Nach §. 195 lit. c ist die Todesstrafe ausgeschlossen, wenn der Deserteur die Absicht, dass er durch die Entweichung dem M. Dienste für immer sich entziehen wollte, in Abrede stellt und zur Entkräftung der wider ihn sprechenden im §. 185 aufgezählten (die Absicht zu desertiren vermuthen lassenden) Umstände solche Entschuldigungen vorgebracht hat, die wenigstens nicht falsch befunden worden und ihrer Natur nach nicht ganz unhaltbar sind.

Diese Verfügung beruht nach meiner Ansicht auf irrigen Gründen. Ist das Faktum der Entweichung erwiesen, wird aber die obige Absicht geläugnet, liegen einige Umstände vor, aus denen die Absicht erschlossen werden kann, dagegen wieder andere, welche die Richtigkeit dieses Schlusses in Zweifel stellen; so soll nach dem Gesetze zwar nie auf den Tod, wohl aber auf eine Freiheitsstrafe gesprochen werden.

Bei jedem Verbrechen, dessen (objektiver) Thatbestand erwiesen vorliegt, ist beim Lügen der verbrecherischen Absicht die Frage zu beantworten: Ist aus den gegen den Thäter erhobenen subjektiven und objektiven Umständen diese Absicht anzunehmen oder nicht? Kann man mit Beruhigung diese Frage bejahen, so ist auf die ordentliche Strafe zu erkennen, muss man sie verneinen, oder ist der Schluss über das Vorhandensein der Absicht und sohin auch über die Schuld (§. 1 M. St. G. B.) zweifelhaft, so ist gar keine Strafe auszusprechen. Es geht nicht an, von der Summe der Gründe für die Bejahung jene für die

Verneinung abzuziehen und wenn mehr Gründe für das Vorhandensein, als dagegen sprechen, deren Existenz in dem geringeren Grade und sohin auch die Schuld in einer geringeren Strafbarkeit anzunehmen; es gibt keine $\frac{3}{4}$ oder $\frac{4}{5}$ Absicht *).

Ich halte es für nicht nöthig weiter über diesen Punkt zu sprechen und bemerke hier nur noch, dass die österr. M. Gesetzgebung bloß bei der Deserzion diese von den Grundsätzen der Strafrechtswissenschaft abweichende Verfügung getroffen hat, dagegen bei anderen Verbrechen, z. B. bei dem Morde ganz mit den allgemeinen Strafgesetzen (nun mit §. 268 der Zivil-Strafprozessordnung vom J. 1853) übereinstimmt.

3. Statt des Wortes „kann“ im §. 202 wäre ausdrücklich zu sagen: Ein selbstgemeldeter Deserteur ist mit Arrest zu bestrafen, wodurch bestimmt ausgesprochen wird, dass die Deserzion in diesem Falle nur ein Vergehen ist, was wohl auch gegenwärtig für den Fall nicht in Abrede gestellt werden kann, wo sie mit Arrest bestraft wird (vgl. §§. 21, 166, 203, 214, 242, 281, 288, 291, 292, 298 und 258 M. St. G. B.). Die Selbstmeldung sollte auch beim Offiziere die Strafe der Kassazion (§. 204) ausschliessen.

4. Die Verfügung des §. 225, wornach die Theilnehmer am Komplote hinsichtlich des durch ihr Verbrechen verursachten Schadens solidarisch haften, gehört nicht in das M. St. G. B., die Entschädigungsfrage findet in den bürgerlichen Gesetzen ihre Lösung; sie ist aber auch beirrend, indem sie leicht zur gewiss unrichtigen Meinung Anlass geben kann, dass Jener, welcher einen Andern zur Deserzion verleitet, die solidarische Ersatzpflicht nie trifft (vgl. §. 319 M. St. G. B., §§. 1301 u. 1302 allg. bürgerl. G. B.).

*) Verschieden hievon ist die verminderte Zurechnungsfähigkeit (s. z. B. das sächs. Ziv. St. G. B. vom J. 1856 §. 88). Diese ist vorhanden, wenn das Bewusstsein des Thäters über die Strafbarkeit seiner Handlung getrübt, die Kraft des freien Entschlusses geschwächt, nicht aber gänzlich aufgehoben ist. Der Beweis der vorhandenen vollen oder verminderten Zurechnungsfähigkeit oder der Unzurechnungsfähigkeit wird hauptsächlich in dem innern Zustande des Thäters zur Zeit der That, der Beweis über das Dasein oder den Mangel des Vorsatzes aber in den Handlungen des Thäters vor oder zur Zeit, zuweilen auch nach der Zeit der That zu suchen sein.

§. 61. Pflichtverletzung im Wachdienste.
(§§. 230—242).

1. Bei der Revision des §. 231 wäre es Hauptaufgabe, sich zu den einzelnen Bestimmungen mehrere Fälle zu denken. Geschieht dies, so wird kaum jede vorschriftswidrige Bequemlichkeit, jedes Schlafen, jedes Nichtanwenden der zur Bewahrung der gebührenden Achtung und Abwehrung strafbarer Angriffe zu Gebote stehenden Mittel als Verbrechen erklärt werden (vgl. oben §. 51 Z. 9).

2. Wenn eine Wache die Entweichung eines Arrestanten absichtlich begünstigt, so liegt eben darin die Pflichtverletzung im Wachdienste. Es scheint mir daher die Hinweisung auf die §§. 96 und 97 über die Konkurrenz im §. 236 nicht passend, und ich halte es für zweckmässiger, dass die Strafe mit der Unterscheidung, ob der Arrestant wegen eines Verbrechens oder Vergehens verhaftet war, hier bestimmt werde, so wie es bei den Zivilwachen in den §§. 523, 524 und 564 geschieht (vgl. 176 und 177 sächs. M. St. G. B.).

Indem ich zum Hauptstücke über die

Feigheit (§§. 243—260)

auf die Anm. 62 S. 57 hindeute und hier nur erwähne, dass es objektiv zaghafte Aeusserungen gebe, welche gewiss nicht strafbar sind, daher das Merkmal der Strafbarkeit mehr hervorzuheben und hauptsächlich im Subjekte zu suchen wäre (s. Dienstregl. II. Th. §. 71 und sächs. M. St. G. B. §§. 180—182), komme ich zu dem nachfolgenden Hauptstücke:

§. 62. Störung der Zucht und Ordnung
(§§. 261—270).

1. Die thätige Widersetzung des Abzustrafenden gegen den Kommandanten der Exekution oder Jenen, der die Strafe verhängt (§. 262) gehört in das Kapitel über die Subordinationsverletzung und ist nach den dort aufgestellten und aufzustellenden Grundsätzen zu bestrafen.

Erfolgt das Vergreifen an Jenen, welche zum Vollzuge der Strafe befehligt sind (§. 263), so ist eine eigene Bestimmung

nicht nothwendig. Der Angriff auf Höhere oder auf Wachen wird unter andere Verfügungen des Gesetzes sich subsumiren lassen, und der Angriff auf Gleichgestellte wäre, wenn er nicht die Merkmale eines Verbrechens oder gerichtlich zu behandelnden Vergehens enthält, als Disziplinarübertretung anzusehen. Das M. St. G. B. setzt im §. 263 ausser dem Falle einer schweren Körperverletzung, wo eine Konkurrenz angenommen wird, Kerkerstrafe von 6 Monaten bis 1 Jahr fest, was mir für manche Fälle zu hart zu sein scheint.

2. Die Anordnung des §. 268, wornach bei Jenem, welcher im Dienste sich berauscht und im Zustande der vollen Berauschung ein im nüchternen Zustande nicht schon beschlossenes Verbrechen begangen hat, die Trunkenheit als Verbrechen zu bestrafen sei, wird in dieser Allgemeinheit sich kaum rechtfertigen lassen. Das Verbrechen ist in diesem Falle eine Folge der Trunkenheit, diese Folge wird hier unbedingt, also auch für den Fall zur Schuld angerechnet, wenn dieselbe unter keiner Voraussetzung als wahrscheinlich vorausgesehen werden konnte.

Nach den Grundsätzen der Strafrechtswissenschaft kann ein bei voller Berauschung, also einem Zustande, welcher das Bewusstsein des Thäters nicht bloß getrübt, sondern vollends aufgehoben hat, begangenes Verbrechen nicht zugerechnet und daher als solches nicht bestraft werden, und es scheint sich höchstens so viel rechtfertigen zu lassen, dass man den Thäter für das in der Trunkenheit begangene Verbrechen dann verantwortlich macht, wenn dasselbe mit der Trunkenheit in einem engeren Zusammenhange steht. Allein auch hier muss ein Verschulden nachgewiesen werden können. Wenn Jemand z. B. weiss, dass er im Zustande der Trunkenheit zu Exzessen geneigt ist und sich unter Umständen betrinkt, wo leicht Gelegenheit zu Exzessen sich findet, da mag man die in diesem Zustande einem Andern zugefügte schwere Verwundung ihm anrechnen und ihn wegen dieses durch die Trunkenheit verschuldeten Erfolges bestrafen, doch keineswegs als Verbrecher.

Wenn Jemand im Zustande der vollen Trunkenheit ein früher nicht bedachtes Verbrechen verübt, so wird in Oesterreich die Trunkenheit nur als Vergehen bestraft und ich glaube, dass die militärischen Verhältnisse es kaum erfordern, dass unter dieser Voraussetzung die volle Trunkenheit im Dienste immer

und unbedingt, sondern höchstens dann als Verbrechen bestraft werde, wenn in diesem Zustande ein früher nicht beabsichtigtes Militär-Verbrechen verübt wurde. Hinsichtlich aller M. Verbrechen würde ich aber auch diesen Satz nicht vertheidigen. Eben so wenig, als ich glaube, man solle die volle Trunkenheit im Dienste als ein Verbrechen behandeln, wenn der Betrunkene einem Andern Sachen im Werthe über 25 fl. oder einem Kameraden etwas im Werthe von mehreren Kreuzern in diebischer Absicht aus der Tasche gezogen hat, eben so wenig dürfte man sich dafür aussprechen, wenn ein vollends betrunkenener Soldat seinen Rock im Werthe zu 5 fl. verdirbt (§. 286 lit. f.) oder einem Deserzionskomplete beitreten zu wollen zusagt.

Der letzte Absatz des §. 269, wo insbesondere die dritte Trunkenheit eines Soldaten ausser Dienst als ein gerichtlich zu behandelndes Vergehen erklärt wird, dürfte wohl gewiss bei einer Revision fallen gelassen werden.

§. 63. Hintansetzung der Dienstesvorschriften (§§. 271—292).

1. Beim §. 286 lit. f., wo des Verderbens der zum Dienstgebrauche empfangenen Montur u. s. w. erwähnt wird, wäre in Erwägung zu ziehen, ob nicht noch andere ärarische Gegenstände einzubeziehen wären, z. B. Pferdefutter (vgl. §. 161 sächs., 154 preuss. M. St. G. B.).

Das Veräussern solcher Gegenstände ist als Veruntreuung zu behandeln.

Auch scheint es mir zu hart, das Verderben von Gegenständen im Werthe über 5 fl. als Verbrechen zu bestrafen und gar, wenn dieses nur muthwillig geschieht.

2. Die Ueberschreitung der Dienstgewalt (§. 289) ist ein Missbrauch derselben; ich würde den letzteren Ausdruck vorziehen. Zu strenge ist das Gesetz, welches ein jedes herabwürdigende Beschimpfen des Untergebenen von Seite des Vorgesetzten als Verbrechen bestraft (§. 290 vgl. 131 sächs. M. St. G. B.), und ich glaube um so mehr gegen diese Strenge mich aussprechen zu sollen, als in der Wirklichkeit gewiss sehr viele derlei Fälle ungestraft dahin gehen, es daher um so ungerechter ist, während mehrere Fälle straflos bleiben, den

einen oft nur zufällig zur Untersuchung kommenden, so scharf zu behandeln. Der Ort der Beschimpfung dürfte auf das Strafmass von wesentlichem Einflusse sein.

Ich übergehe den weiteren Inhalt dieses Hauptstückes so wie die

Selbstbeschädigung (§§. 293—298)

und wende mich zu dem letzten Gegenstande, den ich noch besprechen will.

§. 64. Verwirkung des Anspruches auf die Achtung Anderer (§. 299—303) und Zweikampf (§§. 437—447).

Die Ehrenzweikämpfe waren bekanntlich früher in Deutschland staflos. Juristen mit einseitiger fremder Rechtsanschauung glaubten durch strenge Gesetze ihn auszurotten. Es gelang nicht. Eine richtige Einsicht beweist Friedrich II. durch die Worte: *Le point de la difficulté, qui reste à résoudre, serait de trouver un expedient, qui en conservant l'honneur aux particuliers, maintient la loi dans toute sa vigueur.*

Man fand in Preussen das Mittel in der bereits im J. 1808 erfolgten Einführung der Ehrengerichte.

In Oesterreich war man bis nun dieser Einrichtung abhold, hat aber doch dem Fortschritte in der Rechtswissenschaft in so fern gehuldigt, als die Strafen des Zweikampfes milder geworden sind.

Es ist nicht mein Plan, hier über den Zweikampf eine Abhandlung zu liefern. Meine innige Ueberzeugung ist, dass Ehrengerichte den leider oft so muthwillig hervorgerufenen Zweikämpfen vorbeugen und zu ihrer Verminderung wesentlich beitragen würden; ich will hier nur Einiges andeuten.

1. Wird schon die Herausforderung als das vollendete Verbrechen des Zweikampfes hingestellt (§. 437). Es ist dies ein Widerspruch im Ausdrucke, wofür gewiss kein hinreichender Grund sich anführen lässt.

2. Nach §. 444 lit. c. entfällt die Strafbarkeit des Verbrechens des Zweikampfes für den Herausforderer und Geforderten, wenn sie sich zwar zum Streite gestellt haben, aber vom Kampfe vor dessen Beginne freiwillig abgestanden sind.

Nach §. 602 macht der Offizier, welcher Jemanden zum Zweikampfe herausgefordert hat, ohne dass es jedoch bis zur Stellung zum Kampfe gekommen ist, eines Vergehens sich schuldig.

Es ist schwer, diese beiden Bestimmungen zu vereinigen. Ist der herausfordernde Offizier auch dann des Vergehens schuldig, wenn nach dem Erscheinen am Kampfplatze vom Zweikampfe abgelassen wird?

Man muss diese Frage bejahen, weil es ein Widerspruch sein würde, Jenen, der vor der Stellung abgestanden ist, wegen der Herausforderung nach §. 602 zu bestrafen, Jenen aber, welcher am Kampfplatze zurücktritt, nach §. 444 lit. a. ganz straflos zu lassen. Theilt man aber diese Ansicht, so kommt man zu dem Resultate, dass der Offizier wegen der blossen Herausforderung immer zu bestrafen sei, was sich kaum rechtfertigen lässt. Würde der Begriff des Zweikampfes dem Sprachgebrauch gemäss aufgestellt, so wäre die Herausforderung als Versuch anzusehen, folglich straflos, wenn zu was immer für einer Zeit freiwillig von der Ausführung des Kampfes abgelassen wird.

3. Ist zwar die Straflosigkeit des Sekundanten aus dem Offiziersstande für den Fall seines eifrigen, wenn gleich erfolglosen Bemühens für die Beilegung des Streites im §. 444 lit. c. ausgesprochen; allein nach meiner Ansicht sollen sie straflos bleiben, so wie die Aerzte.

Hinsichtlich der letzteren hat die Wissenschaft und Praxis für die in einigen Gesetzen auch ausdrücklich angeordnete Straflosigkeit sich geeinigt, denn ihrer Anwesenheit am Thatorte liegt kein strafbares, sondern lobenswerthes Motiv zum Grunde; sie kommen gerufen in der Eigenschaft als Aerzte, um, wenn nöthig, Hilfe zu leisten, sie folgen einem Gebote der Humanität.

Ist es bei den Sekundanten im Wesentlichen anders? Sie erscheinen nicht, um eine strafbare That zu verüben oder zu deren Ausführung mitzuhelfen, der Zweck ihres Erscheinens ist ein guter, nämlich dafür zu sorgen, dass der Zweikampf nach den Regeln desselben vor sich gehe, sie erscheinen, um unehrenhaften (*sit venia verbo*) Körperverletzungen oder Tödtungen vorzubeugen. Kameradschaft und Freundschaft bestimmt

sie, den oft traurigen Gang mitzumachen, sie sind keine Verbrecher*).

4. Die Bestimmung des §. 447, wornach der Kommandant, zu dessen Kenntniss ein bevorstehender oder vollendeter Zweikampf gelangt, im Falle der möglich gewesenem Nichthinderung oder Nichtbestrafung zum Verbrecher wird, gehört nicht hieher.

Inwiefern die Nichthinderung einer strafbaren That strafbar mache, ist im allgemeinen Theile oder in einem besonderen Hauptstücke des Gesetzes zu normiren, und wenn ein Gerichtsherr ein Verbrechen dem Strafverfahren nicht unterzieht, so handelt er gegen die Dienstesvorschriften, wovon ebenfalls nicht hier speziell zu erwähnen ist.

Die Strenge dieser Gesetze zieht die Unwirksamkeit derselben nach sich, und es ist nicht der geringste Nachtheil, der hieraus erwächst, dieser, dass das Ansehen der Gesetzgebung selbst leidet.

So wenig, wie mit den Anordnungen über den Zweikampf, kann ich mich mit dem Gesetze über das Verbrechen der Verwirkung des Anspruches auf die Achtung Anderer einverstanden erklären.

Vor der Wirksamkeit des M. St. G. B. vom J. 1855 hatte man keine den §§. 301—303 analoge Verfügung und das Offizierkorps bestand, nicht minder als jetzt, aus ehrenhaften Männern. Offiziere wachten über die Ehre ihres Standes und zwangen, nicht im Wege des Gerichtes, sondern durch ihren als Körper gegebenen Ausspruch, Jeden zum Austritt aus dem Dienste, welcher gegen die Gesetze der Ehre grob gesündigt hatte.

Seit dem Jahre 1855 ist es nicht besser geworden. Die §§. 302 und 303 sind nicht nur nicht klar genug, sie sind auch elastisch, und je nachdem ein Militärgericht zur ausdehnenden oder einschränkenden Auslegung sich hinneigt, wird der Beschuldigte des Dienstes entlassen oder er kommt straflos durch.

Nicht entsprechend ist auch die Bezeichnung der strafbaren That. Wenn ein junger Offizier auf einer Strasse selbst kutschirt, ein vor ihm fahrender Fuhrmann an einem Orte, wo

*) Diese und ähnliche Gründe mögen auch die Bestimmung des Art. 253 des sächs. Ziv. St. G. B., wornach die Sekundanten straflos sind, hervorgerufen haben.

es möglich ist, offenbar aus Bosheit nicht auf die Seite fährt, um vorfahren zu können, und nun der junge Mann in seiner Gereiztheit bei dem gewagten Vorbeifahren mit der in der Hand habenden Peitsche dem Fuhrmann einige Hiebe auf den Rücken versetzt, und dieser auf den Offizier zurückschlägt, so mag man wohl mit Grund das Benehmen des Offiziers unangemessen finden, allein es wird Vielen als eine zu strenge Strafe erscheinen, wenn er in Folge des hiedurch sich zugezogenen Schlages (§. 303) wegen Verwirkung des Anspruches auf die Achtung Anderer als Verbrecher entlassen wird. Die Folgen eines Gesetzes, welches zu streng ist, konnten daher auch hier nicht ausbleiben.

Unter den mir bekannten M. St. G. B. finde ich nur in jenem für Hannover §. 228 eine hieher gehörige Verfügung, welche lautet:

„Indessen machen nicht nur die Uebertretungen der Strafgesetze, sondern auch solche Handlungen eines Offiziers, welche mit der militärischen Ehre und dem konventionellen Anstande unvereinbar sind, in dem Masse einen Gegenstand der richterlichen Beurtheilung und Strafverfügung aus, dass geringere Verstösse der bezeichneten Art mit Verweis und Arrest, grössere aber mit dem Verluste der Stelle geahndet werden sollen.“

Wenn man schon die Bewahrung der Standesehre gesetzlich regeln will, so ist eine derlei grundsätzliche Verfügung ausreichend; es möge aber jede Kasuistik entfernt bleiben. Am besten aber wird es sein, die Wahrung der Standesehre den Standesgenossen zu überlassen, und zwar durch Ehrengerichte, wie es in Preussen geschieht. Die kais. Verordnung vom 25. Juni 1852 (s. sie in meinem Disziplinarverfahren S. 22. Wien 1861) kann nur als ein Analogon der Ehrengerichte gelten.



es möglich ist, offenbar aus Bosheit nicht auf die Seite fährt, um vorfahren zu können, und nun der junge Mann in seiner Geistesfreiheit bei dem gewagten Vorbeifahren mit der in der Hand habenden Peitsche dem Fuhrmann einige Hiebe auf den Rücken versetzt, und dieser auf den Offizier zurückschlägt, so mag man wohl mit Grund das Benehmen des Offiziers unangemessen finden, allein es wird Vielen als eine zu strenge Strafe erscheinen, wenn er in Folge des hiedurch sich zugezogenen Schlags (§. 303) wegen Verletzung des Anspruches auf die Achtung Anderer als Verbrecher entlassen wird. Die Folgen eines Gesetzes, welches zu streng ist, konnten daher auch hier nicht ausbleiben.

Unter den mir bekannten M. St. G. B. finde ich nur in jenem für Hannover §. 228 eine bisher gehörige Verfürgung, welche lautet:

„Indessen machen nicht nur die Uebertretungen der Strafgesetze, sondern auch solche Handlungen eines Offiziers, welche mit der militärischen Ehre und dem konventionellen Anstande unvereinbar sind, in dem Masse einen Gegenstand der richterlichen Beurtheilung und Strafverfürgung aus, dass geringere Verstöße der bezeichneten Art mit Verweis und Arrest, grössere aber mit dem Verluste der Stelle geahndet werden sollen.“

Wenn man schon die Bewahrung der Standesehre gesetzlich regeln will, so ist eine derlei grundsätzliche Verfürgung anzureichend; es möge aber jede Kasualistik entfernt bleiben. Am besten aber wird es sein, die Wahrung der Standesehre den Standesgenossen zu überlassen, und zwar durch Ehrengerichte, wie es in Preussen geschieht. Die kais. Verordnung vom 25. Juni 1853 (s. sie in meinem Disziplinarverfahren S. 22. Wien 1861) kann nur als ein Analogon der Ehrengerichte gelten.

Wien 1861 kann nur als ein Analogon der Ehrengerichte gelten.

Wien 1861 kann nur als ein Analogon der Ehrengerichte gelten.

Damianitsch, Martin

Studien über das Militär-Strafrecht... mit vorzugsweiser Berücksichtigung
des oesterr. Militär-Strafgesetzbuches v. J. 1855

Wien 1862

Crim. 68 dc

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10394104-3